DIE WELT

KUNDENSERVICE 0800/935 85 37 MITTWOCH, 17. APRIL 2019 ** D 2,70 EURO B | Nr. 91

Zippert zappt

Schon wieder! Ein Zeppelin der Flugbereitschaft der Bundeswehr musste kurz nach dem Start in Berlin-Schönefeld umdrehen und konnte nur dank der Geistesgegenwart der Besatzung sicher landen. Die Flugbereitschaft verfügt über 14 Fluggeräte von großem historischem Wert und hatte in der Vergangenheit schon häufiger Probleme. So musste die Montogolfière von Gerd Müller in Malawi notlanden, und auch der Fesselballon von Angela Merkel konnte wegen Fesselmangel nicht starten, und die Kanzlerin kam zu spät zum G-20-Gipfel in Argentinien. Wollen Politiker einen Termin wahrnehmen, dann nutzen sie inzwischen meistens die Bahn und fahren einen Tag früher los. Der stets aerodynamisch gekleidete Heiko Maas lässt sich mit der Rohrpost verschicken, nur Olaf Scholz bucht meistens reguläre Linienflüge und springt mit seinem Wingsuit über dem Zielgebiet ab. Heimatminister Seehofer wartet dagegen seit drei Wochen auf ein Flugtaxi, das ihn vom Innen- zum Bauministerium bringen sollte und das Flugtaxiministerin Dorothee Bär für ihn bestellt hatte.

Gulmire Imin

CPJ.ORG

Gulmire Imin, 41, arbeitete als Dichterin, Autorin von Kurzgeschichten und Verfasserin chinakritischer Berichte für die uigurische Internetseite Salkin. Dort war sie vom Frühjahr 2009 an auch für die technische Infrastruktur zuständig. Die Webseite wurde nach den schweren Unruhen geschlossen, die im Juli 2009 in Ürümqi ausbrachen, der Hauptstadt der autonomen Provinz Xinjiang in China. In der Region leben rund zehn Millionen Uiguren, eine ethnische Minderheit mit eigener Sprache. Imin wurde wenige Wochen nach den Unruhen festgenommen. Im August 2010 wurde sie wegen Subversion gegen die Staatsmacht und versuchter ethnischer Abspaltung zu lebenslanger Haft verurteilt. Zudem warfen die Behörden ihr Verrat vor: Sie habe Staatsgeheimnisse an ihren in Norwegen lebenden Ehemann weitergegeben.

Ihre Familie erfuhr erst aus einer Nachrichtensendung, in welchem Gefängnis sie saß. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen wurde sie in der Haft gefoltert. Alle drei Monate darf sie von der Familie im Gefängnis besucht werden. Der Versuch des Komitees zum Schutz von Journalisten, Ende 2018 etwas über ihren Gesundheitszustand zu erfahren, blieb erfolglos.

DAX

Im Plus

Seite 15

Dax	Euro	Dow Jones
Schluss	EZB-Kurs	17.45 Uhr
12.101,32	**1,1305**	**26.438,64**
Punkte	US-$	Punkte
+0,67% ↗	**–0,07%** ↘	**+0,21%** ↗

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook: facebook.com/welt

Wir twittern live aus dem Newsroom: twitter.com/welt

DIE WELT digital

Lesen Sie DIE WELT digital auf allen Geräten – unter edition.welt.de, auf Smartphone oder Tablet. Attraktive Angebote finden Sie auf welt.de/digital oder auch mit den neuesten Tablets auf welt.de/bundle.

Im Ende ein Anfang

REUTERS/ POOL

WELT-Korrespondentin Martina Meister beschreibt, wie der Großbrand in der Kathedrale Notre-Dame die Menschen in ganz Frankreich zusammenrücken lässt. Eine Liebeserklärung an ein Land, das auch in der Katastrophe nach vorn blickt

Es war schon nachts um eins, das Feuer war seit einiger Zeit unter Kontrolle, der Nachthimmel hatte die großen Rauchwolken verschluckt, die Wasserbögen aus den Feuerwehrschläuchen wirkten wie die vergängliche Spiegelung der steinernen Stützbögen am Mittelschiff von Notre-Dame. Doch obwohl die größte Gefahr gebannt war, standen die Menschen noch immer auf den Uferpromenaden und den Brücken über der Seine. Sie standen dort und sangen. Sie sangen Lieder, sanft und leise, als würden sie jemand in den Schlaf wiegen wollen.

VON MARTINA MEISTER

AUS PARIS

Wenn eines der Lieder zu Ende war, begann jemand, ein neues anzustimmen. Es war wie ein Rosenkranz aus Musik. Niemand schien sich lösen zu können. Mir ging es nicht anders. Als hinge irgendetwas ab von unserer Anwesenheit: Es war, als stünden wir am Krankenbett eines geliebten Menschen, der dem Tod gerade noch mal von der Schippe gesprungen war, und als würden wir nicht wagen, ihn kurz unbeaufsichtigt zu lassen, weil der Tod bekanntlich nichts Verlässliches, nichts Rationales hat. Er schlägt zu, wann und wo er will. Es war, als fürchteten wir, die Kathedrale werde sterben, sobald wir ihr den Rücken zukehrten. Im Fall von Notre-Dame de Paris heißt sterben: durch die unsägliche Hitze erneut in Flammen aufgehen, zusammenstürzen, einfallen, verschwinden, sich einfach entziehen, von der Ewigkeit zum Nichts, vom Monument der Christenheit zur klaffenden Leerstelle.

In der stillen Ehrfurcht der Menschen, die man nicht als Schlachtenbummler bezeichnen darf, lag tröstliche Schönheit. Sie machte aus uns, die ans Totenbett geeilt waren, eine Gemeinschaft, in Trauer vereint. Paris wieder. Erneut verletzt, wenn auch auf andere Art als bei den Attentaten. Die Tochter einer Freundin sagte vorwurfsvoll zu ihrer Mutter: „Wie kannst du weinen? Es ist doch nicht das Bataclan. Niemand ist gestorben." Wir weinten trotzdem, als hätte uns dieses Feuer etwas geraubt, das unersetzlich ist.

Wenn man jemanden verliert, mit dem man Momente geteilt hat, kommen Erinnerungen hoch. An die Schönheit des Stadtbildes der beiden Inseln inmitten der Seine, dieser Fluss, der nur was „für Verzweifelte oder Verliebte" ist, wie es Aragon formuliert hat. Die Häuser stehen hier nicht preußisch Spalier, sie reihen sich aneinander wie Menschen mit eigener Persönlichkeit. Und schnell begreift man, dass der ganze Zauber darin liegt: Keines dieser Gebäude hat dieselbe Höhe, keines dieselbe Farbe, sie stehen da wie schöne Variationen, eine bachsche Fuge aus Stein, der städtebauliche Ausdruck des Individualismus der Franzosen. Aus der Ferne betrachtet wirkt er wie die Harmonie schlechthin. „Was war eigentlich zuerst erfunden worden", fragte der Dichter Léon-Paul Fargue, „die Quais der Seine oder die Malerei?".

Notre-Dame ist Teil dieses Gemäldes, steingewordenes Streben nach Transzendenz. Als Deutsche musste ich in dieser Nacht denken an den Wahnsinn Hitlers, seinen Befehl, Paris zu zerstören. „Brennt Paris?", soll er seinen Oberbefehlshaber von Choltitz gefragt haben. Der hatte die Vernichtung verweigert. Wenig später, zur Befreiung von Paris, läuteten die Glocken von Notre-Dame. Von dort aus breitete sich die Botschaft durch das ganze Land, von Kirchturm zu Kirchturm.

Ich musste denken an die Trauerfeier für François Mitterrand. Helmut Kohl saß auf der Kirchenbank, wie ein Kind, dicke Tränen liefen über seine Wangen. Auch erinnere ich mich an eine morgendliche Messe, sonntags, kurz nach acht. Wir saßen im Chor, eine Handvoll Menschen, ein billiges Privileg, zu haben für jeden, der das Frühaufstehen nicht scheut, während zu den Stoßzeiten der Tourismusindustrie das Innere der Kathedrale zuweilen ans Oktoberfest erinnert. Ich erinnere mich an die 422 Stufen, die man hochsteigen muss, bis man atemlos oben auf dem südlichen Glockenturm angelangt ist, bei den Wasserspeiern, und der Blick das bisschen Atem verschlägt, das noch bleibt. Paris liegt da, in seiner Schönheit, und man begreift, dass Notre-Dame der Bezugspunkt ist in diesem Meer aus Stein, der Nullpunkt, wenn man so will.

Ein solcher liegt auf dem Vorplatz der Kathedrale, ein runder Stein mit einem Stern aus Bronze: *Point Zero des Routes de France* steht dort eingemeißelt. Die Distanz ins kleinste Dorf im Land wird von diesem Punkt aus berechnet. Das heißt: Man kann diesem geheimnisvollen, unverständlichen und wunderbaren Wesen namens Frankreich nirgends näherkommen als hier. Darf und muss man die Anteilnahme, die der Brand weltweit ausgelöst hat, nicht auch verstehen als eine Liebeserklärung an diesen Sonderling Frankreich, diesen mitunter eingebildeten Nachbarn, der oft widerspenstig ist, der viel zu viel nörgelt, aber wenn es darauf ankommt, immer die richtigen Prioritäten hat?

M. MEISTER

Martina Meister vor Notre-Dame

Am Montagmorgen, wenige Stunden bevor Paris brannte, war ich in der Rue des Ursins, einer mittelalterlichen Gasse auf der Île de la Cité, nur einen Steinwurf von Notre-Dame entfernt. Ich hatte einen Termin auf der Präfektur, in einem Ableger des Hauptgebäudes. „Einbürgerungsbüro" steht an der Tür. Der Staat Frankreich hat mich geprüft, ob ich wirklich Französin werden will. Ich hatte eine Art Prüfungsgespräch. Nachdem ich die Fragen nach den Daten der Kriege mit Deutschland beantwortet hatte, nachdem ich Auskunft geben konnte über die französischen Ideale von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, das Prinzip der Laizität erklären und mehrere Flüsse aufzählen konnte, bat mich die Prüferin, die Charta der Bürgerrechte und -pflichten zu unterschreiben. Ich wurde daran erinnert, dass eingebürgert zu werden keine Kleinigkeit ist, sondern eine „wichtige und gut überlegte Entscheidung", die mich und meine Nachfahren bindet. Frankreich nimmt mich auf, wenn ich „seine Geschichte, seine Prinzipien und Werte" annehme. Meine Unterschrift fühlte sich an wie ein neuer Lebensvertrag. Ich bin am Morgen aufgenommen worden in die Gemeinschaft derer, die am Abend in der Kommunion der Trauer vereint waren. Ich habe Tränen des Verlusts geweint und Tränen darüber verschämt weggewischt, was ich gewonnen hatte.

Gelernt habe ich schon eines: Die Franzosen blicken lieber nach vorn. Die Flammen loderten noch am Himmel, als im Fernsehen bereits debattiert wurde, wie, wann und mit welchem Geld die Kathedrale wiederaufgebaut wird. „Ist doch nur ein Sachschaden", sagen sie gern. Wie hatte es der preußische Protestant Kleist formuliert? „Ach, nur einen Tropfen Vergessenheit, und mit Wollust würde ich katholisch werden."

Internationale Solidarität

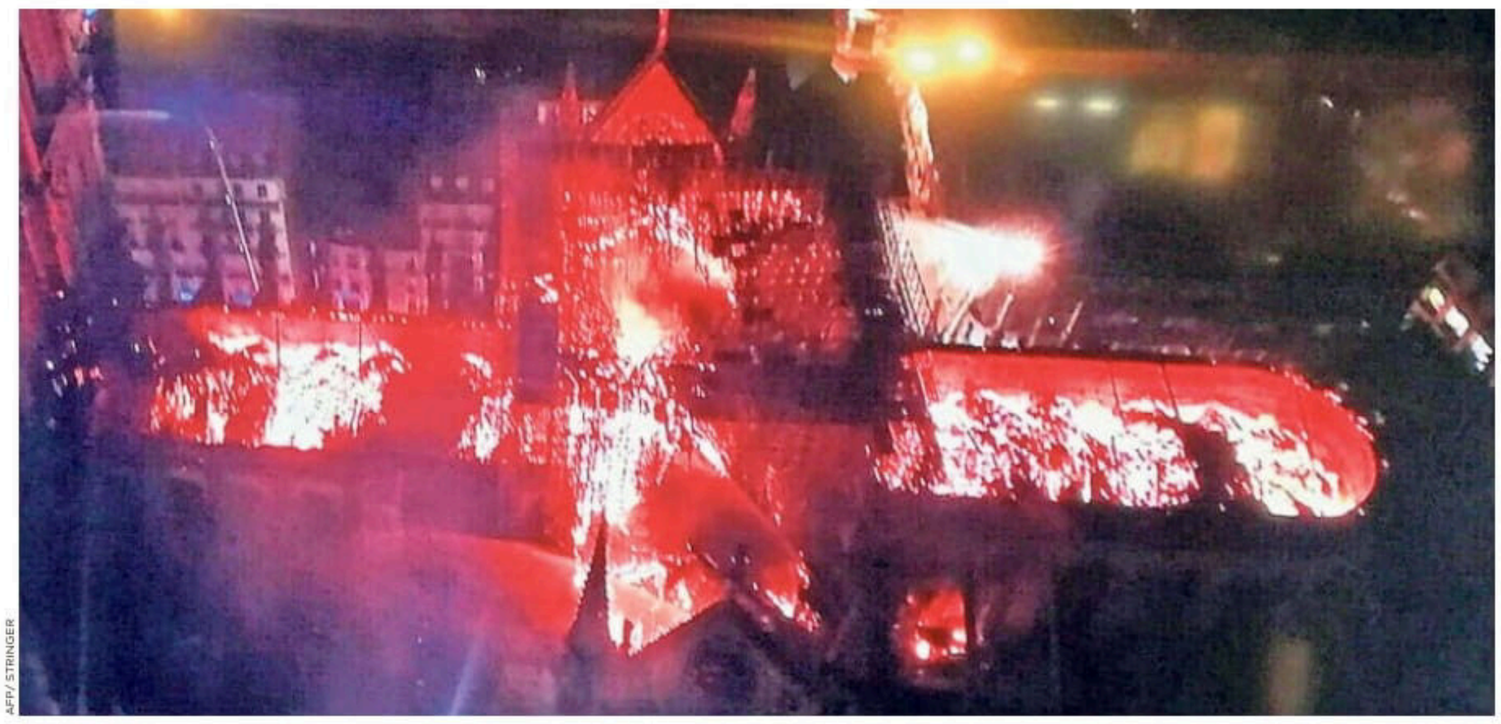
Bundeskanzlerin **Angela Merkel** (CDU) hat den Franzosen Hilfe beim Wiederaufbau von Notre-Dame zugesagt. „Diese herrliche Kirche, das Herz von Paris in Flammen zu sehen, hat uns alle tief berührt", sagte sie. Notre-Dame sei „unser gemeinsames, europäisches Erbe, das wir miteinander teilen". Die Bundesregierung sei gerne bereit, am Wiederaufbau mitzuwirken mit Expertise und Erfahrung. Bundespräsident **Frank-Walter Steinmeier** rief die Bürger auf, den Wiederaufbau zu unterstützen: „Es ist nicht nur ein großes Bauwerk, es ist ein großes europäisches Wahrzeichen, Wahrzeichen europäischer Kultur und ein wichtiges Dokument europäischer Geschichte." Die britische Königin **Elizabeth II.** sagte, sie „bewundere aufrichtig die Einsatzkräfte, die ihr Leben riskiert haben, um dieses bedeutende nationale Denkmal zu retten". **Papst Franziskus** schrieb an den Pariser Erzbischof: „Ich trauere mit Ihnen." Aus vielen Ländern kamen Angebote, beim Wiederaufbau zu helfen. **Seiten 2 bis 4 und 21**

DIE WELT, Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin, Redaktion: Brieffach 2410 Täglich weltweit in über 130 Ländern verbreitet. Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen.
Telefon 030 / 25 91 0 **Fax** 030 / 25 91 71 606 **E-Mail** redaktion@welt.de **Anzeigen** 030 / 58 58 90 **Fax** 030 / 58 58 91 **E-Mail** anzeigen@welt.de
Kundenservice DIE WELT, Brieffach 2440, 10867 Berlin **Telefon** 0800 / 93 58 537 **Fax** 0800 / 93 58 737 **E-Mail** kundenservice@welt.de

A 3,50 € / B 3,50 € / CH 5,00 CHF / CZ 97 CZK / CY 3,50 € / DK 27 DKK / E 3,50 € / I.C. 3,50 € / F 3,70 € / GB 3,50 GBP / GR 3,60 € / I 3,70 € / L 3,50 € / MLT 3,50 € / NL 3,60 € / P 3,50 € (Cont.) / PL 16 PLN / SK 3,40 €

ISSN 0173-8437 91-16 ZKZ 7109

4 190710 902704 30016



AFP/ STRINGER

REUTERS/ PHILIPPE WOJAZER

VINCENT BOISOT/ RIVA PRESS/ LAIF

REUTERS/ PHILIPPE WOJAZER

Ein Drohnenfoto zeigt die brennende und eingestürzte Kathedrale (o.), nachdem stundenlang die Flammen zu sehen waren (r.). Das Dach ist in den Innenraum gefallen (u.), fassungslos verfolgen die Menschen die Löscharbeiten in der Nacht

Das Leiden der alten Dame

Wahrzeichen in Flammen: Eine Nacht lang kämpfen Feuerwehrkräfte um Notre-Dame, erst am Morgen kann der Großbrand gelöscht werden. Die wichtigsten Fragen und Antworten

Warum ist das Feuer ausgebrochen?
Die Brandursache ist noch unklar. Nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft könnte der Brand mit den Bauarbeiten an der Kathedrale im Zusammenhang stehen. Die Staatsanwaltschaft leitete eine Untersuchung wegen unbeabsichtigter Zerstörung durch Feuer ein, von Brandstiftung ist bislang nicht die Rede. „Nichts weist derzeit in die Richtung einer vorsätzlichen Tat", sagte der Pariser Staatsanwalt Rémy Heitz. Es habe am Montag zwei Mal Alarm gegeben: Einmal um 18.20 Uhr, dabei sei aber bei einer Überprüfung kein Feuer entdeckt worden. Der zweite Alarm wurde um 18.43 Uhr ausgelöst – dann sei der Brand im Dachstuhl entdeckt worden. Der Direktor des Gotteshauses sieht in diesem Zusammenhang keine Sicherheitsmängel beim Brandschutz. Es gebe etwa Brandaufseher, die drei Mal täglich den Dachstuhl prüfen, sagte Patrick Chauvet dem Sender France Inter. „Ich denke, dass man nicht mehr machen kann." Aber es gebe natürlich immer Vorfälle, die man so nicht habe vorhersagen könne. Man müsse nun prüfen was passiert sei – er wisse es noch nicht.

Wen nehmen die Ermittler ins Visier?
Die Staatsanwaltschaft leitete Ermittlungen wegen fahrlässiger Brandstiftung ein und befragte noch in der Nacht Bauarbeiter. Fünf Unternehmen seien an den Arbeiten beteiligt gewesen, sagte Heitz. Etwa 15 Mitarbeiter seien am Montag mit Arbeiten betraut gewesen. Rund 50 Ermittler waren im Einsatz. Das bei der Restaurierung von Notre-Dame federführende Unternehmen wies Anschuldigungen zurück, für den Ausbruch des Feuers verantwortlich zu sein. Alle Sicherheitsvorschriften seien eingehalten worden, sagte Julien Le Bras, Chef des Gerüstbauers Le Bras Frères.

Was hat es mit dem Baugerüst rund um die Kathedrale auf sich?
Auf dem Dach von Notre-Dame waren Bauarbeiten im Gange, deshalb stand dort ein riesiges Gerüst. Die Kathedrale war gerade erst für elf Millionen Euro mit öffentlichen Geldern saniert worden, denn Witterung und Luftverschmutzung haben dem Baudenkmal über die Jahre schwer zugesetzt.

Wie stabil ist die Kathedrale nach dem Brand?
Experten und Behörden kämpfen um die Sicherung des 850 Jahre alten Gebäudes. Die Struktur der gotischen Kirche war weitgehend stabil, allerdings wurden mehrere Schwachstellen im Gewölbe und einem Giebel im nördlichen Querschiff entdeckt. Der Giebel müsse deshalb abgesichert werden, sagte Innenstaatsekretär Laurent Nuñez. Ob die Kathedrale gerettet werden konnte, habe sich Montagabend „innerhalb einer viertel Stunde, einer halben Stunde" entschieden, sagte Nuñez. Zwei Drittel des Dachs und ein Spitzturm wurden zerstört. Die Mauern, die beiden monumentalen Türme und die drei Fensterrosen blieben weitgehend unbeschädigt.

Warum hatte es die Feuerwehr so schwer?
Laut Experten führte eine Kombination aus einem mehr als 850 Jahre alten Bauwerk aus teils schwerem Holz, ein weitläufiges Gelände und ein Mangel an ausgefeilten Feuerschutzsystemen dazu, dass die Flammen rasch um sich griffen. Einige Sehenswürdigkeiten von Notre-Dame hätten sie zu einem Ort gemacht, an dem sich ein solcher Brand nur schwer bekämpfen lasse, erläutert der Vorsitzende der US-Feuerwehr, G. Keith Bryant, ehemals Präsident der Internationalen Vereinigung der Feuerwehrchefs. Dazu gehörten ihr Alter, die gewaltigen Dimensionen und der gotische Stil des Sakralbaus mit dessen Mauerwerk und baumstammgroßen Holzbalken. Diese Gemengelage habe wie Zunder gewirkt. Hinzu kamen die große Hitze von 800 bis 1000 Grad Celcius und die Einsturzgefahr.

Wie steht es um den Wiederaufbau?
Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron sagte einen Wiederaufbau der Kathedrale zu. Mehrere französische Firmengruppen und Unternehmensfamilien kündigten Großspenden an. Der Luxusmodekonzern Kering des Milliardärs François-Henri Pinault stellte eine Spende von 100 Millionen Euro in Aussicht, ebenso wie der Ölkonzern Total. Bernard Arnaults Konzern LVHM und die Haupteigner des Kosmetikkonzerns L'Oréal, die Familie Bettencourt, kündigten je 200 Millionen Euro an. Zahlreiche Länder boten ihre Hilfe beim Wiederaufbau an.

Wie lange könnte der Wiederaufbau dauern?
Der Kölner Dombaumeister Peter Füssenich rechnet mit einem jahrzehntelangen Wiederaufbau. „Jetzt zu spekulieren, wie lange der Wiederaufbau dauern und was er kosten wird, ist ein Blick in die Glaskugel", sagte Füssenich. „Aber allein wenn man die Fernsehbilder gesehen hat, weiß man, dass es nicht nur Jahre sein werden, bis der letzte Schaden beseitigt ist, sondern dass es da um Jahrzehnte geht." Die nächsten Tage seien nun entscheidend. Die steinernen Deckengewölbe unterhalb des verbrannten Dachstuhls hätten sich mit Löschwasser vollgesogen. „Das hat dazu geführt, dass es zu einer Gewichtszunahme der überwölbten Decken um ein Vielfaches gekommen ist. Man wird die nächsten Tage abwarten müssen, ob die Gewölbe standhalten trotz dieses Gewichts." Die Zerstörung des Dachstuhls von Notre-Dame sei ein besonders großer Verlust, weil er überwiegend noch aus dem 13. Jahrhundert gestammt habe. Mehrere Hundert Millionen Euro stehen bereits für den Wiederaufbau bereit.

Welche Kulturschätze beherbergt Notre-Dame?
Eine der wichtigsten Reliquien wurde aus der brennenden Kathedrale gerettet. Es handele sich dabei um die Dornenkrone, die Jesus Christus bei seiner Kreuzigung getragen haben soll, sagte Patrick Chauvet, der Direktor des Gotteshauses. Die Flammen hätten den Kirchenschatz nicht erreicht. Auch ein Kreuznagel, der von der Kreuzigung Jesus Christi stammen soll, zählt zu den Reliquien von Notre-Dame. Zudem beherbergt die Kathedrale wertvolle Handschriften und Jahrhunderte alte Kelche, Gewänder, Monstranzen und Kreuze. Auch die imposante Orgel in der Pariser Kathedrale hat das verheerende Feuer überstanden. Die Orgel, eine der berühmtesten und größten der Welt, lässt sich bis in die 1730er Jahre zurückdatieren und wurde von François Thierry gebaut. Sie verfügt über geschätzt 8000 Pfeifen.

Wer hat die Dornenkrone gerettet?
Der Kaplan der Pariser Feuerwehr wird als Held gefeiert. Jean-Marc Fournier sei gemeinsam mit Feuerwehrleuten in das brennende Bauwerk gestürmt und habe mit ihnen gemeinsam die Dornenkrone gerettet, sagte der Bürgermeister des 15. Pariser Arrondissements, Philippe Goujon. Fournier hatte sich bereits nach den Terroranschlägen vom November 2016 einen Namen gemacht, als er sich nach dem Massaker im Konzertsaal Bataclan um die Verletzten kümmerte und für die Toten betete. Laut einem Interview, das Fournier damals einem christlichen Magazin gegeben hatte, war er in Deutschland und im Département de la Sarthe stationiert, bevor er seinen jetzigen Posten bei der Pariser Feuerwehr annahm. Außerdem war er in der Diözese der französischen Streitkräfte tätig und eine Zeit lang in Afghanistan.

Was ist die Geschichte der Kathedrale?
Die Geschichte Notre-Dames reicht bis in die Mitte des 12. Jahrhunderts zurück, der Grundstein wurde im Jahr 1163 gelegt. Fast 200 Jahre vergingen bis zur Fertigstellung. Die Dimensionen der im gotischen Stil konstruierten und der Jungfrau Maria geweihten Kirche mit ihren beiden Haupttürmen sind gewaltig: Die Kathedrale ist 127 Meter lang, 40 Meter breit und bis zu 33 Meter hoch. Hier krönte sich Napoleon 1804 selbst zum Kaiser. Im 27 Jahre später erschienenen historischen Roman „Der Glöckner von Notre-Dame" verewigte Victor Hugo die Kathedrale in der Literatur. Am 24. August 1944 hatte das Glockenläuten von Notre-Dame die Befreiung von Paris von der deutschen Besatzung verkündet. Heute gehört sie zu den beliebtesten Sehenswürdigkeiten der französischen Hauptstadt. Jedes Jahr besuchen die Kirche zwischen zwölf und 14 Millionen Menschen.

Wie reagiert Macron?
Frankreichs Präsident sagte seine für heute geplante Pressekonferenz zu den Reformen nach der „Nationalen Debatte" ab. „Es ist notwendig, eine Zeit der Andacht zu respektieren, und in diesem Moment großer nationaler Emotionen die nötige Verantwortung zu übernehmen", teilte der Élysée mit. Macron wollte bei der Pressekonferenz eigentlich seine Maßnahmen zur Beruhigung der „Gelbwesten"-Krise im Detail erläutern. Eine für Montagabend geplante Fernsehansprache hatte er wegen des Feuers ebenfalls kurzfristig ausfallen lassen. Die Rettungsaktion für das weltberühmte Pariser Wahrzeichen habe nun Priorität, hieß es.

DW

„Ein schlimmer Schlag für unsere ganze Stadt"

„Mir fehlen die Worte. Diese Wunde für die Kathedrale von Notre-Dame ist schrecklich, ein Unglück, das aus heiterem Himmel kam und unsere Gesellschaft trifft, die immer instabiler wird und keine Fundamente mehr hat", sagt der Schauspieler Gérard Depardieu, wir erreichen ihn auf Schloss Tigne an der Loire, seine Stimme ist hörbar fassungslos.

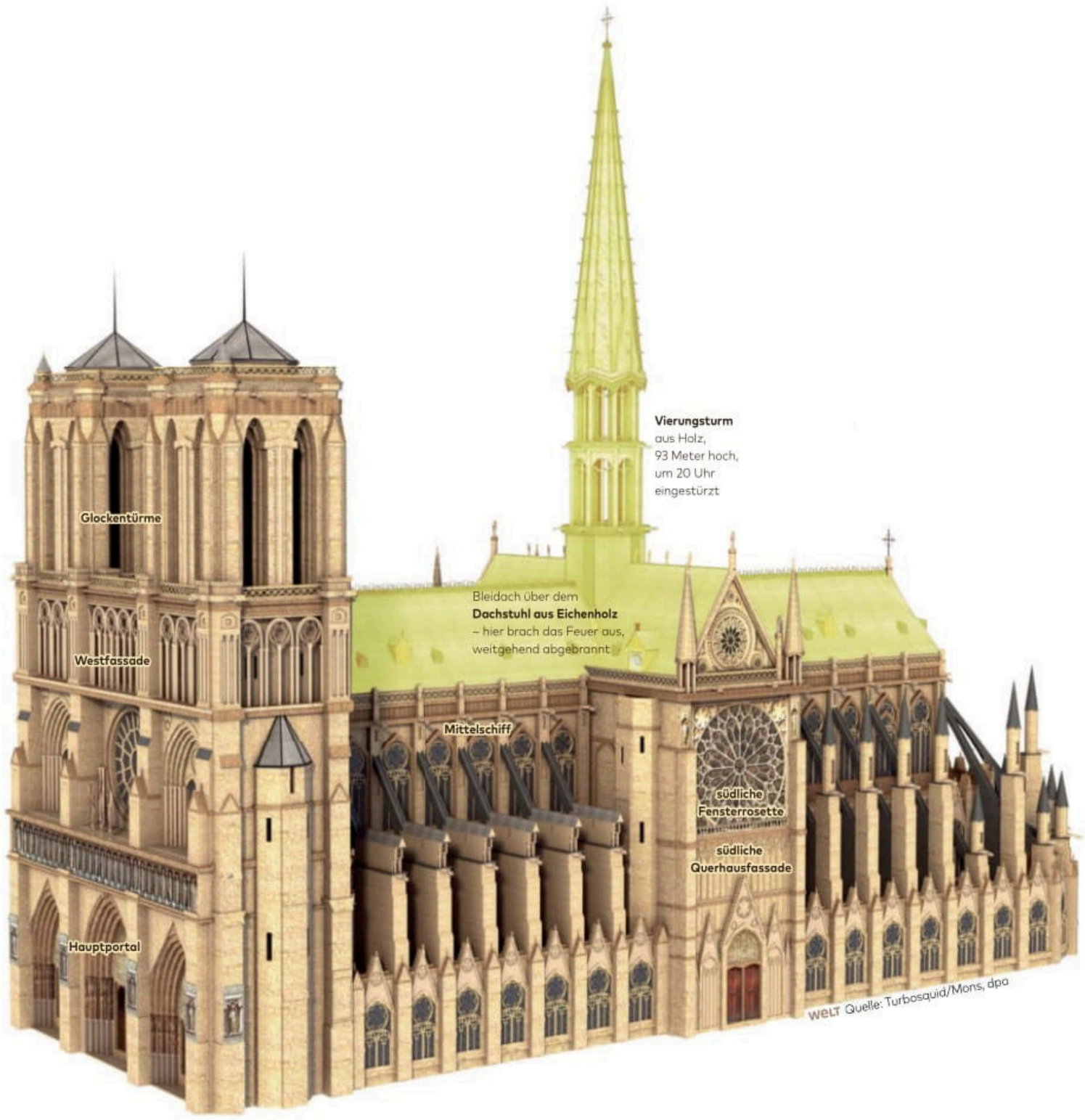
WELT: Herr Depardieu, Notre-Dame in Flammen, was ist das für eine Vorstellung?
GÉRARD DEPARDIEU: Ich bin bestürzt. Was ich sehe, ist beängstigend. Ich glaube, ich werde schnellstmöglich nach Paris zurückkehren. Es ist ein schlimmer Schlag für die gesamte Stadt.

Was bestürzt Sie am meisten?
Mich erschrecken und empören die schieren Fakten. Ein Feuer, das ausgerechnet von einem Baugerüst zur Restaurierung der Kirche ausgeht, ist doch schlimm. Mir kam sofort der Brand von La Fenice in Venedig in den Sinn. Das war 1996, heute haben wir 2019. Es ist verrückt, dass sich Katastrophen dieses Ausmaßes wiederholen können. In Venedig zerstörte das Feuer innerhalb weniger Stunden das gesamte Opernhaus bis auf die Grundmauern. Auch dort waren damals gerade Renovierungsarbeiten im Gange. Unsere Gesellschaft zahlt den Preis für ihre Unfähigkeit, Dinge noch gut auszuführen. Im Kleinen wie im Großen fehlen die Fachleute, die sicher und vertrauenswürdig arbeiten.

Vor mehr als 15 Jahren hatten Sie im Presbyterium von Notre-Dame eine Lesung aus den Bekenntnissen des Kirchenvaters Augustinus. Welche Erinnerungen an damals hat das Feuer wach werden lassen?
Ich erinnere mich an Tausende von Leuten, die damals gekommen waren, um meiner Lesung aus den Schriften des Heiligen Augustinus von Hippo zu lauschen. Ich glaube, es waren 3000 Leute in der Kathedrale und weitere 4000, die die Lesung von draußen verfolgten. Wir führten außerdem ein langes Gespräch mit Kardinal Jean-Marie Lustiger (*dem ehemaligen Erzbischof von Paris; Anm. d. Red.*), diesem ganz außerordentlichen Kirchenmann, hochgelehrt und hochkultiviert. Er konnte nicht fassen, wie viele Leute ihrem Wunsch Ausdruck gaben, die Worte des Heiligen Augustinus kennenzulernen und für unsere Zeit zu begreifen. Es war ein wunderschöner Moment für ganz Paris und überzeugte mich, diese Erfahrung anderswo zu wiederholen. Und so veranstaltete ich die Augustinus-Lesung noch einmal, mit Umberto Eco in Bologna. Die Wahrheit, das Licht, die Freude. Begriffe, die ich nur mit großer Beklemmung aussprechen kann, während die Fialen in Flammen aufgehen.

PA/ DPA/ CHRISTOPHE MORIN

■ Es fragte Guido Andruetto. Dieser Text stammt aus „La Repubblica", im Rahmen der Leading European Newspaper Alliance (LENA). Aus dem Italienischen von Marc Reichwein.



WELT Quelle: Turbosquid/Mons, dpa

Der wahre Grundriss des Abendlandes

Eine andere Welt, die in unsere Gegenwart hineinragt: Warum uns Kathedralen selbst in gottfernen Zeiten mehr faszinieren als alle anderen Bauwerke

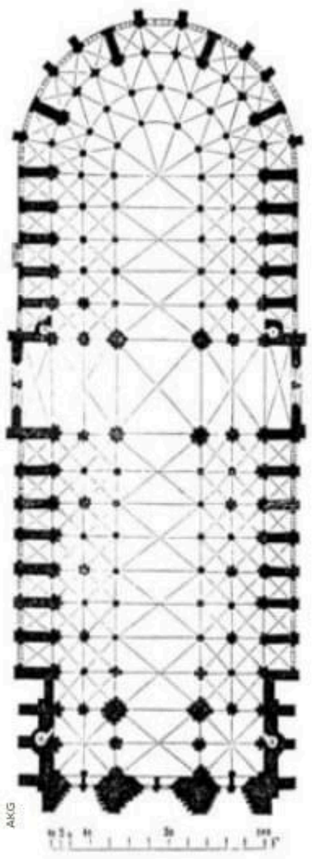
Wer nicht nachvollziehen kann, wie ein kirchliches Bauwerk, noch dazu in dem von der Aufklärung so stark geprägten Frankreich, im 21. Jahrhundert eine solche Woge des Mitgefühls auslösen kann, der sollte erst einmal nüchtern reflektieren, wie tief er selbst, seine Geschichte, sein Herkommen, sein Selbstverständnis unter dem fortwirkenden Eindruck dieses großen geistigen Erbes des Abendlandes steht.

Den Deutschen ist es deutlich geworden, als sich beim Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden Menschen aus aller Welt ungefragt und unaufgefordert an Spendensammlungen beteiligten. Es wurden Millionen aufgebracht, und selbst Menschen, die den Kirchen sonst nicht unbedingt nahestehen, machten mit. Aber warum? Weil es dabei um viel mehr als ein Bauwerk ging. Es war das Inbild einer Stadt und eines Schicksals, das sich in diesem einen Gebäude manifestiert.

VON DANKWART GURATZSCH

Der Nimbus, der die Kathedrale umweht, hat zuerst etwas mit der majestätischen Position zu tun, die sie in der europäischen Stadt bezieht. Architekturkenner empfinden es als eklatanten Mangel aller Neubauplanungen, wenn den Quartieren diese Mitte fehlt. Die Hochhäuser, Zeilen, Blöcke schwimmen gleichsam im undefinierten, undefinierbaren Raum. Erst die Kirche, die Kathedrale, der Dom, auf den alle Blickbeziehungen wie die Eisenspäne auf den Magneten ausgerichtet sind, erst dieser mächtige, bemooste Bürge, der wie aus einer anderen Welt in die nackte Gegenwart hereinragt, ein Bürge für das, was über den weltlichen Nutzen, den trivialen Zweck hinausreicht, was selbst noch den Ungläubigen stumm macht, prägt dem Gefüge der Straßen und Plätze seine höhere Bestimmung, seinen durch kein anderes Bauwerk zu überbietenden unverwechselbaren Stempel auf.

Hier hat man den Grund zu suchen, dass eine ganze Stadt, eine Nation, wie die Reporter aus Paris mit eher ungläubigem Staunen berichtet haben, in Tränen ausbricht, wenn dieser Zeuge einer Stadt, einer Nation beschädigt wird. Solche Tränen vergießt, wer etwas sehr Persönliches beklagt. Und auf diese Weise persönlich ist die Kathedrale tatsächlich für den Stadtbewohner, zu dessen täglichem Lebensbereich sie gehört. So wie er zu ihr gehört und von ihm zeugt, so ist er ihr Teil und erleidet ihre Verwundungen mit. Viele Augenzeugen des Brandes in Paris haben genau das bekundet. Dass diese enge Bindung lebendiger Stadtbürger zu einem kunstvoll aufgerichteten Gebilde aus toten Steinen nicht einmal allen Pastoren heute mehr bewusst ist, kann nicht als Gegenargument gelten. Dass sie nicht mehr hören, wie die Steine dieser Bauwerke „reden", mag ein Zeugnis jener aufklärerischen Skepsis sein, die die Religiosität bis in den Stand der Geistlichen hinein heute untergräbt – aber es bedeutet den Verlust und die Verleugnung einer ganzen Dimension von Erfahrung, ohne die Europa, das Abendland nicht zu denken ist.



AKG

Zahlenmystik und geheime Codes? Grundriss von Notre-Dame de Paris

Viele haben das Geheimnis der magischen Wirkung der Kathedralen darin gesehen, dass diese jeden unmittelbaren Nutzen übersteigenden menschlichen Werke geheime Botschaften enthalten, dass sie auf Zahlenmystik gegründet sind, dass ihnen Codes, die nur Eingeweihte entschlüsseln können, eingeschrieben sind. Verbürgt ist ja, dass die Kathedrale architekturgeschichtlich in die Nachfolge des Tempels der Antike eintritt – aber ihr Anspruch weist darüber hinaus. In der Kathedrale materialisiert sich der Inbegriff von Spiritualität, in ihren farbigen Fenstern, für die besonders die Franzosen eine spezielle, nie übertroffene Meisterschaft entwickelt haben, eine Ahnung vom Reichtum himmlischer Verheißungen. In den Türmen ihrer Westwerke meinen Kunsthistoriker die Verbildlichung und Gegenwart fürstlicher Schutzmacht zu sehen, in ihrem Grundriss das Heilige Jerusalem. Dieser Grundriss ist der wahre Grundriss des Abendlandes, der Grundriss der Idee Europa, der Grundriss für jene tausend Wohnungen, die in unseres Vaters Hause für uns offenstehen.

Wer Europa vordergründig als einen Zweckverband versteht, hat von diesem Fundament nichts begriffen. Dabei ist diese besondere Bestimmung bis heute, also selbst noch in einem „aufgeklärten", ja, in weiten Teilen atheistischen Zeitalter geradezu körperlich spürbar. Die Kathedralen zählen unverändert zu den touristischen Hauptsehenswürdigkeiten, viele von ihnen sind in der Zeit der industriellen Revolution erst vollendet, ja gegen die Entfremdung von allem Spirituellen und Kirchlichen buchstäblich angebaut worden. Sie sind es, die die Stadtbesucher als Erstes anziehen, die selbst Kirchenfremde nur wie auf Zehenspitzen betreten und vor deren Bildwerken sie mit stummen Fragen verharren. Die Kathedrale ist der Ort, an dem wir ankommen, wenn uns alle Sicherheiten, alle Bindungen und alle Träume abhandengekommen sind. Wenn sie brennt, brennen wir selbst.

Mehr als alle Politikerreden hat das Feuer von Paris bewusst gemacht, wie großartig, wie tief verankert, wie unzerstörbar die Idee der Kathedrale, die Idee Europa ist. Diese Bestärkung ist uns heute so nötig wie nie, denn vielleicht werden wir sie nie gänzlich begreifen. Am schönsten hat es der Bildhauer Auguste Rodin ausgedrückt, als er vor mehr als hundert Jahren ausrief: „Unsere Kathedralen! Die Menge steht still vor ihnen, unfähig, die Pracht dieser architektonischen Unermesslichkeit zu verstehen, bewundert sie jedoch aus natürlichem Instinkt. Oh die stumme Bewunderung dieser Menge! Ich möchte ihr zurufen, dass es keine Täuschung ist." Nein, eine Täuschung ist es nicht.

Von Menschenhand erbaut, von Flammen geraubt

Immer wieder zerstören Großfeuer nationale Monumente – auch in Friedenszeiten. Ein Überblick

Ohne Feuer gibt es keine Kultur. Erst das Feuer machte den Mensch zum Menschen. Doch nur das beherrschte, das eingehegte Feuer. Denn zugleich gehört Feuer zu den verheerendsten Kräften der Welt. Es kann Kulturgüter vernichten und jahrhundertealte Schätze restlos auffressen. Feuersbrünste waren seit Anbeginn der menschlichen Zivilisation eine Waffe. Sie wurden in Kriegen bewusst verursacht – vom bronzezeitlichen Troja über die Feuerstürme des Zweiten Weltkriegs bis hin zu Napalm-Bombardements in Vietnam. Das ist grausam, folgt aber einer brutalen Logik.

VON SVEN FELIX KELLERHOFF

Noch viel unverständlicher sind jene Katastrophen, die quasi zufällig im Frieden geschehen. Die beispielsweise durch Unachtsamkeit oder durch Brandstiftungen von Einzelpersonen ausgelöst werden. Vermutlich gehört der Großbrand im Dachstuhl der Pariser Kathedrale Notre-Dame in diese Kategorie – die genaue Ursache werden Ermittlungen ergeben.

Vor knapp 15 Jahren traf es eine der bedeutendsten Büchersammlungen Deutschlands. Die Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar geriet am 2. September 2004 in Brand. Wahrscheinlich hatte ein altes Elektrokabel im Dachstuhl einen Schwelbrand ausgelöst; das Feuer fraß sich von oben nach unten, konnte aber im weltberühmten Rokokosaal im zweiten Stock aufgehalten werden.

Dennoch gingen fast 50.000 meist alte Bücher durch die Flammen verloren; noch einmal mehr als 60.000 wurden durch das Löschwasser teilweise unrettbar beschädigt. Die zynische Ironie: Wenige Wochen vor dem Brand hatte die Verlagerung der Bestände in ein neu gebautes, hochmodernes Magazin begonnen.

Vermutlich ein Raucher verursachte in der Nacht zum 18. August 1993 die weitgehende Zerstörung des Wahrzeichens der Schweizer Stadt Luzern, der Kapellbrücke aus dem 14. Jahrhundert. Jedenfalls kam die Polizei zum Ergebnis, dass eine noch glimmende Zigarette, die ein Passant auf eines der Boote unter der 204 Meter langen und überdachten Holzbrücke warf, das Boot in Brand setzte. Die Flammen griffen auf die Brücke über.

Die Folgen waren gravierend: Von den 110 dreieckigen Bildern im Giebel des Brückendaches, die Szenen aus der Schweizer Geschichte zeigten, gingen 78 verloren – sie waren ab dem Jahr 1599 gemalt worden. Am Morgen nach dem Brand konnten zwar die Überreste von 47 geborgen werden, doch nur 32 Bilder davon konnten restauriert werden. Sie hängen heute wieder im Giebel der originalgetreu restaurierten Kapellbrücke.

Um eine Bauverzögerung auszulösen und damit einer drohenden Strafzahlung zu entgehen, legte ein Elektroingenieur am Abend des 29. Januar 1996 im Opernhaus von Venedig, dem weltberühmten Teatro la Fenice, einen Brand. Kurz nach 21 Uhr bemerkten Polizisten auf ihrem Rundgang durch die Stadt Brandgeruch, der aus dem Theater kam. Minuten später schlugen die Flammen schon aus dem Gebäude, der gesamte Dachstuhl fing Feuer. Das 204 Jahre alte Haus brannte bis auf die Grundmauern nieder, der Schaden betrug mindestens 15 Millionen Euro. Der Haupttäter wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt, konnte sich aber seiner Strafe durch Flucht entziehen und saß schließlich nur 16 Monate ab, bevor er amnestiert wurde.

Von einem sehr privaten Raum ging ein Großfeuer aus, das am 20. November 1992 das Windsor Castle westlich von London schwer beschädigte. In einer vor allem von Queen Elizabeth II. genutzten Kapelle entzündete wahrscheinlich ein Halogenstrahler gegen 11.15 Uhr einen unachtsam platzierten Vorhang. Das anschließende Feuer breitete sich aus und konnte erst gegen 2.30 Uhr in der folgenden Nacht ganz gelöscht werden. Sieben Millionen Liter Löschwasser wurden dafür benötigt – doch das Dach der St. George's Chapel stürzte ein; außerdem wurden einige der wichtigsten Staatsgemächer des Schlosses zerstört.

Ein Fünftel der Gesamtfläche des Schlosses wurde beschädigt, insgesamt rund 100 Räume mit zusammen 9000 Quadratmetern. Fünf Jahre lang dauerte die Renovierung, die Kosten betrugen 36,5 Millionen Pfund. Der größte Teil davon wurde durch Eintrittsgelder in den Buckingham Palace in London eingenommen.

Zu den Hauptsehenswürdigkeiten von Lissabon gehört das Viertel Chiado, am westlichen Rand der Altstadt um die beiden Einkaufsstraßen Rua do Carmo und Rua Garrett gelegen. Genau hier brach in den frühen Morgenstunden des 25. August 1988 ein Brand aus. 18 Gebäude wurden schwer beschädigt, elf davon konnten nur noch abgerissen werden. Zwei Menschen starben bei dem Feuer und 73 weitere wurden teilweise schwer verletzt. Die Feuerwehr, ohnehin schlecht ausgerüstet, konnte ihre Technik nicht schnell genug zum Brandherd bringen. Schließlich bekämpften mehr als 1600 Berufs- und freiwillige Feuerwehrleute den Brand, der nach rund zwölf Stunden unter Kontrolle war.

Zu den opferreichsten Bränden in Europa im 20. Jahrhundert, die nichts mit Kriegen zu tun hatten, gehörte das Feuer im berühmten Brüsseler Kaufhaus À l'innovation, von den Einheimischen kurz „Inno" genannt, am 22. Mai 1967. Während einer Präsentation US-amerikanischer Produkte brach vermutlich durch ein Leck in der Gasversorgung des Hauses ein Feuer aus. 323 Menschen konnten sich nicht mehr aus dem Haus retten. In West-Berlin griff die anarchistische Kommune 1 die Katastrophe zynisch auf und verbreitete das Flugblatt „burn, warehouse, burn", in dem es hieß: „Bisher krepierten die Amis in Vietnam für Berlin. Unsere belgischen Freunde haben endlich den Dreh heraus, die Bevölkerung am lustigen Treiben in Vietnam wirklich zu beteiligen: Sie zünden ein Kaufhaus an, 300 saturierte Bürger beenden ihr aufregendes Leben, und Brüssel wird Hanoi." Später bewertete ein Berliner Gericht diesen Zynismus als „Satire".

Vielleicht der schlimmste durch schiere Dummheit ausgelöste Brand in einem nationalen Monument geschah am 16. Oktober 1834 in London. Die im Westminster Palace ansässige britische Finanzverwaltung hatte festgestellt, dass die früher zur Steuerbemessung benötigten Kerbhölzer inzwischen überflüssig waren. Man kam auf die Idee, sie zu verbrennen – allerdings in einem Innenhof des aus romanischen, gotischen und Renaissance-Teilen bestehenden Komplexes. Funkenflug von dem brennenden Kerbholzhaufen setzte am Nachmittag die Täfelung im Oberhaus in Brand – große Teile des Palastes brannten nieder.

Es gab seinerzeit in London keine öffentliche Feuerwehr, sondern nur eine private, von einer Versicherungsgesellschaft finanzierte Gruppe von Brandbekämpfern. Ihre wenigen Dutzend Mitglieder hatten keine Chance gegen das Flammenmeer. Anders als bei vielen späteren Großfeuern wurde das zerstörte Gebäude nicht weitgehend originalgetreu rekonstruiert, sondern in neogotischem Stil neu geschaffen.

VOR KNAPP 15 JAHREN TRAF ES EINE DER BEDEUTENDSTEN BÜCHERSAMMLUNGEN DEUTSCHLANDS. DIE ANNA-AMALIA-BIBLIOTHEK IN WEIMAR GERIET AM 2. SEPTEMBER 2004 IN BRAND. WAHRSCHEINLICH HATTE EIN ALTES ELEKTROKABEL IM DACHSTUHL EINEN SCHWELBRAND AUSGELÖST

Die Fake News von Notre-Dame

YouTube-Algorithmus löst Verschwörungstheorien aus

Als am Montagabend gegen 19.30 Uhr die ersten Videobilder vom Brand in Paris auf YouTube anliefen, blickten nicht nur immer mehr YouTube-Zuschauer auf die brennende Kathedrale Notre-Dame de Paris – sondern auch ein Bilderkennungsalgorithmus der Videoplattform. Der überlegte nicht lange, sondern packte kurzerhand ein Infofenster unter die Livestreams diverser Fernsehsender. Der Inhalt: eine Erläuterung zu den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York 2001. Augenscheinlich hatte YouTubes Algorithmus etwas gründlich durcheinandergebracht.

VON BENEDIKT FUEST

Seitdem der Mutterkonzern Google im vergangenen Jahr öffentlich beschlossen hatte, vermehrt gegen extremistische Propaganda und Fake News auf seinen Plattformen vorzugehen, trainiert YouTube seine Algorithmen nicht mehr nur darauf, raubkopierte Hollywoodfilme zu erkennen. Die Bilderkennung sucht auch Terrorismusinhalte, extremistische Hassbotschaften oder eben selbst erstellte Dokumentationen von Menschen, die behaupten dass etwa die Anschläge des 11. September 2001 in New York ein Insider-Angriff der US-Sicherheitsbehörden oder einer Weltverschwörung gewesen sei. Dann markiert das System die Inhalte als potenzielle Fake News und stellt Informationen für die Zuschauer daneben. Doch diesmal lag der Algorithmus gründlich falsch – vielleicht hatte er den einstürzenden Dachreiterturm der Kathedrale mit einem einstürzenden Turm des World Trade Center verwechselt.

Der „9/11"-Einblender war nur kurz unter Videostreams von CBS, CNN und diversen französischen Fernsehsendern sichtbar. Dann griff YouTube ein und lies die irreführende Information verschwinden. Gleichzeitig erkannte YouTube die Relevanz der Ereignisse von Paris – wer anschließend nach „Notre-Dame" suchte, bekam nicht länger alte Dokumentationen über die Kathedrale oder verwackelte Smartphonebilder des Feuers zu sehen, sondern die Livestreams der Fernsehsender.

Doch die Episode zeigt deutlich, wie schwierig die automatische Einschätzung von Videobildern per Algorithmus für die Plattformen ist. Was echt und was falsch, was aktuell und was historisch ist, können bislang nur Menschen sicher einschätzen. Der YouTube-Fehler gewinnt an Brisanz vor dem Hintergrund der Anschläge von Christchurch: Auch dort versagten Filteralgorithmen, der Attentäter von Christchurch konnte seine Mordbilder ungestört über eine halbe Stunde lang auf Facebook und YouTube und später Twitter verbreiten. Danach forderten Politiker in Neuseeland, aber auch in Europa, solche Terrorinhalte künftig schneller verschwinden zu lassen. Der Brand von Notre-Dame beweist, wie schwierig eine solche schnelle Reaktion ist – und wie schnell Inhalte falsch kategorisiert werden.

Twitter reagierte diesmal relativ schnell und stellte Tweets zu Beiträgen von Nachrichtenorganisationen in eine aktuelle Zusammenfassung. Gleichzeitig jedoch kochten in dem sozialen Netzwerk, wie auch in den Kommentaren unter den YouTube-Streams, die ersten Verschwörungstheorien hoch: In diversen Kommentaren machten, nicht zuletzt befeuert durch YouTubes falschen Terror-Einblender, wilde Theorien von einem muslimischen Terroranschlag auf Notre-Dame die Runde. Auf Twitter kommentierten rechte Publizisten den Brand als Indiz für den kulturellen Untergang des Abendlandes.

Der russische Propagandasender Russia Today verbreitete schließlich via Facebook und Twitter die These, dass der Brand nur eine Fortsetzung einer Reihe von Angriffen auf christliche Kirchen in Frankreich sei. Der Sender nutzt den Brand aus, um seine Grundthese vom Verfall des guten Lebens in Europa zu untermauern. All diese Behauptungen entbehren jeder Faktengrundlage – doch reichen aus, um eine Stimmung der Unsicherheit zu schüren, nicht zuletzt da sie von rechten Populisten fleißig weiter verbreitet werden.

Das nachträgliche Blocken solcher Beiträge hilft nur bedingt. Denn ihr Zielpublikum erreichen sie bereits innerhalb der ersten zehn oder zwanzig Minuten nach der Publikation. Helfen können nur automatische Vorabfilter – doch die wiederum liegen aktuell noch, siehe YouTube, schlicht zu oft daneben.

Wasserwerfer gegen das Feuer

Deutsche Technik half bei der Notre-Dame-Brandbekämpfung

REUTERS/HANDOUT

Ein Feuerwehrmann kontrolliert, ob von den glühenden Resten des Baugerüsts noch eine Gefahr ausgeht

BSPP VIA GETTY IMAGES/HANDOUT

AFP/ PHILIPPE WOJAZER

Das Feuer wurde mit sogenannten Hubrettungsfahrzeugen bekämpft (o.). Noch am Abend besuchen Präsident Emmanuel Macron (3.v.l.) und Premierminister Edouard Philippe (l.) den Brandort

Während die Flammen aus der Pariser Kathedrale Notre-Dame loderten, riet US-Präsident Donald Trump der Feuerwehr, den katastrophalen Brand mit einem Wasserflugzeug aus der Luft zu löschen. Trumps Ratschlag auf Twitter resultierte nicht zuletzt aus den Videobildern, die er beim US-Sender CNN sehen konnte. Lange waren keine Löscharbeiten von außen sichtbar, online fragten Zuschauer: Warum tut die Feuerwehr nicht mehr zur Rettung der Kirche? Trumps Rat jedoch war wenig hilfreich.

VON BENEDIKT FUEST UND GERHARD HEGMANN

Denn Experten sind sich in einem Punkt einig: Wenn Tonnen Wasser aus der Luft herunterprasseln, kann das erhebliche Schäden anrichten. Auch Sven Lindenfelser, Produktmanager beim Löschfahrzeughersteller Rosenbauer, hält die Feuerbekämpfung vom Boden bei einem Gebäudefeuer für sinnvoller. „Mit Wasserwerfern auf Hubrettungsfahrzeugen, wie sie zum Einsatz kamen, ist eine viel gezieltere Brandbekämpfung als mit Löschflugzeugen möglich", erklärt er. Der österreichische Konzern hat über seine Deutschlandtochter in Karlsruhe auch die Pariser Feuerwehr mit Hubrettungsfahrzeugen vom Typ B32 beliefert. Die meisten Feuerwehren nutzen diese Fahrzeuge mit einem Teleskoparm, dessen Plattform mit Wasserwerfern bis in 32 Meter Höhe reicht. Der Typ B32 kam auch in Paris zum Einsatz. Pro Minute lassen sich so bis zu 3000 Liter Wasser spritzen. Die Reichweite beträgt bis zu 70 Meter. „Das ist eine erhebliche Löschwirkung", sagt Lindenfelser.

Die Palette der Drehleitern und Hubrettungsbühnen mit Wasserwerfern reicht von 20 bis 64 Meter Höhe. Auf die Maximalhöhe greift zwar keine städtische Feuerwehr in Deutschland zurück, doch einige Einsatzkräfte in Großstädten verfügen über Bühnen, die bis auf 53 Meter Höhe reichen. Zudem haben Industriefeuerwehren, zum Beispiel in Raffinerien, Wasserwerfer, die sogar 6000 bis 7000 Liter Wasser pro Minute auf einen Brandherd spritzen können. Auf einer Hubbühne, wie sie in Paris zum Einsatz kamen, haben laut Lindenfelser bis zu fünf Feuerwehrleute Platz. Die Wasserwerfer lassen sich zwar auch vom Boden fernsteuern, „aber ein Feuerwehrmann in der Höhe kann selbst gezielt löschen", sagt der Rosenbauer-Manager.

Parallel gingen die Pariser Feuerwehrleute unter Einsatz ihres Lebens im Innenraum der Kathedrale vor, um die brennende hölzerne Inneneinrichtung im Kreuzgang zu löschen und Kunstschätze wie die Dornenkrone Christi oder Krönungsgewänder der französischen Könige zu retten. Doch als der hölzerne Dachreiterturm über dem Kreuzgang der Kirche einstürzte, durchbrachen seine Trümmer das Dach. Anschließend war die Lage im Innenraum zu gefährlich für die Einsatzkräfte. Deshalb setzte die Pariser Feuerwehr einen Löschroboter auf Ketten ein. Das Fahrzeug vom Typ Colossus des französischen Herstellers Shark Robotics lieferte nicht nur Licht und Videobilder aus dem Inneren, sondern zog auch einen Schlauch in die Kathedrale und löschte mit einem ferngesteuerten Wasserwerfer.

Feuerwehren in Deutschland setzen für Großfeuer an historischen Gebäuden auf oft geübte Feuerlöschpläne – und ebenfalls auf einen solchen Innenangriff. Wie das genau geht, wissen nur wenige besser als die Feuerwehrleute in Köln. Diese haben für den Dom umfangreich vorgesorgt, erklärt Sprecher Mark David: „Im Alarmfall fahren vier Löschzüge auf vordefinierte Stellplätze auf der Kölner Domplatte." Dort sind Steigleitungen und Feuerlöschschläuche bereits vormontiert. Die Einsatzkräfte würden im Extremfall dann leistungsstarke Pumpen an die Leitungen anschließen und je nach Lage bis zu fünf Drehleitern aufstellen. „Mit den Leitern werden dann Personal und Material so schnell wie möglich an vorab vorbereitete Stellen auf die erste Dachebene gebracht. Von dort können sie im und am Dachstuhl gegen ein Feuer vorgehen", erklärt David.

Die Kölner Feuerwehr setzt dafür ebenfalls Drehleitern des Herstellers Metz/Rosenbauer ein, die problemlos 27 Meter hoch auf die erste Ebene des Daches reichen. Der Plan der Feuerwehr ist, so schnell wie möglich mit Löschwasser direkt auf dem Dach vorzugehen, damit sich ein Brand nicht ausbreiten kann. Dabei hilft den Feuerwehrleuten, dass der Kölner Dom – anders als Notre-Dame – eine Dachkonstruktion aus Stahl hat, die einem Feuer wenig bis gar keine Nahrung bietet. Zudem sind Brandmelder überall im Dom verteilt, die ein Feuer automatisch melden würden. „Diese Einsätze werden regelmäßig geübt. Die zuständige Innenstadtwache fährt den Dom mehrfach im Jahr an und begeht auch das Dach", erklärt David. Zusätzlich übten Feuerwehrleute jeder Kölner Wache mindestens einmal im Jahr an der Kirche. „Erstaunlicherweise haben wir bislang so gut wie keine Fehlalarme am Dom." Die Stellplätze für Tanklöschfahrzeuge und Drehleitern werden immer freigehalten.

Sollte allerdings ein Notfall so gravierend sein, dass ein Einsatz von Menschen auf dem Dach selbst nicht mehr möglich ist, müsste die Kölner Feuerwehr eine Hubrettungsbühne ausleihen, die eine Dachhöhe von über 60 Metern erreicht. Ein solches Fahrzeug ist in der Nachbarschaft der Domstadt vorhanden. Die Werksfeuerwehr des Energieversorgers RWE am Kraftwerksstandort Neurath besitzt mit der TM90 die Hubrettungsbühne mit der höchsten Arbeitshöhe in ganz Europa. Der Teleskoparm des Fahrzeugs vom Typ Bronto Skylift reicht bis auf eine Arbeitshöhe von 90 Metern und könnte mit seinem seitlichen Ausleger, der eine Reichweite von 32 Metern hat, sogar Feuerwehrleute auf dem Dachfirst der Fassaden oder an den Türmen absetzen. Er war in Köln zuletzt beim Unglück der Kölner Rhein-Seilbahn im Jahr 2017 im Einsatz.

Wer wird den Wiederaufbau finanzieren?

Wer schuld ist am Feuer von Notre-Dame – das ist schwer zu beantworten. Für einen Versicherungsfall wäre es entscheidend

Der Wiederaufbau der weltberühmten Kathedrale Notre-Dame wird nicht an der Finanzierung scheitern. Bereits in der Nacht – während der Dachstuhl der Kathedrale noch brannte – hat die nationale Stiftung des Kulturerbes eine eigene Website für Spendenaktionen aufgebaut.

VON ANNE KUNZ

François-Henri Pinault, Chef des Luxusmodekonzerns Kering (Gucci, Saint Laurent, Balenciaga), und sein Vater François Pinault wollen 100 Millionen Euro aus der Familien-Finanzholding Artemis für den Wiederaufbau der weltberühmten Kathedrale bereitstellen. Die Familie Arnault, Besitzer von LVMH (Louis Vuitton, Christian Dior, Fendi, Kenzo, Givenchy) zog wenige Minuten später mit der doppelten Summe von 200 Millionen Euro nach.

Doch werden auch der Staat, die Kirche oder die Baufirmen, die die Kathedrale gerade renoviert haben, einen Anteil bezahlen? Schon jetzt ist klar, dass die Kosten für den Wiederaufbau immens sein werden. Bisher ungeklärt ist dagegen, wie es überhaupt zu dem Feuer kam. Für die Finanzierung ist dies jedoch eine entscheidende Frage. Die Versicherungen zahlen nur unter bestimmten Bedingungen. Experten gehen davon aus, dass es außerordentlich schwierig sein wird, die Brandursache festzumachen. Der Streit ist daher programmiert.

Die Kirche selbst will jedenfalls nicht Schuld sein. Der Direktor des Gotteshauses gab bereits an, dass es es keine Sicherheitsmängel beim Brandschutz gegeben habe. Spezielle Brandaufseher würden sogar drei Mal täglich den Dachstuhl überprüfen. Auch eine terroristische Tat wird ausgeschlossen. Vielmehr deutet bisher einiges daraufhin, dass das Feuer mit den aktuellen Renovierungsarbeiten der Kirche zusammenhängen könnte. Auf dem Dach der Kathedrale war ein Baugerüst angebracht. Noch in der Nacht waren die Arbeiter verhört worden, die seit vergangenem Sommer mit der Restaurierung des Dachreiters betraut waren. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen fahrlässiger Brandstiftung.

Sollte sich dieser Verdacht bestätigen, müsste möglicherweise eine der Baufirmen für den Schaden haften. Ihre Versicherung müsste einspringen und würde voraussichtlich versuchen, alle Ansprüche abzuwehren, um nicht zahlen zu müssen. Funktioniert dies nicht, beginnt der Streit über die Höhe des Schadens. Hierbei geht es vor allem um die Frage: Welche Kosten wären notwendig, um das Gebäude neu zu errichten? Im Fall von Notre-Dame wird dies nicht so leicht zu beantworten sein.

Zahlreiche Experten-Einschätzungen und Sachverständigen-Gutachten würden eingeholt. Gleiches gilt für die Kunstobjekte, die sich in dem Gebäude befinden. Die Entschädigung dürfte jedoch begrenzt sein. So sind Bauunternehmen in der Regel nur bis zu einer bestimmten Deckungssumme geschützt. In Branchenkreisen geht man von zehn bis 25 Millionen Euro aus. Doch das ist im Fall des Feuers von Notre-Dame nur ein Tropfen auf einem heißen Stein. Die Firma müsste dann aller Voraussicht nach Insolvenz anmelden und ihr Betriebsvermögen liquidieren.

Doch selbst das würde nicht ausreichen. Vorstellbar ist auch, dass die Bauunternehmen oder der Bauherr eine projektbezogene Versicherung abgeschlossen haben, die dann alle Subunternehmen mit einschließen würde und über eine deutlich höhere Deckungssumme verfügt. Schließlich waren die aufwendigen Renovierungsarbeiten ein Projekt, das viele Jahre in Anspruch nehmen sollte. Experten gehen aber davon aus, dass die Deckungssumme auch in diesem Fall nicht ausreichen würde. Auf einem Teil der Kosten würden die Pariser sitzen bleiben – so oder so.

Offen ist noch, ob der französische Staat, dem die weltberühmte Kirche gehört, eine Gebäudeversicherung dafür abgeschlossen hat. Auch sie könnte für den Schaden aufkommen – vor allem, wenn die Versicherung der Baufirma sich weigert zu zahlen, weil diese den Brand nicht zu verantworten hat. Allerdings neigen Staaten dazu ihre Werte kaum oder gar nicht zu versichern. Reliquien und Kunstwerke werden üblicherweise nicht versichert, da die meisten ohnehin unbezahlbar seien.

In Deutschland sind normale Kirchen Eigentum der Gemeinden. Sie sind in der Regel versichert. Zu den Anbietern zählt beispielsweise die Allianz. Landeskirchen haben dem Vernehmen nach meist Rahmenverträge für alle Gebäude der Gemeinden, Werke und Stifte. Meist pauschal zum Neubauwert. Besondere Gebäude würden auf Basis von Wertgutachten geschützt, meist sei die Versicherung aber begrenzt, da ihre Prämien sonst unbezahlbar wären. Doch gerade bei Großschäden rächt sich dieses.

Das zeigte sich 2004 beim Großbrand in Weimar. In der Anna Amalia Bibliothek entstand ein Schaden von 100 Millionen Euro. Gebäude und Bücher waren jedoch nur zu einem geringen Teil versichert. Ein ähnliches Schicksal könnte den Franzosen blühen. Dafür kommt Unterstützung von Spendern.

„Mir ist nicht wichtig, was aus Merz wird“

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Günther wünscht sich, dass CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer „die Wählerschaft in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt, nicht einzelne Teile der Partei“

Zwei Jahre ist es Anfang Mai her, dass der bis dahin weithin unbekannte CDU-Politiker Daniel Günther zur Überraschung auch seiner eigenen Partei die Landtagswahl in Schleswig-Holstein für sich entschied und die konservative Nord-CDU in eine Koalition mit den Grünen und der FDP führte. Ein Jamaika-Bündnis, das zunächst als Modell für den Bund galt. Inzwischen haben sich CDU und FDP zumindest bundesweit wieder deutlich von den Grünen abgesetzt. Auch in Kiel zeigt das Bündnis erste Risse.

VON ULRICH EXNER

AUS KIEL

PRESSEBILD.DE/BERTOLD FABRICIUS/PRESSEBILD.DE/BERTOLD FABRICIUS

Daniel Günther, 45, ist Ministerpräsident von Schleswig-Holstein sowie CDU-Landesvorsitzender

WELT: Ist Schwarz-Grün beziehungsweise Schwarz-Grün-Gelb noch eine attraktive Farbkombination für die Union?

DANIEL GÜNTHER: Auf jeden Fall. Ich regiere ja zusammen mit den Grünen, und da kann ich nur sagen, dass diese Zusammenarbeit hervorragend funktioniert, insbesondere im Paket mit der FDP.

CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak sieht mit den Grünen zumindest auf Bundesebene keine Möglichkeit zur Zusammenarbeit. Hat er recht?

Ich halte eine solche Zusammenarbeit auf allen politischen Ebenen für denkbar. Wir hätten sicherlich eine andere, positivere Stimmung in Deutschland, wenn uns Jamaika auch auf Bundesebene gelungen wäre. Für die Zeit nach der jetzt laufenden Legislaturperiode werden Grüne wie FDP auch in Berlin weiterhin unsere Ansprechpartner sein.

Das sehen andere anders. Der Chef der Werte-Union, Alexander Mitsch, drängt gerade sehr darauf, dass der linke Flügel der CDU einsehen möge, dass die Grünen gar kein potenzieller Bündnispartner sind.

Ich wusste gar nicht, dass die Union einen linken Flügel hat. Die CDU ist eine Partei der Mitte, da sind wir gut platziert.

Gerade in Schleswig-Holstein zeigt sich doch, dass die Zahl der strittigen Themen zwischen CDU und FDP auf der einen und den Grünen auf der anderen Seite stetig wächst? Kopftuchverbot, Fahrverbote, Streit über den Verbrennungsmotor, Streit über den richtigen Umgang mit dem Wolf und so weiter und so weiter.

Natürlich merken wir im Regierungsalltag, dass unterschiedliche Parteien auch dann unterschiedliche Positionen vertreten, wenn sie miteinander regieren. Es gibt aber überhaupt keinen Grund, daraus öffentlich jedes Mal ein Riesenkrach zu konstruieren. In Wahrheit ist es so, dass wir bisher jeden Konflikt vernünftig miteinander gelöst haben. Ich sehe da keinerlei Abnutzungserscheinungen.

Halten Sie es für ausgeschlossen, die Grünen im Verlauf dieser Legislaturperiode durch den Südschleswigschen Wählerverband zu ersetzen? Rechnerisch wäre das ja jederzeit möglich.

Wir haben als Jamaika-Bündnis einen Koalitionsvertrag für fünf Jahre geschlossen, und ich gehe davon aus, dass wir den auch bis zum Schluss erfüllen werden.

Ein Grüner, der diesen Koalitionsvertrag mitunterzeichnet hat, der heutige Parteivorsitzende Robert Habeck, hat gerade die Enteignung von Bauland als angemessenes Mittel der Wohnungspolitik bezeichnet. Stimmen Sie zu?

Nein, da stimme ich dezidiert nicht zu. Wir brauchen dringend zusätzliche Wohnungen. Allein die Tatsache, dass wir überhaupt über Enteignung reden, führt dazu, dass die Bereitschaft der Unternehmen, weiteren Wohnraum zu schaffen, nachlässt. Sympathie hege ich für den Vorschlag des Bundesfinanzministers, eine Art der Grundsteuer einzuführen, mit der Bauland, das brach liegt, höher besteuert werden kann als Bauland, auf dem Wohnungen gebaut werden oder schon gebaut sind.

Halten Sie Schulschwänzen für Klimaschutz für legitim?

Das ist natürlich nicht legitim, auch wenn ich mich darüber freue, dass es eine junge Generation gibt, die sich mit den Fragen des Klimaschutzes intensiv auseinandersetzt. Es kann nicht sein, dass die Politik Demonstrationen während der Schulzeit danach bewertet, ob sie das Ziel der Demonstration gutheißt oder nicht.

In Rendsburg, also hier in Schleswig-Holstein, müssen die Eltern eines Schülers, der den Klassenbesuch einer Moschee geschwänzt hat, 50 Euro Bußgeld bezahlen. Die Eltern von Klimaschwänzern zahlen dagegen nichts. Wie kann das sein?

Das sind schon unterschiedliche Sachverhalte. Im Moscheefall haben die Eltern ihr Kind aktiv nicht in den Unterricht geschickt und dafür ein Bußgeld kassiert. Die Klimaaktivisten haben sich selbst für die Demo entschieden. Das ist ein Unterschied. Trotzdem: Das Schulschwänzen für den Klimaschutz darf kein Dauerzustand werden.

Was heißt das konkret? Wann werden die Behörden auch in diesen Fällen Bußgelder verhängen?

Das Schulgesetz ist an dieser Stelle eindeutig: Schwänzen ist nicht gestattet. Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass sich die Schulleitungen im Rahmen des Schulgesetzes bewegen. Sollte das einmal anders sein, wird das geprüft und hat gegebenenfalls auch Folgen.

Ärgert es Sie eigentlich, wenn zum Beispiel CSU-Politiker Sie als „Genosse Günther“ bezeichnen?

Im Grunde bin ich da relativ schmerzfrei. Der Begriff wird meiner Politik jedenfalls nicht gerecht. Als Genosse wird jemand bezeichnet, der sehr weit links steht. Das würde mir niemand, der mich kennt, vorwerfen.

Teilen Sie den Eindruck, dass Ihre neue Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer die Union deutlich weiter rechts positioniert, während Robert Habeck die Grünen nach links schiebt?

Nein. Weder noch. Die Grünen nutzen derzeit den Vorteil, bundespolitisch nicht in der Verantwortung zu stehen, um auf sich aufmerksam zu machen. Sie besetzen Themen, von denen sie glauben, dass sie bei der Mehrheit der Bevölkerung verfangen, ohne konkrete Lösungsvorschläge zu liefern. Annegret Kramp-Karrenbauer wiederum hat es als ihre erste Aufgabe im Amt der CDU-Chefin begriffen, die Partei wieder zusammenzuführen. Und das war, angesichts der Tatsache, dass 48 Prozent der Parteitagsdelegierten einen anderen Kandidaten favorisiert haben, richtig so. Ich gehe davon aus, dass sie jetzt die nächste Stufe zündet und die Wählerschaft in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt, nicht einzelne Teile der Partei. Unser Ziel muss es schließlich sein, eher wieder Richtung 40 Prozent als Richtung 30 Prozent zu kommen.

Sollte Frau Kramp-Karrenbauer im Lauf der Legislaturperiode auch das Kanzleramt übernehmen?

Das ist eine Debatte, die uns nicht weiterbringt. Dazu bräuchte es die Stimmen der SPD, die sehe ich nicht. Wir haben eine Koalition, wir haben eine Kanzlerin, die erfolgreich arbeitet, und insofern ist es klug, die Legislaturperiode mit Angela Merkel zu Ende zu führen.

Was wird man am Ende dieser Kanzlerschaft über Angela Merkel sagen?

Dann werden sie viele als Person und auch in ihrer Art, Politik zu machen, vermissen. Die Kritik an ihr wird sich schnell relativieren und die 16 Jahre mit ihr an der Spitze als ausgesprochen erfolgreiche Jahre in die Geschichte eingehen. Selbst die Flüchtlingspolitik, bei der sie viele Versäumnisse vorangegangener Jahre ausbaden musste, wird man dann in einem eher positiven Licht sehen.

Und was wird nun aus Friedrich Merz? Nicht wenige Ihrer Parteifreunde wünschen sich ihn als neuen Wirtschaftsminister. Wäre das eine gute Idee?

Ich gehöre nicht zu denen, denen besonders wichtig ist, was aus Friedrich Merz wird. Mir ist wichtiger, dass die CDU wieder ein klares wirtschaftliches Profil bekommt. Das vermissen viele Mittelständler, viele Vertreter unseres Wirtschaftsflügels schon seit Jahren. Wir haben da eine offene Flanke. Die muss dringend geschlossen werden.

Wie?

Der wirtschaftspolitische Teil der Koalitionsvereinbarung sieht viele Punkte vor, an denen wir endlich Fahrt aufnehmen sollten. Aus meiner schleswig-holsteinischen Sicht bietet sich da vor allem die Energiepolitik an. Es muss zum Beispiel möglich sein, überschüssige Stromkapazitäten zu bezahlbaren Bedingungen zu nutzen. Die Umwandlung von Strom in Wasserstoff, die Nutzung von Landstrom in unseren Häfen wird durch das EEG schlicht und ergreifend verhindert. So verzichten wir auf sinnvolle Innovationen, obwohl es im Koalitionsvertrag anders vereinbart ist.

Wie lange kann eine Partei an einem Wirtschaftsminister festhalten, von dem wichtige Vertreter der Wirtschaft behaupten, er schade „inzwischen dem Ansehen der Union in der Wirtschaft“?

Das ist in der Tat eine sehr harsche Kritik, die sich jetzt auf eine Person fokussiert, die aber in Wahrheit deutlich über diese eine Person hinausweist. Die Wirtschaft ist mit der Arbeit der großen Koalition nicht zufrieden. Die Unternehmen haben gesehen, dass wir im ersten Jahr dieser Koalition sehr viel Geld für nicht ganz so bedeutende Dinge ausgegeben haben. Und jetzt, wenn es um die großen Herausforderungen geht, um Digitalisierung oder künstliche Intelligenz, stellen wir auf einmal fest, dass nur noch ein Drittel des im Koalitionsvertrag vorgesehenen Geldes zur Verfügung steht. Dass so etwas nicht gut ankommt, ist nachvollziehbar. Oder nehmen Sie das Thema Beschleunigung des Ausbaus der Infrastruktur. Wir brauchen 16 Jahre Planungszeit, um die Elbe um einen einzigen Meter tiefer auszubaggern. Da kann man, gerade in Zeiten, in denen es mit der Konjunktur möglicherweise auch mal wieder bergab geht, schon mal die Geduld verlieren.

Wenn das so ist, wäre es dann nicht sinnvoll, auch personell im Wirtschaftsressort ein Zeichen der Erneuerung zu setzen?

Ich denke, dass es der Wirtschaft völlig egal ist, wer welches Amt besetzt. Entscheidend ist, dass wir Leistung bringen. Darauf sollten wir uns konzentrieren.

Syrien gilt dem BAMF nun als etwas sicherer

Die Behörde geht davon aus, dass Gefechte in dem Bürgerkriegsland nur noch in wenigen Gebieten stattfinden. Was heißt das für Asylsuchende?

Künftig könnte es für syrische Asylbewerber etwas schwieriger werden, als Bürgerkriegsflüchtlinge anerkannt zu werden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat Mitte März im Rahmen seiner ständigen Überprüfung die internen Leitsätze aktualisiert: Man könne nicht mehr von einem landesweiten bewaffneten Konflikt ausgehen. Kampfhandlungen gebe es nur noch in wenigen Gebieten.

VON MARCEL LEUBECHER

Damit sich diese Einschätzung in einer neuen Entscheidungspraxis bei den Asylanträgen niederschlägt, muss das dem BAMF übergeordnete Bundesinnenministerium noch zustimmen. Ein Sprecher teilte WELT mit, eine „abschließende Billigung der aktualisierten Leitsätze zu Syrien“ sei seitens der Ministeriumsleitung „noch nicht erfolgt, da die fachliche Prüfung der Leitsätze noch fortdauert“.

Das Ministerium betont, dass amtsinterne Leitsätze zwar eine Orientierung für die Entscheider darstellten, sodass bei vergleichbaren Fällen eine einheitliche Lageeinschätzung erfolge. Doch die Leitsätze ersetzten nicht die individuelle Bewertung der Asylanträge. „Diese erfolgt in jedem Einzelfall durch die Entscheider.“ Auch künftig würden also nach einer möglichen Billigung der neuen Leitsätze individuell Verfolgte den Flüchtlingsschutz und Bürgerkriegsflüchtlinge den eingeschränkten Schutzstatus erhalten.

Üblicherweise erstellt das Auswärtige Amt für die jeweiligen Herkunftsländer von Asylbewerbern Lagebilder; im Falle Syriens ist dies derzeit aber nur eingeschränkt möglich. Wegen der Schließung der deutschen Botschaft in Damaskus 2012 seien die „Möglichkeiten, ein qualifiziertes und aussagekräftiges Lagebild auf der Grundlage eigener Erkenntnisse zu erstellen“, substanziell beschränkt, schrieb das Ministerium in seinem aktuellen „Überblick über die aktuelle Situation“ vom November 2018. Wegen der „hohen Volatilität“ in Syrien könne „dieser Bericht nur als Momentaufnahme angesehen werden“, heißt es in dem Papier, das WELT vorliegt.

Allerdings macht das Auswärtige Amt darin deutlich, dass Syrien für Flüchtlinge im Rechtssinne, also für individuell Verfolgte, generell unsicher sei: „In keinem Teil Syriens besteht ein umfassender, langfristiger und verlässlicher interner Schutz für verfolgte Personen.“ Es gebe „keine Rechtssicherheit oder Schutz vor politischer Verfolgung, willkürlicher Verhaftung und Folter“.

Nun wird aber in Deutschland nur etwa jeder zweite syrische Asylbewerber als Flüchtling anerkannt. Die übrige Hälfte erhält meist den subsidiären Schutz, weil bei ihnen zwar keine Verfolgungsbedrohung festgestellt werden kann, aber eine Gefahr für Leib und Leben durch Gefechte des Bürgerkriegs oder Folter und Todesstrafe. Den neuen Leitsätzen des BAMF zufolge wird aber eine Kriegsbedrohung nur noch in Idlib und wenigen anderen Städten angenommen. Damit würde also für viele syrische Asylsuchende der subsidiäre Schutz nicht mehr infrage kommen, falls das Innenministerium die neue Einschätzung billigt.

Das würde aber nicht bedeuten, dass bald viele Syrer schutzlos blieben. Denn neben den drei internationalen Schutztiteln – Flüchtlingsschutz nach der Genfer Konvention, das gleichwertige Asyl, das nur wenige direkt aus nicht sicheren Staaten Eingereiste erhalten, und subsidiärer Schutz – gibt es noch einen vierten nationalen Schutztitel: den sogenannten Abschiebungsschutz. Er greift, wenn das BAMF zwar keine Bedrohung durch Verfolgung oder Krieg feststellt, aber eine Rückkehr dennoch zu gefährlich wäre. Etwa wegen einer schweren Krankheit des Betroffenen oder weil auch ein Kleinkind betroffen wäre; oder weil in der Heimat kein unterstützendes Netzwerk besteht und deshalb Hunger und Elend drohen. Letzteres dürfte in dem von islamistischen Milizen und dem Assad-Regime verheerten Land auch weiterhin meist der Fall sein.

Aktuell erhalten diesen schwächsten Schutztitel vor allem Afghanen. Wer diesen Status hat, darf keine Angehörigen nachholen und Arbeit oder Ausbildung nur aufnehmen, wenn die lokale Ausländerbehörde zustimmt. Abgesehen von den verschiedenen Schutztiteln ist Syrien aber auch der einzige Staat, für den ein vollständiges Abschiebungsverbot gilt. Im vergangenen Herbst wollten einige Unionspolitiker dieses Verbot lockern, um einige schwere Straftäter und terroristische Gefährder abschieben zu können. Letztlich einigte sich die dafür zuständige Innenministerkonferenz aber auf eine erneute Verlängerung – allerdings nur um ein halbes Jahr. Mitte Juni wird die Konferenz erneut darüber entscheiden, ob das Verbot aufgehoben oder abermals verlängert wird.

Einige Syrer kehren freiwillig in die Heimat zurück; 2018 waren es mehr als 400. In den vergangenen Jahren sorgten wiederholt Berichte über Heimataufenthalte von syrischen Flüchtlingen für Aufsehen. Folgen hat das aber nur bei Asylbewerbern, deren Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Denen nimmt das BAMF dann nicht mehr ab, dass sie Schutz vor Verfolgung suchten, und lehnt ihre Anträge ab. Anerkannte Asylbewerber dürfen hingegen vorübergehend nach Syrien reisen. Für einen solchen temporären Aufenthalt gibt es laut BAMF nachvollziehbare Gründe – etwa eine schwere Erkrankung eines Angehörigen vor Ort. Handelt es sich hingegen „um Reisen zu Urlaubszwecken“, teilte das Amt vor Monaten mit, „kann dies ein Indiz dafür sein, dass bei dem Flüchtling keine Furcht vor Verfolgung vorliegt“. Dann könnte der Schutztitel entzogen werden – was aber wegen des pauschalen Abschiebungsstopps nach Syrien keine Rückführung nach sich zöge.

In Deutschland stellen Syrer nach Türken und Polen die drittgrößte Ausländergruppe. 746.000 Zuwanderer aus dem Bürgerkriegsland lebten Ende 2018 hier, wie aus der Ausländerstatistik des Statistischen Bundesamts hervorgeht. Zur Jahresmitte 2018 lebten nach BAMF-Statistiken 16.641 Syrer mit abgelehntem Asylantrag und 244 weitere in Deutschland, die einmal als Flüchtlinge anerkannt worden waren, deren Schutzstatus aber wieder aberkannt wurde. Dies geschieht vor allem wegen schwerer Kriminalität. Aus der Türkei sind laut Angaben Ankaras bereits 260.000 der drei Millionen syrischen Flüchtlinge heimgekehrt, seitdem der größte Teil des Landes von den Islamisten-Milizen befreit wurde.

„Schüler nicht den Hinterhöfen der Moscheen überlassen“

Immer häufiger werden Kinder auch in ihrer Herkunftssprache unterrichtet. So soll vor allem der Konsulatsunterricht der Türkei eingedämmt werden, der sich staatlicher Kontrolle entzieht. Doch nicht alle Bundesländer ziehen mit

Die sechsjährige Katharina war noch nicht mal den ersten Tag in der Schule, als die Sekretärin ihre Mutter bei der Anmeldung fragte, ob das Mädchen nicht Russisch lernen wolle: Eingewandert aus Moskau wäre es doch schön, die eigene Muttersprache möglichst früh zu fördern. Mutter Maria Struzh war verblüfft, noch heute erinnert sich die 45-Jährige an das Gespräch auf dem Flur vor sechs Jahren. Russisch als Schulfach, hier in Bergisch Gladbach?

VON KAJA KLAPSA

Es sei lediglich ein freiwilliges Angebot der Schule, entgegnete die Sekretärin. Wenn genügend Kinder aus den umliegenden Schulen zusammenkämen, werde man eine entsprechende Lehrerin engagieren. Die Note stehe dann regulär auf dem Zeugnis. Katharina lernte fortan ein Mal die Woche mit sieben anderen Kindern zusammen das kyrillische Alphabet, las Gedichte und sang russische Lieder.

Die eigene Herkunftssprache in der Schule zu lernen ist in Nordrhein-Westfalen üblich. Im aktuellen Schuljahr besuchen knapp 97.800 Schüler den staatlich organisierten Unterricht in 23 unterschiedlichen Sprachen. Damit ist NRW bundesweit Vorreiter – und immer mehr Bundesländer bauen ihr Angebot weiter aus, wie der Mediendienst Integration in einer Untersuchung festgestellt hat.

Mittlerweile sind es elf Kultusministerien, die eigenen herkunftssprachlichen Unterricht auf freiwilliger Basis organisieren. Meistens findet er an Grundschulen am Nachmittag statt, teilweise als Wahlpflichtfach. „Der Unterricht leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration, indem er Schülerinnen und Schülern zeigt, dass sie in NRW mit ihrer eigenen Herkunft angenommen und wertgeschätzt werden“, sagt Bildungsministerin Yvonne Gebauer (FDP) WELT.

Doch es gibt auch einen weiteren Grund, warum mehrere Bundesländer derzeit den herkunftssprachlichen Unterricht ausbauen: Er soll eine Alternative zum sogenannten Konsulatsunterricht bieten, den die jeweiligen Herkunftsländer bereits seit Jahrzehnten über ihr Konsulat oder ihre Botschaft selbst in Deutschland organisieren. Der Unterricht geht auf einen Beschluss der Kultusministerkonferenz von 1964 zurück. Damals war die Überlegung, Kinder der „Gastarbeiter“ auf die Rückkehr in das Heimatland ihrer Eltern vorzubereiten.

Seitdem werden dort neben der Sprache auch Inhalte zu Land und Kultur vermittelt. Das Problem: Der Unterricht, der vom türkischen Staat organisiert wird, steht seit Jahren in der Kritik, Einfluss auf die Schüler zu nehmen. Ähnlich wie beim Islamunterricht haben die Behörden häufig wenig Möglichkeiten, die Lehrpläne und die aus der Türkei entsandten Lehrer zu kontrollieren.

So erreichten zum Beispiel das Bildungsministerium im Saarland in den vergangenen Jahren immer wieder kritische Meldungen von Eltern, die ihr Kind aus dem türkischen Konsulatsunterricht nehmen wollten, da dort politische Ideologie verbreitet werde. Bildungsminister Ulrich Commerçon (SPD) sah sich in der Pflicht gegenzusteuern. „Wir dürfen dort nicht mal unangemeldet in eine Klasse reingehen. Der Staat kann sich nicht erlauben, nicht zu wissen, was dort passiert“, sagt Commerçon WELT.

Beim staatlich organisierten herkunftssprachlichen Unterricht verfolgen die Bundesländer eine uneinheitliche Strategie

PICTURE ALLIANCE / DPA/FRANK RUMPENHORST

Seit Februar bietet das Bundesland nun herkunftssprachlichen Unterricht an. Über 2300 Schüler werden dabei nicht nur auf Türkisch, sondern auch auf Russisch, Italienisch und Arabisch unterrichtet, den vier am weitesten verbreiteten Fremdsprachen in Land. Probleme gibt es Commerçon zufolge zwar nur mit dem türkischen Konsulat – doch aufgrund der verstärkten Zuwanderung seit 2015 sei es auch wichtig, Arabisch aus staatlicher Hand heraus zu unterrichten. „Weder beim Religions- noch beim herkunftssprachlichen Unterricht dürfen die Schüler den Hinterhöfen der Moscheen überlassen werden“, betont Commerçon.

Aus dem gleichen Grund vereinbarte auch Schleswig-Holstein 2017 im Koalitionsvertrag zwischen CDU, Grünen und FDP, den Türkischunterricht in staatlicher Verantwortung einzuführen. Geplant ist dies zunächst für fünf bis zehn ausgewählte Schulen. Auch Berlin startete 2017 Türkisch- und Arabischunterricht, aktuell nehmen 55 Grundschulen teil.

Der Rückgang des Einflusses des türkischen Konsulatsunterrichts ist hierbei sehr sichtbar – seit dem Bestehen des staatlichen Angebots ist die Zahl der Konsulatsschüler um 30 Prozent zurückgegangen. Obwohl in den vergangenen Jahren immer mehr arabische Migranten in die Stadt gekommen sind, gibt es für jeweiligen Kinder bislang praktisch kein Angebot der Konsulate. Gemäß der Recherche des Mediendienstes Integration bietet lediglich Tunesien an wenigen Standorten arabischen Unterricht an.

Während also mehrere Bundesländer ihre Angebote derzeit ausbauen, bieten andere hingegen gar keinen staatlich organisierten herkunftssprachlichen Unterricht an und haben es auch nicht vor: Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen-Anhalt und Thüringen. In Bayern ist der Unterricht vor zehn Jahren „zugunsten einer Intensivierung der Deutschförderung“ abgeschafft worden. In Baden-Württemberg gebe es beim türkischen Konsulatsunterricht derzeit „keine Hinweise auf Einflussnahme“, teilt eine Sprecherin des Kultusministeriums mit. Die Zahl der teilnehmenden Kinder sei zudem seit mehreren Jahren stark rückläufig.

Auf Antrag der in der Opposition sitzenden SPD erklärte das Kultusministerium in Baden-Württemberg vergangenen Sommer, man nehme an, dass die Einführung des Unterrichts in 18 Angebotssprachen mit jeweils drei Wochenstunden bis zur zehnten Klasse 57 Millionen Euro kosten würde. Die frühe und nachhaltige Sprachförderung in Deutsch sei für die Leistungen der Schüler wichtiger als die muttersprachlichen Angebote. Vorliegenden Studien zufolge liege „kein eindeutiger Zusammenhang“ vor, dass der herkunftssprachliche Unterricht zu einer „allgemeinen Verbesserung der Sprachkompetenzen in der Erst- und Zweitsprache“ führe.

Dem widerspricht Udo Beckmann, Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung. Untersuchungen zeigten, dass es Kindern schwerer falle, Deutsch zu lernen, wenn sie ihre Muttersprache grammatikalisch nicht richtig beherrschten. So sprächen insbesondere Einwandererkinder der dritten oder vierten Generation ihre Muttersprache zu Hause nur noch bruchstückhaft. „Wenn der Staat tatsächlich das Interesse an Mehrsprachigkeit hat, sollten alle Bundesländer herkunftssprachlichen Unterricht unter staatliche Aufsicht stellen“, sagt Beckmann WELT.

Diese Auffassung bestätigt auch der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. „Es gibt keine Belege in der Wissenschaft, dass es dem Deutschlernen schadet, wenn Kinder früh in der Muttersprache unterrichtet werden“, sagt der stellvertretende Vorsitzende Haci-Halil Uslucan. Wenn das Kind bei der Einschulung einen Grundwortschatz in Deutsch sowie in der Herkunftssprache mitbringe, könne es beide Sprachen „gut und schnell lernen“. Uslucan weist zudem auf den Vorteil der Mehrsprachigkeit für den Arbeitsmarkt hin. Viele Unternehmen wie Banken oder Kliniken bemühten sich explizit um mehrsprachige Bewerber.

„Wir sollten die Ressourcen der Kinder achten“, sagt auch die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Marlis Tepe. Die Bildungsgewerkschaft fordert, Herkunftssprachen als Wahlpflichtfach und als zweite Fremdsprache für die Zulassung zum Abitur anzuerkennen. Die Lehrkräfte sollten an deutschen Universitäten aus- und fortgebildet und entsprechend bezahlt werden. Tepe kritisiert, dass Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg die Deutschförderung als Grund nannten, um vom Herkunftssprachunterricht abzusehen. „Es ist ein klares Abwehrargument zu sagen: Wir investieren nicht in A, weil es bei B Defizite gibt“, so Tepe.

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, verteidigt hingegen die Zurückhaltung einiger Bundesländer. Bayern sei vor zehn Jahren aus dem herkunftssprachlichen Unterricht ausgestiegen, weil die damaligen Bildungsstudien große Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben der deutschen Sprache zeigten. „Die Priorität des Staates sollten der Deutschunterricht und die Bekämpfung des Lehrermangels sein“, fordert Meidinger. So fehle es bereits an Lehrern für die Inklusion, den Deutschzusatzunterricht und die Willkommensklassen. Man dürfe, so betont Meidinger, keine Erwartungen wecken, die gar nicht zu erfüllen seien.

Katharina geht in Bergisch Gladbach derweil in die sechste Klasse und liest erste Auszüge aus Büchern von Tolstoi und Puschkin, wie ihre Mutter stolz berichtet. Jeden Dienstag fährt sie ihre Tochter und zwei Freundinnen zum Russischunterricht an eine umliegende Gesamtschule. Überfordert sei ihre Tochter mit der Mehrsprachigkeit von Anfang an nicht gewesen. Schließlich habe sie vorher einen deutsch-russischen Kindergarten besucht und bei der Einschulung bereits beide Sprachen sehr gut gesprochen, so Struzh. Drei Jahre noch wird Katharina weiter lernen, bis der Unterricht dann in der neunten Klasse mit einer Sprachprüfung endet.

Moskaus Männer im bayerischen Wohlfühlland

In Garmisch-Partenkirchen wird jetzt über Cybersicherheit und Hackerangriffe diskutiert. Hinter dem Sicherheitsforum steckt ausgerechnet der russische Staat

Das „Posthotel“ in Garmisch-Partenkirchen war nach Eigenbeschreibung bereits vor mehr als 300 Jahren „Ort der Einkehr und Gastfreundschaft“. Das gelb gestrichene Haus liegt inmitten des idyllischen Kurortes, 44 Zimmer, ringsum ragen Alpenausläufer in die Höhe. Bayerische Idylle.

VON ALEXEJ HOCK

Diesen Charme, so verkündet stolz die Website, wussten auch schon Gäste wie Herzog Ludwig von Bayern, Königin Juliana der Niederlande, Franz Joseph Strauß und „viele andere aus Politik, Kultur, Kunst und Sport zu schätzen“. Heutzutage ließe sich die Liste um so manchen russischen Staatsbürger erweitern. Seit einigen Jahren schon – immer im April – mieten sie sich in dem Hotel ein. Am Montag ist es wieder so weit. Vier Tage lang will eine illustre Gesellschaft über die weltweite IT-Sicherheitslage diskutieren. Die Herren legen dabei Wert auf Diskretion und Verschwiegenheit – und das aus gutem Grund. Hinter der Veranstaltung mit dem sperrigen Titel „Partnerschaft zwischen Staat, Industrie und Zivilgesellschaft bei der Wahrung der internationalen IT-Sicherheit“ steckt eine Einrichtung des russischen Außenministeriums. Unter den Organisatoren und Teilnehmern finden sich zudem ranghohe Sicherheitsbeamte und Männer mit Geheimdienstvergangenheit.

Ausgerechnet aus Russland. Jenem Staat, der sich mehrfach durch Hackerangriffe und über soziale Netzwerke in die inneren Angelegenheiten westlicher Staaten eingemischt hat. Und von dem nicht bekannt ist, dass er seine Versuche zurückgefahren hat – im Gegenteil. Gerade erst wurde gemeldet, dass sich der Kreml nach Erkenntnissen europäischer Geheimdienste in diesen Wochen den Europawahlkampf einmischen wolle. Auch Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang warnte erst am Wochenende: Sein Amt registriere „Einflussnahmeaktivitäten Russlands mit dem Ziel, die öffentliche Meinung in Deutschland im eigenen Sinne zu beeinflussen“.

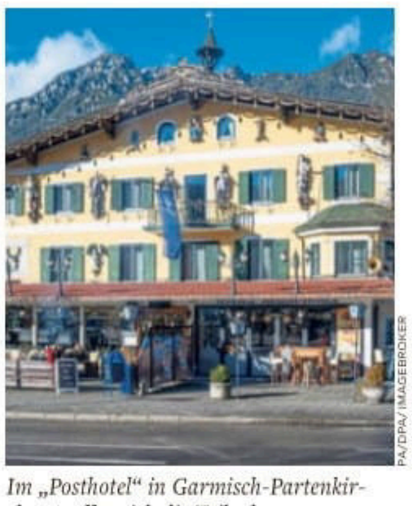
Jahr für Jahr im März schreibt jedoch in Russland die staatliche Zeitschrift „International Affairs“ den Auftrag zur Organisation und Durchführung des „Partnerschafts“-Forums aus. Über die Veranstaltung ist bisher nur wenig bekannt. Es gab kaum Berichterstattung, schon gar nicht auf Deutsch. Die Zeitschrift veröffentlichte die Redebeiträge auf ihrer Website immer erst nach Monaten, sind aber zugänglich.

Auftragswert der Konferenz: umgerechnet 60.000 Euro. In diesem Jahr ging der Zuschlag an die Vereinigung NAIIS, die im Sommer 2018 durch die Moskauer Lomonossow-Universität und andere staatliche Einrichtungen gegründet wurde. Laut Statut soll in dem Zusammenschluss ihr Bemühen koordiniert werden, „die staatliche Politik der Russischen Föderation auf dem Gebiet der internationalen Informationssicherheit“ zu realisieren.

Geführt wird das NAIIS von Vladislav Sherstyuk, einst KGB-Mann, später Generaldirektor des Nachrichtendienstes FAPSI. Dieser beschäftigte sich vorwiegend mit Telekommunikation, was auch heißen kann, mit dem Abhören von Telefongesprächen. FAPSI ging dann im Inlandsgeheimdienst FSB auf. Heute ist Sherstyuk Vorsitzender des Organisationskomitees des Forums.

Doch egal wer den Auftrag bekommt, dahinter stecken fast immer dieselben Personen: 2018 schon dankte Sherstyuk der Garmischer Stadtverwaltung sowie „weiteren Vertretern der Bundesrepublik Deutschland“ dafür, „dass sie uns schon seit zwölf Jahren warmherzig empfangen und uns ein angenehmes Arbeitsumfeld bereiten“.

In Wahrheit blicken die deutschen Sicherheitsbehörden wegen Leuten wie ihm an diesen Tagen mit großem Interesse in die bayerische Kleinstadt. Das liegt auch an der nicht minder brisanten Agenda. Ein Seminar widmet sich Informationstechnologie mit „feindlichen, militärisch-politischen Zielen“. Wie man einer solchen Nutzung gegenwirken kann, trägt laut Programm ein Vertreter des Generalstabs der russischen Streitkräfte vor. In einem anderen Seminar besprechen die Teilnehmer, was man gegen die „Einmischung in innere Angelegenheiten von souveränen Staaten“ mittels Informationstechnologie unternehmen könne. Auf diesem Feld dürften die russischen Veranstalter tatsächlich Experten sein – doch wohl eher als Angreifer denn als Verteidiger.



Im „Posthotel“ in Garmisch-Partenkirchen treffen sich die Teilnehmer

FA/DPA/ IMAGEBROKER

Freilich finden sich unter den Teilnehmern auch internationale Gäste. So soll ein Vertreter der ICANN auftreten, die von Los Angeles aus die Vergabe von Namen und Adressen im Internet koordiniert. Angekündigt sind ebenfalls ein Mitarbeiter des UN-Instituts zur Abrüstungsforschung sowie Wissenschaftler von Universitäten und Instituten in Korea und der Schweiz. Es ist eine illustre Runde, die sich da mit der internationalen Sicherheit beschäftigt.

Hans-Wilhelm Dünn ist der einzige Deutsche, der auf dem Programm zu finden ist. Er ist Vorsitzender des Berliner Cyber-Sicherheitsrates, eines Vereins, der nach eigener Angabe Unternehmen, Behörden und politische Entscheidungsträger im Bereich der Cybersicherheit berät. Dünns Vorgänger war übrigens Arne Schönbohm, der heute Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik ist – ob er bereits in Garmisch dabei war, ist nicht bekannt.

Auf WELT-Anfrage bestätigte Dünn, dass er dieses Jahr teilnehmen wolle. In seinen zwei Vorträgen wolle er darstellen, „wie wichtig ein vertrauensvoller Dialog sowie gemeinsame Formate zwischen Ländern, Politik und Wirtschaft für Cybersicherheit“ seien, erklärte Dünn. In Bezug auf die Hintergründe des Forums verweist der Cyberexperte auf „renommierte Akteure und Wissenschaftler aus Deutschland, Europa und der internationalen Gemeinschaft“, die in der Vergangenheit vertreten und beteiligt waren. Der Rahmen des Forums werde daher „als angemessen beurteilt“.

Das Forum habe sich mit den Jahren in eine „einzigartige, blockfreie Diskussionsplattform“ entwickelt, sagte Sherstyuk 2018. Einzigartig ist das Forum allemal, doch in erster Linie wegen der kuriosen Mischung aus Ort, Veranstalter und Themen.

KOMPAKT

SCHMÄHGEDICHT

Böhmermann scheitert mit Klage gegen Merkel

Der Satiriker Jan Böhmermann ist mit seiner Unterlassungsklage gegen das Bundeskanzleramt wegen Kritik von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) an seinem sogenannten Schmähgedicht gescheitert. Seine Forderung sei unzulässig, weil eine Wiederholung von Merkels Formulierung nicht zu erwarten sei, entschied das Berliner Verwaltungsgericht. Böhmermann hatte erwirken wollen, dass Merkel ihre Kritik an seinem Gedicht über den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan zurücknehmen muss. Konkret kritisierte Böhmermann, dass im Onlineauftritt der Bundesregierung weiter das Protokoll einer Bundespressekonferenz vom April 2016 zu finden sei. Dort hatte Regierungssprecher Steffen Seibert Merkels Kritik an dem Gedicht wiedergegeben. Seibert hatte gesagt, Merkel habe mit dem damaligen türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu telefoniert – dabei sei es auch um das Schmähgedicht gegangen. Die beiden hätten sich darauf geeinigt, dass der Text „bewusst verletzend" sei. Wenige Tage später ließ Merkel ebenfalls öffentlich erklären, dass diese Formulierung ein „Fehler" gewesen sei. Im Prozess erklärte die Vertretung des Kanzleramts, es bestehe keine Gefahr, dass die Bundesregierung die Formulierung so wieder tätigen werde. Das Verwaltungsgericht erkannte an, dass Merkel „sich bereits im April 2016 von ihrer Äußerung distanziert" habe. Zudem habe das Kanzleramt im Gerichtsverfahren eine Wiederholung ausgeschlossen. Die öffentliche Erklärung sei auch nicht rechtswidrig gewesen.

ILLEGALE SPENDEN

Mehr als 400.000 Euro Strafe für AfD

Wegen illegaler Parteispenden muss die AfD eine Strafe von insgesamt 402.900 Euro zahlen. Das hat die Bundestagsverwaltung entschieden. Es geht um Hilfen durch die Schweizer Werbeagentur Goal AG für den heutigen Bundesvorsitzenden Jörg Meuthen und das Bundesvorstandsmitglied Guido Reil in Landtagswahlkämpfen 2016 und 2017. Beide sind Spitzenkandidaten der AfD für die Europawahl im Mai. Meuthen sprach von einer „rechtsirrigen Position" und kündigte Widerspruch an. Weitere Strafzahlungen könnten auf die AfD wegen Zuwendungen von rund 132.000 Euro aus der Schweiz an den Kreisverband Bodensee der Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel zukommen. Deutsche Parteien dürfen keine Spenden von Gönnern annehmen, die nicht EU-Bürger sind.

ORGANISIERTE STERBEHILFE

Verfassungsgericht verhandelt über Verbot

Vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat die mündliche Verhandlung über das Verbot organisierter Sterbehilfe begonnen. Verhandelt werden sechs Verfassungsbeschwerden, die sich gegen Paragraf 217 des Strafgesetzbuchs richten, der die „geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung" unter Strafe stellt. Sterbehilfevereine, Einzelpersonen und Ärzte haben in Karlsruhe Beschwerde eingelegt, weil sie dadurch im Grundgesetz zugesicherte Rechte wie die Berufsfreiheit oder das Persönlichkeitsrecht verletzt sehen.
Zu den Klägern gehören auch schwer erkrankte Personen, die ihr Leben mithilfe eines Sterbehilfevereins beenden möchten. Sie sehen in dem Sterbehilfeverbot ihre allgemeinen Persönlichkeitsrechte verletzt. Dies umfasst ihrer Auffassung nach auch das Recht auf selbstbestimmtes Sterben mit Unterstützung Dritter.

LIBYEN

Kämpfe fordern mehr als 170 Tote

Bei den schweren Kämpfen rund um die libysche Hauptstadt Tripolis werden nach Angaben der Vereinten Nationen immer mehr Menschen getötet und verletzt. Es seien bereits 174 Tote zu beklagen, teilte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit. Unter den Toten seien 14 Zivilisten. Den Angaben nach wurden außerdem 756 Menschen verletzt.

MARTIN U. K. LENGEMANN/WELT

Warum Amerikas Linke schuld an Donald Trump ist

James Kirchick ist Experte des Thinktanks Brookings Institution

Als James Kirchick aus Washington hinausfährt, macht er eine Entdeckung. „Hinter den Vororten von DC beginnt eine völlig andere Welt. Im ländlichen Pennsylvania oder im Bundesstaat New York in der Provinz. Dort, wo sie Donald Trump wählen. Es ist, als käme man in ein anderes Land."

VON DANIEL-DYLAN BÖHMER

Wäre er nicht zu dieser Hochzeit im Grünen eingeladen gewesen, dann hätte er das alles vielleicht nie kennengelernt. Er sei ja so ein typischer liberaler Kosmopolit, sagt der 35-Jährige ironisch schmunzelnd. So einer, der innerhalb der USA fast nur von Washington und New York nach Los Angeles oder Chicago oder Austin/Texas reist, mit dem Flugzeug natürlich.

„Das Amerika dazwischen sehe ich eigentlich nie. Da war diese Armut, diese völlig andere Kultur. Es war ein bisschen wie in Ostberlin." Im Präsidentschaftswahlkampf 2016 hatte Hillary Clinton gesagt, die Hälfte von Trumps Anhänger gehöre „in die Schublade der Erbärmlichen". Kirchick schüttelt den Kopf. „Damals habe ich geschrieben, Clinton habe unrecht – nicht die Hälfte, sondern alle Trump-Fans seien erbärmlich. Das hätte ich nicht schreiben sollen. Dafür schäme ich mich heute."

Kirchick kennt die Dinge von verschiedenen Seiten. Er ist Experte des Thinktanks Brookings Institution und schreibt für alle großen Zeitungen Amerikas. Er ist ein Bekannter von Donald Trumps Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, aber er ist alles andere als ein Freund von Trump. Vor Entsetzen über ihn hat sich Kirchick im Wahlkamp 2016 für die Demokratin Hillary Clinton ausgesprochen, aber er gehört klar zum intellektuellen Spektrum der Republikaner.

Wenn er wieder mal in Deutschland ist, wie jetzt auf Einladung der American Academy Berlin, dann ist Kirchick eigentlich mit beiden Ländern konstruktiv unzufrieden – mit dem Gastland und seiner Heimat. Weil Kritik zum Tagesgeschäft des Intellektuellen gehört, aber auch weil er ganz offensichtlich beides für möglich hält: dass die Amerikaner Trump loswerden und dass Deutschland mit ihm zu leben lernt. Wobei die erste Aufgabe die schwierigere ist.

„Natürlich hat Trump Chancen, wiedergewählt zu werden", sagt Kirchik und rührt etwas missmutig in dem Espresso, den ihm der Kellner im Berliner „Café Einstein" eben serviert hat. Die Untersuchungen zur möglichen Zusammenarbeit von Trumps Wahlkampfteam mit Russland hätten die Chancen des Präsidenten nicht nur nicht beeinträchtigt – sie hätten Trump sogar geholfen. „Der Präsident und die Republikaner können jetzt bequem auf die Demokraten zeigen und sagen: Die sind besessen von dieser Russland-Sache, während es in den USA echte Themen gibt. Probleme, gegen die wir etwas tun müssen."

Die Meinungsumfragen zeigten schließlich, dass sich die meisten Amerikaner kein bisschen für die Untersuchungen interessieren. „Der Fall war doch schon während des Wahlkampfs klar – Trumps Ansichten über Putin, die zwielichtigen Verbindungen zu Russland oder dass sein Wahlkampfleiter für Viktor Janukowitsch gearbeitet hatte, den prorussischen Präsidenten der Ukraine. All das war ja öffentlich", sagt Kirchick.

„Nicht mal die Hardcore-Demokraten unter den amerikanischen Wählern hat das wirklich beschäftigt. Kein bisschen." Die verkrachte Strategie der Demokraten macht Kirchick offenkundig Sorgen. Jedenfalls hat er Verbesserungsvorschläge. „Jeder weiß, dass Trump ein Arschloch ist. Das den Leuten wieder und wieder zu erzählen, ist einfach keine Gewinnerstrategie. Denn den meisten seiner Wähler scheint das schlicht egal zu sein", sagt Kirchick. „Die Demokraten sollten aufhören, Trumps persönliches Verhalten übermäßig zu betonen und stattdessen seine Politik etwas substanzieller kritisieren."

Und dann schlägt Kirchick einen Bogen von den globalen zu den lokalen Fragen amerikanischer Politik: „Sie sollten den Wählern zum Beispiel erklären, dass Trump mit seiner Politik unsere Verbündeten entfremdet und dass wir diese Verbündeten brauchen, wenn wir mit China konkurrieren wollen."

Aber hofft Kirchick wirklich auf die Demokraten? Erst vor Kurzem hat er gewarnt, dass Amerikas linke Oppositionspartei auf dem gleichen Weg sei wie die britische Labour-Party – hin zu einem sektiererischen Sammelbecken sozialistischer Fantasien und antisemitischer Ressentiments. Bernie Sanders' alte Sympathien für die Sowjetunion, judenfeindliche Äußerungen wie jene der Abgeordneten Ilhan Omar oder Verschwörungstheorien über einen US-Putsch in Venezuela stießen auf keine entschiedene Gegenwehr bei den Demokraten.

Noch stünden solche Tendenzen nicht für die Partei als Ganzes, sagt Kirchick, wenn man ihn danach fragt. Aber die Demokraten müssten aufpassen, wenn sie die Wahl gewinnen wollten: „Die Wähler der Demokraten bei der Kongresswahl haben nicht für eine linksradikale Agenda gestimmt. Da haben viele ehemalige Trump-Wähler die Demokraten gewählt, weil sie ein Gegengewicht für den Präsidenten wollten." Wenn die Demokraten das Weiße Haus zurückholen wollten, dann müssten sie aufhören, sich auf Identitätspolitik zu fixieren. Auf die Verteidigung von ethnischen und sexuellen Minderheiten.

Ist das nicht eine seltsame Forderung von einem jüdischen, schwulen Amerikaner? Sollte nicht gerade Kirchick den Kampf gegen Homophobie und Rassismus bejahen? „Natürlich tue ich das", entgegnet Kirchick leidenschaftlich, „und ich will, dass Donald Trump besiegt wird. Aber ich glaube einfach nicht, dass man die Wahl gewinnt, indem man Trumps Wähler pauschal als Rassisten beschimpft. Damit holt man diese Menschen nicht zurück."

Seit Trumps Wahl habe er mit vielen von dessen Anhängern gesprochen, sagt Kirchick. Mit den Menschen in jenem ganz anderen Land außerhalb von Washington und New York. „Ja, diese Menschen empören sich nicht über Trumps Verhalten oder seine rassistischen Äußerungen, aber die sind auch nicht der Grund, warum sie ihn gewählt haben. Sie haben ihn aus verschiedenen, unter anderem wirtschaftlichen Gründen gewählt."

Darum seien der demokratische Exvizepräsident Joe Biden mit seinem kleinbürgerlichen Hintergrund und Pete Buttigieg aus dem ländlichen Indiana die einzigen, die Trumps Wähler zurückholen könnten. „Weil sie ihre Sprache sprechen." Der entscheidende Gegensatz in der amerikanischen Gesellschaft sei immer der zwischen den Klassen gewesen, nicht zwischen Hautfarben oder Religionen. „Wenn du in Armut hineingeboren wirst, dann bestimmt das deine Chancen wesentlich mehr als deine Hautfarbe, dein Geschlecht, deine sexuelle Orientierung." Darum müsse man die wirtschaftlichen Sorgen von Trumps Anhängern ernst nehmen, so Kirchick. „Sie fühlen sich abgehängt. Aus all den Gründen, die wir kennen." Bei den Wählern der AfD sei es doch genauso.

„Die AfD wurde von vielen Leuten gewählt, die vorher Anhänger der Sozialdemokraten waren. Sind die alle eines morgens aufgewacht und waren Nazis? Natürlich nicht. Hören Sie denen doch mal zu." Die linke Mitte in Europa und den USA habe ihre Mehrheit aus dem gleichen Grund verloren: Weil sie die Debatte zu sehr verengt habe.

„Wer sich nicht innerhalb eines bestimmten Meinungskorridors bewegte, wurde stigmatisiert und ausgegrenzt. Das hat den Populisten die Leute zugetrieben. Es muss zum Beispiel eine demokratische Debatte über Einwanderung geben. Und nicht jeder, der eine strengere Einwanderungspolitik will, ist deshalb ein Nazi." Wenn eine Mehrheit der Bevölkerung so denke, dann müssten demokratische Politiker dem Rechnung tragen. Und nicht die Mehrheit beschimpfen.

> James Kirchick ist einer der bekanntesten Konservativen unter den jungen Intellektuellen der USA. Im Gespräch mit WELT erklärt er, wie man den Präsidenten los wird

Sind also die Linken schuld an Trump? Kirchick zögert keine Sekunde. „Ja, das sind sie. Diese politische Korrektheit ist wirklich ein Problem. Und dass wir so auf die Unterschicht und untere Mittelschicht herabsehen." Auch wenn das keine Entschuldigung sei, Donald Trump zu wählen. „Ein US-Präsident sollte der Anführer der freien Welt sein. Und kein Kulturkrieger."

Diesen Satz von Kirchick könnten wohl viele Deutsche unterschreiben. Aber genau deshalb sind viele von seinem Bekannten Richard Grenell irritiert, dem US-Botschafter in Berlin, der erklärt hatte, er wolle die „konsistent konservative Politik" stärken, die in Europa auf dem Vormarsch sei. Und der ein Essen für Sebastian Kurz ausrichten wollte, Österreichs Bundeskanzler, der in einer Koalition mit der rechten FPÖ regiert. Nach Kritik aus Deutschland sagte der Botschafter den Lunchtermin wieder ab.

Wenn man Kirchick nach Grenell fragt, überlegt er einen Moment. „Ich denke, es kann eine Chance für Deutschland sein, dass der Botschafter hier ein so gutes Verhältnis zum Präsidenten hat. Richard Grenells Äußerungen wurden mitunter bewusst falsch ausgelegt. Er hat nie für die AfD geworben. Sein engster Kontakt in der deutschen Politik ist Gesundheitsminister Jens Spahn von der CDU."

Und überhaupt könnten die Deutschen selbst einiges tun, um die anhaltenden Spannungen mit Trump beizulegen. „Bei diesen Handelssachen hat Trump eindeutig unrecht. Da sollten die Deutschen nicht nachgeben. Aber sie könnten mehr Druck auf den Iran ausüben, und sie könnten mehr tun, um ihren Verteidigungsbeitrag zur Nato zu erhöhen. Das würde schon viel bringen." Zuhören hilft vielleicht. Sogar bei einem wie Trump.

■ James Kirchick war in Berlin bei der American Academy zu Gast.

ANZEIGE

Kapilendo.de

Test Crowdinvesting
Untern.-Finanzierung
Platz 1
euro DKI

Alle reden über die Zukunft. Wir finanzieren sie.

Eine erfolgreiche Zukunft redet man nicht herbei, man investiert in sie. Kapilendo ist der Finanzmarktplatz, an dem Anleger und Unternehmen unkompliziert zusammenkommen. Für einfache, flexible Firmenfinanzierungen und mehr unternehmerische Freiheit. Schauen Sie doch gleich mal vorbei, auf Kapilendo.de

Kapilendo
Die Zukunft der Unternehmensfinanzierung

PLATZ DER REPUBLIK

„Wir schaffen das“ ist lange her

ALAN POSENER

Der Humboldt-Saal in der Berliner Urania war, freundlich gesagt, drei viertel voll. Wären da nicht die vielen Freikarten gewesen, die auch Leute wie ich erhielten, die sich durchaus den Eintritt hätten leisten können, Bernard-Henri Lévy wäre wohl vor einem fast leeren Saal aufgetreten. Beschämend.

In seinem Ein-Mann-Stück „Looking for Europe“ beschwört Lévy zwei Visionen von Deutschland: das satte, mächtige, zunehmend am Schicksal des Kontinents desinteressierte Land einerseits – und das Land, das mit dem Merkel-Wort „Wir schaffen das“ über seinen Schatten springt. Freilich, um gleich Angst vor der eigenen Courage zu bekommen. Das scheint nun so lange her zu sein: Waren wir das wirklich?

Während in Paris Notre-Dame brennt, Symbol eines einstmals im Geist des Katholizismus vereinten Europas, das ein deutscher Mönch zerstörte, beschwört in Berlin ein französisch-jüdischer Philosoph den Geist eines fast vergessenen deutsch-jüdischen Philosophen: Edmund Husserl. Husserl war Lehrer Edith Steins, der jüdisch-katholischen Schutzheiligen Europas, die in Auschwitz ermordet wurde, und Martin Heideggers, der Nazi wurde und Karriere im Dritten Reich machte. 1935 – als Jude hatte er schon die Lehrbefugnis verloren – hielt Husserl einen Vortrag über die „Krisis des europäischen Menschentums und die Philosophie“.

Diese Krise kenne nur zwei Auswege: „Den Untergang Europas in der Entfremdung gegen seinen eigenen rationalen Lebenssinn, den Verfall in Geistfeindschaft und Barbarei, oder die Wiedergeburt Europas aus dem Geiste der Philosophie durch einen den Naturalismus endgültig überwindenden Heroismus der Vernunft.“ Eine Aussage, die – Lévy hat recht – wie für heute geschrieben scheint. „Europas größte Gefahr ist die Müdigkeit. Kämpfen wir gegen diese Gefahr der Gefahren als ‚gute Europäer‘ in jener Tapferkeit, die auch einen unendlichen Kampf nicht scheut, dann wird aus dem Vernichtungsbrand des Unglaubens, dem schwelenden Feuer der Verzweiflung an der menschheitlichen Sendung des Abendlandes, aus der Asche der großen Müdigkeit der Phoenix einer neuen Lebensinnerlichkeit und Vergeistigung auferstehen, als Unterpfand einer großen und fernen Menschenzukunft.“

Glauben wir an unseren „rationalen Lebenssinn“? An Europas „menschheitliche Sendung“? Sind wir zu einem „Heroismus der Vernunft“ bereit? Glauben wir an eine europäisch mitgeprägte „Menschenzukunft“? Oder beugen wir uns denjenigen, die uns Abschottung, Egoismus und Kleinmut predigen und die Barbarei als Kraft verherrlichen? Notre-Dame brennt. Wie war das mit der Asche und dem Phönix?

KOMMENTAR

Luftwaffe am Limit

THORSTEN JUNGHOLT

Ein einziger Schrotthaufen, diese Bundeswehr. Das war die naheliegende Reaktion auf die neuerliche Panne einer Maschine der Flugbereitschaft des Verteidigungsministeriums, und so mancher Oppositionspolitiker konnte sie sich nicht verkneifen. Doch so einfach ist es nicht, der Fall verdient einen näheren Blick.

Die Global 5000, ein kleiner Mittelstreckenjet für VIP-Transporte, musste am Dienstag direkt nach dem Start vom Berliner Flughafen Schönefeld wieder notlanden. Dabei berührten beide Tragflächen den Boden, was auf eine schwerwiegende Störung hindeutet. Bereits in den vergangenen Wochen hatte eine Serie technischer Ausfälle der Regierungsmaschinen für Schlagzeilen gesorgt. Mal verpasste Bundeskanzlerin Angela Merkel einen Termin, mal Außenminister Heiko Maas, mal Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Sie alle flogen mit alten Airbus-Maschinen, die von der Bundeswehr schon gebraucht gekauft worden waren und nach langen Jahren der Nutzung eben störungsanfällig sind. So gesehen bekamen die Politiker mit den Pannen die Quittung für wenig weitsichtige Deals, die sie einst mit Unternehmen wie Lufthansa und Airbus eingefädelt hatten.

Bei der Global 5000 liegen die Dinge anders. Das sind vergleichsweise neue Flugzeuge, die letzte von insgesamt vier Maschinen der Flotte war erst 2012 ausgeliefert worden. Und in Schönefeld kam der nun verunglückte Jet gerade aus der Wartung beim Hersteller, dem kanadischen Unternehmen Bombardier. Vorbehaltlich einer gründlichen Untersuchung des Zwischenfalls scheint die Ursache mithin eher bei dem Unternehmen und seiner Qualitätssicherung zu liegen.

Dass es bei der Notlandung keine Toten und Verletzten zu beklagen gab, lag an der fliegerischen Leistung der Luftwaffenbesatzung. Die Piloten haben es geschafft, den Jet unter schwierigsten Bedingungen zu Boden zu bringen. Das ist die eigentliche Botschaft hinter diesem Vorfall: Nicht nur diese eine Besatzung an diesem Tag, überall in Deutschland halten Soldaten die Bundeswehr mit ihrem täglichen Einsatz am Laufen. Mit Improvisationsgeschick und oft genug Engagement außerhalb von Dienstzeiten sorgen sie dafür, dass die Streitkräfte ihre Aufträge irgendwie erfüllen – trotz aller Hindernisse, die ihnen von Politik und Industrie in den Weg gelegt werden.

Die Frage ist nur: Wie lange noch? Gerade an der Luftwaffe ist zu besichtigen, dass auf dem Arbeitsmarkt begehrte Fachkräfte wie Piloten nicht mehr bereit sind, die Materialmisere der Truppe länger zu ertragen. Von 2016 bis 2018 haben 29 Besatzungsangehörige, darunter zwölf Kampfjetpiloten, die Bundeswehr resigniert verlassen. Ihre Kündigungsgründe lauteten: zu geringer Klarstand der fliegenden Systeme, zu lange Inspektionszeiten in der Industrie, fehlende Ersatzteile – und nicht zuletzt ausbleibende politische Entscheidungen, altes Gerät wie den Tornado-Kampfjet oder den CH-53-Hubschrauber durch moderne Systeme zu ersetzen.

Nicht die Politikershuttles der Flugbereitschaft sind das Problem, so wichtig die weiße Flotte für die Repräsentation Deutschlands im Ausland ist. Das Problem ist die verheerende Einsatzbereitschaft jener Waffensysteme, die für Landesverteidigung und Einsätze zentral sind. Nicht nur die Luftwaffe ist da längst am Limit angekommen.

thorsten.jungholt@welt.de

ESSAY

Diese ewige Frauenwut

Im Bemühen um mehr Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern laufen wir derzeit Gefahr, in einen Stellungskrieg zu geraten, der statt mehr Bewegung immer mehr Blockade erzeugt. Schuld daran sind Affekte, die von den Jahrhunderte alten Zurücksetzungen rühren. Schon Hillary Clintons Niederlage war da exemplarisch, als im Wahlkampf ein Zitat von ihr durchs Internet ging, in dem sie Frauen als die ersten Opfer eines Krieges benannte, denn „sie verlieren ihre Männer, Väter und Söhne im Kampf“. Diese Grobheit stand für einen einseitigen Blick, den Clinton endgültig bei ihrem ersten Auftritt nach der Wahl verriet. Die Zukunft, sagte sie da polarisierend, sei weiblich.

Danach sieht es aber nun so wenig aus, dass man in Deutschland den Parteien das Geschlecht der Kandidaten in den eigentlich freien Wahlen vorzuschreiben beginnt. In Brandenburg müssen bei der übernächsten Wahl so viele Frauen wie Männer auf den Listen der Parteien stehen. Freilich ist nichts schlimm daran, endlich beide gleich stark vertreten zu lassen. Man muss auch nicht gleich fragen, ob wir bald Behinderte, Einwanderer und Aussiedler, Superreiche und Arbeitslose, Mathematiker, Poeten, Lungenkrebskranke, Rentner oder Kinder paritätisch beteiligen wollen oder Frauen nicht doch nach ihrem tatsächlichen Anteil in der Bevölkerung Listenplätze zugesichert bekommen. Sie sind ja in der Mehrheit.

Schlichter kann man fragen, was denn das Parité-Gesetz an der Politik ändert, denn einen so rabiaten Eingriff in die demokratische Wahlfreiheit wird man nicht mit einem Anrecht auf Posten legitimieren wollen, den es gar nicht geben kann. Schließlich steht es den Bürgerinnen frei, eine Frauenpartei zu gründen, nur Frauen aufzustellen und diese zu wählen. Etwa um den männlichen, potenziell dominanten Praktiken der Entscheidungsfindung etwas ganz Neues entgegenzustellen: eine weibliche politische Kultur. Man muss sich einmal klarmachen, dass das Parité-Gesetz diese Partei verbietet. Es verbietet auch eine Partei, die so viel Frauen aufstellt wie die jetzigen Parteien Männer. Aus Clintons weiblicher Zukunft würde nichts.

Fragen wir also, ob mehr Frauen eine bessere Politik machen werden? Für wen? Für Frauen? Ist denn die Politik für Frauen jetzt so ausgenommen schlecht? Oder ist der Feminismus als erfolgreich zu betrachten, und hat er vom aktiven und passiven Wahlrecht, über die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe und Straffreiheit von Abtreibungen, bis zu Frauenparkplätzen und Frauenbeauftragtinnen viel erreicht? Hat nicht der Feminismus beneidenswert viel erreicht, wenn man an die Vorsorge bei Prostatakrebs denkt, an Obdachlosigkeit, Gewalt im öffentlichen Raum, Prävention gegen Alkoholabhängigkeit oder den Schutz vor frühzeitigem Tod durch Stresserkrankungen – an all die männlichen Schwächen und Nachteile also. Dazu gehört auch das Familienrecht, Beispiel Scheinvaterschaft. Es ist gewiss nicht einfach, Ungleiches gleich gut zu behandeln, vielmehr kann auch die Gleichbehandlung von Ungleichem sexistisch sein, und bei Elternschaft oder Genitalchirurgie gerät man schnell in argumentative Bewölkung. Aber festhalten kann man doch, dass es seit hundert Jahren eklatante gesetzgeberische Verbesserungen für Frauen gegeben hat, und zwar mit männlich dominierten Parlamenten.

Männer machen also nicht etwa Politik für Männer. Etwas großspuriger kann man sagen, dass die männlich dominierte Arbeiterbewegung sich für alle eingesetzt hat, der Feminismus aber nur für die Frauen. Das ist kein Vorwurf an eine Seite, sondern die Folge des Patriarchats, das wiederum Folge vor allem einer Arbeitsteilung war, wie sie in einer Gesellschaft mit einer Geburtenquote von fast 14 Kindern pro Frau bis 1870 kaum anders möglich gewesen ist. Schon das Absinken dieser Zahl auf sein Zehntel macht unmissverständlich klar, in welchen Veränderungen wir stehen. Und zwar Männer wie Frauen. Letztere müssen jetzt beginnen, sich für die Interessen der anderen zu interessieren, jene der Männer, das längst prekäre Geschlecht. Einen anderen Weg zur Macht gibt es in der Demokratie zum Glück nicht.

Dass sie das zu wenig tun, lässt sich auch an der zentralen Hoffnung illustrieren, die mit mehr Frauen in Parlamenten verknüpft werden. Freunde des Parité-Gesetzes wünschen Entspannung vor allem in Hinblick auf die heute so oft angeführte toxische Männlichkeit, die vom zu großen Turbodiesel in der Innenstadt bis zur internationalen Finanzpolitik derzeit für beinahe alles Übel in der Welt verantwortlich gemacht wird. Auch wenn etwas dran ist, bedarf es hier eines genaueren Blickes. Der Begriff taugt nämlich nichts. Abgesehen davon, dass weder Angela Merkel noch Theresa May leuchtende Gegenbeispiele paradiesischer Staatenlenkung voll Einigkeit und Glück sind, kann Männlichkeit an sich so wenig toxisch sein wie Wetter oder Wasser oder etwa Weiblichkeit. Der Fachbegriff für unbegründetes Risikoverhalten lautet daher auf Hypermaskulinität. Zu deutsch: Übermännlichkeit. Oder sagen wir gleich: Übermenschlichkeit. Ein über das Maß des Menschlichen hinaus Agierendes, bei dem man nicht erklären muss, wie ungesund es für alle Beteiligten ist.

> Der Feminismus hat bisher nur für die Frauen gekämpft, eine Folge patriarchalischer Machtstrukturen. Doch wenn die Zukunft weiblich werden soll, gibt es auch für Feministinnen nur einen Weg zur Macht

RALF BÖNT

Übermännlichkeit, so weit geht die Ungleichheit der Geschlechter eben doch, entsteht beim Jungen ab einem Lebensalter von zwei Jahren. Dann bemerkt er, anders zu sein als die Mutter. Leider sind oft keine Männer in seiner Nähe und so entsteht eine überlebensgroße Vorstellung von allem, was Männer tun, können und müssen und von dem, was der Junge einmal zu sein hat. Die Übermännlichkeit ist eine Überreaktion auf das scheinbar Unerreichbare, es ist die fehlende Brücke zwischen dem männlichen Kind und dem erwachsenen Mann. Donald Trump ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür. Er ist nie über diese Brücke gegangen.

Auch ein paritätisch mit Männern und Frauen besetztes Parlament wird es nicht leicht haben, denn männliche Heldentaten sind genau so tief ins kollektive Bewusstsein eingeschrieben wie die viktorianische Überzeugung einer Mary Somerville, als Frau über keinerlei Genie zu verfügen. In den Kolumnen der Magazine und Debatten in den Netzwerken stehen nicht Frauen mit Selbstbewusstsein im Vordergrund, sondern jene mit Wut, vor allem auf Männer. Statt die Wut nun zu überwinden und in der Gegenwart anzukommen, wollen sie ganz gewiss ganz allein über Abtreibungen entscheiden und mehr Hilfe für Alleinerziehende. Als wäre es revolutionär, wenn die Frau für das Kind zuständig ist. Die junge Feministin Teresa Bücker denkt, genau wie ihre katholische Gegnerin Birgit Kelle, in keiner Frage an einen Vater. Entspannung ist nicht in Sicht.

Und die Männer stehen auch nicht auf. Sie hören lieber auf den kanadischen Psychologen Jordan B. Peterson, der mit einem antizivilisatorischen Furor das Patriarchat in der Natur begründet sieht, als habe es nie eine Moderne gegeben. Peterson erklärt gern die irrsinnigste Aggression noch mit der Werbung des Mannes um die Frau. Und als sei sie aus Spiegelneuronen gemacht, spricht Margarete Stokowski dem Mann jegliche Gefühle ab. Es ist klassisch patriarchal, wenn sie schreibt, sein äußeres Genital habe weniger Nervengeflecht als ihres. So organisiert man Stillstand. Es gibt auch viel zu wenig Väter, die sich für eine Brücke zwischen ihren Kindern und der Welt einsetzen. Sie haben keine Rechte, und doch fanden sich auf ihrer jährlichen Demonstration in Köln zuletzt keine 100 Teilnehmer – eine Peinlichkeit. Es wird wohl nur ein automatischer Vaterschaftstest helfen und ein strenges Recht des Kindes auf die persönliche Sorgepflicht seines genetischen Vaters. Da leibliche Elternschaft sowieso nicht kündbar ist, bräuchte man, anders als beim Parité-Gesetz, auch keine artistische Begründung.

Frauen und Männer begegnen sich im Moment, wie es der postkoloniale Psychoanalytiker Frantz Fanon einst für die Ethnien beschrieb: mit der komplementären Neurose. „Für uns ist derjenige, der die Neger vergöttert“, schrieb Fanon, „ebenso krank wie derjenige, der sie verabscheut. Umgekehrt ist der Schwarze, der seine Rasse weiß machen will, ebenso unglücklich, wie derjenige, der den Hass auf die Weißen predigt.“ Und gleichzeitig leide der Weiße unter dem Zwang, besser zu sein und herrschen zu müssen. Fanons Zeitgenosse James Baldwin legte seinesgelichen denn auch emphatisch nahe, die Weißen durch Liebe zu befreien, denn nur dann könnten auch die Schwarzen frei sein. Es ist eben besser, sich auf die eigene Freiheit statt auf den Kampf gegen die Freiheit des anderen zu konzentrieren. Männer und Frauen könnten es in Zeiten großen Wohlstands, sehr weniger Kinder und ubiquitärer Elektrizität, die die Muskelkraft für den Sport freigestellt hat, eigentlich leicht haben. Liebe deinen ungleichen Nächsten, wäre das Motto, hasse ihn nicht.

■ Der Autor, Jahrgang 1963, war Physiker an den Forschungszentren CERN und DESY, bevor er Schriftsteller wurde. Zuletzt erschien die Streitschrift „Das entehrte Geschlecht, ein notwendiges Manifest für den Mann“ und der Roman „Das kurze Leben des Ray Müller“. Kürzlich schloss er das Manuskript „Der Himmelsberg“ ab, ein Roman über Mensch und Maschine

> Es ist besser, sich auf die eigene Freiheit statt auf den Kampf gegen die Freiheit des anderen zu konzentrieren

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985 †)

Herausgeber: Stefan Aust
Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky, Arne Teetz
Chefredakteure in der Welt-Gruppe: Johannes Boie, Dagmar Rosenfeld
Stv. Chefredakteur: Robin Alexander
Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
Director Digital Innovation: Niddal Salah-Eldin
Chefkommentator: Torsten Krauel
Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
Leitung Editionsteam: Christian Gaertner, Stv. Philip Jürgens, Lars Winckler
Creative Director: Cornelius Tittel
Artdirektion: Juliane Schwarzenberg, Stv. Katja Fischer
Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Dr. Jacques Schuster, Lars Schroeder **Forum:** Andrea Seibel, Stv. Rainer Haubrich **Investigation/Reportage:** Wolfgang Büscher, Stv. Manuel Bewarder **Außenpolitik:** Clemens Wergin, Stv. Klaus Geiger, Silke Müllherr **Wirtschaft/Finanzen:** Olaf Gersemann, Ileana Grabitz, Stv. Jan Dams, Dietmar Deffner, Thomas Exner (Senior Editor) **Feuilleton:** Dr. Jan Küveler, Andreas Rosenfelder *Literarische Welt:* Dr. Mara Delius *Literarischer Korrespondent:* Richard Kämmerlings **Stil/Reise:** Adriano Sack, Stv. Sönke Krüger, Inga Griese (Senior Editor) **Sport:** Stefan Frommann, Stv. Sven Flohr, Christian Witt, Volker Zeitler **Wissen:** Dr. Pia Heinemann, Stv. Wiebke Hollersen **Regionalredaktion Hamburg:** Jörn Lauterbach, Stv. Claudia Sewig **Nachrichten/Unterhaltung:** Falk Schneider **Community/Social:** Thore Barfuss, Wolfgang Scheida, Jörgen Camrath und Andreas Müller (Social Media) **WELTplus:** Sebastian Lange **Video:** Martin Heller **CvD Produktion:** Patricia Plate, Stv. Dr. Jörg Forbricht **Foto:** Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne **Infografik:** Sandra Hechtenberg, Karin Sturm **Chefkorrespondent Außenpolitik:** Dr. Sascha Lehnartz **Chefkorrespondentin Wirtschaftspolitik:** Dr. Dorothea Siems **Korrespondenten Politik/Gesellschaft:** Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger **Chefkorrespondent Wissenschaft:** Dr. Norbert Lossau **Chefreporterin:** Heike Vowinkel **Leitender Redakteur Zeitgeschichte:** Sven Felix Kellerhoff **Ständige Mitarbeit:** Prof. Michael Stürmer **Autoren:** Henryk M. Broder, Dr. Susanne Gaschke, Peter Huth, Alan Posener, Dr. Kathrin Spoerr, Benjamin von Stuckrad-Barre, Hans Zippert **Auslandskorrespondenten: Brüssel:** Hannelore Crolly, Dr. Christoph Schiltz **Budapest:** Boris Kalnoky **Istanbul:** Deniz Yücel **Jerusalem:** Gil Yaron **Kapstadt:** Christian Putsch **London:** Stefanie Bolzen, Thomas Kielinger **Marrakesch:** Alfred Hackensberger **Moskau:** Pavel Lokshin **New York:** Hannes Stein **Paris:** Martina Meister **Peking:** Johnny Erling **Prag:** Hans-Jörg Schmidt **Warschau:** Philip Fritz **Washington:** Steffen Schwarzkopf, Dr. Daniel Friedrich Sturm

LENA LEADING — EUROPEAN NEWSPAPER – ALLIANCE

WELT kooperiert mit „El País“ (Spanien), „La Repubblica“ (Italien), „Le Figaro“ (Frankreich), „Le Soir“ (Belgien), „Tages-Anzeiger“ und „Tribune de Genève“ (beide Schweiz)

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Seite 1: Christian Gaertner **Deutschland:** Claudia Kade **Ausland:** Clemens Wergin **Forum:** Andrea Seibel **Wirtschaft/Finanzen:** Olaf Gersemann **Immobilien:** Michael Fabricius **Sport:** Stefan Frommann **Wissen:** Dr. Pia Heinemann **Feuilleton:** Andreas Rosenfelder **Panorama:** Claudia Kade/ Falk Schneider
Alle: c/o Axel Springer SE, 10888 Berlin. **Hamburg:** Jörn Lauterbach, Axel-Springer-Platz 1, 20355 Hamburg **Anzeigen:** Kai-G. Ehrenschneider-Brinkmann, Axel Springer SE, 10888 Berlin
Axel Springer SE vertreten durch den Vorstand Dr. Mathias Döpfner (Vorsitzender), Jan Bayer, Dr. Stephanie Caspar, Dr. Julian Deutz, Dr. Andreas Wiele
Geschäftsführer Print: Christian Nienhaus **Verlagsleiter Print:** Petra Kalb, Stv. Heiko Rudat **Anzeigen:** Kai-G. Ehrenschneider-Brinkmann **WELT Editorial Studio:** Matthias Leonhard **Verlag und Druck:** Axel Springer SE **Vertrieb:** Sales Impact GmbH & Co. KG; alle 10888 Berlin, Axel-Springer-Str. 65. Tel.: 030 / 259 10. DIE WELT wird als Zeitung und digital vertrieben. Alle Rechte vorbehalten. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.welt.de/datenschutz. Sie können diese auch schriftlich unter Axel Springer SE, Datenschutz, Axel Springer Straße 65, 10969 Berlin anfordern. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektr. Pressespiegel erhalten Sie über PMG Presse-Monitor GmbH, www.presse-monitor.de, E-Mail: info@presse-monitor.de. Für Syndication-Rechte wenden Sie sich an nachdrucke@welt.de. Abonnementpreis in Deutschland monatlich 56,90 Euro; das Kombi-Abonnement mit der WELT AM SONNTAG monatlich 58,90 Euro; Versandzusatzkosten im Ausland: Europa 19,40 Euro; weltweit 83,70 Euro. Das Abonnement kann zum Monatsende beendet werden, Abbestellungen müssen dem Verlag schriftlich sieben Tage vor Monatsende vorliegen. Kundenservice: Tel. 0800 / 935 85 37. E-Mail: kundenservice@welt.de ISSN 0173-8437. DIE WELT, USPS No. 0603-590. Es gilt die WELT-Preisliste Nr. 97a, gültig ab 1.1.2019, sowie die Preisliste Märkte, Ergänzung zur WELT-Preisliste Nr. 97a, gültig ab 1.1.2019. E-Mail: anzeigen@welt.de. Fax: 030 / 58 58 91. Amtliches Publikationsorgan aller deutschen Wertpapierbörsen. Keine Gewähr für unveröffentlichte Kursnotierungen. Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.
Sie erreichen die Redaktion unter:
DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin
Telefon: 030/25 910
Fax: 030 / 25 91 71 606
E-Mail: redaktion@welt.de

Social Scoring
So ausgefeilt ist Chinas Überwachungssystem Seite 12

KOMPAKT

SMARTPHONES

Samsung präsentiert faltbares Handy

Samsung hat am Dienstag serienreife Exemplare seines faltbaren Tablet-Smartphones Galaxy Fold vorgestellt. Das Android-Gerät für rund 2000 Euro soll am 3. Mai auf den europäischen Markt kommen. Herzstück ist das 7,3 Zoll große faltbare Innen-Display. Dazu gibt es ein kleineres Display an der Außenseite. Durch ein Scharnier zwischen beiden Geräteteilen lässt sich das Fold als klassisches Smartphone mit Außendisplay nutzen, oder aufgeklappt als großes Tablet im 4,2:3-Format mit bis zu drei simultan geöffneten App-Fenstern. Insgesamt sind sechs Kameras verbaut. Der Chipsatz erlaubt auch den Einsatz in zukünftigen 5G-Netzen, betont Samsung. Samsung ist zwar der erste Hersteller, der ein Serien-Gerät zeigt, Konkurrent Huawei ist aber nicht weit hintenan. Das faltbare Huawei Mate X soll im Sommer erscheinen – und mit 2300 Euro noch teurer werden.

ARBEITSRECHT

Yogakurs kann als Bildungsurlaub gelten

Ein Yogakurs kann unter bestimmten Umständen als Bildungsurlaub gelten. Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg sprach einem Arbeitnehmer das Recht auf bezahlten Sonderurlaub zu, damit er an einem fünftägigen Volkshochschulkurs unter dem Titel „Yoga I – erfolgreich und entspannt im Beruf mit Yoga und Meditation" teilnehmen kann. Zur Begründung verwiesen die Richter auf das Berliner Bildungsurlaubsgesetz. Demnach reiche es aus, dass eine Veranstaltung entweder der politischen Bildung oder der beruflichen Weiterbildung diene. Der Begriff der beruflichen Weiterbildung sei nach der Gesetzesbegründung weit auszulegen. So solle unter anderem „Anpassungsfähigkeit und Selbstbehauptung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unter den Bedingungen fortwährenden und sich beschleunigenden technischen und sozialen Wandels gefördert werden". Auch ein Yogakurs mit einem „geeigneten didaktischen Konzept" könne die Voraussetzungen erfüllen.

ENERGIE

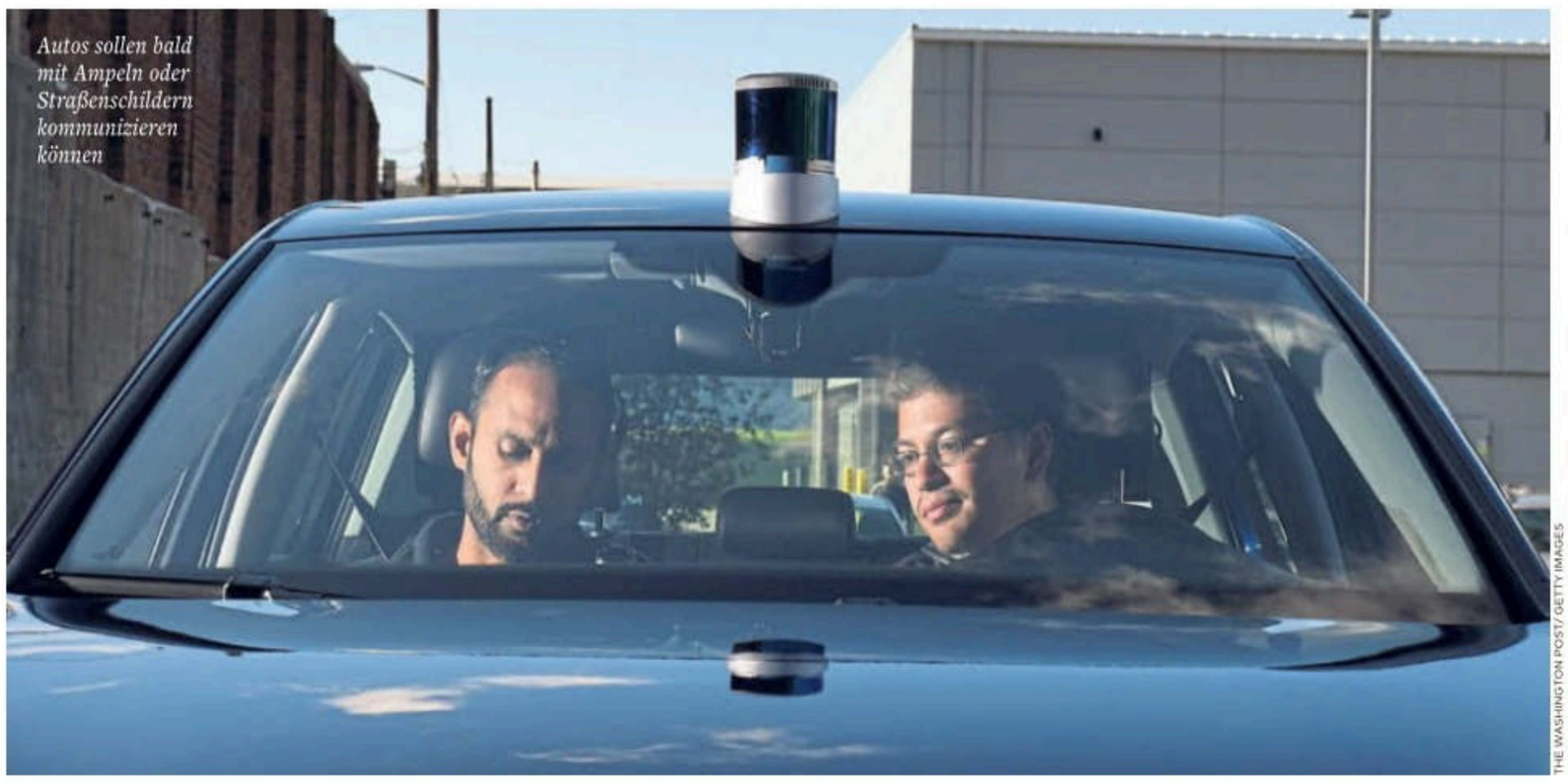
Größter Windpark der Ostsee in Betrieb

Das bisher leistungsstärkste Offshore-Projekt der Ostsee, der Windpark Arkona, ist offiziell in Betrieb gegangen. Der Essener Energiekonzern Eon und der norwegische Konzern Equinor (früher Stat Oil) feierten in Sassnitz-Mukran auf Rügen ihr Gemeinschaftsunternehmen unter anderen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Norwegens Energieminister Kjell Borge Freiberg als ein Projekt der Superlative. Die 60 Windturbinen wurden demnach in der Rekordzeit von 14 Monaten und kostengünstiger als geplant errichtet. Arkona hat eine Leistung von 385 Megawatt, was rechnerisch für die Versorgung von 400.000 Haushalten ausreicht.

TARIFE

Beschäftigte von Amazon streiken

Amazon-Beschäftigte in Leipzig und Koblenz haben am Dienstag ihre Arbeit niedergelegt und mit den Streiks ihre Forderung nach einem Tarifvertrag untermauert. Die Gewerkschaft Ver.di forderte die Arbeiter an beiden Standorten zu einem 24-stündigen Ausstand auf – schon am Montag hatte es an einigen Amazon-Standorten Aktionen gegeben, die teils bis Donnerstag andauern sollen. Amazon wies die Vorwürfe, die eigenen Mitarbeiter schlecht zu behandeln, zurück.



Autos sollen bald mit Ampeln oder Straßenschildern kommunizieren können

THE WASHINGTON POST/GETTY IMAGES

Streit um die WLAN-Strategie

Einige Auto- und Telekom-Konzerne kritisieren, dass die EU-Kommission beim vernetzten Fahren noch nicht auf 5G setzt. Doch Verkehrskommissarin Bulc warnt vor einer Blockade des Plans

Verkehrskommissarin Violeta Bulc warnt das EU-Parlament und die Mitgliedsstaaten dringlich davor, ihre geplanten Vorschriften zum „vernetzten Fahren" zu blockieren. Das könne Europa bei seinen Bemühungen, die Zahl der Toten und Verletzten im Straßenverkehr zu senken, weit zurückwerfen. „Wenn der delegierte Rechtsakt im Parlament gestoppt wird, verlieren wir mindestens zwei bis drei Jahre", sagte Bulc gegenüber WELT. Die EU könne es sich nicht leisten, auf das Heranreifen neuer Technologien zu warten. Die EU-Verkehrskommissarin verwies auf eine Studie der Universität Michigan, nach der ein dreijähriges Abwarten auf einen neuen Übertragungsstandard allein auf US-Straßen 44.000 Menschenleben kosten würde.

VON HANNELORE CROLLY
AUS BRÜSSEL

Das Europaparlament stimmt am Mittwoch darüber ab, ob es ein Veto gegen Bulcs Bestimmungen einlegen will. Die Kommissarin hat einen delegierten Rechtsakt erarbeiten lassen, eine Verordnung also, die zwar keiner direkten Zustimmung bedarf, aber im Parlament und im EU-Rat per Veto gestoppt werden kann. Damit soll ein Rechtsrahmen geschaffen werden, so dass Autos, aber auch Infrastruktur wie Ampeln und Straßenschilder Daten austauschen können – beispielsweise über Glatteis oder ein Stau-Ende. Auch Fußgänger oder Radler könnten Chips tragen, mit denen sie sich bemerkbar machen.

Umstritten ist aber die Frage, welcher Technologie-Standard für diesen Datenaustausch vorgeschrieben werden soll – oder ob es überhaupt eine Festlegung geben sollte. Der Verkehrsausschuss im Parlament sowie einige Mitgliedsstaaten wie Finnland und Spanien favorisieren eine technikneutrale Verordnung. Bulc hingegen setzt auf WLAN und die darauf basierende Technik „C-IST" (kooperative intelligente Transportsysteme) als Ausgangsbasis für den Rechtsrahmen. Die Kommissarin argumentiert, dass diese nicht nur effizient und weithin verfügbar sei, sondern auch kostengünstig. Sie könne problemlos in Autos jeglicher Preisklasse einbaugebaut werden. Mehrere Autohersteller und Telekom-Unternehmen jedoch wehren sich gegen die Position. Sie halten WLAN für veraltet und machen sich für ein System namens C-V2X stark, das auf 5G, also Mobilfunk, basiert. In einem Schreiben an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) fordern die Konzernspitzen von BMW und Deutscher Telekom die Bundesregierung auf, den Bulc-Vorstoß im Rat auszubremsen. Dieser könnte das Vorhaben bis Mitte Mai stoppen. Dann läuft die Einspruchsfrist aus.

Nach Überzeugung der EU-Kommission würde mit dem C-ITS-System viel für die Straßensicherheit getan. In Japan hätten Unfälle an besonders gefährlichen Kreuzungen damit um 30 Prozent reduziert werden können, so Bulc. Die EU-Kommission hat sich in ihrer Strategie „Vision Null" zum Ziel gesetzt, die Zahl der Toten und Schwerverletzten im Straßenverkehr bis zum Jahr 2050 auf nahe Null zu reduzieren. Im vergangenen Jahr starben 25.100 Menschen bei Verkehrsunfällen in der EU, 135.000 wurden schwer verletzt.

Die Kritik am Einsatz von WLAN könne sie nicht nachvollziehen, so Bulc. „Egal was andere sagen: Es ist eben noch keine andere Technologie verfügbar." WLAN könne zwar nicht leisten, was in ein paar Jahren mit dem schnellen 5G-Mobilfunk möglich sei, so Bulc. Aber mit einem kostengünstigen Funkchip könne theoretisch zumindest die Warnung „Vorsicht, ich bin hier" ausgesendet werden. Das sei zwar eine simple Anwendung, aber womöglich lebensrettend. „Die eine einzige Lösung für alle Probleme gibt es nicht. Aber wir können nicht auf den Einsatz von WLAN verzichten, wenn wir jetzt Leben retten wollen, solange 5G noch nicht da ist." Sie werde jegliche neue Technologie mit offenen Armen willkommen heißen, sobald sie getestet sei und funktioniere, versicherte die Kommissarin. Voraussetzung sei aber die Kompatibilität mit anderen und älteren Standards.

Genau das ist aber einer der großen Kritikpunkte der Industrie. Mit China hat sich einer der wichtigsten Automärkte bereits festgelegt – und zwar auf C-V2X, sprich 5G. Die Staatsführung hat beschlossen, dass 90 Prozent aller chinesischen Städte und Autobahnen die Technologie erhalten sollen. Ab 2025 muss jeder Neuwagen im Reich der Mitte C-V2X-Anbindung haben. Daher arbeiten alle großen Konzerne, Zulieferer und Netzwerkausrüster rund um den Globus mit Hochdruck an C-V2X.

Dass sich die EU-Kommission nun für WLAN ausspricht, kommt ausgesprochen ungelegen, nicht nur, weil die Telekom-Unternehmen die hohen Kosten für die 5G-Lizenzen wieder hereinbekommen wollen. Sie müssen nun ihre vernetzten Systeme auch noch doppelt entwickeln, oder zumindest so, dass es mit C-ITS keine Kommunikationspannen gibt. Das bedeutet Mehraufwand. WLAN sei eine veraltete „Übergangstechnologie", die hohe Kosten verursache, weil für das vernetzte Fahren eine eigene Infrastruktur aufgebaut werden müsse, heißt es in dem Schreiben Scheuer, das Telekom-Chef Tim Höttges und BMW-Vorstand Harald Krüger unterzeichnet haben. Der Zwang zur Kompatibilität mit alten Systemen erschwere die Einführung leistungsfähiger Standards, damit werde der Entwicklung von 5G geschadet. „Der delegierte Rechtsakt führt Europa in eine technische und politische Sackgasse", heißt es dem Brief.

BMW, Audi und Daimler haben sich 2016 mit Tech-Konzernen wie Huawei und Qualcomm zur 5GAA zusammengeschlossen, der „5G Automotive Association". Sie wollen dafür sorgen, dass C-V2X rund um den Globus Vorfahrt bekommt. Doch es gibt auch Hersteller, die andere Wege gehen. VW und Renault haben in die WLAN-Technologie investiert, künftig sollen alle neuen Golf-Fahrzeuge damit ausstattet sein. Der Verkehrsausschuss des Europaparlaments hat empfohlen, dass das Plenum ein Veto einlegt und eine „technologieneutrale" Überarbeitung der Verordnung verlangt. Bulk hofft dennoch, dass Parlament und EU-Rat ihre Pläne nicht ausbremsen, um nicht unnötig Zeit zu verlieren. „Ich kann den Widerstand nicht nachvollziehen", sagte sie. Er sei unverantwortlich.

Lufthansa meldet unerwartet hohen Verlust

Airline hofft auf höhere Ticketpreise im Sommer

Die Lufthansa hat erstmals seit 2016 ein erstes Quartal wieder mit Verlust abgeschlossen. Und der fiel auch noch höher aus, als von vielen Analysten erwartet. Zwar sind die ersten Monate eines Jahres für europäische Airlines wegen des fehlenden Reiseverkehrs meist eher ertragsschwach. Dennoch überrascht die Höhe des operativen Verlustes von 336 Millionen Euro nach 52 Millionen Euro Überschuss im Vorjahresquartal. Wie die Lufthansa am Montagabend nach Börsenschluss verkündete, hält der Vorstand trotz des schwachen Jahresstarts an seiner Prognose fest. Danach wird die operative Marge auf 6,5 bis 8,0 Prozent sinken, nach 7,9 Prozent im Jahr 2018.

An der Börse kamen die Zahlen schlecht an. Nach Handelsstart in Frankfurt sackte der Kurs der Lufthansa-Aktie um gut vier Prozent ab, konnte das Minus aber dann auf zwei Prozent eindämmen. Der operative Quartalsverlust sei noch höher ausgefallen als selbst die größten Pessimisten unter den Experten erwartet hätten, schrieb Analyst Michael Kuhn von der französischen Bank Société Générale.

Der hohe Verlust im ersten Quartal läutet eine Trendwende ein. Nach 2014 mit damals ebenfalls dreistelligen Millionenverlusten zu Jahresbeginn konnte die Lufthansa sich jedes Jahr verbessern und in den Jahren 2017 und 2018 sogar schwarze Zahlen schreiben. Allerdings profitierte die Lufthansa im vergangenen Jahr noch von einem starken Passagierandrang nach der Pleite der zweitgrößten deutschen Fluggesellschaft Air Berlin. Inzwischen haben die Konkurrenten auf der Kurz- und Mittelstrecke wie Easyjet oder Ryanair aber aufgerüstet. Nach vorläufigen Zahlen kletterte der Lufthansa-Umsatz in den ersten drei Monaten leicht um drei Prozent auf 7,9 Milliarden Euro. Zum operativen Verlust trugen auch um 200 Millionen Euro höhere Treibstoffkosten sowie Überkapazitäten in Europa bei. Dies habe die Ticketpreise unter Druck gesetzt, erklärt die Lufthansa. Was dem Konzern an Ertrag fehlt, ist aus Sicht der Passagiere allerdings eine vorteilhafte Entwicklung.

Lufthansa-Finanzvorstand Ulrik Svensson äußert sich jedoch zuversichtlich, dass sich das in den Sommermonaten wieder zugunsten der Lufthansa ändern könnte. „Wir sehen für das kommende Quartal eine gute Buchungslage", lässt er sich in einer Mitteilung zitieren. „Zugleich haben wir unser Wachstum deutlich reduziert. Da sich das Wachstum im europäischen Luftverkehr auch insgesamt reduzieren wird, rechnen wir wieder mit einem Anstieg der Stückerlöse." Dazu trage auch die weiterhin gute Nachfrage auf Langstreckenflügen insbesondere nach Nordamerika und Asien bei. geheg

Bundeswehrjet entgeht knapp einem Absturz

Bombardier-Maschine kam aus der Inspektion. Kanadische Luftaufsichtsbehörde warnte vor möglichen Rissen im Heckleitwerk

Für das nur knapp einem Absturz entgangene Bombardier-Modell der Flugbereitschaft gibt es seit rund zwei Wochen eine Sicherheitswarnung der Aufsichtsbehörden. Nach WELT-Informationen hat die kanadische Luftaufsichtsbehörde die Betreiber auf mögliche Risse im Heckleitwerk hingewiesen. Der Fehler wurde demnach bei Wartungsarbeiten entdeckt. Bombardier führte dies auf Materialermüdung zurück. In der seit 5. April gültigen Anweisung veröffentlichte die kanadische Behörde verbindliche Regeln, wie und wann bei bestimmten Seriennummern der Flugzeuge eine Inspektion durchzuführen ist. Der Warnhinweis wurde auch von der europäischen Behörde EASA veröffentlicht.

VON GERHARD HEGMANN

Wie es in Branchenkreisen heißt, müssen alle vier Bombardier-Global-5000-Flugzeuge der Flugbereitschaft der Risskontrolle in der Fluglenkung unterzogen werden. Die gerade noch glimpflich in Berlin-Schönefeld gelandete Maschine kam unmittelbar aus einer Inspektion bei dem Wartungsbetrieb Lufthansa Bombardier Aviation Services. Ob sie dort auch eigens wegen der Risswarnung untersucht wurde, ist nicht bekannt. Das Luftfahrtamt der Bundeswehr ist jedenfalls an die Auflagen der Sicherheitsbehörden gebunden.

Mit der Notlandung in Schönefeld setzt sich die unglaubliche Kette von Pannen und Störungen an Flugzeugen der Bundeswehr-Flugbereitschaft fort. Nur mit fliegerischem Können und Glück konnten die Piloten einen schlimmeren Unfall oder sogar Absturz verhindern. Wenige Minuten nach dem Start in Berlin-Schönefeld erkannte der Pilot des Flugzeugs eine bislang nicht näher erläuterte Funktionsstörung und kehrte um. Das Modell wackelte in der Luft so stark nach rechts und links, dass bei der Landung dann auch beide Tragflächenseiten den Boden berührten, wie ein Luftwaffensprecher bestätigte.

Die Bundeswehr will derzeit zwar keine Details nennen, aber wenn beide Tragflächenseiten bei der Landung Bodenberührung hatten, ist dies ein Indiz für eine extreme Wackellandung nach rechts und links. Die Piloten des Bundeswehr-Jets werden nach dem schockierenden Erlebnis jetzt medizinisch untersucht. Die Dramatik des Flugverlaufs wird auch in einer Stellungnahme von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) deutlich. „Ich habe hohen Respekt vor der fliegerischen Leistung der Luftwaffenbesatzung. Sie hat es geschafft, den Jet unter schwierigsten Bedingungen zu Boden zu bringen und damit Schlimmeres zu verhindern", erklärte sie. „Jetzt muss die Ursache der technischen Probleme zügig aufgeklärt werden."

DPA/ INGO WAGNER

Ein Jet vom Typ Global 5000 der Flugbereitschaft der Bundesregierung

Das Bombardier-Flugzeug ähnelt einem Geschäftsreisejet und gehört zu der im Jahr 2012 beschafften Flotte von vier Maschinen dieses Typs, die mit einer VIP-Kabine Platz für bis zu 13 Personen bietet. Beim ersten Flug nach der Inspektion, als die Notlage auftrat, war allerdings nur eine Drei-Mann-Crew an Bord. Durch den Zwischenfall musste der Flugbetrieb in Berlin-Schönefeld für knapp drei Stunden eingestellt werden. Anfliegende Flugzeuge wurden umgeleitet, Hunderte Passagiere, die in den Urlaub fliegen wollten, konnten zunächst nicht abgefertigt werden. Gegen Mittag lief der Betrieb dann wieder an.

Für die Flugbereitschaft ist der Zwischenfall mit dem Bombardier-Modell eine weitere Panne. Zuletzt sorgten Probleme mit dem Großraum-Airbus vom Typ A340 „Konrad-Adenauer" für Aufsehen, bei dem es nach einer Reparatur und Überholung bei Lufthansa Technik Reifenprobleme bei der Landung in New York gab. Zahlreiche Kabinettsmitglieder einschließlich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sowie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mussten in den vergangenen Monaten wegen Pannen bei der Flugbereitschaft bereits Flüge absagen, alternative Transportmöglichkeiten suchen oder kamen verspätet am Ziel an.

Aufsehen erregte die Panne Ende November, als Merkel mit einem A340-Airbus auf dem Weg zum G-20-Gipfel in Buenos Aires wegen des Ausfalls des Funksystems umkehren musste. Siel flog dann mit einer Linienmaschine zu dem Gipfel. Auch bei dieser Panne wurde das Können der Piloten im A340-Regierungsflieger gelobt. Von der Leyen gab jüngst die Beschaffung von drei neuen A350-900 Langstreckenjets als Ersatz für die betagten zwei A340-Modelle bekannt. Die Gesamtkosten betragen 1,2 Milliarden Euro. Der erste A350 soll bereits ab Mitte 2020 zu Verfügung stehen. In den Kosten steckt auch der nicht näher bezifferte Betrag für Selbstschutzsysteme der Flugzeuge gegen anfliegende kleine Lenkflugkörper.

GETTY IMAGES/ TETRA IMAGES RF/ INTI ST CLAIR

Singapur ist der zweitgrößte Seehafen der Welt und der bedeutendste Platz für das Betanken großer Schiffe in Asien

Kapitäne zittern vor Einfahrt nach Singapur

Von 2020 an gelten neue strenge Schadstoffgrenzen für die internationale Schifffahrt. Der Stadtstaat nimmt sie besonders ernst

Der weltweiten Schifffahrt steht die größte Veränderung seit Jahrzehnten bevor: Ab Januar 2020 müssen Schiffe einen wesentlich niedrigeren Schwefelgehalt in den Kraftstoffen einhalten. Heute liegt die globale Obergrenze für Schwefel bei 3,5 Prozent, ab dem kommenden Jahr sind nur 0,5 Prozent erlaubt. Festgelegt hat dies die Internationale Seeschifffahrtsorganisation (IMO), eine Unterorganisation der Vereinten Nationen. Die Vereinbarung ist bindend für die 173 Mitgliedstaaten. Für die Kontrolle ist jedes Land selbst zuständig.

VON BIRGER NICOLAI

Dass einige die neuen Umweltregeln sehr ernst nehmen, zeigt diese Ankündigung: Der asiatische Stadtstaat Singapur droht Kapitänen mit einer Gefängnisstrafe, sollten sie mit Schiffen in den Hafen kommen, die die neuen Grenzwerte nicht einhalten. Die Gerichte können Strafen von bis zu zwei Jahren verhängen, zitiert der Fachdienst G-Captain die Maritime and Port Authority of Singapore. Auch hohe Geldstrafen sind vorgesehen. In Fällen von Dokumentenbetrug soll Gefängnis statt Strafzahlung die Konsequenz sein. Internationale Anwaltskanzleien sehen in dem Vorgehen sogar einen weltweiten Maßstab.

Kontrolliert wird von den Behörden Singapurs, ob die Frachtschiffe überhaupt über die notwendige technische Ausstattung verfügen. Dies betrifft sowohl Schiffe unter der Flagge von Singapur wie auch andere Flaggenstaaten. Dafür werden staatliche Mitarbeiter an Bord gehen und Proben aus den Schiffstanks entnehmen, die dann von spezialisierten Laboren geprüft werden. Was nun droht, ist eine Übergangsphase mit Rechtsverstößen. Schifffahrtsexperten erwarten, dass in der Anfangszeit eine nicht geringe Zahl an Reedereien noch die alte Praxis beibehalten wird. Schließlich umfasst die weltweite Flotte etwa 50.000 Frachtschiffe, und längst nicht jeder Reeder hat die nötigen technischen Umbauten bereits vollzogen. Auf hoher See dürfte weiterhin herkömmliches Schweröl verbrannt werden. „Es ist gut vorstellbar, dass nach dem Januar 2020 Kapitäne gegen die Grenzwerte verstoßen werden", sagte Daniel Rieger, der beim Naturschutzbund Deutschland die Verkehrspolitik leitet. Schließlich weise die Überwachung auf See große Lücken auf. „Draußen auf dem Meer werden sich etliche Schiffsführer sicher sein, dass sie nicht auffallen werden", sagte Rieger. Für die Reeder gebe es eine „erhebliche ökonomische Motivation", den falschen Kraftstoff zu nutzen. Statt der Kontrollen ausschließlich von Land aus fordert der Umweltexperte Messungen an Bord. Doch dagegen sträuben sich die Schifffahrtsunternehmen bislang. Derzeit belasten Frachtschiffe die Umwelt durch den hohen Ausstoß von Rußpartikeln, Schwefeldioxid und Kohlendioxid erheblich. Weltweit ist der Seetransport für knapp drei Prozent der Kohlendioxidemissionen verantwortlich. Der hohe Anteil an Rußpartikeln aus den Schloten kann Asthmaerkrankungen auslösen. Gesundheitsorganisationen machen den Schwefelausstoß zudem für den vorzeitigen Tod Hunderttausender Menschen verantwortlich.

Dabei sind durchaus Alternativen vorhanden: Die Schiffsmotoren können statt des Bunkeröls sogenannten Schiffsdiesel nutzen. Dieser Treibstoff hält die neuen Grenzwerte ein, ist aber um mindestens ein Drittel teurer. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, das herkömmliche Schweröl beizubehalten und über Reinigungsanlagen sowie Rußpartikelfilter die neuen Grenzwerte einzuhalten. Als fortschrittlichere Lösung bietet sich an, den Schiffsantrieb auf Alternativen wie das Flüssigerdgas LNG umzustellen. Mit diesem Liquefied Natural Gas werden Emissionen von Schwefeloxid sowie Feinstaub vermieden, Stickoxid wird stark reduziert. Allerdings ist der Bedarf riesengroß: Die weltweiten Raffinerien müssten 700.000 Barrel Rohöl (Fass mit 159 Litern) mehr am Tag verarbeiten, um den Bedarf der Schifffahrt an schwefelarmem Kraftstoff decken zu können, wie von Bloomberg befragte Energieanalysten errechnet haben.

Singapur ist der zweitgrößte Seehafen der Welt und der bedeutendste Platz für das Betanken großer Schiffe in Asien. Die Behörden wollen verhindern, dass Schweröl in den Gewässern des Territoriums verbrannt wird. Der autoritär geführte Staat ist für strenge Regeln bekannt: Die bislang härteste Strafe in der Schifffahrt verhängte ein Gericht in Singapur vor einigen Jahren für ein Umweltvergehen, als es den Schiffseigentümer, Schiffskapitän sowie Schiffsagenten zu jeweils 400.000 Dollar Strafzahlung verurteilte. Der Kapitän erhielt zusätzlich eine dreimonatige Gefängnisstrafe. Damals war es um Ölverschmutzungen gegangen. Dieses Verfahren ist weltweit verbreitet: So zahlt auch in Deutschland der Kapitän eine mögliche Bußgeldstrafe und nicht dessen Reederei.

Aus Sicht der deutschen Behörden begehen die Umweltsünder lediglich einen Verstoß gegen die Schadstoffgrenzwerte und damit eine Ordnungswidrigkeit. Das wiederum zieht ein Bußgeld von einigen Hundert Euro nach sich. In Spanien oder Schweden liegen diese Summen um ein Vielfaches höher. In Teilen der deutschen Gewässer gelten allerdings bereits andere Grenzwerte. So existieren seit 2015 in bestimmten Gebieten der Nord- und Ostsee sogenannte Kontrollregionen mit einer niedrigen Schwefelobergrenze von 0,1 Prozent, die an den Küsten wie auch in den deutschen Seehäfen überprüft wird. So darf an den Liegeplätzen des Hamburger Hafens die Grenze nicht überschritten werden. Zudem werden in Wedel an der Elbe die Werte jedes vorbeifahrenden Schiffes gemessen.

Zuständig für das Thema ist das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrografie (BSH) in Hamburg. „Das BSH wird Verstöße sanktionieren wie bisher, auch wenn der Bußgeldkatalog natürlich regelmäßig aktualisiert wird", hieß es auf Anfrage von der Behörde. Darüber hinaus müssten die Kontrolleure ab dem nächsten Jahr eigentlich sicherstellen, dass die in ihren Gewässern fahrenden Frachtschiffe ausschließlich schwefelarme Kraftstoffe an Bord haben oder über geeignete Reinigungstechnik verfügen. Konkret muss der Kapitän nachweisen, dass eine sogenannte Entschwefelungsanlage eingebaut ist. Wie das BSH als Kontrollinstanz damit umgehen will, ist noch unklar. Immerhin ist es dazu verpflichtet, jährlich mindestens zwei Prozent der Seeschiffe in deutschen Gewässern zu kontrollieren. Nach Angaben der Behörde verwenden 99 Prozent der erfassten Schiffe „regelkonformen Treibstoff" und halten die international festgelegten Grenzwerte ein.

Zum Vergleich: Im gesamten Mittelmeerraum gibt es keine derartig niedrigen Grenzen, dort gilt der hohe Wert von 3,5 Prozent. Mit dem Jahreswechsel 2020 und der Ausweitung der Umweltregeln auf die Weltmeere werden sich die Arbeitsbedingungen in der Schifffahrt wesentlich verändern. „Die Verschärfung bedeutet allerdings erhebliche Mehrkosten und Investitionen", sagte Ralf Nagel, Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Verbands Deutscher Reeder. Deshalb fordert der Lobbyist, dass in den Häfen auf der ganzen Welt die Einhaltung der Vorschriften konsequent kontrolliert und wirksam sanktioniert wird.

Der Weg hin zu einer umweltverträglichen Schifffahrt führt jedoch weiter. So haben die Mitgliedstaaten der IMO im Frühjahr 2018 mit großer Mehrheit ein Abkommen zur Halbierung des Kohlendioxidausstoßes der Seeschifffahrt bis zum Jahr 2050 verabschiedet. Gemessen wird dies am Ausstoß des Jahres 2008. Bislang gab es für den globalen Seetransport keinerlei Umweltabkommen – er ist nicht Teil des Pariser Klimaschutzabkommens. Einen anderen Weg geht der Hafen Rotterdam, der mit Abstand größte Seehafen Europas. Die Niederländer zahlen Schifffahrtsbetrieben eine Prämie, wenn sie umweltverträgliche Treibstoffe einsetzen. Dafür stehen zunächst fünf Millionen Euro zur Verfügung. „Wir wollen eine aktive Rolle bei der Reduzierung der Kohlendioxidemissionen in der Schifffahrt spielen", sagte der Vorstandschef der Rotterdamer Hafenbehörde Allard Castelein. Erforscht werden dabei auch Biokraftstoffe für Schiffsmotoren.

ANZEIGE

Zu Ostern sparen und beschenken lassen.

WELT AM SONNTAG & DIE WELT 4 Wochen für nur 38,90 € lesen und 35 % sparen – dazu ein Geschenk für Sie zur Wahl.

Tepro Kugelgrill „Key West"
Dank seiner Kugelform ist der Key West ideal für das schonendere indirekte Grillen geeignet. Grillfläche Ø ca. 41,5 cm, 64 cm Arbeitshöhe.

GU Buch „Weber's Grillen"
Verwöhnen Sie Ihre Gäste bei der nächsten Gartenparty mit einem der 200 neuen Rezepte zum Grillen mit Gas und Holzkohle.

Gardena Astschere „Classic"
Klassische Astschere zum Schneiden von frischem Holz. Präzisionsgeschliffene Messer, Stahl-Hebelarme und ergonomisch geformte Griffe.

Ihre Vorteile

Frei Haus
kostenlose Lieferung direkt an Ihre Haustür

MEINE WELT erleben
Redaktionsbesuche, spannende Veranstaltungenund exklusive Rabatte für treue Leser

Gleich bestellen unter 0800/533 36 82 oder www.welt.de/geschenk

DIE WELT/WELT AM SONNTAG erscheint im Verlag Axel Springer SE, Axel-Springer-Str. 65, 10888 Berlin, 0800/935 85 37. Vertreten durch den Vorstand, Amtsgericht Charlottenburg, HRB 154517 B.

Gläubiger-ID-Nr.: DE76001000000007913 | WIK1DW-C65-0101SZ

Flüchtlinge werden Kellner

Zehntausende kommen jedes Jahr vom Westbalkan, um hier zu arbeiten. Ein Viertel aller Angestellten aus Nicht-EU-Ländern stammt bereits aus Serbien, dem Kosovo & Co.

Es war ein großes migrationspolitisches Experiment – und es scheint Wirkung zu entfalten: Immer mehr Menschen vom westlichen Balkan kommen nach Deutschland um hier zu arbeiten. Nach einem starken Anstieg der Zahlen, stammt bereits ein Viertel aller Arbeitsmigranten, die nicht aus der EU kommen, aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, Mazedonien und dem Kosovo.

VON HELENA DOLDERER

Ihre Zahl hat sich in den vergangenen Jahren mehr als verfünffacht. Laut aktueller Auswertungen des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Migranten vom Westbalkan, die sich zum Arbeiten in Deutschland aufhalten, im vergangenen Jahr auf rund 66.000 gestiegen. Ende 2015 waren es erst 13.000 gewesen.

Die Migranten vom Westbalkan sind für den deutschen Arbeitsmarkt in dieser Zeit immer wichtiger geworden. Jeder vierte Ausländer aus einem Nicht-EU-Land, der hierzulande arbeitet, kommt inzwischen aus den Westbalkanländern. Noch Ende 2015 war es nicht einmal jeder zehnte gewesen.

Der Großteil der Beschäftigten vom Westbalkan stammt den Statistikern zufolge aus Bosnien und Herzegowina (32 Prozent), Serbien (22 Prozent) und dem Kosovo (19 Prozent). Geringer ist der Anteil der Arbeitsmigranten aus Mazedonien (14 Prozent), Albanien (11 Prozent) und Montenegro (2 Prozent).

Lediglich fünf Prozent der Betroffenen haben eine unbefristete Erlaubnis, in Deutschland zu bleiben, alle anderen besitzen nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis. Bemerkenswert: Deutlich mehr Männer als Frauen aus dem Westbalkan arbeiten hierzulande; auf eine Frau kommen statistisch mehr als drei Männer.

Dass immer mehr Menschen vom Westbalkan nach Deutschland kommen, um hierzulande zu arbeiten, ist auch die Folge eines migrationspolitischen Experiments: Der Westbalkanregel. Vor 2016 waren Zehntausende von Menschen vom Westbalkan als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen und hatten hier Asyl beantragt.

In den Jahren 2014 und 2015 wurden die Westbalkanstaaten aber sukzessive zu sogenannten „sicheren Herkunftsländern" erklärt. Asylanträge für Menschen aus diesen Ländern werden seitdem praktisch nicht mehr anerkannt. Über diesen Weg konnten Menschen aus dieser Region deshalb nicht mehr nach Deutschland kommen.

Die Grünen im Bundestag wollten zunächst diesem Schritt nicht zustimmen. Um ihnen entgegenzukommen und so den Status als sichere Herkunftsländer durch das Parlament zu bringen, öffnete die Bundesregierung im Jahr 2016 einen neuen Zugangsweg für Arbeitskräfte vom Westbalkan: Die sogenannte Westbalkanregel.

Arbeitnehmer von dort können seitdem fast problemlos nach Deutschland kommen, unabhängig von der beruflichen Qualifikation und vorhandenen Sprachkenntnissen. Voraussetzung ist lediglich ein konkretes Jobangebot und die Zustimmung der BA. Die Regelung, die 2016 in Kraft trat, ist bis 2020 befristet. Der Hauptgrund für die Befristung ist, dass viele der Menschen, die aus der Region nach Deutschland kommen, keine Fachkräfte sind. Ausgeschlossen von der Westbalkanregelung sind Personen, die in den vergangen zwei Jahren Asylleistungen erhalten haben.

Aber nicht nur vom Balkan kommen mehr Menschen nach Deutschland; insgesamt nimmt die Zahl der Angestellten aus Nicht-EU-Staaten, sogenannten Drittstaaten, zu: Ende 2018 arbeiteten rund 266.000 Ausländer aus Drittstaaten in Deutschland; im Jahr 2017 waren es noch 217.000 Menschen. Das bedeutet ein Plus von mehr als 20 Prozent – und das schon das dritte Jahr in Folge. Zu den Hauptherkunftsländern gehören nach wie vor Indien (12 Prozent), China (9 Prozent), Bosnien und Herzegowina (8 Prozent) sowie die USA (7 Prozent).

„Etwa die Hälfte der Erwerbsmigranten sind Fachkräfte", sagt Herbert Brücker mit Blick auf die gesamte Gruppe der Arbeitnehmer aus Drittstaaten. Brücker leitet den Forschungsbereich Migration am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), dem Forschungsinstitut der BA. „Das größte Interesse besteht an Tätigkeiten im Baugewerbe und im Gastgewerbe. Gerade dort, wo der Personalmangel besonders groß ist." Fachkräftemangel gibt es laut der BA auch im Gesundheits- und Pflegebereich, in Mechatronik- und Elektroberufen, in der Gebäude- und Versorgungstechnik sowie bei Unternehmen aus der Verkehrs- und Logistikbranche.

Experten wie Brücker begrüßen zwar die hohen Wachstumsraten, verweisen aber darauf, dass der Bedarf tatsächlich noch weit höher ist: Der demografische Wandel wird dafür sorgen, dass die Bevölkerung hierzulande altert und schrumpft. Für die Unternehmen bedeutet das, dass es in den kommenden Jahren schwieriger wird, Personal zu finden, denn die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter wird in den kommenden Jahren sinken.

Das IAB etwa prognostiziert ein langfristig sinkendes Angebot an Arbeitskräften, falls nicht gezielt Arbeitnehmer aus Drittstaaten angeworben werden. Selbst wenn in den kommenden Jahren jedes Jahr 200.000 Menschen mehr nach Deutschland kommen als das Land verlassen, würde die Zahl der Arbeitskräfte bis 2060 immer noch von derzeit 46 Millionen auf weniger als 40 Millionen sinken. Damit die Erwerbsbevölkerung nicht weiter sinke, müssten jedes Jahr rund 400.000 Personen mehr nach Deutschland zu- als abwandern.

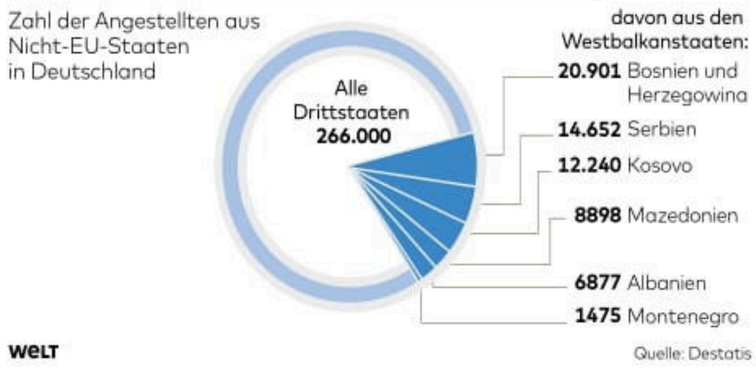
Am Trend der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung werden auch der aktuelle Baby-Boom und die gestiegene Zuwanderung kaum etwas ändern, warnen Demografie-Experten. Die höheren Erwerbsquoten von Frauen und Älteren sowie die erwartbaren Wanderungen könnten die demografischen Effekte langfristig nicht kompensieren.

Tatsächlich kommen immer weniger Menschen aus dem Ausland nach Deutschland. Darauf weist das von Unternehmen und Arbeitgebern finanzierte Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) hin: Nachdem 2017 noch 683.000 Zuwanderer aus EU- und Nicht-EU-Ländern nach Deutschland kamen, waren es nach Angaben des Instituts im Jahr 2018 nur noch rund 357.000 Personen.

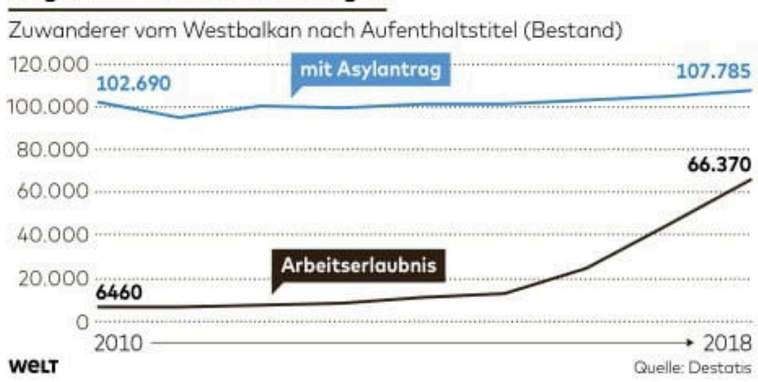
Besonders die Zahl der Migranten aus der EU ging im vergangenen Jahr deutlich zurück. Grund dafür ist die Arbeitsmarktsituation in Mittel- und Osteuropa: Auch in Ländern wie Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien und Ungarn sorgt der demografische Wandel dafür, dass die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter abnimmt. Dem IW zufolge lebten 2017 in den betroffenen Ländern 1,1 Millionen Menschen weniger als noch fünf Jahre zuvor.

Die Statistik verbinden die Wirtschaftsforscher mit einer Mahnung: Es zeichne sich ab, dass der Fachkräftemangel durch die Zuwanderung aus Europa in den kommenden Jahren kaum gelöst werden könne. Das Institut fordert daher ein neues Einwanderungsgesetz, um gezielt Fachkräfte aus Drittstaaten nach Deutschland zu holen und den Zuzug stärker zu fördern. Anders lasse sich die Fachkräftelücke nicht schließen.

Herkunftsländer ausländischer Erwerbstätiger



Angestellte statt Flüchtlingen



KOLUMNE

Regulierung statt Zerschlagung

THOMAS STRAUBHAAR

Kein Zweifel: Big Data führt zu Big Profit. Die Weltrangliste der wertvollsten Firmen liefert den Beleg dafür. Zurzeit stehen mit Apple, Microsoft, Amazon und Alphabet/Google vier Datenkonzerne mit großem Vorsprung an der Spitze – Facebook folgt hinter Tencent (einem chinesischen Big-Tech-Giganten) auf Platz sechs.

Da der Börsenwert die abdiskontierten Erwartungswerte aller künftigen Gewinne widerspiegelt, trifft – bei allem Respekt und Verständnis für die Profitorientierung von Unternehmen in Marktwirtschaften – eine triviale Feststellung dennoch unverändert zu: Der (erwartete) Gewinn der Big-Tech-Giganten wird von deren Kunden zu finanzieren sein, die mehr als die Kosten, die sie verursachen, für die Datennutzung zu bezahlen haben werden. Preise oberhalb der Kosten jedoch sind das Signal dafür, dass Firmen Marktmacht und Monopolpositionen erlangt haben. Das Wesen von Big Data ist das Monopol. Ursache hierfür sind immense Fixkosten der Datenverarbeitung auf der einen und nahezu keine variablen Kosten der Datennutzung auf der anderen Seite. Es kostet Millionen bis Milliarden, um YouTube, Netflix, Spotify oder WhatsApp zur Marktreife zu bringen, aber nur wenig bis nichts, um einer zusätzlichen Person die Nutzung zu ermöglichen. Ob die Videos von YouTube, die Filme von Netflix oder die Musik von Spotify von mehreren Personen oft sogar gleichzeitig angesehen und angehört werden, verringert die Qualität von Bildern und Tönen in keiner Weise. Millionen von Menschen können zur selben Zeit die gleichen Streamingdienste aufrufen oder Nachrichtenportale besuchen, ohne dass Informationsgehalt oder Sehgenuss geschmälert wird.

Angesichts von Marktmacht und Monopolstellung mehren sich die Stimmen, die eine Zerschlagung der Big-Tech-Giganten fordern. Der Vorwurf lautet, sie seien so dominant, dass es keinen Wettbewerb, keinen Konkurrenzkampf und damit auch kaum mehr Innovation sowie keinen Schutz der Kunden vor Missbrauch und zu hohen Preisen mehr gebe. Google, Apple, Facebook und Amazon wären nicht nur in ihrem Kerngeschäft – also Big Data – marktmächtig, sondern auch in vor- oder nachgelagerten Gliedern der Wertschöpfungskette, also bei der Hard- und Software, Logistik oder Werbung und bald wohl auch schon bei der Finanzierung und Versicherung. Die marktbeherrschende Stellung würde den Monopolisten ermöglichen, zulasten von Kunden und Zulieferern milliardenschwere Gewinne zu erzielen, die zudem – sehr zum Ärger des nationalen Fiskus – nicht dort versteuert würden, wo sie entstehen, sondern in karibischen Steueroasen, wo sie nahezu ungeschoren blieben.

Der Blick auf Monopole erfolgt in den USA und Europa aus unterschiedlicher Perspektive. In den USA steht der Schutz vor zu hohen Preisen im Vordergrund, in Europa der Schutz des funktionierenden Wettbewerbs. Deshalb kommen auf den beiden Seiten des Atlantiks auch differierende Instrumente zum Einsatz. Marktmächtigen Monopolisten droht in den USA die Zerschlagung, in Europa die Regulierung. Europa sollte an seiner gut bewährten Praxis festhalten und sich von einer Amerikanisierung des Wettbewerbsrechts fernhalten. Eine Zerschlagung von Monopolen der Datenökonomie dürfte das Tempo des digitalen Fortschritts eher bremsen. Europa jedoch bedarf bei der Digitalisierung mehr und nicht weniger Dynamik.

Aus europäischer Sicht ist es viel klüger, nach einer griffigen Regulierung zu suchen. Sie sollte insbesondere dafür sorgen, dass erstens die Marktposition privater Datenquellen gegenüber den Datenfirmen gestärkt wird. Private Daten gehören den Menschen und nicht den Firmen. Deshalb dürfen private Daten von anderen kommerziell nur genutzt werden, wenn die Urheber explizit zustimmen und dafür materiell entschädigt werden. Ein einfach einklagbarer Missbrauch muss mit abschreckend hohen Bußgeldern geahndet werden. Bei aller berechtigten Kritik an der konkreten Umsetzung, neue europaweit geltende Datenschutzverordnungen folgen genau dieser Absicht.

Zweitens gilt es, die Datenwirtschaft offenzuhalten, um so möglichen Konkurrenten der Big-Data-Monopolisten den Markteintritt zu erleichtern. Paradoxerweise verlangt das eher weniger und nicht mehr Regulierung für neu in einen Markt drängende Firmen und besonders für Start-ups, für die sehr oft gerade die vielen Vorschriften ein No-Go sind. Drittens schließlich sind Monopolgesetzgebung und Kartellrecht so zu modernisieren, dass sie den Anforderungen des Digitalisierungszeitalters gerecht werden. Mehr denn je geht es in der Datenökonomie um Pro Market, nicht Pro Business.

Dabei könnte die Erkenntnis des Wirtschaftsnobelpreisträgers Jean Tirole eine zielführende Richtung vorgeben: Man muss dem Monopolisten Anreize geben, sich fair zu verhalten, ihm aber gleichzeitig und unmissverständlich die wettbewerbsrechtlichen Folterwerkzeuge aufzeigen, die kompromisslos zum Einsatz kommen, sollte Marktmacht zulasten von Gesellschaft, Kunden und Staat missbraucht werden.

ANZEIGE

The spirit of LUXURY

HARPER'S BAZAAR.

Jetzt im Handel und als E-Paper.

HARPERSBAZAAR.DE

Edeka legt sich mit Markenherstellern an

Lebensmittelhändler baut eigene Bioladen-Kette auf

Deutschlands größter Lebensmittelhändler lässt die Muskeln spielen. Edeka werde das Preisgebaren einiger Markenhersteller nicht kampflos hinnehmen, machte Vorstandschef Markus Mosa am Dienstag klar. „Wenn bestimmte Preise nicht nachvollziehbar sind, gibt es Alternativen", sagte Mosa in Hamburg.

VON MICHAEL GASSMANN
AUS HAMBURG

Schon mehrmals hat die Kette mit 11.300 Filialen, zu der unter anderem auch der Discounter Netto gehört, deutlich gemacht, dass Drohungen mit dem Rausschmiss von Markenware aus den Läden kein leeres Gerede sind. Erst im Februar warfen die Kaufleute Ketchup von Heinz aus ihren Regalen, weil sie die Forderung des Herstellers Kraft Heinz nach Preiserhöhungen nicht akzeptieren wollten. Vor einem Jahr lieferte sich Edeka eine Fehde mit Nestlé und boykottierte monatelang den Verkauf von Kitkat, Vittel, Wagner-Pizza und Dutzenden anderen Nestlé-Produkten. Rewe wiederum legte sich kürzlich mit den Taschentuchproduzenten Essity (Tempo, Zewa) und der Käserei Bel (Baby Bel, Leerdamer) an.

Markenhersteller und Lebensmittelhandel pflegen eine herzliche gegenseitige Abneigung in einer Art symbiotischen Hassliebe. Auf der einen Seite sind sie aufeinander angewiesen. Die Industrie braucht die Geschäfte als Absatzkanal, während die Händler vom teuer aufgebauten Markenimage der Hersteller profitieren. Auf der anderen Seite ringen beide Seiten um jeden Cent Marge. „Wir haben nichts gegen die Markenindustrie, wir sitzen alle in einem Boot", sagte Mosa denn auch. Wohl wahr: Edeka erzielt, allem Kampfgetöse zum Trotz, zwei Drittel seines Umsatzes mit Herstellermarken.

Der Ton ist rauer geworden, seitdem Discounter wie Aldi ebenfalls immer intensiver mit Markenherstellern ins Geschäft kommen . Das neue Phänomen drücke das Preisniveau und die Gewinnspannen, zumal den Discountern womöglich günstigere Einkaufspreise eingeräumt würden, mutmaßt Mosa. Edeka werde das nicht mitmachen. Wenn die Lieferanten Preiserhöhungen über die Rohstoffpreise hinaus verlangen würden, werde man „intelligent reagieren". Wie das aussehen kann, zeigte das Beispiel Heinz-Ketchup. Edeka stampfte in kurzer Zeit die Eigenmarke „Papa Joe's" aus dem Boden und ersetzte Heinz' Ketchup durch Produkte der Konkurrenz. Gleichzeitig baut der Verbund kontinuierlich ein Biotop eigener Marken aus, das von „Gut und Günstig" über Albi-Fruchsäfte bis zu Karl-Karlo-Energiesnacks reicht.

Zugleich entwarf Mosa ein Bild, in dem der genossenschaftlich organisierte Edeka-Verbund als gute Kraft gegen das internationale Finanzkapital antritt. Hinter vielen Lebensmittelkonzernen wie Kraft Heinz stünden nämlich internationale Finanzinvestoren, zumindest seien viele von „börsengetrieben" und daher auf kurzfristige Gewinne orientiert. Tatsächlich sind US-Großinvestor Warren Buffett und der brasilianische Investmentfonds 3G dominierende Großaktionäre bei Kraft Heinz. Der Konzern steht nach Verlusten, Dividendenkürzungen und durch gesunkene Aktienkurse unter Druck. Schon beim Aufspüren neuer Essenstrends und dem Aufbau frischer Marken wollen die Kaufleute der Industrie nicht mehr kampflos das Feld überlassen. So hat Edeka einen internen Online-Marktplatz („Foodstarter") in Betrieb genommen, über den Start-ups ihre Produktideen anbieten können. Der Zugriff der Kaufleute auf mehr als 950 Neuheiten sei bereits möglich, darunter Brot, Fleisch, Wein oder Fruchtsäfte. Auch die Industrie fahndet bei Jungunternehmen nach künftigen Verkaufshits, Nestlé beispielsweise über einen regelmäßigen Wettbewerb. Die Chancen der Einsteiger, sich dauerhaft auf dem Markt zu etablieren, sind allerdings gering.

Neben den Supermärkten als Kern von Edeka probiert die Gruppe zunehmend neue Fachmarkt-Linien aus. So rollt sie derzeit in Kooperation mit der Hamburger Familienfirma Budnikowsky das Drogeriemarkt-Konzept Budni bundesweit aus. Bis Jahresende sollen etwa ein Dutzend Filialen eröffnet werden, vor allem in Berlin und Süddeutschland. Die selbst gesetzte Messlatte von rund 50 Geschäften jährlich solle „mittelfristig" erreicht werden, sagte Mosa. Zudem kündigte der Vorstandschef an, dass Edeka eine neue Bioladen-Kette aufbauen werde. Die Rechte auf den Namen „Naturkind" stammen aus dem Erbe der Tengelmann-Übernahme, wo sie allerdings nicht für Geschäfte, sondern Produkte genutzt worden waren. Der erste „Naturkind"-Laden soll im Spätsommer in Hamburg-Altona öffnen.

Kunden werden auf Anhieb nicht erkennen, dass sie bei einer Edeka-Tochter einkaufen, denn Eigenmarken würden dort nicht vertreten sein – nicht einmal solche aus der Bio-Linie. Das Sortiment werde etwa vergleichbar sein mit dem von Ketten wie Denn's oder Alnatura. Die Beschäftigungsauflagen aus der umstrittenen Tengelmann-Übernahme habe Edeka zwei Jahre vor der Zeit bereits um mehr als 300 Jobs übererfüllt. Nach der 2016 erteilten Ministererlaubnis musste Edeka bis 2021 mindestens 15.000 Arbeitsplätze sichern.

Beim Verkauf der momentan zum Verkauf stehenden SB-Warenhauskette Real mischt Edeka ebenfalls mit, allerdings gehe es hier allenfalls um „einzelne attraktive Standorte". Gespräche mit der Muttergesellschaft Metro über eine Übernahme als Ganzes stünden nicht auf der Tagesordnung. Das Kartellamt würde bei solchen Plänen wohl auch kaum mitspielen. Im vergangenen Jahr hat der Edeka-Verbund einschließlich seiner 3700 selbstständigen Kaufleute den Umsatz um 3,2 Prozent auf 53,6 Milliarden Euro erhöht und die Zahl der Mitarbeiter um 6700 auf 376.000 gesteigert. Der Marktanteil am deutschen Lebensmittelhandel sei einschließlich Netto um einen halben Prozentpunkt auf 28,3 Prozent gestiegen.

Der Onlinehandel spielt bei Edeka mit 130 Millionen Euro Umsatz weiter kaum eine Rolle. Die Tochter Bringmeister werde sich auch künftig nur auf Berlin und München konzentrieren, die eigenen Kaufleute könnten sich auf Wunsch an eine interne Plattform anschließen und online liefern. „Wir haben wenig Lust, Geld zu verbrennen, und die Fehler anderer wollen wir nicht wiederholen", schoss Mosa eine Spitze gegen den Rivalen Rewe ab. Der hatte 80 Millionen Euro in ein E-Commerce-Vertriebszentrum in Köln investiert, das noch keinen Gewinn abwirft.

ANZEIGE

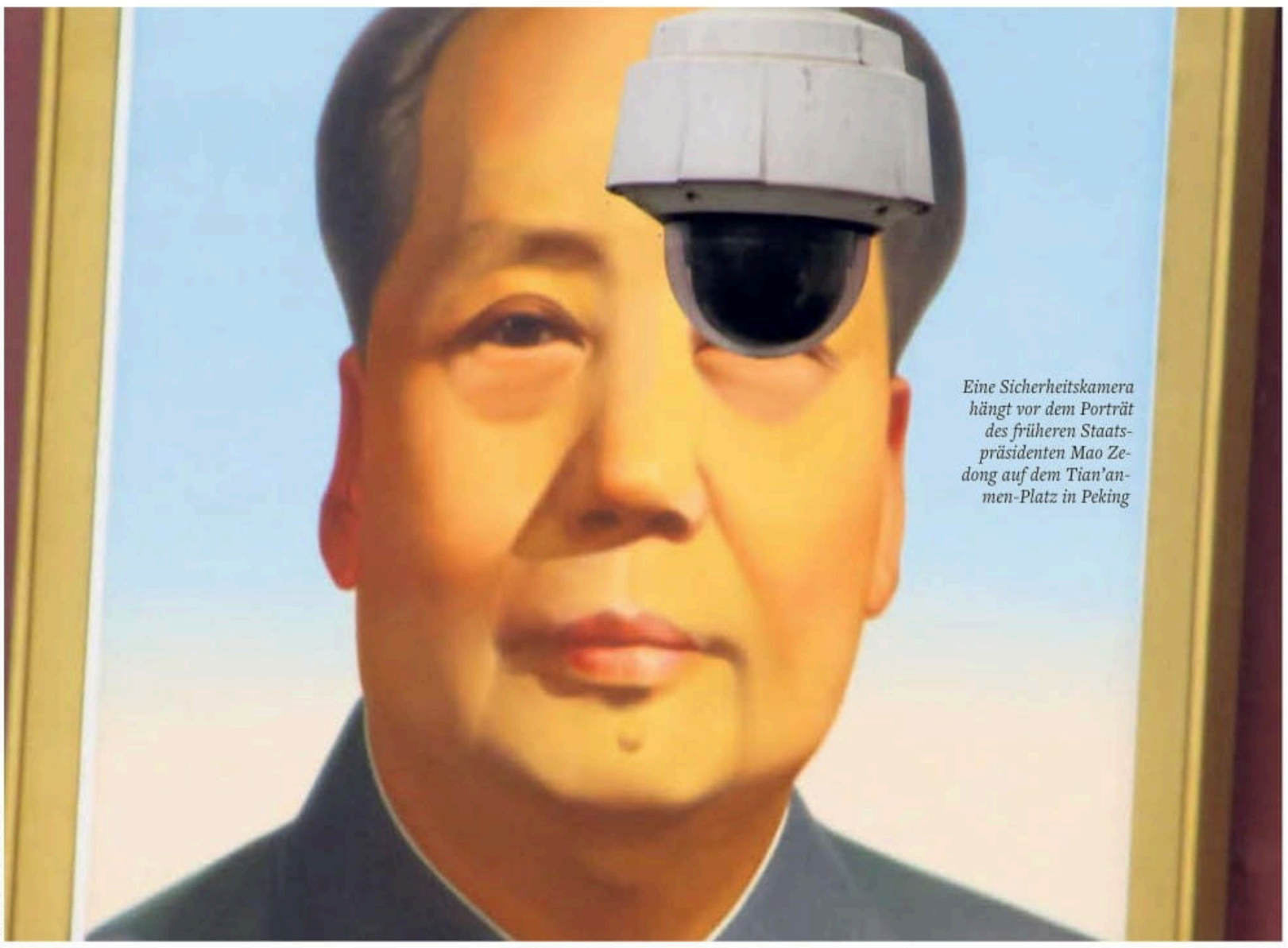
Miller FOREST INVESTMENT AG

Waldinvestment - eine Investition in den sympathischen Rohstoff Holz

Seit 2006 bietet die Miller Forest Investment AG Direktinvestments in die Anlageklasse Wald an. Sie haben die Wahl zwischen Kauf oder Pacht von Waldparzellen. Ökologisch, ökonomisch und sozial.

- 30 Jahre Erfahrung
- Grundeigentum
- CO_2-Ausgleich
- Schutz des Naturwaldes
- deutscher Familienbetrieb
- börsenunabhängig
- kurze Laufzeiten
- attraktive Rendite
- hohe Transparenz

Jetzt kostenlos informieren!
+49 (0) 7529 971558 0
www.miller-investment.de



REUTERS/ THOMAS PETER

Eine Sicherheitskamera hängt vor dem Porträt des früheren Staatspräsidenten Mao Zedong auf dem Tian'anmen-Platz in Peking

ÜBERWACHUNGSSTAAT schafft sich ein Kredit-Problem

Erstmals wird auch in China Kritik an dem gesellschaftlichen Bonitätssystem laut, mit dem Peking nach 2020 die Kreditwürdigkeit der Bürger bewerten will. Für einen reibungslosen Ablauf von Finanzgeschäften ist es ungeeignet. Debatte um den Schutz persönlicher Daten beginnt

Polizist Xiao muss sich seit März vor dem Mittleren Volksgericht in Changsha wegen schwerer Bestechlichkeit verantworten. Sein vollständiger Namen darf nicht genannt werden, solange sein Urteil noch aussteht. Er machte als Verantwortlicher für Verkehrsdelikte in der Provinzhauptstadt von Hunan gemeinsame Sache mit seinem Freund Zhong, dem Besitzer einer Autowerkstatt. Dessen Kunden wussten, dass er helfen konnte, wenn sie gegen die Verkehrsordnung verstoßen hatten.

VON JOHNNY ERLING
AUS PEKING

Zhong wandte sich dann an Xiao. Der löschte Bußgelder und vor allem die den Führerschein gefährdenden Strafpunkte aus dem staatlichen Computer. Zwischen März 2011 bis November 2017 ließ er laut Lokalpresse mehr als 400.000 Knöllchen verschwinden. Dafür kassierte er von Zhong und weiteren Beteiligten 42,4 Millionen Yuan (rund 5,6 Millionen Euro). Ihre Zusammenarbeit fiel lange nicht auf, weil sie über gemeinsame Kreditkarten abrechneten. Für den Pekinger Journalisten Zhang Yuzhe ist der Fall ein Warnsignal, wie leicht sich Punktesysteme manipulieren lassen. Pekings Staatsrat will ab 2020 ein flächendeckendes, gesellschaftliches Bonitätssystem zur Beurteilung aller Bürger mit Sozialkreditpunkten einführen lassen.

In seiner Titelgeschichte „Was ist Kreditwürdigkeit?", die er für Pekings finanzpolitisches Enthüllungsmagazin „Caixin" schrieb, ist der korrupte Polizist eines der Beispiele, wie fragwürdig das neue Überwachungssystem ist. Denn wer kontrolliert die Kontrolleure? Peking will über Lob- und Strafdaten die Sozialkreditpunkte für jeden Einzelnen bestimmen. Pilotprojekte laufen dazu in mehr als 40 chinesischen Kreisen und 20 Städten, die die finanzielle und gesellschaftliche Kreditwürdigkeit von Privatpersonen oder Unternehmen bewerten.

Das Ganze ist noch Stückwerk, viele Kriterien sind geheim. Positive Punkte gibt es etwa für den verantwortungsvollen Umgang mit Investitionen und Schulden, aber eben auch für soziales Verhalten bis in die Privatsphäre hinein. Negativ zählen etwa das Überfahren einer roten Ampel bis hin zu unmoralischem Benehmen oder häuslicher Gewalt. Ausgedacht hat sich das bis zur Absurdität ausgefeilte Lob- und Strafsystem die staatliche Entwicklungs- und Reformkommission NDRC (Chinas frühere Staatsplaner). Deren Motto, schreibt Zhang, lautet: „Wer an einer Stelle Vertrauen gewinnt, dem wird es überall entgegengebracht. Wer es an einer Stelle verspielt, muss überall mit Einschränkungen rechnen."

Finanzfachleute würden kritisieren, schreibt Zhang, dass Peking nützliche Informationen zur finanziellen Kreditwürdigkeit mit politischen, moralischen und sozialen Bewertungen in einen Topf wirft. Er zitiert Wang Lu, einen früheren Mitarbeiter der Kreditabteilung der Zentralbank: Die Vorstellung, mit einem Kreditbewertungssystem zugleich auch soziale Probleme kitten zu können, sei „unrealistisch und sogar schädlich". In Suzhou, einer der 20 Städte Chinas, in denen ein Pilotprojekt zum Aufbau des Bonitätssystem läuft, fängt jeder Bürger mit einem Grundkonto von jeweils 100 Punkten an. Mehr als 20 Behörden von der Polizei bis zur Geburtenkontrolle liefern die Punktebewertungen an das Zentrum. Das Gesundheitsamt notiert etwa sechs Pluspunkte für einen freiwilligen Spender von 200 Milliliter Blut.

Das Pilotprojekt umfasst 13 Millionen Personen, über die bisher 300 Millionen Daten erhoben wurden. Die Punktebilanz greift in das Alltagsleben jedes Bürgers ein. Sie entscheidet, ob er niedrig verzinste Bankkredite erhalten kann oder offeriert ihm soziale Vor- und Nachteile. Das beginnt beim kostenlosen Parkbesuch und wirkt sich bei mangelhaftem Punktestand auf seine Beförderung im städtischen Amt aus. Neben dem NDRC ist auch Chinas Zentralbank (PBC) einer der Betreiber des Bonitätssystem. Ihr 2004 aufgebautes „Kredit-Referenzzentrum" sammelte und speicherte bis August 2018 mehr als 3,3 Milliarden Daten von Hunderten Millionen privater Kreditnehmer und von 25,4 Millionen Unternehmensgründungen.

In einer Neufassung ihres Bewertungssystems, die im Mai in Kraft treten wird, aktualisierte die Nationalbank ihren bisher nur fachlich geprägten Punkte-Katalog. Künftig soll er auch die Kreditwürdigkeit von Ehepartnern erfassen, um beim Hauskauf, wo nur einer Vorzugskonditionen erhalten kann, ein Schummeln durch vorgetäuschte Ehescheidung zu verhindern. Die Forderungen der Zentralbank nach immer mehr persönlichen und familiären Daten hat eine erhitzte Debatte nach dem Warum ausgelöst. Die Zeitung „Global Times" zitierte Stimmen aus der Diskussion: „Sozialkredite werden zum zweiten Personalausweis für Chinesen, zu ihrem unsichtbaren Lebenslauf."

Pekings Bewertungssystem sei ein von China erfundenes Experiment, „das es nirgendwo sonst auf der Welt gibt", zitiert „Caixin" den Mitarbeiter der Internationalen Finanzgesellschaft (UFC) der Weltbank, Lai Jinchang. „Kreditvergaben von Informationen abhängig zu machen, die nichts mit Finanzierungsfragen zu tun haben, ist nicht fair", sagen chinesische Kritiker. Anwälte fragen nach den „rechtlichen Grundlagen" der staatlichen Bewertungssysteme. Behörden dürften nicht die „grundlegenden Rechte der Bürger verletzen".

„Caixin" stößt damit mutig eine Debatte an, die Peking bisher tabuisieren ließ und die auch nach dem Missbrauch privater Daten fragt. Wer entscheidet, welche Daten gespeichert werden? Anwalt Liu Chunquan von der Kanzlei Shanghai Duan&Duan sagt: Bewertungen über soziale Kreditpunkte sollten „die individuelle Fähigkeit einer Person widerspiegeln, einen aufgenommenen Kredit zurückzahlen zu können, aber nicht seinen Charakter".

Bisher wurde nur im Ausland der alles umfassende Kontroll- und Überwachungswahn Pekings kritisiert. Den einen gruselte es, dass Sozialkreditpunkte zu Bausteinen für einen totalitären Überwachungsstaat orwellschen Ausmaßes werden, den Peking mit Hilfe der künstlichen Intelligenz erbauen lässt. Andere sehen in der erweiterten Definition von finanzieller, sozialer und moralischer Kreditwürdigkeit die versuchte Wiedereinführung konfuzianischer Wertesysteme in die Gesellschaft.

Chinesische Verfechter argumentieren dagegen, wie wichtig es ist, Vertrauen und Ehrlichkeit in ihrem Land wiederherzustellen. Sie führen den Niedergang solcher Werte auf die Übernahme marktwirtschaftlicher Praktiken zurück, ohne über ein effizientes Rechtssystem zu verfügen. „Kreditwürdigkeit entscheidet über Leben oder Tod" heißt ein soeben im Staatsverlag Xinhua erschienenes, vom Propagandaministerium gefördertes Buch. Autorin Liu Yuying zählt besonders groteske Fälle auf. In China würden sogar Behörden gefälscht. Als Beispiel nennt er den Hochstapler Zhang Ningquan, der sich im ungenutzten fünften Stock im Gebäude des alten Pekinger Justizministeriums ein Büro anmietete. Er quartierte sich 2004 dort als angeblicher neuer Amtsleiter und Parteisekretär des „Tianping-Verwaltungsbüros für Untersuchungen" ein. Mit gefälschten Ausweisen, Ernennungsurkunden, Stempeln bis zu täuschend ähnlichen Polizeiuniformen für seine 30 Angestellten gründete er eine eigene Justiz-Unterbehörde und fiel vier Jahre niemandem auf. Zhang kassierte Millionen Yuan für falsche Genehmigungen und Bescheide. Zufällig entlarvten ihn Blogger online. 2011 verurteilte ihn das Mittlere Pekinger Volksgericht zu lebenslanger Haft. Autorin Liu hütet sich aber, aus solchen Fällen Forderungen nach unabhängigen Gerichten oder Kontrolle durch unabhängige Medien abzuleiten.

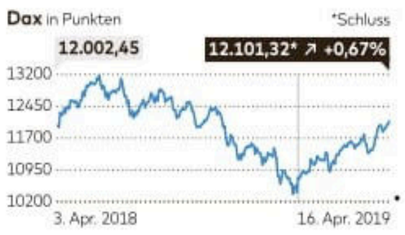
Die von „Caixin" nun angestoßene innerchinesische Debatte zum Bonitätssystem ist dennoch ein Fortschritt. Denn sie ruft auch nach dem Schutz der gespeicherten persönlichen Daten und dem Schutz der Privatsphäre. Haben lokale Regierungen die finanziellen und technischen Mittel, ihre Datensammlungen zu schützen? Jedes Daten-Leck würde hohe wirtschaftliche Verluste verursachen und zum Ansehensverlust führen. China brauche neue Gesetze, welche Daten unter welchen Voraussetzungen gesammelt und gespeichert werden dürfen.

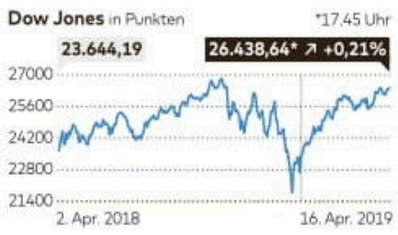
Autor Zhang hat vom jüngst tagenden Volkskongress erfahren, dass das sozialistische Parlament die fehlende Gesetzgebung auf Phase 3 seiner Agenda gesetzt hat. Mit anderen Worten, Peking braucht noch lange Zeit für die Vereinheitlichung seines Bonitätssystems und den Aufbau seines digitalen Überwachungsstaats, weit über das geplante Jahr 2020 hinaus.

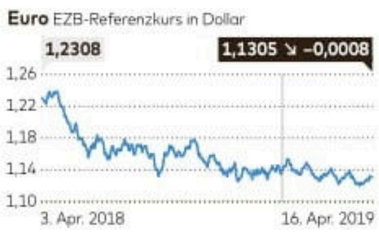
> „WER AN EINER STELLE VERTRAUEN GEWINNT, DEM WIRD ES ÜBERALL ENTGEGENGEBRACHT
>
> STAATLICHE ENTWICKLUNGS- UND REFORMKOMMISSION NDRC

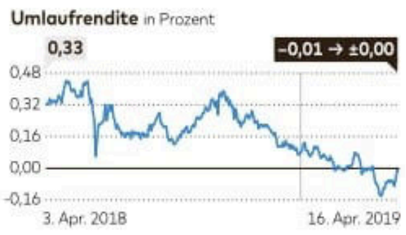
Xetra-Kurse (16.30 Uhr)

Adidas: 229,40 (+1,37%)
Allianz: 211,45 (+ 0,79%)
BASF: 72,93 (+ 1,08%)
Bayer: 62,35 (+ 1,04%)
Beiersdorf 92,56 (- 0,71%)
BMW: 76,36 (+ 0,94%)
Continental: 154,60 (+ 0,82%)
Covestro: 53,12 (+ 0,23%)
Daimler: 57,10 (+ 1,08%)
Dt. Bank: 7,75 (+ 1,31%)
Dt. Börse: 116,70 (+ 3,37%)
Dt. Post: 30,46 (+ 0,18%)
Dt. Lufthansa: 22,32 (+ 1,09%)
Dt. Telekom: 15,01 (+ 0,39%)
E.on: 9,74 (- 1,30%)
FMC: 74,20 (+ 0,79%)
Fresenius: 51,16 (+ 0,61%)
HeidelCement: 71,74 (+ 1,07%)
Henkel Vz.: 89,34 (+ 2,24%)
Infineon: 20,95 (+ 1,67%)
Linde plc: 159,45 (+ 0,44%)
Merck: 95,88 (- 0,85%)
Munich Re: 218,80 (+ 1,72%)
RWE: 22,92 (- 2,84%)
SAP: 99,13 (- 0,63%)
Siemens: 104,44 (+ 0,67%)
ThyssenKrupp: 13,14 (+ 2,02%)
Vonovia: 43,80 (- 0,41%)
VW Vz.: 157,06 (+ 1,34%)
Wirecard: 116,65 (+ 2,46%)









Zinsen in Prozent	16.04. 17.30 Uhr	15.04. Schluss
Bunds 10 Jahre	**0,06**	0,054
Bund-Future	**164,62**	164,68
1-Monats-Euribor	**-**	-0,365
3-Monats-Euribor	**-**	-0,310
Treasuries 10 Jahre	**2,581**	2,553
Treasuries 30 Jahre	**2,990**	2,963

Sparen nach dem YALE-MODELL

Der Stiftungsfonds der US-Universität erzielt seit Jahren hohe Renditen und vermeidet wilde Wertschwankungen – dank alternativer Investments. Die sind auch für private Anleger eine Option

Das Bessere ist der Feind des Guten. Nach diesem Motto managt David Swensen seit Mitte der 80er-Jahre den Stiftungsfonds der amerikanischen Elite-Universität Yale. Swensen begnügt sich nicht damit, die Aktienrenditen an der Wall Street abzuschöpfen und das Anlagerisiko mit sicheren Zinspapieren abzufedern. Das ist gut, aber noch besser als diese klassische Strategie ist aus seiner Sicht eine andere: in grundverschiedene Anlageformen investieren, darunter auch Hedgefonds, Beteiligungen und Infrastruktur.

VON DANIEL ECKERT

Dies sind allesamt Investments mit jahrelanger Bindungsfrist, die also nicht so leicht handelbar sind wie Aktien oder Anleihen. Wählt man jedoch die richtigen aus, stellen sich höhere und vor allem verlässliche Renditen ein. Die Erfahrung gibt dem Mann aus Wisconsin – Swensen stammt wie viele große US-Investoren aus der Provinz – Recht. In den vergangenen zwei Dekaden hat der Yale Stiftungsfonds eine jährliche Rendite von fast zwölf Prozent erzielt, nämlich 11,8 Prozent. Um das in Relation zu setzen: Globale Börsenpapiere erbrachten im gleichen Zeitraum (Juni 1998 bis Juni 2018) nicht einmal die Hälfte, nämlich nur 5,5 Prozent, der Dax sogar noch weniger (auf Dollar-Basis 4,7 Prozent), unter starken Schwankungen. Welch grandiose Leistung Swensen geschafft hat, lässt sich auch daran ablesen, dass sein Stiftungsfonds seit 1998 von 6,6 Milliarden auf 29,4 Milliarden Dollar angewachsen ist.

Das Erfolgsgeheimnis des Yale-Fonds wie auch anderer Stiftungsvermögen sind alternative Investments. Traditionell sind das vor allem sogenannte Private-Equity-Fonds. Das sind nicht öffentliche Fonds von Beteiligungsgesellschaften, die komplette Firmen übernehmen, sanieren und anschließend wieder verkaufen. Auch Hedgefonds spielen eine Rolle. Sie gelten als die Erfinder von „absolute return", einem Ansatz, der Anlegern in guten wie in schlechten Börsenzeiten Rendite verspricht: „Absolute return" steht für positive Erträge, egal, ob die Kapitalmärkte steigen oder fallen. Mittlerweile sind aber auch Infrastrukturinvestments sehr beliebt, zum Beispiel Beteiligungen an Windkraftanlagen, Häfen, Flughäfen, Handymasten oder Mautbrücken. Gemeinsam ist diesen Anlageformen, dass sie „illiquide" sind, sich also nicht von heute auf morgen versilbern lassen. Dafür versprechen sie langfristig höhere und nicht zuletzt verlässlichere Renditen als Aktien oder börsengehandelt Rentenpapiere, deren Kurse notorisch schwanken.

So attraktiv das alles klingt, so schwierig ist es aber für Privatanleger, in diesem Segment mitzumischen. Und bei den Finanzprodukten müssen sie eine Reihe von Punkten beachten. „Generell kommen alternative Investments auch für den normalen Anleger infrage. Es gilt allerdings, mehrere Zugangshürden zu meistern", erklärt Frank Wieser, Geschäftsführer von PMP Vermögensmanagement in Düsseldorf.

Auch Johannes Hirsch, Geschäftsführer der Antea-Vermögensverwaltung in Hamburg, betont: „Risikostreuung und Renditeoptimierung sind für Privatanleger genauso interessant wie beispielsweise für große Stiftungen in den USA." Er ermutigt Privatanleger dazu, alternative Investments in ihrem Portfolio zu berücksichtigen.

Der illiquide Vermögenswert, mit dem viele Sparer am meisten Erfahrung haben, ist das Eigenheim oder die Eigentumswohnung. Sieht man einmal von den eigenen vier Wänden ab, welche die meisten Menschen gar nicht als Investment wahrnehmen, beschränkt sich die Erfahrung allenfalls auf geschlossene Fonds. Diese Investmentvehikel unterscheiden sich von börsengehandelten Indexfonds (ETF), Aktien- oder Mischfonds dadurch, dass sie eine sehr lange Laufzeit haben (häufig bis zu zwölf Jahre) und während dieser Zeit weder zurückgegeben werden noch über die Börse verkauft werden können. „Vielen Anlegern fehlt schlicht das Wissen über diese Produkte", sagt Frank Wieser. Der Durchschnittsanleger könne Hedgefonds kaum von Private-Equity-Fonds unterscheiden und meidet solche Anlagen schon deswegen, weil er ein schlechtes Bauchgefühl hat. Zu bedenken sei außerdem, dass die Kosten oft hoch sind und nicht jedes Investment liquide, also leicht handelbar ist. „Die Transparenz ist überaus schwierig, und als Vermögensverwalter muss man tief in die Prospekte, die Kostenstruktur und den Investmentprozess einsteigen", erklärt der Anlageprofi. Dabei gibt es in dem Bereich durchaus Chancen. Nur müssen Sparer eben genau hinschauen, was sich unter dem Etikett „Alternatives Investment" verbirgt.

Thomas Frey, Anlageexperte bei Lunis Vermögensmanagement in Frankfurt, hält alternative Investments ganz grundsätzlich für attraktiv, auch aus Privatanlegerperspektive. Vor allem Private-Equity-Investments könnten einen Beitrag zu Rendite und Risikostreuung leisten. „Im Wesentlichen unterscheidet man zwischen Investition in Zielfonds und Investition in Dachfonds, in dem mehrere Zielfonds zur breiteren Diversifikation zusammengefasst sind."

Bei Einzelprodukten im Bereich der Alternativen Investments sind die Zugangshürden hoch. An geschlossenen Immobilienfonds können sich Anleger meist mit 10.000 Euro oder einem Vielfachen davon beteiligen. Bei Private-Equity-Fonds liegt der mindestens geforderte Betrag meist weit höher. Ein Einzelinvestment ist hier in der Regel nur über ein sogenanntes Private Placements möglich, was eine Mindestanlagesumme von etwa 250.000 Euro voraussetzt. Direktinvestments kommen nur für sehr große institutionelle Anleger wie Pensionskassen, Versicherer, Family-Offices oder eben Stiftungsfonds infrage.

Bei den Fonds für Privatanleger gibt es zwei Varianten, die es streng zu unterscheiden gilt: offene Investmentfonds und Alternative Investmentfonds (AIF), die so etwas wie geschlossene Fonds oder Dachfonds sind. Aktienfonds oder börsengehandelte Indexfonds, die sich mit Alternative Investments wie Private Equity oder Infrastruktur schmücken, verbürgen nicht wirklich die Vorteile, auf die Yale-Manager David Swensen und Kollegen setzen. Solche Fonds versammeln ein Portfolio von Börsengesellschaften, die im Private-Equity- oder Infrastruktur-Business tätig sind.

„Private Equity ist ein langfristiges unternehmerisches Investment", sagt Kim Felix Fomm, Geschäftsführer von Liqid. Dachfonds sammeln das Kapital einzelner Anleger, um dieses gebündelt in ein Set aus Private-Equity-Fonds zu investieren, in der Investmentphase – Jahr eins bis fünf – wird Kapital abgerufen, ab dem dritten Jahr starten die Rückflüsse. „Das Zeichnungskapital der Anleger ist also normalerweise nicht vollständig gebunden, da frühe Rückflüsse mit späteren verrechnet werden", erklärt Fomm. Insgesamt läuft ein solcher Dachfonds zehn bis zwölf Jahre. Family Offices bieten solche Modelle schon länger. Meist liegen die Mindestbeträge, die Anleger mitbringen müssen, aber bei einer halben Million, wenn nicht im Millionenbereich. Die Berliner halten eine Rendite für möglich, die drei bis fünf Prozent über der Kapitalmarktrendite liegt. Da Aktien in den letzten Jahrzehnten im Schnitt acht Prozent pro Jahr brachten, liefe das auf einen Gesamtertrag von elf bis 13 Prozent hinaus, also in dem Bereich, den die Yale-Stiftung geschafft hat.

Diese Überrendite lässt sich erklären: Ein Private-Equity-Fondsmanager kann mit seiner Mehrheit Projekte wie Effizienzprogramme oder internationale Expansion anstoßen. Diese Möglichkeit der unternehmerischen Wertsteigerung hat ein Aktienfondsmanager nicht. Ein Private-Equity-Fonds bleibt meist vier bis sechs Jahre an einer Firma beteiligt, um sie weiterzuentwickeln und schließlich mit Wertsteigerung weiterzuverkaufen, sei es an einen Konkurrenten oder mittels eines Börsengangs.

Zweistellige Renditen sind mit börsengehandelten Indexfonds ebenfalls möglich, aber behaftet mit größerer Unsicherheit. Der X-Trackers LPX Private Equity zum Beispiel hat in den vergangenen fünf Jahren mehr als elf Prozent Rendite per annum geschafft, doch eben unter starken Schwankungen. Ähnlich volatil sind börsengehandelte Indexfonds auf Firmen, die mit Infrastruktur ihr Geld verdienen. Je nachdem, wie die Indexbetreiber Infrastruktur definieren, können diese ETF ganz verschiedene Aktien enthalten. Tragen die Fonds ein „global" im Namen, ist es zudem wahrscheinlich, dass der Nordamerika-Anteil groß ist.

■ Dieser Artikel ist Teil der 7-wöchigen redaktionellen Finanzserie MEIN GELD in der WELT und WELT AM SONNTAG. Interessieren Sie sich für weitere hilfreiche Verbrauchertipps rund um das Thema Finanzanlage? Dann testen Sie die WELT AM SONNTAG frei Haus – welt.de/wams

Mein Geld

Teil 13 der Serie

Alternative Investments

in Form von offenen Investmentfonds oder ETFs

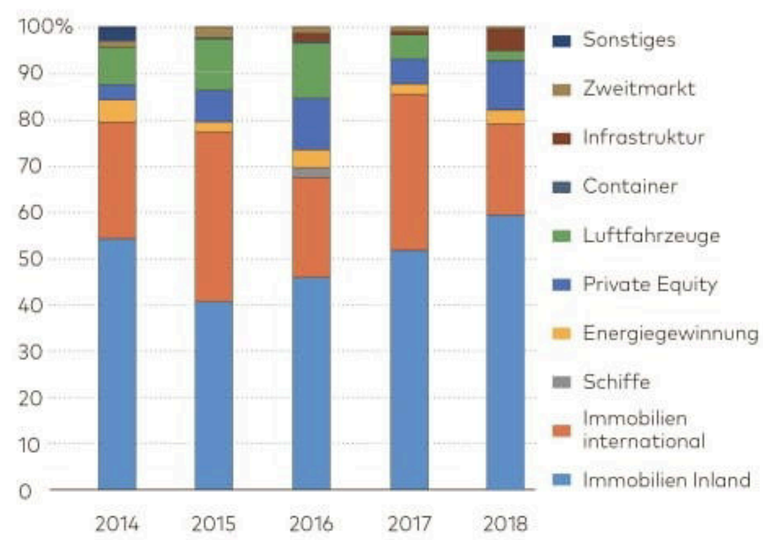
Name	WKN	Investiert in...	Wertentwicklung in Prozent 2019	Jahre 1	Jahre 5	Lfd. Kosten 5)
BNP Paribas Easy NMX 1) 30 Infrastructure Global	A2ACQY	börsennotierte Infrastrukturges.	**20,6**	**26,9**	**43,9**	**0,60**
Xtrackers LPX 1) Private Equity ETF	DBX1AN	börsennotierte Beteiligungsges.	**18,9**	**10,1**	**59,5**	**0,70**
iShares Global 1) Infrastructure ETF	A0LEW9	börsennotierte Infrastrukturges.	**15,8**	**27,0**	**60,2**	**0,65**
JPM Global Multi 2) Strategy Income	A1JM4G	verschiedene Anlageklassen	**6,3**	**0,7**	**7,9**	**2,62**
UBS ETF HFRX 3) Global Hedge Fund	A1C3UQ	Hedgefonds des HFRX Global Hedge Fund Index	**1,4**	**-7,7**	**-16,0**	**0,33**
Sauren Absolute 4) Return A	A0YA5P	verschiedene Anlageklassen, bis zu 10% Hedgefonds	**0,6**	**-1,1**	**-3,2**	**1,07**

Hinweis: 1) Branchen-ETF, 2) Multi-Asset-Fonds, 3) Indexfonds, 4) Vermögensverwaltender Dachfonds mit Absolute-Return-Konzept, 5) in % p.a. Quelle: Comdirect, Consorsbank

WELT

Bei geschlossenen Fonds dominieren Immobilien

Relative Bedeutung der Investitionsarten bei Publikums-AIF



WELT Quelle: Investmentcheck.de

Die letzte Folge der Serie

Hohe Renditen mit exotischen Geldanlagen?
WELT AM SONNTAG (21.4.)
Peer-to-Peer-Kredite sind seit einigen Jahren stark im Kommen. Dabei vermitteln Internetplattformen Kredite von Privatpersonen an andere Menschen, wodurch sie den üblichen Weg über eine Bank umgehen. Die entsprechenden Anbieter wie **Smava oder Auxmoney** versprechen den Geldgebern dabei Traumrenditen von acht Prozent und mehr. Die große Frage ist allerdings, wie sicher solche Geldanlagen sind. Denn auch Kredite, die über die Plattformen vergeben werden, können platzen oder ausfallen. **Was taugen die Renditeversprechen** in der Praxis? Und worauf sollten Anleger achten?

ANZEIGE

Und wie funktioniert das?

Mit autonomen Landmaschinen. Denn in Zeiten rasanten Bevölkerungswachstums und steigenden Nahrungsmittelbedarfs muss auch Agrarproduktion effizienter werden. Ein Beispiel, das beweist, dass der demografische Wandel ein Megatrend der Zukunft ist. Und eine zukunftsweisende Investmentgelegenheit.

Fidelity identifiziert und analysiert solche Chancen und bündelt sie in aktiv gemanagten Fonds. Erfahren Sie, wie gesellschaftliche Entwicklungen unser Leben bereichern und wie Sie mit Megatrends Ihr Portfolio zukunftsfähig gestalten.

fidelity.de/echtjetzt

Fidelity INTERNATIONAL

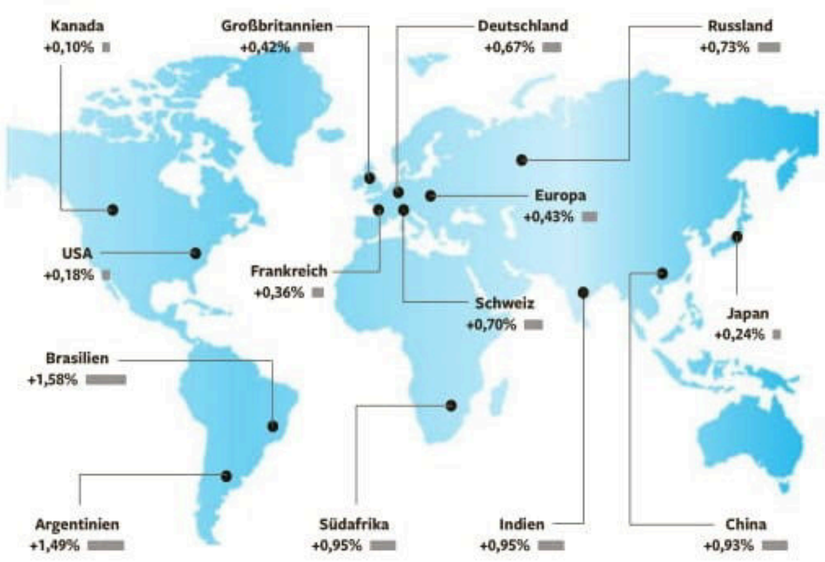
Eine Anlageentscheidung sollte in jedem Fall auf der Grundlage des Kundeninformationsdokumentes „Wesentliche Anlegerinformationen" und des veröffentlichten Verkaufsprospektes, des letzten Geschäftsberichtes und – sofern nachfolgend veröffentlicht – des jüngsten Halbjahresberichtes getroffen werden. Diese Unterlagen sind die allein verbindliche Grundlage des Kaufes und können kostenlos bei der FIL Investment Services GmbH, Postfach 200237, 60606 Frankfurt/Main oder über www.fidelity.de angefordert werden. Die FIL Investment Services GmbH veröffentlicht ausschließlich produktbezogene Informationen, erteilt keine Anlageempfehlung/Anlageberatung und nimmt keine Kundenklassifizierung vor. Fidelity, Fidelity International, das Fidelity-International-Logo und das „F-Symbol" sind Markenzeichen von FIL Limited. Herausgeber: FIL Investment Services GmbH, Kastanienhöhe 1, 61476 Kronberg im Taunus. Stand April 2019. MK10270

Qualitätstest für Druckereien

Indizes

Indizes	17:45 16.04.	Schluss Vortag	+/- %	52 Wochen Hoch	Tief
DAX	**12101,32**	12020,28	+0,67	13204,31	10279,20
Late DAX	**12041,83**	12021,30	+0,17	13174,48	10335,80
DAX (Net Return)	**1103,10**	1095,71	+0,67	1205,72	938,11
MDAX	**25774,37**	25582,79	+0,75	27366,46	21160,71
Late MDAX	**25627,70**	25559,67	+0,27	27328,75	21248,00
TecDAX	**2816,58**	2789,92	+0,96	3049,60	2375,59
Late TECDAX	**2799,09**	2789,77	+0,33	3048,07	2383,19
SDAX	**11680,27**	11567,06	+0,98	12749,38	9263,81
Late SDAX	**11569,46**	11561,18	+0,07	12743,06	9317,10
HDAX	**6763,61**	6718,37	+0,67	7261,80	5667,62
C-Dax	**1140,92**	1132,18	+0,77	1243,55	967,14
Euro Stoxx 50	**3465,44**	3450,46	+0,43	3596,20	2908,70
Stoxx Europe 50	**3164,98**	3155,26	+0,31	3190,24	2673,54
S&P UK	**1512,88**	1506,62	+0,42	1589,51	1322,70
CAC 40	**5528,67**	5508,73	+0,36	5657,44	4555,99
Dow Jones	**26431,53**	26384,77	+0,18	26951,81	21712,53
Nasdaq Comp.	**8000,01**	7976,01	+0,30	8133,30	6190,17
Nasdaq 100	**7652,89**	7629,12	+0,31	7700,56	5895,12
Bovespa	**94557,75**	93082,97	+1,58	100438,87	69068,77
BSE Sensex ↑	**39275,64**	38905,84	+0,95	39364,34	33291,58
Shanghai	**4085,79**	3975,52	+2,77	4122,60	2935,83
Hang-Seng	**30101,53**	29824,78	+0,93	31592,56	24540,63
Nikkei 225	**22221,66**	22169,11	+0,24	24448,07	18948,58
RTX	**1857,43**	1842,76	+0,80	1879,55	1505,56

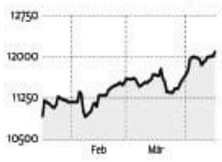
Aktuelles Börsenwetter



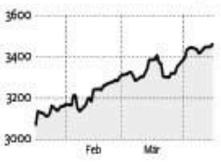
Marktstimmung in Deutschland

gemessen am Angst-Index VDax

DAX Punkte 16.04.19 12101,32



EURO-STOXX-50 Punkte 16.04.19 3465,44

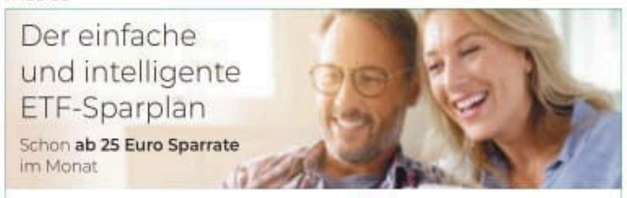


Deutsche Aktien

52 Wochen Hoch	Tief	Name	Div. Euro	Re. %	17:45 16.04.	+/- Euro
1,46	0,94	11 88 0 Sol.	-	-	1,30	+0,02
34,20	19,10	2G Energy	0,42	1,2	34,20 ↑	+0,50
1,34	0,87	3U Hold.	0,02	1,8	1,12	-0,01
7,16	2,59	4 SC	-	-	3,55	+0,22
2,98	2,47	7C Solarp.	0,10	3,4	2,93	+0,02
19,90	10,00	A.S. Créat. NA	-	-	12,80	-0,40
2,26	0,74	aap Implantate	-	-	1,27	+0,01
11,95	7,85	Acc. Real Est.	0,17	2,1	8,20	-0,10
4,15	1,90	ad pepper	0,05	-	2,22	-0,03
3,68	2,00	AdCapital	-	-	2,32	+0,10
67,20	46,70	Adesso	0,40	0,8	53,00	+0,30
5,26	2,92	Adler Modern.	0,05	1,9	3,28	0,0
2,00	0,85	Advantag	-	-	1,12	-0,01
5,70	2,65	Ahlers	0,15	10,0	3,00	0,0
0,04	0,01	Air Berlin	-	-	0,01	0,0
55,71	29,96	Akasol	-	-	44,80	+2,4
86,50	66,00	ALBA	3,25	-	-	-
3,94	2,74	Albis Leasing	0,06	2,1	2,84	+0,02
72,00	46,20	All f. One Gr.	1,20	2,4	50,80	-0,40
35,50	23,20	Allgeier	0,50	1,9	25,80	+0,60
3,52	2,12	AlzChem Grp.	0,11	5,0	2,22	0,0
3,80	2,62	Artnet	-	-	3,28	0,0
103,5	73,60	Atoss Softw.	1,17	1,2	100,0	-1,0
846,0	660,0	Audi	3,90	0,5	792,0	+12,0
66,20	30,06	Aurelius	5,00	11,6	43,10	+0,50
23,20	9,00	B.R.A.I.N. Biot.	-	-	11,48	+0,48
197,6	120,8	Basler	2,02	1,3	153,2	+1,8
2,98	1,50	Bastei Lübbe	-	-	1,72	-0,07
27,45	11,88	Bauer	0,10	0,5	20,05	+0,75
62,00	50,50	Bavaria Ind.	-	-	53,00	-0,50
33,60	26,20	BayWa NA	0,90	2,8	31,60	+0,20
8,19	5,99	Berentzen	0,22	3,1	7,02	-0,06
23,80	17,00	Beta Systems	-	-	19,30	+0,40
90,70	43,20	bet-at-home	7,50	10,9	68,50	+3,1
49,75	32,80	Bijou Brigitte	3,00	6,8	43,90	+0,50
6,50	4,80	Biofrontera	-	-	6,50 ↑	+0,10
29,15	19,80	Biotest St.	-	-	24,30	0,0
26,55	19,78	Biotest Vz.	0,04	0,2	21,80	-0,20
49,20	15,33	Bitcoin Group	-	-	31,40	-0,15
82,00	58,60	BMW Vz.	4,02	6,0	66,80	+1,3
65,00	40,00	Brilliant	-	-	47,00	+0,20
8,88	3,14	Ceconomy Vz.	-	-	5,10	+0,10
23,40	12,65	Cenit	1,00	7,4	13,60	0,0
14,20	9,99	Centrotec	0,30	2,4	12,54	0,0
2,80	1,49	centrotherm	-	-	2,10	-0,08
0,12	0,00	Ch.Spec.Glass	-	-	0,01	0,0
12,60	10,30	Clere	-	-	11,50	+0,20
5,40	1,64	Cliq Digital	-	-	2,76	+0,01
6,96	3,04	Co.don	-	-	4,89	-0,43
12,86	9,28	Comdirect Bk.	0,25	2,5	10,16	-0,04
2,17	1,70	Constantin M.	-	-	1,86	+0,06
2,14	1,53	Coreo	-	-	1,63	+0,05
6,28	3,71	CropEnergies	0,25	4,8	5,20	-0,05
1,17	0,32	curasan	-	-	0,42	0,0
12,80	6,75	Daldrup & Söhne	-	-	8,72	-0,60
73,40	53,40	Data Modul	0,12	0,2	68,00	0,0
42,20	28,35	Datagroup SE	0,60	1,5	40,15	+0,25
14,10	10,50	Datron	0,20	1,7	11,90	-0,50
4,50	2,51	Deag	-	-	4,50 ↑	+0,06
10,15	5,80	Delticom	0,10	1,7	5,86	-0,24
4,99	3,82	Demire R. Est.	-	-	4,91	+0,02
31,20	21,69	Dermapharm	-	-	30,05	+0,05
0,60	0,04	Deutsche Forfait	-	-	0,53	+0,03
67,50	50,90	Dieb. Nixdorf	3,53	5,9	59,80	+0,40
23,00	13,90	Dierig	0,20	1,2	16,70	+0,10
6,50	2,00	Diok One	-	-	2,00	0,0
50,50	41,75	DMG Mori	1,03	2,2	47,65	+0,40
59,20	37,20	Drägerwerk St.	0,40	1,0	39,10	-0,70
26,15	13,32	Dt. Rohstoff	0,65	3,4	19,30	0,0
14,25	9,60	Dt.Konsum R.	0,20	1,5	13,70	0,0
9,16	4,47	Easy Software	-	-	5,22	+0,04
100,8	33,70	Eckert&Ziegler	0,80	1,1	75,90	-1,8

52 Wochen Hoch	Tief	Name	Div. Euro	Re. %	17:45 16.04.	+/- Euro
1,92	0,12	ITN Nanovation	-	-	0,59	+0,02
8,26	4,51	IVU Traffic	0,10	1,2	8,26 ↑	+0,40
10,05	5,68	JDC Group	-	-	6,78	0,0
43,00	30,60	KAP	2,00	-	-	-
2,84	1,16	KHD	-	-	1,30	-0,03
10,06	4,94	KPS NA	0,35	5,1	6,86	0,0
13,00	8,20	Kromi Log.	-	-	8,30	0,0
483,0	261,0	KSB St.	7,50	2,4	310,0	0,0
460,0	255,0	KSB Vz.	7,76	2,7	288,0	-5,0
111,2	45,90	KUKA	0,50	0,9	57,00	+0,50
36,80	16,70	Lang & Schwarz	1,70	9,1	18,74	+0,16
26,60	14,78	Leifheit	1,05	4,8	22,00	+0,50
5,78	3,66	Lloyd Fonds	-	-	5,24	-0,02
168,0	118,0	Logwin	3,50	2,2	160,0	-1,0
16,24	10,86	Lotto24 NA	-	-	13,10	+0,60
8,94	5,12	LPKF Laser	-	-	8,64	+0,14
7,50	4,58	LS telcom	-	-	6,65	+0,15
29,20	24,60	Ludwig Beck	0,65	2,3	28,00	-0,60
7,20	4,46	MagForce	-	-	4,85	-0,12
97,50	68,45	MAN St.	3,07	4,3	71,30	+0,50
95,80	67,60	MAN Vz.	3,07	4,3	70,60	0,0
38,10	19,42	Manz	-	-	26,05	+0,30
9,18	6,00	Masterflex	0,07	1,0	6,80	+0,15
7,90	4,37	MAX Autom.	0,15	3,0	4,99	-0,05
98,00	68,80	MBB	1,32	1,6	80,40	-0,70
6,30	5,20	Medicin	0,05	0,9	5,35	0,0
16,66	7,20	Medigene NA	-	-	9,23	+0,19
16,30	14,60	Medion	0,69	4,7	14,80	0,0
33,80	21,00	Mensch&Ma.	0,50	1,5	33,50 ↑	+1,3
14,80	9,93	Metro Vz.	0,70	5,2	13,45	-0,10
37,00	30,20	MeVis Medical	0,95	3,1	30,40	0,0
7,26	1,10	Ming Le Sp.	-	-	1,35	0,0
5,77	4,12	MLP	0,20	4,5	4,46	-0,03
10,30	7,50	MOBOTIX	0,04	0,5	8,80	0,0
8,63	1,48	Mologen	-	-	3,65	+0,15
5,38	1,69	MPC Münchm.	-	-	2,03	-0,10
4,05	2,54	MS Industrie	0,03	0,9	3,25	0,0
3,12	2,32	Muehlhan	0,08	2,8	2,88	+0,12
43,50	35,90	Mühlbauer	1,50	3,6	41,50	-0,60
26,80	22,90	MVV Energie NA	0,90	3,5	25,40	0,0
1,62	0,00	mybet konv.	-	-	0,00	-0,02
33,60	20,70	Nabaltec	0,18	0,6	32,60	+0,10
47,25	22,50	Nanogate	0,11	0,4	31,40	+0,70
72,86	50,00	Porsche Vz.	1,76	2,8	62,02	+1,0
12,00	9,35	ProCredit	0,27	2,9	9,45	+0,10
47,00	23,40	Progress	1,65	6,0	27,70	-0,10
18,25	14,25	PSI NA	0,23	1,3	18,15 ↑	+0,50
18,30	9,62	PVA TePla	-	-	11,10	+0,34
1,72	1,19	QSC NA	0,03	2,1	1,45	0,0
30,20	18,90	Quirin Privatbk.	0,03	2,0	1,53	-0,02
1,35	1,05	Realtech	-	-	1,09	0,0
24,20	13,98	RWE Vz.	1,50	6,6	22,85	-0,60
148,0	87,60	Sartorius St.	0,61	0,4	140,5	+0,50
29,30	17,10	Schaltbau	-	-	27,40	-0,10
21,20	16,35	Schloß Wachenh.	0,50	2,8	18,15	+0,45
32,00	24,00	Schuler	0,11	0,5	24,40	-0,20
20,30	12,40	Schweizer El.	0,30	2,2	13,70	-0,30
129,0	80,00	Secunet	1,20	1,2	102,0	+1,5
26,50	14,00	Serviceware	-	-	15,55	-0,30
11,75	5,90	SFC	-	-	9,82	+0,08
35,85	18,10	SHW	0,50	2,3	22,00	+1,3

ANZEIGE



52 Wochen Hoch	Tief	Name	Div. Euro	Re. %	17:45 16.04.	+/- Euro
9,60	7,05	Ecotel Comm.	0,13	1,6	8,05	0,0
3,77	2,08	edel	0,10	4,5	2,24	0,0
23,20	19,00	EHW	0,75	3,6	20,60	+0,60
105,5	53,00	Einhell Ger.Vz.	1,20	1,5	79,20	+2,8
30,05	15,42	Elmos Semic.	0,40	1,8	22,40	+0,70
15,73	5,56	ElringKl. NA	0,50	7,7	6,51	+0,20
34,20	25,40	EnBW	0,50	1,6	30,80	-0,20
16,05	12,50	Energiekontor	0,60	4,0	15,15	-0,10
10,10	7,10	EnviTec Biogas	1,00	10,7	9,35	0,0
4,12	1,53	Epigenomics	-	-	2,01	-0,05
1,39	0,62	Ernst Russ	-	-	0,82	-0,01
0,03	0,00	Erotik-Abw.	-	-	0,00	0,0
42,00	29,00	Eurokai	2,00	5,7	35,30	-0,60
7,36	2,50	Euromicron	-	-	3,58	0,0
89,50	62,50	EUWAX	3,26	5,1	63,50	+0,50
6,75	4,08	Exceet Group	-	-	6,25	+0,40
1,55	0,77	Expedeon	-	-	0,90	0,0
17,90	11,30	Fabasoft	0,18	1,0	17,50 ↑	+0,70
9,00	7,70	Fair Value R.	0,34	4,0	8,40	+0,05
25,60	14,00	First Sensor	0,16	0,7	21,60	+0,10
25,00	17,20	Fortec	0,60	2,9	20,50	-0,10
4,11	2,94	Francotyp-P.	0,12	3,5	3,45	+0,01
36,00	19,00	Friwo	0,40	1,6	25,00	0,0
47,05	33,65	Fuchs P. St.	0,90	2,5	36,45	+0,20
16,00	9,55	Funkwerk	0,25	1,6	15,40	+0,20
8,10	0,23	G. Weber Int.	-	-	0,50	-0,01
925,0	810,0	Gelsenwasser	21,16	2,4	890,0	+5,0
12,20	8,15	Geratherm M.	0,47	5,3	8,90	-0,40
33,15	20,80	Gesco	0,60	2,4	24,70	+0,15
15,10	6,51	GFT Tech.	0,30	3,7	8,05	+0,42
0,73	0,19	Gigaset	-	-	0,45	+0,01
122,5	63,00	GK Software	-	-	69,80	+0,60
3,94	2,68	Godewind	-	-	3,75	+0,03
68,10	29,02	Grammer	1,25	3,4	37,20	+0,05
109,0	89,00	GSW Immob.	1,40	1,4	100,0	0,0
13,20	5,72	H+R	0,40	5,2	7,75	+0,34
9,80	5,45	Hanseyachts	-	-	6,00	+0,10
54,50	33,60	Hawesko	1,30	3,5	36,70	0,0
3,32	1,88	Heidelberg Ph.	-	-	3,21	+0,01
9,40	4,66	Heliad Eq. Partn.	0,20	4,2	4,73	-0,11
40,55	27,35	HELMA Eigenh.	1,40	3,7	38,30	+0,20
100,2	76,95	Henkel	1,83	2,2	83,40	+1,9
417,0	265,0	Hermle Vz.	15,05	4,7	319,0	+7,0
5,62	4,30	Highlight	0,17	3,2	4,32	-0,06
3,96	2,52	HolidayCheck	-	-	2,80	-0,11
63,00	43,00	Homag	1,01	2,1	47,50	0,0
31,46	4,98	home24	-	-	5,60	+0,24
30,50	15,42	Hornbach-Bau.	0,68	4,1	16,75	+0,20
72,50	48,00	HSBC Trinkaus	2,50	4,7	53,00	-1,5
11,38	6,55	IFA Hotel&Tour.	0,12	1,6	7,30	+0,05
1,32	1,09	InCity Imm.	-	-	1,10	0,0
4,14	2,60	infas Holding	0,07	1,8	3,92	+0,02
20,90	12,10	Init Innov.	0,22	1,7	13,25	0,0
24,60	15,78	Inst. Real	-	-	21,05	-0,20
1,90	1,21	Intershop	-	-	1,40	0,0
7,45	5,10	InTiCa	-	-	5,60	0,0
25,20	14,50	InVision	-	-	17,00	0,0

52 Wochen Hoch	Tief	Name	Div. Euro	Re. %	17:45 16.04.	+/- Euro
555,0	430,0	Simona	12,00	2,3	515,0	-5,0
15,62	8,61	Singulus	-	-	10,00	+0,49
13,20	11,90	SinnerSchrader	0,23	1,8	13,10	0,0
19,38	10,30	Sixt Leasing	0,48	4,4	10,92	+0,02
76,20	45,00	Sixt Vz.	4,02	6,4	62,50	+0,80
1,44	0,40	Sleepz	-	-	-	-
37,35	5,90	SLM Sol. Gr.	-	-	9,41	+0,17
18,20	10,80	SMT Scharf	-	-	12,75	+0,05
36,26	14,68	SNP	-	-	25,35	+0,35
10,15	6,24	Softing	0,13	1,9	6,76	+0,02
166,0	100,0	SPARTA	-	-	-	-
1,71	1,21	Splendid Med.	-	-	1,32	-0,02
28,35	19,00	STEICO SE	0,21	0,9	23,50	+0,20
117,6	78,70	Sto Vz.	4,09	4,6	88,50	+4,7
76,90	44,95	Stratec	0,80	1,3	63,30	-1,0
28,30	19,10	Surteco Grp.	0,80	3,2	25,25	-0,05
15,32	7,97	Süss M. Tec	-	-	11,60	+0,78
10,95	7,72	Syzygy	0,39	4,3	9,16	+0,02
44,35	23,60	technotrans NA	0,88	3,2	27,80	+0,15
8,10	1,52	Tele Columb.	-	-	1,90	+0,14
9,69	1,92	Tom Tailor	-	-	2,46	+0,06
34,20	23,80	Tradegate	0,63	2,6	24,40	0,0
4,30	1,80	Travel24.com	-	-	1,80 ↓	-0,11
20,76	8,00	TUI NA	0,72	7,6	9,48	+0,21
7,00	2,66	Turbon	-	-	3,14	+0,10
11,49	7,86	UmweltBank	0,32	3,3	9,72	+0,02
0,10	0,01	United Power	-	-	0,02	0,0
27,20	14,35	USU Software	0,40	2,5	16,10	+0,75
65,00	44,20	Uzin Utz	1,30	2,5	52,00	+1,5
23,85	5,07	Vapiano	-	-	5,87	+0,61
27,55	6,97	Vectron Sys.	0,05	0,5	10,90	-0,15
600,0	482,0	Verallia	17,06	3,3	515,0	0,0
7,84	3,82	Verbio	0,20	2,7	7,40	+0,03
18,70	11,90	Viller.&Boch Vz.	0,60	4,0	15,05	-0,15
28,00	13,05	Viscom	0,60	3,7	16,02	+0,10
17,80	10,25	Vita 34 NA	0,16	1,1	14,25	+0,20
25,00	10,10	Voltabox	-	-	15,48	-0,26
174,5	129,1	VW St.	3,90	2,4	160,3	+2,3
4,89	3,74	WCM	-	-	4,64	-0,09
32,60	19,60	West.&Get.St.	0,74	2,7	27,00	-0,40
32,10	20,30	Westag&Get.Vz.	0,80	3,0	27,00	0,0
8,85	7,30	Westgrund	-	-	8,40	+0,10
26,49	11,42	Westwing	-	-	11,46	+0,04
19,88	1,33	windeln.de	-	-	1,97	-0,04
6,48	2,49	YOC	-	-	5,30	+0,10
28,00	18,54	Zeal Netw.	1,00	4,7	21,20	+0,90
1,10	0,14	ZhongDe Waste	-	-	0,20	0,0
7150	5800	Zoo Berlin m.Aq.	-	-	7150	+50,0

Dax

Name	WKN	Schluss 16.04.	+/- %	Div. €/Re.%	EPS Jahr 2018/19	KGV	52 Wochen Hoch/Tief	Markt-kap.
Adidas NA	A1EWWW	↑ **229,70**	+1,50	2,60/1,1	8,45/9,60	23,93	230,2/178,2	46,036
Allianz vNA	840400	↑ **212,00**	+1,05	8,00/3,8	17,45/18,90	11,22	212,0/170,1	91,134
BASF NA	BASF11	**72,93**	+1,08	3,10/4,3	5,15/4,85	15,04	90,02/57,35	66,985
Bayer NA	BAY001	**62,21**	+0,81	2,76/4,4	1,85/3,70	16,81	103,7/54,48	58,014
Beiersdorf	520000	**92,08**	-1,22	0,70/0,8	3,20/3,49	26,38	103,3/80,60	23,204
BMW St	519000	**76,40**	+0,99	4,00/5,2	10,60/10,30	7,42	93,87/67,73	45,992
Continental	543900	**154,50**	+0,76	4,50/2,9	14,50/12,95	11,93	229,4/118,3	30,901
Covestro	606214	**52,98**	-0,04	2,40/4,5	9,50/4,40	12,04	83,98/41,42	10,728
Daimler NA	710000	**56,95**	+0,81	3,65/6,4	7,10/8,00	7,12	68,64/44,51	60,927
Deutsche Bank NA	514000	**7,78**	+1,66	0,11/1,4	0,00/0,40	19,44	12,21/6,68	16,069
Deutsche Börse NA	581005	**117,50**	+4,07	2,45/2,1	4,50/5,90	19,92	121,2/102,4	22,325
Deutsche Post NA	555200	**30,45**	+0,13	1,15/3,8	1,70/2,25	13,53	38,15/23,36	37,578
Deutsche Telekom NA	555750	**14,95**	-0,01	0,70/4,7	0,50/0,90	16,61	15,88/13,07	71,184
E.ON NA	ENAG99	**9,73**	-1,45	0,30/3,1	1,50/0,70	13,90	10,14/8,16	21,417
Fresenius	578560	**50,96**	+0,22	0,75/1,5	6,50/4,25	11,99	71,36/38,28	28,248
Fresenius M. C. St.	578580	**73,82**	+0,27	1,06/1,4	3,70/3,50	21,09	91,74/55,44	22,728
HeidelbergCement	604700	**71,72**	+1,04	1,90/2,6	5,80/6,45	11,12	85,26/51,84	14,230
Henkel Vz.	604843	**88,56**	+1,35	1,85/2,1	5,30/5,30	16,71	113,8/82,86	15,778
Infineon NA	623100	**21,03**	+2,04	0,27/1,3	1,00/1,00	21,03	25,76/15,76	23,911
Linde PLC	A2DSYC	**158,85**	+0,06	0,78/0,9	3,10/6,95	22,86	165,7/130,8	27,143
Lufthansa vNA	823212	**22,28**	+0,91	0,80/3,6	4,60/4,20	5,30	27,07/17,05	10,588
Merck	659990	**95,90**	-0,83	1,25/1,3	7,80/3,75	25,57	102,9/79,26	12,394
Münch. Rück vNA	843002	↑ **219,40**	+2,00	8,60/3,9	15,50/18,00	12,19	219,4/174,9	32,809
RWE St.	703712	**23,01**	-2,46	1,50/6,5	0,30/1,25	18,41	24,54/16,78	13,248
SAP	716460	**99,47**	-0,29	1,40/1,4	3,40/3,80	26,18	108,5/83,95	122,20
Siemens NA	723610	**104,54**	+0,77	3,80/3,6	7,20/6,30	16,59	121,7/90,85	88,859
thyssenkrupp	750000	**13,18**	+2,29	0,15/1,1	0,00/1,20	10,98	24,10/11,78	8,202
Volkswagen Vz.	766403	**156,62**	+1,06	3,96/2,5	22,65/27,80	5,63	178,1/131,4	32,296
Vonovia NA	A1ML7J	**43,88**	-0,23	1,32/3,0	4,50/4,25	10,32	47,28/38,07	22,733
Wirecard	747206	**117,90**	+3,56	0,18/0,2	2,90/4,30	27,42	199,0/86,00	14,560

MDax

Name	WKN	Schluss 16.04.	+/- %	Div. €/Re.%	EPS Jahr 2018/19	KGV	52 Wochen Hoch/Tief	Markt-kap.
1&1 Drillisch	554550	**33,60**	+1,82	1,60/4,8	2,30/2,70	12,44	65,10/30,86	2,313
Aareal Bank	540811	**30,23**	+1,48	2,50/8,3	3,50/2,75	10,99	42,93/25,82	1,809
Airbus (NL)	938914	**117,60**	+0,39	1,65/1,4	4,00/5,80	20,28	121,2/78,93	92,621
Alstria Office	A0LD2U	**14,25**	+0,35	0,52/3,6	3,00/1,00	14,25	14,64/11,74	2,528
Aroundtown (L)	A2DWBZ	**7,10**	+0,17	0,07/1,0	1,40/0,90	7,88	7,92/6,33	8,008
Aurubis	676650	**49,41**	+0,92	1,55/3,1	6,50/5,15	9,59	78,98/41,84	2,221
Axel Springer	550135	**51,45**	+1,18	2,00/3,9	1,20/2,35	21,89	69,55/44,10	5,551
Bechtle	515870	**87,70**	+0,69	0,90/1,0	3,30/3,90	22,49	90,65/62,05	3,683
Brenntag NA	A1DAHH	**48,00**	+0,29	1,10/2,3	3,00/3,10	15,48	54,82/36,49	7,416
Carl Zeiss Meditec	531370	**80,55**	+3,60	0,55/0,7	1,40/1,80	44,75	84,55/52,20	7,204
Commerzbank	CBK100	**7,97**	+3,09	-/-	0,70/0,80	9,96	11,16/5,50	9,980
Delivery Hero	A2E4K4	**35,40**	+0,23	-/-	-0,70/-1,75	V	52,35/27,48	6,636
Dialog Semic. NA (GB)	927200	↑ **32,36**	+1,13	-/-	1,64/1,90	17,03	32,40/12,44	2,506
Dt. EuroShop NA	748020	**27,00**	+0,60	1,45/5,4	1,30/1,30	20,77	32,36/24,78	1,668
Dt. Pfandbriefbank	801900	**11,87**	+1,37	1,07/9,0	1,35/1,05	11,30	13,92/8,33	1,596
Dt. Wohnen Inh.	A0HN5C	**39,25**	-0,15	0,80/2,0	5,15/1,80	21,81	44,83/37,21	14,013
Dürr	556520	**41,02**	+0,47	1,10/2,7	2,30/2,70	15,19	49,85/27,30	2,839
Evonik Ind.	EVNK01	**26,93**	+1,28	1,15/4,3	2,01/2,05	13,14	32,77/21,45	12,549
Evotec	566480	**23,18**	-2,56	-/-	0,40/0,40	57,95	25,83/12,07	3,472
Fielmann	577220	**60,80**	+1,59	1,85/3,0	2,10/2,15	28,28	71,90/48,84	5,107
Fraport	577330	**71,54**	+0,79	1,50/2,1	4,95/4,60	15,55	87,54/61,12	6,615
freenet NA	A0ZZZZ	**21,07**	+1,94	1,65/7,8	1,75/1,85	11,39	27,11/16,12

Verlierer des Booms

Die Vermögen sind im Schnitt gestiegen. Das gilt allerdings nicht für Alleinerziehende

Der jahrelange wirtschaftliche Aufschwung ist auch in den Geldbeuteln und auf den Sparkonten der Menschen angekommen. Die Vermögen sind über die vergangenen Jahre deutlich gewachsen, unabhängig von Einkommen, Alter oder sozialer Stellung, alle haben profitiert – bis auf eine Gruppe: Alleinerziehende mit zwei oder mehr Kindern.

VON FRANK STOCKER

Dies geht aus der sogenannten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamts hervor, deren Ergebnisse zum Vermögens- und Schuldenstand der Deutschen soeben veröffentlicht wurden. Wie eine Analyse der Zahlen durch WELT ergab, sind Alleinerziehende mit zwei oder mehr Kindern die großen Verlierer des Aufschwungs. Für die EVS wurden im vergangenen Jahr über 55.000 Haushalte bundesweit zu ihren Einkommen, Vermögen und Schulden, ihrem Konsum und ihren Wohnverhältnissen befragt. Die Untersuchung wird alle fünf Jahre durchgeführt und sie ist die umfangreichste ihrer Art für die Bundesrepublik. Die Ergebnisse sind daher besonders zuverlässig.

Beim letzten Mal, 2013, hatte sich bei den Vermögensverhältnissen noch eine breite Stagnation gezeigt. Denn in den fünf Jahren davor war das Land durch die Finanzkrise gegangen, und die wirtschaftliche Lage hatte sich danach erst allmählich wieder stabilisiert. Ganz anders diesmal: Die fünf Jahre zwischen 2013 und 2018 waren eine Zeit der Hochkonjunktur, mit stetig sinkenden Arbeitslosenzahlen und immer neuen Beschäftigungsrekorden. Der Mindestlohn wurde eingeführt, und Gehälter und Renten stiegen Jahr für Jahr deutlich stärker als die Inflationsrate.

Die Nettogesamtvermögen der Deutschen, also die Vermögen nach Abzug von Schulden, sind kräftig gestiegen. Im Durchschnitt liegen sie nun bei 175.900 Euro je Haushalt, eine Steigerung um rund 30 Prozent gegenüber 2013. Zwischen 2008 und 2013 hatte das Plus im Schnitt nur knapp sechs Prozent betragen. Die nun erfolgte Vermögensmehrung kam ausdrücklich allen gesellschaftlichen Schichten zugute. Abzulesen ist dies einerseits am Medianwert. Dieser gibt die Grenze an, bei der die eine Hälfte der Haushalte darunter und die andere darüber liegt – je tiefer der Wert desto ungleicher ist die Gesellschaft. Von 2013 bis 2018 ist er von 46.100 Euro auf 63.500 Euro gestiegen, der Zuwachs liegt mit 38 Prozent damit sogar über jenem des Durchschnittswerts. Andererseits zeigen auch die Detailergebnisse der EVS, dass die Vermögen über alle Einkommensgruppen hinweg deutlich gestiegen sind, bei den unteren Einkommensgruppen tendenziell sogar etwas stärker.

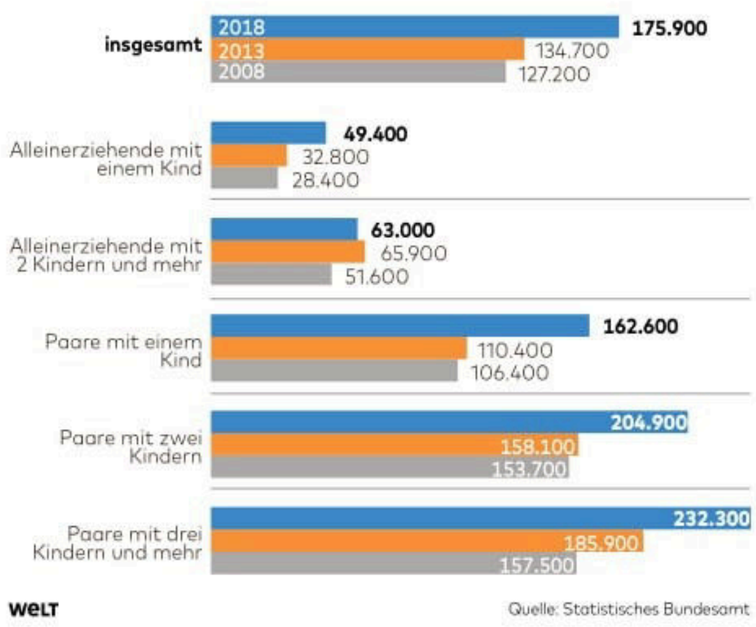
Nur eine Gruppe fällt dabei völlig aus dem Rahmen: Die Alleinerziehenden mit zwei oder mehr Kindern. Denn deren Vermögen ist um 4,4 Prozent geschrumpft – das trifft auf keine andere gesellschaftliche Gruppe zu. Eine Detailanalyse zeigt, dass dies vor allem an einem Faktor liegt: Das Immobilienvermögen dieser Haushalte ist im Schnitt leicht geschrumpft, während es bei fast allen anderen Bevölkerungsgruppen gestiegen ist, teilweise sogar erheblich. Da kaum anzunehmen ist, dass einzig und allein die Immobilien dieser Gruppe an Wert verloren haben, gibt es nur eine schlüssige Erklärung dafür: Unter den Alleinerziehenden mit zwei oder mehr Kindern befinden sich immer mehr, die überhaupt keine Immobilie besitzen. Das zieht den Schnitt nach unten, bedeutet aber gleichzeitig auch, dass immer mehr von ihnen zur Miete wohnen. Sie leiden dadurch überdurchschnittlich stark unter den steigenden Mieten.

Die Politik in Berlin hat das Thema der Armut unter Alleinerziehenden zwar seit Jahren auf der Agenda. Auch am Dienstag forderte Justizministerin Katarina Barley Reformen, die ihnen zugutekommen. Damit Trennungen kein Armutsrisiko mehr sind, müsse man an die „Steuerklasse für Alleinerziehende ran", sagte die SPD-Ministerin in einem Interview der Zeitung „Die Zeit". „Die ist einfach ungerecht!" Auch vom Starke-Familien-Gesetz, das die Bundesregierung gerade auf den Weg gebracht hat, würden Alleinerziehende profitieren. Mit einem erhöhten Kinderzuschlag und Zuzahlungen beim Schulessen und beim Schülerticket wolle man Familien „aus der verdeckten Armut holen", sagte Barley.

Andere Entscheidungen der großen Koalition der jüngsten Zeit dürften die Situation eher noch verschärfen, insbesondere das Baukindergeld. Zwar profitieren davon Familien mit vielen Kindern. Alleinerziehende, deren Vermögen nicht einmal die Nebenkosten eines Immobilienkaufs deckt, können das jedoch nur äußerst selten nutzen. Es kommt vielmehr Paaren zugute.

Diese jedoch, das zeigen die EVS-Zahlen, haben keine Probleme: Ihre Vermögen haben sich in den vergangenen fünf Jahren um 25 bis 30 Prozent erhöht, auch und gerade wegen des gestiegenen Wertes ihrer Immobilien. Und dank des Baukindergelds dürften sie bei der nächsten Erhebung 2023 noch besser dastehen, während Alleinerziehende mit zwei oder mehr Kindern noch weiter zurückfallen dürften.

Durchschnittliches Nettogesamtvermögen der deutschen Haushalte in Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt

Dax klettert erstmals seit Oktober über 12.100 Punkte

Bestätigung der Jahresziele hilft Lufthansa ins Plus

Nach der Rückeroberung der 12.000-Punkte-Marke zum Wochenbeginn baute der Dax am Dienstag seine Gewinne aus und markierte bei 12.116 Zählern den höchsten Stand seit Oktober 2018. Die Fristverlängerung beim Brexit und die positiven Signale rund um die Handelsgespräche zwischen China und den USA stärkten die Risikobereitschaft der Anleger. Wie gering die Nervosität der Investoren derzeit ist, ließ sich am Angstbarometer VDax ablesen, das auf den niedrigsten Stand seit 15 Monaten fiel. Hinzu kamen die den sechsten Monat in Folge gestiegenen ZEW-Konjunkturerwartungen. Das Barometer stieg im April um 6,7 auf plus 3,1 Punkte und damit auf den höchsten Stand seit gut einem Jahr. Zum Handelsende notierte der deutsche Leitindex mit 12.101 Punkten 0,7 Prozent über seinem Vortagesschluss. Der MDax rückte um 0,8 Prozent auf 25.774 Zähler vor, während für den TecDax ein Aufschlag von 1,0 Prozent auf 2816 Punkte zu Buche stand.

Vor dem Hintergrund der freundlichen Stimmung am Aktienmarkt gerieten deutsche Bundesanleihen etwas ins Abseits. Der richtungweisende Bund-Future fiel um sechs Ticks auf 164,62 Zähler. Die Rendite zehnjähriger Bundespapiere lag bei 0,06 Prozent. Der Euro grenzte seine anfänglichen Verluste etwas ein und wurde zuletzt bei 1,1290 Dollar gehandelt nach 1,1280 Dollar im Tagestief.

Das am Montagabend veröffentliche Quartalsergebnis der **Lufthansa** beförderte die Aktie im frühen Dienstagshandel mit einem Minus von fünf Prozent zunächst an das Dax-Ende. Belastet von hohen Treibstoffkosten und Überkapazitäten hatte die Lufthansa einen bereinigten operativen Verlust erwirtschaftet, die Jahresziele jedoch bekräftigt. Dies hoben Analysten besonders hervor und beruhigten damit die Anleger. Die Aktie machte die Verluste wett und gewann zum Schluss 0,9 Prozent.

Im Fokus stand zudem der Online-Modehändler **Zalando**: Europas größter Online-Modehändler schrieb im ersten Quartal unerwartet schwarze Zahlen. Analysten hatten mit einem Verlust von zehn Millionen Euro gerechnet, ein Jahr zuvor hatte Zalando es mit 400.000 Euro operativ gerade so in die Gewinnzone geschafft. Die Aktie sprang um bis zu 12 Prozent an und lag zuletzt 10,6 Prozent im Plus. Eine Verkaufsempfehlung belastete die Aktien von **Gea**. Sie büßten 1,9 Prozent ein, nachdem Baader Helvea die Titel von „Halten" auf „Verkaufen" abgestuft hatte. Bei **Rational** griffen die Anleger nach einer Kaufempfehlung der Berenberg Bank zu. Das Kursziel senkten die Experten von 650 auf 635 Euro. Die Aktie gewann 3,2 Prozent. **Drägerwerk** zogen um 2,4 Prozent an, nachdem die HSBC ihr Rating von „Reduzieren" auf „Halten" hochgestuft und das Kursziel um 4 auf 44 Euro angehoben hatte. WEJ./RTR

↗ Gewinner

Im **HDax** verzeichneten gestern zum Schluss folgende Titel die größten Kursausschläge (Basis: Schlusskurs Vortag)

1. **Zalando**	41,49	(+10,4%)	
2. **Dt. Börse**	117,75	(+4,30%)	
3. **Carl Zeiss Medit.**	80,45	(+3,47%)	
4. **Siltronic**	86,78	(+3,46%)	
5. **Wacker Chemie**	83,84	(+3,15%)	

↘ Verlierer

1. **RWE**	22,97	(-2,63%)
2. **Rocket Internet**	22,42	(-2,61%)
3. **Evotec**	23,21	(-2,44%)
4. **Gea Group**	25,27	(-1,79%)
5. **E.on**	9,75	(-1,27%)

ANLEIHEN & ZINSEN & WEITERE NOTIERUNGEN VON vwd:

Sorten und Devisen

Devisenkurse

Quelle: LBBW

Währungen 16.04.	Sortenkurse (Euro)** Ankauf	Verkauf	var. Kurse 16.04. (Euro) Geld	Brief	Vortag	Veränderung (%) 4 Wo.	1 Jahr
Australien, 1 Dollar	0,6116	0,6615	0,6285	0,6365	0,6302	+1,17	+0,65
Dänemark, 100 Kronen	12,9640	13,8580	13,3620	13,4340	13,3620	-0,02	-0,22
Großbritannien, 1 Pfund	1,1257	1,1938	1,1553	1,1606	1,1567	-1,02	+0,12
Hongkong, 100 Dollar	10,5950	12,1930	11,2200	11,3480	11,2150	+0,57	+9,46
Japan, 100 Yen	0,7660	0,8210	0,7890	0,7920	0,7880	-0,13	+4,78
Kanada, 1 Dollar	0,6394	0,6910	0,6587	0,6639	0,6606	-0,10	+3,07
Malaysia, 100 Ringgit	-	-	0,2080	0,2219	0,2081	-0,53	+2,89
Neuseeland, 1 Dollar	0,5696	0,6365	0,5934	0,6020	0,5933	-1,07	+0,68
Norwegen, 100 Kronen	10,0540	10,9080	10,3920	10,4440	10,3760	+0,89	-0,03
Polen, 100 Zloty	21,8220	26,1140	23,2650	23,5270	23,2700	+0,32	-2,65
Russland, 100 Rubel	1,2830	1,5310	1,3660	1,3840	1,3670	+0,44	+5,48
Schweden, 100 Kronen	9,2000	10,0010	9,5300	9,5740	9,5360	-0,15	-0,64
Schweiz, 1 Franken	0,8502	0,9105	0,8781	0,8812	0,8800	-0,11	+4,47
Singapur, 1 Dollar	0,6127	0,7000	0,6509	0,6560	0,6511	+0,21	+5,95
Südafrika, 100 Rand	5,9690	6,6280	6,2440	6,3390	6,2870	+2,60	-6,12
Tschechien, 100 Kronen	3,7320	4,1150	3,8380	3,9590	3,8430	-0,21	-1,46
USA, 1 Dollar	0,8572	0,9173	0,8826	0,8873	0,8818	+0,49	+9,40
Ungarn, 100 Forint	0,2980	0,3320	0,3100	0,3150	0,3100	-2,21	-3,13

Crossrates

16.04. 17:44	EUR	USD	JPY	SFR	GBP	CAD
1 EUR	-	1,1290	126,38	1,1365	0,8652	1,5082
1 USD	0,8858	-	111,95	1,0067	0,7664	1,3358
100 JPY	0,7912	0,8932	-	0,8992	0,6845	1,1933
1 SFR	0,8799	0,9933	111,20	-	0,7612	1,3270
1 GBP	1,1558	1,3046	146,07	1,3135	-	1,7432
1 CAD	0,6630	0,7485	83,80	0,7535	0,5736	-
1 AUD	0,6352	0,7171	80,28	0,7219	0,5495	0,9580
1 NZD	0,5986	0,6757	75,65	0,6803	0,5179	0,9028
100 HKD	11,29	12,75	1427,3	12,83	9,7704	17,03
100 RUB	1,3787	1,5565	174,25	1,5668	1,1928	2,0794
100 NKR	10,44	11,78	1319,2	11,86	9,0304	15,74

16.04. Euro-Tageswerte (EZB)

AUD	1,5767	IDR	15923,09
BGN	1,9558	ILS	4,0238
BRL	4,3922	INR	78,6445
CAD	1,5110	JPY	126,59
CHF	1,1371	KRW	1283,17
CNY	7,5846	NOK	9,5869
CZK	25,6630	PLN	4,2744
DKK	7,4642	RON	4,7618
GBP	0,8639	RUB	72,7183
HKD	8,8665	SEK	10,4638
HRK	7,4370	TRY	6,5718
HUF	319,78	USD	1,1305

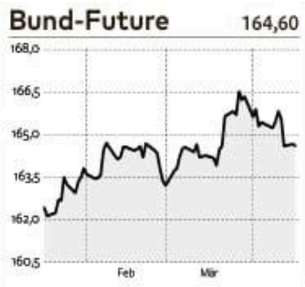
Eckwertstaatsanleihen

Name 16.04.	Kurs	Rend.	Datum
Deutschland, 1 Jahr	100,51	-0,561	16.04.2019
Deutschland, 2 Jahre	101,10	-0,574	16.04.2019
Deutschland, 5 Jahre	101,89	-0,376	16.04.2019
Deutschland, 6 Jahre	104,87	-0,327	16.04.2019
Deutschland, 7 Jahre	105,09	-0,239	16.04.2019
Deutschland, 8 Jahre	103,14	-0,149	16.04.2019
Deutschland, 10 Jahre	101,85	0,062	16.04.2019
Deutschland, 30 Jahre	113,93	0,721	16.04.2019
Frankreich, 2 Jahre	100,95	-0,510	16.04.2019
Frankreich, 5 Jahre	100,96	-0,194	16.04.2019
Frankreich, 10 Jahre	100,85	0,414	16.04.2019
Frankreich, 30 Jahre	113,91	1,414	16.04.2019
Großbritannien, 1 Jahr	103,48	0,807	16.04.2019
Großbritannien, 2 Jahre	101,51	0,797	16.04.2019
Großbritannien, 5 Jahre	99,48	0,875	16.04.2019
Großbritannien, 10 Jahre	103,66	1,217	16.04.2019
Großbritannien, 30 Jahre	94,92	1,728	16.04.2019
Italien, 2 Jahre	106,13	0,457	16.04.2019
Italien, 5 Jahre	104,13	1,493	16.04.2019
Italien, 10 Jahre	103,05	2,457	16.04.2019
Italien, 5 Jahre	100,96	3,426	16.04.2019

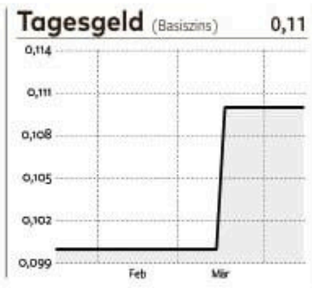
Name 16.04.	Kurs	Rend.	Datum
Japan, 3 Monate	100,05	-0,180	16.04.2019
Japan, 1 Jahr	100,27	-0,173	16.04.2019
Japan, 2 Jahre	100,50	-0,153	16.04.2019
Japan, 5 Jahre	101,23	-0,148	16.04.2019
Japan, 10 Jahre	101,24	-0,025	16.04.2019
Japan, 30 Jahre	98,93	0,542	16.04.2019
Kanada, 2 Jahre	100,26	1,621	16.04.2019
Kanada, 5 Jahre	102,89	1,630	16.04.2019
Kanada, 10 Jahre	101,87	1,777	16.04.2019
Kanada, 30 Jahre	114,73	2,081	16.04.2019
Schweiz, 2 Jahre	105,69	-0,760	16.04.2019
Schweiz, 5 Jahre	109,86	-0,590	16.04.2019
Schweiz, 10 Jahre	102,93	-0,250	16.04.2019
Schweiz, 30 Jahre	208,17	0,270	16.04.2019
USA, 2 Jahre	99,70	2,406	16.04.2019
USA, 5 Jahre	98,73	2,397	16.04.2019
USA, 10 Jahre	100,41	2,578	16.04.2019
USA, 30 Jahre	100,29	2,985	16.04.2019

Legende: Es handelt sich um fiktive Anleihen mit der immer gleichbleibenden Laufzeit

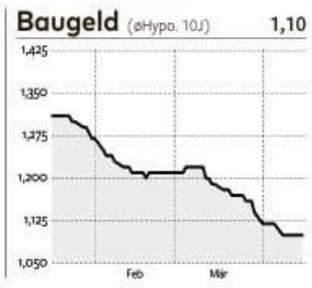
Bund-Future 164,60



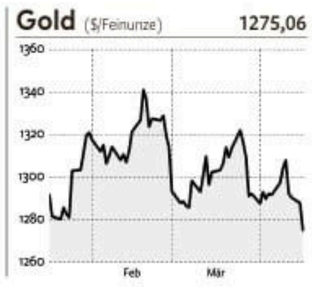
Tagesgeld (Basiszins) 0,11



Baugeld (øHypo. 10J) 1,10



Gold ($/Feinunze) 1275,06



Zinsen

Basiszinsen

	16.04.	Vortag
Euro-Tagesgeld (Banken)	-0,54	-0,47
Bundesbankrendite	-0,01	-0,01
REX	142,52	142,52
REX Performance	490,26	490,25
3-Monats-Euribor	-0,31	-0,31
Basiszinssatz (nach § 247 BGB)	-0,88	(seit 01.01.)
Spitzenrefinanzierung	0,25	(seit 16.03.)
Einlagefazilität	-0,40	(seit 16.03.)

Zinsstruktur

16.04.	Bund	Pfandbrief
1 Jahr	-0,580	-0,110
2 Jahre	-0,590	-0,060
3 Jahre	-0,550	-0,010
4 Jahre	-0,480	0,060
5 Jahre	-0,390	0,150
6 Jahre	-0,290	0,260
7 Jahre	-0,200	0,370
8 Jahre	-0,110	0,490
9 Jahre	-0,020	0,600
10 Jahre	0,070	0,700

Festgeldzinsen Quelle: FMH

	16.04.	Zinsspanne
Tagesgeld 5000 Euro	0,15	– 1,00
Tagesgeld 50000 Euro	0,14	– 1,00
Termingeld 25000 Euro, 90 Tage	0,11	0,01 – 0,30
Termingeld 25000 Euro, 360 Tage	0,17	– 0,70
Festgeld 5000 Euro, 3 Monate	0,11	0,01 – 0,30
Festgeld 5000 Euro, 6 Monate	0,18	0,01 – 0,75
Festgeld 5000 Euro, 12 Monate	0,16	– 0,70
Festgeld 10000 Euro, 2 Jahre	0,29	0,01 – 0,90
Festgeld 10000 Euro, 3 Jahre	0,37	0,01 – 1,10
Festgeld 10000 Euro, 4 Jahre	0,45	0,01 – 1,15
Sparbrief 5 Jahre	0,62	0,01 – 1,25
Sparbrief 10 Jahre	0,91	0,01 – 1,70

Kreditzinsen Quelle: FMH

Hypothekenzinsen, eff., 100k Euro, 60%, 5 J.	0,84
Hypothekenzinsen, eff., 100k Euro, 60%, 10 J.	1,06
Dispokredit (Giro)	9,28
Überziehungskredit (Giro)	10,77
Ratenkredit 5000 Euro, 24 Monate	3,91
Ratenkredit 5000 Euro, 48 Monate	4,26
Ratenkredit 10000 Euro, 36 Monate	3,99
Ratenkredit 10000 Euro, 60 Monate	4,08

Euro Geldmarkt unter Banken Quelle: LBBW

16.04.	Tagesgeld	1 Woche	1 Monat	3 Monate	6 Monate	1 Jahr
AUD	1,74 – 1,90	1,63 – 1,79	1,74 – 1,90	1,85 – 2,01	1,87 – 2,03	2,01 – 2,17
CAD	1,54 – 1,74	1,67 – 1,87	1,69 – 1,89	1,73 – 1,93	1,81 – 2,01	1,96 – 2,16
USD	2,40 – 2,50	2,43 – 2,53	2,53 – 2,63	2,62 – 2,72	2,66 – 2,76	2,79 – 2,89
EUR	-0,53 – -0,37	-0,51 – -0,34	-0,50 – -0,29	-0,43 – -0,21	-0,36 – -0,15	-0,24 – -0,03
JPY	-0,22 – -0,10	-0,22 – -0,10	-0,22 – -0,10	-0,22 – -0,10	-0,18 – -0,06	-0,11 – 0,01
GBP	0,70 – 0,80	0,45 – 0,55	0,75 – 0,85	0,83 – 0,93	0,93 – 1,03	0,97 – 1,07
CHF	-0,86 – -0,72	-0,86 – -0,72	-0,84 – -0,70	-0,78 – -0,64	-0,71 – -0,57	-0,60 – -0,46

Genussscheine

16.04.	Coup.	Kurs(%)	+/-
Bayern.LB von 07	5,13	105,30	0,10
Bertelsmann 01	15,00	342,10	0,91
Bertelsmann 92(variabel)	15,00	195,51	0,00
Commerzbk. 05	4,70	108,00	0,00
Dräger 83 (Euro)	0,00	216,00	0,47
Dräger 91 (Euro)	0,00	235,00	3,98
Enercity	0,00		0,00

16.04.	Coup.	Kurs(%)	+/-
German Pellets	8,00	0,00	0,00
GWB Immob von 09	6,00	2,80	0,00
Magnum 03	6,00	96,50	0,00
Magnum 99	6,00	98,00	0,00
Portigon 00	7,46	28,00	0,00
Roche Hold.	0,00	237,30	0,42
Salvator Grund. 04	9,50	16,80	0,00

Edelmetalle / Zertifikate / ETF's

Variable Edelmetallkurse

$/1 Feinunze	16.04. Ankauf	Verkauf	Vortag Ankauf	Verkauf	52 Wochen- Hoch	Tief
Gold	1274,92	1275,20	1287,14	1288,64	1355,79	1160,26
Silber	14,97	14,97	14,96	15,06	17,36	13,90
Platin	874,85	884,85	882,50	892,50	955,10	756,00
Palladium	1362,15	1368,15	1361,00	1367,00	1622,03	833,15

Münzen und Barren

	Gewicht in Gramm	Ankauf - Verkauf 16.04. (in Euro)
Münzen		
10 Rubel Tscherwonez	7,74	275,50 - 352,75
Vreneli (20 Fr.)	6,452	198,00 - 234,75
Krügerrand 1 Oz.	31,10	1109,25 - 1175,00
Austr. Nugget 1/2 Oz.	15,55	554,75 - 615,25
Gold Maple Leaf 1 Oz.	31,10	1109,25 - 1175,00
Eagle/Nug/Phil.1 Oz.	31,10	1109,25 - 1188,50

	Gewicht in Gramm	Ankauf - Verkauf 16.04. (in Euro)
Barren		
Goldbarren	10	359,00 - 420,50
Goldbarren	20	719,50 - 826,25
Goldbarren	50	1803,25 - 1987,25
Goldbarren	100	3597,50 - 3715,50
Goldbarren	1000	36019,50 - 36803,75
Silberbarren	1000	406,25 - 448,25

Rohstoff-Zertifikate / Rohstoff-ETF's

WKN	Name,Emittent Laufzeit endlos	Kurs 16.04.	+/- Euro
DB5ALU	Aluminium, DB	9,43	-0,42
SG5HF7	Baumwolle, SG	9,23	-1,70
DB2BEN	Benzin, DB	13,85	-0,79
DB6LED	Blei, DB	11,51	0,61
SG9F33	Blei, SG	15,16	0,00
DB2BRE	Brent, DB	34,16	-0,87
CR5H5H	Brent, COB	47,20	-0,51
CZ5495	CO2-Emission, COB	25,88	0,39
SG0D0A	Diesel, SG	44,26	-0,32
VN56BE	EEX-Strom Phelix, VON	2,74	0,00
DZ2X4R	Erdgas, DZ	28,48	-1,21
BN2GLD	Gold, BNP	98,44	-0,30
HV2XAU	Gold, HVB	10,17	-1,17
DB05EX	Gold, DB	101,58	-0,33
CK8BU9	Hafer, COB	53,46	0,21
DB2H0L	Heizöl, DB	9,66	-0,41
RC0QA1	Kaffee, RCB	28,34	4,08
RC0QAZ	Kakao, RCB	6,35	10,82
DZ0CEE	Kupfer, DZ	57,36	0,28
RCB72G	Mais, RCB	1,56	0,00
DB6NCK	Nickel, DB	8,10	0,62

WKN	Name,Emittent Laufzeit endlos	Kurs 16.04.	+/- Euro
SG9F3T	Palladium, SG	104,90	-1,04
CB5UXF	Platin, COB	7,80	-0,38
DZ0B99	Silber, DZ	13,17	0,00
RCB72J	Sojabohnen, RCB	11,65	0,00
RCB72K	Sojabohnenöl, RCB	1,47	-0,68
RC0GVZ	Weizen, RCB	4,85	0,00
DB3WT1	WTI Light Sw. Crude, DB	19,28	-1,48
DZ0CGG	Zink, DZ	22,13	1,10
DZ0CHH	Zinn, DZ	167,83	1,24
RC0K3X	Zucker, RCB	24,10	2,34
A0S9GB	DB Xetra-Gold ETF	36,30	-0,92
DBX1LC	db x-tr. DBLCI-OY ETF	17,05	-0,73
A1W4DP	BNP S&P 500	11,87	0,34
DBX0CZ	db x-tr. DB Com.Bo. ETF	14,62	-0,42
DBX1MW	db x-tr. MSCI World ETF	54,53	0,29
A0F5UK	iShares Eur 600 Bas.Res.	50,45	-0,28
A0H0BH	iShares Eur 600 Food&Be.	72,41	-0,06
LYX0Z2	Lyxor Commodities ETF	15,54	-0,13
LYX0Z1	Lyxor Com. NE ETF	16,24	-0,45
A0KRJ3	RBS, Natural Gas ETF	0,03	-2,22
A0RPSB	Source Eur 600 Oil&Gas	205,30	-0,65

Rohstoffe / Terminkontrakte

Rohstoffe/Metalle

17:44 Uhr MEZ	Laufzeit	16.04.	Vortag
Indizes			
CRB-Index		195,0	195,6
GSCI-Index		0,0	244,2
Agrarwaren, Tierprodukte			
Winn., Gerste (Can$/t)	Mai 19	151,0	
Chgo., Hafer (¢/bushel)	Mai 19	296,0	289,5
Chgo., Hafer (¢/bushel)	Jul 19	278,8	277,5
Chgo., Mais (¢/bushel)	Mai 19	359,0	362,5
Chgo., Mais (¢/bushel)	Jul 19	367,8	371,3
Paris, Rapssaat (Euro/t)	Mai 19	360,0	361,0
Paris, Rapssaat (Euro/t)	Aug 19	362,5	363,3
Winn., Rapssaat (Can$/t)	Mai 19	454,6	455,4
Chgo., Sojabohn. (¢/bushel)	Mai 19	888,3	898,5
Chgo., Sojaöl (¢/lb)	Mai 19	28,64	28,79
Chgo., Weizen (¢/bushel)	Mai 19	446,8	459,5
Chgo., Weizen (¢/bushel)	Jul 19	449,8	463,0
Winn., Rapssaat (Can$/t)	Apr 19	145,6	145,7
Winn., Rapssaat (Can$/t)	Apr 19	127,1	126,3
Genussmittel			
NY, Kaffee ($/lb)	Mai 19	90,20	91,35
NY, Kakao ($/t)	Mai 19	2338	2420
NY, Kakao ($/t)	Jul 19	2346	2396
NY, Orangensaft	Mai 19	107,5	109,7
NY, Zucker (¢/lb)	Mai 19	12,58	12,64
Wolle, Kautschuk			
NY, Baumwolle (¢/50.000 lb)	Mai 19	77,32	76,74
Tokio, Rubber (Yen/kg)	Apr 19	185,4	186,4
Tokio, Rubber (Yen/kg)	Mai 19	186,6	188,3
Energie			
NY, Benzin ($/100 Gallonen)	Mai 19	201,1	201,2
NY, Benzin ($/100 Gallonen)	Jun 19	199,0	199,2
London, Gasöl ($/t)	Mai 19	634,3	631,5
London, Gasöl ($/t)	Jun 19	635,3	633,0
NY, Heizöl ($/100 Gallonen)	Mai 19	207,0	206,4
NY, Heizöl ($/100 Gallonen)	Jun 19	207,1	206,7
London, Rohöl ($/Barrel)	Jun 19	71,20	71,30
London, Rohöl ($/Barrel)	Jul 19	70,73	70,85
NY, Rohöl ($/Barrel)	Mai 19	63,56	63,53
NY, Rohöl ($/Barrel)	Jun 19	63,70	63,69
NY, Rohöl ($/Barrel)	Jul 19	63,78	63,79
Spot-Markt	Dated Brent	71,20	71,26
Spot-Markt	Opec-Korb	70,21	70,44

NE- und Edelmetalle

17:44 Uhr MEZ	Laufzeit	16.04.	Vortag
London, Aluminium	Kasse	1839	1844
London, Aluminium	3 Mon.	1855	1859
London, Aluminium-Alloy	Kasse	1330	1325
London, Aluminium-Alloy	3 Mon.	1350	1350
London, Blei	Kasse	1943	1932
London, Blei	3 Mon.	1961	1948
London, Kupfer	Kasse	6460	6456
London, Kupfer	3 Mon.	6485	6474
London, Nickel	Kasse	12970	12855
London, Nickel	3 Mon.	13070	12940
London, Zink	Kasse	2920	3000
London, Zink	3 Mon.	2831	2899
London, Zinn	Kasse	20800	20755
London, Zinn	3 Mon.	20540	20650
NY, Gold ($/Feinunze)	Apr 19	1273	1287
NY, Gold ($/Feinunze)	Mai 19	1275	1288
NY, Gold ($/Feinunze)	Jun 19	1278	1291
NY, Kupfer (¢/25.000 lb)	Apr 19	293,7	292,8
NY, Kupfer (¢/25.000 lb)	Mai 19	293,8	293,4
NY, Kupfer (¢/25.000 lb)	Jun 19	294,2	293,9
NY, Pallad. ($/Feinunze)	Apr 19	1340	1340
NY, Pallad. ($/Feinunze)	Mai 19	1339	1339
NY, Platin ($/Feinunze)	Apr 19	888,3	890,2
NY, Platin ($/Feinunze)	Mai 19	880,8	884,6

Außerbörsliche Metallpreise

NE-Metalle (100 kg)	16.04.	Vortag
Del-Notiz	579,8	579,5
Kupfer MK	683,3	682,9
Blei in Kabeln	200,0	199,1
Messing MS 58	543,0	545,0
Messing MS 58-2	591,0	593,0
Messing MS 63/37	578,0	581,0

Umicore Fixingpreise (kg)	16.04.	Vortag
Gold Ankaufspreis	35960	35950
Gold verarbeitet	40410	40400
Silber Ankaufspreis	418,4	418,2
Silber verarbeitet	494,

ANZEIGEN-SONDERVERÖFFENTLICHUNG

Tägliche Veröffentlichung der Anteilspreise von Qualitätsfonds mitgeteilt von vwd

Allianz Global Investors

www.allianzglobalinvestors.de

16.04.19 Name	Währung	ISIN	Ausgabe	Rücknahme	+/- %	3 J. Perf.
Adifonds A	€	DE0008471038	127,08	121,03	+1,03	+15,22
Aktien Europa A	€	DE0008471483	92,69	88,28	+0,16	+9,09
Concentra A	€	DE0008475005	120,13	114,41	+1,06	+15,71
Europazins A	€	DE0008476037	56,08	54,45	-0,20	+1,85
Flexi Rentenf. A	€	DE0008471921	93,43	90,27	+0,08	+5,38
Fondak A	€	DE0008471012	180,74	172,13	+1,14	+18,98
Global Eq Divid A	€	DE0008471467	116,38	110,84	+0,28	+17,74
Industria A	€	DE0008475021	104,66	99,68	+0,40	+6,13
Interglobal A	€	DE0008475070	347,25	330,71	+0,22	+47,91
Kapital Plus A	€	DE0008476250	65,14	63,24	+0,19	+5,28
Mobil-Fonds A	€	DE0008471913	49,78	48,80	-0,04	-1,69
Nebw. Deutschl.A	€	DE0008481763	316,79	301,70	-0,73	+22,37
Rentenfonds A	€	DE0008471400	86,93	84,81	-0,12	+0,11
Rohstofffonds A	€	DE0008475096	71,23	67,84	+0,38	+48,19
Strategief Stab.A2	€	DE0009797621	55,43	53,82	-0,02	+2,76
Thesaurus AT	€	DE0008475013	977,24	930,70	+1,03	+14,95
Verm. Deutschl. A	€	DE0008475062	185,14	176,32	+1,15	+16,04
Wachstum Euro I A	€	DE0009789842	121,18	115,41	+0,74	+20,21
Wachstum Europa A	€	DE0008481821	125,98	119,98	+0,70	+15,98

Allianz Global Investors GmbH Luxembourg Branch

Best Sty Eur Eq AT	€	LU1019963369	142,36	135,58	+0,37	+19,21
Best Sty US Eq AT	€	LU0933100637	221,17	210,64	+0,06	+40,51
Dyn Mu Ass Str15 A	€	LU1089088071	108,75	105,58	-0,07	+4,45
Dyn Mu Ass Str50 A	€	LU1089089323	132,51	127,41	±0,00	+13,65
Dyn Mu Ass Str75 I	€	LU1089088402	1367	1367	+0,10	+27,29
Enh Sh Term Euro AT	€	LU0293294277	107,81	107,81	±0,00	-0,69
Euro Bond A	€	LU0165915215	12,02	11,67	-0,17	+2,13
Europe SmCap Eq A	€	LU0293315023	227,85	217,00	+0,43	+25,41
European Eq Div AT	€	LU0414045822	294,84	280,80	+0,45	+15,40
FI Rate NoPH-V2I A	€	LU1100107371	97,73	97,73	+0,01	-0,69
Glb Agricult Tr. A	€	LU0342688198	157,47	149,97	+0,44	-1,31
Glb Artintellig AT	€	LU1548497772	141,51	134,77	-0,50	-
Glb Mu-Ass Cre-AH2	€	LU1480268660	98,99	96,11	-0,03	-
Glb SmCap Eq AT	$	LU0963586101	13,82	13,16	±0,00	+25,10
Income & Gro A USD	$	LU0964807845	11,37	10,93	+0,18	+30,39
Income Gr A-H2-EUR	€	LU0766462104	116,72	112,23	+0,15	+22,10

Alte Leipziger Trust

Euro Short Term	€	DE0008471699	43,88	43,45	±0,00	-0,59
Aktien Deutschland	€	DE0008471608	115,75	110,24	+0,69	+12,53
AL Trust Euro Relax	€	DE0008471798	52,92	51,38	+0,06	+1,56
AL Trust Chance	€	DE000A0H3PH0	82,88	78,93	+0,23	+19,68
AL Trust Stab	€	DE000A0H0PF4	64,73	62,84	+0,05	+8,21
Trust Euro Dfav	€	DE0008471780	46,79	45,79	±0,00	-0,78
Trust Euro Renten	€	DE0008471616	47,16	45,79	±0,00	+3,48
Trust Akt Europa	€	DE0008471764	53,14	50,61	+0,18	+22,15
Trust Glbl Invest	€	DE0008471715	96,68	92,08	+0,13	+28,87

ampega.

Talanx Investment Group

www.ampega.de

Amp AmerikaPl Akt	€	DE000A0MY039	187,69	178,75	+0,32	+40,25
Amp CrossoverPl. P	€	LU0905727250	108,56	105,40	+0,15	+8,77
Amp DivPlus Akt P	€	DE000A0NBPJ8	133,77	127,40	+0,46	+12,17
Amp EuroAktV.C10P	€	DE000A0YAYK7	102,86	99,86	+0,39	-0,41
Amp EuroZonePl Akt	€	DE000A12BRM7	114,91	109,44	+0,16	+14,55
Amp Fakt StrPl Pa	€	DE000A12BRT2	104,03	101,00	+0,13	-
Amp GenderPlus Akt	€	DE000A12BRD6	106,76	102,65	+0,28	+21,36
Amp Global Aktien	€	DE0009847301	14,47	13,85	+0,07	+33,96
Amp Global Renten	€	DE0008481086	17,70	17,06	±0,00	+0,09
Amp ISP Dynamik	€	DE000A0NBPM2	124,91	120,11	+0,10	+10,74
Amp ISP Komfort	€	DE000A0NBPL4	109,59	106,40	+0,02	+3,38
Amp ISP Sprint	€	DE000A0NBPN0	149,71	142,58	+0,10	+19,92
Amp Real Estate Pl	€	DE0009847483	107,01	101,91	-0,03	+1,67
Amp Rendite Renten	€	DE0008481052	21,84	21,20	±0,00	+5,96
Amp Reserve Renten	€	DE0008481144	50,83	50,33	+0,02	+1,88
Amp UnternAnl fds	€	DE0008481078	25,61	24,86	+0,08	+5,02
Glob ETF Aktien Pa	€	DE000A0YAYA8	17,25	16,75	+0,06	+29,07
terrAss Akt I AMI	€	DE0009847343	32,09	30,71	+0,23	+28,79

apoAsset

apo Forte INKA*	€	DE0005324313	61,65	59,28	-0,12	+16,41
apo Mezzo INKA*	€	DE0005324305	65,95	64,03	-0,17	+9,43
apo Piano INKA*	€	DE0005324297	66,42	65,12	-0,15	+5,31
apo Rente Plus*	€	DE0007939886	46,65	45,74	-0,09	+3,51
apo TopDiv Europa*	€	DE000A1H5EE7	60,69	58,92	-0,24	+13,00
apo VarioZins Plus*	€	DE0005324222	50,98	50,98	±0,02	+0,86
apo Vivace INKA*	€	DE000A0M28Q0	57,47	55,26	-0,18	+5,99

Augeo Capital Management S.A.

ALTIS Bal Value*	€	LU0142612901	78,55	74,81	+1,81	+9,95
ALTIS Global Rel*	€	LU0188358195	145,77	138,83	+3,01	+58,61

BNP PARIBAS ASSET MANAGEMENT

Eq Euro Inc Def C*	€	LU1049885806	102,68	102,68	+0,65	-
Eq Best Sel Euro*	€	LU0823401574	523,44	523,44	+0,03	+22,45
Eq Europe Sm Cap*	€	LU0212178916	234,38	234,38	+0,38	+26,09
Eq Russia*	€	LU0823431720	136,70	136,70	-0,29	+56,78
Eq USA Sm Cap*	$	LU0823410997	249,04	249,04	-0,55	+50,28
FlexiUSMicrnClassic*	$	LU1080341065	1729	1729	-0,02	+1,61
Global Environm.*	€	LU0347711466	208,03	208,03	-0,12	+36,11
Parvest AquClassic*	€	LU1165135440	130,10	130,10	+0,19	+33,91
Smart Food Classic*	€	LU1163137149	110,52	110,52	+0,17	+18,85
Strat Stab SRI Eur*	€	LU0087047089	426,72	426,72	-0,05	+2,98
BNP Paribas Real Estate						
INTER ImmoProfil	€	DE0009820068	58,45	55,67	±0,00	+6,27

BNY MELLON

PB Balanced	€	DE0008026263	57,89	55,13	-0,05	-0,69
PB Europa*	€	DE0009770289	49,92	47,54	+0,21	+27,56
PB Eurorent	€	DE0008026255	57,00	55,34	-0,02	+2,67
PB Megatrend	€	DE0009317374	118,71	113,06	+0,20	+52,57
PB Triselect	€	DE0009770370	48,07	45,78	+0,07	+11,78

C&P Funds (Creutz & Partners)

C&P ClassIX*	€	LU0113798341	61,13	58,78	+0,03	+35,20
C&P QuantIX*	€	LU0957633683	119,95	115,34	+0,10	+30,68

Commerz Real

hausInvest	€	DE0009807016	44,01	41,91	±0,00	+6,50

Craton Capital

Precious Metal*	$	LU0167426881	85,50	85,50	-0,84	-11,37

DAVIS FUNDS SICAV

Global A*	$	LU0067889476	41,10	38,74	-0,79	+36,44
Value Fund A*	$	LU0067888072	56,86	53,59	-0,24	+39,35

Deka Investments

Tel.: 069 / 7147-652 www.deka.de

Aktfds RheinEdit I	€	DE000DK2J7N4	108,71	106,06	+0,19	+24,29
Aktfds RheinEdit nA	€	DE0009771907	43,51	43,51	+0,18	+20,83
Aktfds RheinEdit P	€	DE0008480674	54,27	51,56	+0,19	+22,96
AnDeka AV	€	DE000DK2J860	113,43	113,43	+0,23	-
AnDeka CF	€	DE0008474511	71,25	67,69	+0,22	+17,50
ARDEKA TF	€	DE000DK2D7G4	179,30	179,30	+0,23	+14,99
BasisStrat Aktien	€	DE000DK2EAG7	130,26	125,55	-0,01	+19,39
BasisStrat Flex CF	€	DE000DK2EAR4	111,24	107,22	+0,03	+9,68
BasisStrat Re TF A	€	LU1084635462	96,67	96,67	+0,04	-1,59
BerolinaRent Deka	€	DE0008480799	40,77	39,34	+0,08	+3,97
BR Aktien 100	€	DE0005424519	80,69	77,96	+0,09	+30,44
BR Aktien 20	€	DE0005424584	65,27	63,06	+0,02	+5,83
BR Aktien 35	€	DE0005424576	68,99	66,56	+0,05	+8,83
BR Aktien 55	€	DE0005424550	74,76	72,23	+0,07	+15,55
BR Aktien 75	€	DE0005424543	81,32	78,57	+0,06	+23,31
BR Aktien 85	€	DE0005424527	78,70	76,04	+0,08	+26,04
BW Zielfonds 2020	€	DE000DK0ECN3	38,75	37,99	-0,08	+3,14
BW Zielfonds 2025	€	DE000DK0ECP8	44,08	43,22	+0,05	+10,06
BW Zielfonds 2030	€	DE000DK0ECQ6	48,83	47,87	+0,19	+16,02
CorpBnd GlobHdgEUR	€	DE000DK2J7D5	102,95	99,95	+0,14	+5,33
DeepDiscount 2y	€	DE000DK0YJL0	134,10	132,77	-0,02	+5,99
Deka-Co Bd NFin. CF	€	DE000DK2D7V3	128,95	125,19	+0,11	+5,46
Deka-Co Bd NFin. S	€	DE000DK2D7W1	129,72	125,94	+0,11	+6,42
Deka-DiscountZy III	€	DE000DK1A4Z5	139,58	138,20	+0,01	+6,79
Deka-Deut.Bal. CF	€	DE000DK2CFB1	111,55	108,30	+0,23	+1,26
Deka-Deut.Bal. TF	€	DE000DK2CFC9	107,46	107,46	+0,23	+0,21
Deka-Dividen Rh Ed	€	DE000DK0EF98	102,40	98,70	+0,09	-
Deka-DtschI Akt Str	€	DE0008479288	106,68	101,60	+0,71	+14,22
Deka-Eurol.Bal. CF	€	DE0005896872	58,10	56,41	+0,07	+2,92
Deka-Eurol.Bal. TF	€	DE000DK1CHH6	112,61	112,61	+0,06	+1,85
Deka-Europa Akt Str	€	DE0008479247	68,27	65,02	+0,12	+18,86
DekaFonds AV	€	DE000DK2J829	113,38	113,38	+0,57	-
DekaFonds CF	€	DE0008474503	111,32	105,76	+0,56	+19,16
DekaFonds TF	€	DE000DK2D7T7	262,02	262,02	+0,56	+16,60
Deka-Glob Akt Str	€	DE0009799064	39,41	37,53	-0,03	+20,49
Deka-Global Bal CF	€	DE000DK2J8N2	101,91	98,94	+0,05	-
Deka-Global Bal TF	€	DE000DK2J8P7	98,15	98,15	+0,05	-
Deka-Inst.Ren.Eu.	€	DE0007019416	70,31	68,93	-0,06	+3,07
Deka-Inst.Ren.Euld.	€	DE0007019424	60,29	59,11	-0,02	+1,11
Deka-KomEuBal.I(A)	€	DE0007019499	64,63	63,05	+0,03	-0,63
DekaKomEuBalCF(T	€	DE000DK2D724	112,73	109,98	+0,02	-1,22
Deka-MegaTrends AV	€	DE000DK2J811	1189	1189	+0,18	-
Deka-MegaTrends CF	€	DE0005152706	84,00	80,96	+0,19	+35,76
Deka-Multi St G PB	€	DE000DK0LMW8	102,36	99,86	-0,01	-
Deka-PB Defensiv	€	DE000DK2CCQ6	114,37	112,13	+0,01	+0,55
Deka-PB Man.Mandat	€	DE000DK2J7R5	118,57	115,12	+0,23	+17,89
Deka-PB Multimana.	€	DE000DK2D9U1	117,49	114,07	+0,15	+5,13
Deka-PB Wert 4y	€	DE000DK0EC42	109,05	106,39	±0,00	-1,17
Deka-RentenReal	€	DE000DK0AYK1	36,27	35,21	-0,03	-2,31
DekaRent-Intern. CF	€	DE0008474560	19,77	19,19	±0,00	+0,40
DekaRent-intern.TF	€	DE000DK1A6Q9	121,07	121,07	+0,01	-1,05
Deka-Sachwer. CF	€	DE000DK0ZEC83	100,66	97,73	+0,06	-0,49
Deka-Sachwer. TF	€	DE000DK0EC91	95,84	95,84	+0,05	-1,53
Deka-Schweiz	€	DE0009762864	415,24	402,17	+0,53	+18,89
DekaGe Konservativ	€	DE000DK1CJR1	93,77	92,84	+0,02	-0,04
DekaSel.Nachhaltig	€	DE000DK1CJS9	107,02	103,15	+0,05	+1,10
DekaSpezial AV	€	DE000DK2J8J5	118,53	118,53	+0,03	-
DekaSpezial CF	€	DE0008474669	385,51	371,58	+0,02	+32,54
DekaSpezial TF	€	DE000DK1A408	277,62	277,62	+0,02	+29,71
Deka-Stift. Bal.	€	DE0005896864	56,95	55,63	-0,04	-0,08
Deka-Strat.Inv. CF	€	DE000DK2EAD4	125,33	120,80	+0,17	+16,23
Deka-Strat.Inv. TF	€	DE000DK2EAE2	118,73	118,73	+0,17	+13,76
DekaTresor	€	DE0008474750	89,18	87,00	±0,00	+2,20
Digit Kommunik TF	€	DE0009771923	79,82	79,82	+0,38	+18,34
Div Strateg CF A	€	DE000DK2CDS0	164,44	158,50	+0,20	+14,88
DividendenDiscount	€	DE000DK2CGN4	116,81	112,59	+0,13	+0,86
DivStrategieEur CF	€	DE000DK2J6T3	94,49	91,07	+0,05	+11,40
DivStrategieEur S	€	DE000DK2J6U1	94,58	92,27	+0,07	+13,55
D-RentSp EM 3/2021	€	DE000DK2J6K2	105,14	103,59	+0,04	+8,35
Euro Potential CF	€	DE0009786277	141,83	136,70	-0,04	+27,21
Euro Potential TF	€	DE0009786285	125,43	125,43	-0,07	+24,79
EuropaBond AV	€	DE000DK2J8T8	100,84	100,84	+0,03	-
EuropaBond CF	€	DE000DK091G0	117,32	113,90	+0,03	+1,11
EuropaBond TF	€	DE0009771980	41,47	41,47	+0,02	-0,36
EuropaSelect AV	€	DE000DK2J837	118,18	118,18	+0,12	-
EuropaSelect CF	€	DE0009786186	66,34	63,94	+0,13	+18,17
EuroRent-EM-Invest	€	DE0008479254	49,36	47,58	+0,04	+13,35
Frankf.Sparinvest	€	DE0008479981	52,59	51,06	±0,00	+1,70
Frankf.Sparinvest	€	DE0008480732	142,21	135,44	+0,52	+22,94
Gl Rent Hinc CF	€	DE000DK2EAL7	100,25	97,33	+0,07	+11,28
Gl Rent Hinc TF	€	DE000DK2EAN5	96,51	96,51	+0,06	+9,69
GlobalChampions AV	€	DE000DK2J852	125,49	125,49	+0,34	-
GlobalChampions CF	€	DE000DK0ECU8	198,76	191,58	+0,34	+41,61
GlobalChampions TF	€	DE000DK0ECV6	176,45	176,45	+0,34	+38,29
Manfr. Strategiekonz.	€	DE000DK2CE40	164,85	164,85	+0,17	+14,53
Manfr. Wertkonz. ausg.	€	DE000DK1CHU9	103,17	103,17	+0,05	+6,20
Multi Asset In I A	€	DE000DK2J670	96,41	93,60	+0,09	+5,60
Multi Asset In S A	€	DE000DK2J688	96,10	93,30	+0,08	+6,00
Multi Asset In CFA	€	DE000DK2J662	96,27	93,47	+0,07	+4,86
Multirent-Invest	€	DE0008479213	36,66	35,59	+0,03	+8,55
Multizins-INVEST	€	DE0009786061	32,11	31,17	+0,06	+2,12
Nastpa-Akt Glob CF	€	DE0009771956	71,74	69,48	+0,16	+32,38
Nastpa-Akt Glob TF	€	DE000DK0LNH7	103,03	103,03	+0,17	-
Nastpa-Fonds	€	DE0008480807	43,36	42,30	+0,09	+2,21
Portfolio Dynam T*	€	DE000A0NAUU7	14323	13641	+0,30	+10,27
RendtDeka	€	DE0008474537	24,27	23,56	-0,13	+4,27
RendtDeka TF	€	DE000DK2D640	30,51	30,51	-0,13	+3,79
RentenStratGl TF	€	DE000DK2J6Q9	96,09	96,09	+0,02	+1,81
RentenStratGlob CF	€	DE000DK2J6P1	99,65	96,75	+0,01	+2,97
RentenStratGlob PB	€	DE000DK2J6R7	98,77	96,83	+0,01	+3,13
RentSpezHinc9/20CF	€	DE000DK2EAH5	103,05	101,53	+0,03	+7,06
RentSpHi 6/2020 CF	€	DE000DK2J589	101,98	100,47	+0,03	+4,80
RentSpHi 6/2020 SA	€	DE000DK2J597	101,57	100,07	+0,04	+5,56
ReSpHY6/2019CF	€	DE000DK2D8U3	102,80	101,28	+0,02	+1,83
RheinEdition Glob	€	DE0009786129	36,15	36,15	+0,06	+15,74
Rntfds RheinEdit	€	DE0008480666	29,84	28,79	±0,00	+1,01
Rntfds RheinEdit oA	€	DE0009771915	29,58	29,58	±0,00	-0,62
S-BayRent-Deka	€	DE0008480773	53,98	52,09	-0,04	+0,68
Sigma + Konservativ	€	DE0007019325	42,62	41,58	+0,02	+0,09
Sigma Plus Balanced	€	DE0007019333	44,68	43,59	±0,00	+3,93
Technologie CF	€	DE0005152623	40,91	39,43	-0,05	+70,58
Technologie TF	€	DE0005152631	32,38	32,38	-0,06	+67,24
UmweltInvest CF	€	DE000DK0ECS2	137,10	132,14	+0,22	+32,60
UmweltInvest TF	€	DE000DK0ECT0	121,16	121,16	+0,22	+29,77
VAG-Weltzins-INV	€	DE000A2DJVM0	90,45	90,45	-0,06	-
Warb Portf Flex T*	€	DE000A0NALN5	14043	13503	+0,09	+9,00
Weltzins-Invest I	€	DE000A1JSHJ5	27,05	27,05	-0,04	+8,51
Weltzins-Invest P	€	DE000A1CKYM9	26,05	25,29	-0,04	+6,96
Weltzins-Invest T	€	DE000A0N8KA6	31,66	31,66	-0,03	+8,45
Zielfds 2015-2019	€	DE000DK0A6D1	44,44	44,44	+0,02	-3,48
Zielfds 2020-2024	€	DE000DK0A6E9	45,87	45,87	±0,00	-0,37
Zielfds 2025-2029	€	DE000DK0A6F6	61,30	59,23	+0,02	+8,24
Zielfds 2030-2034	€	DE000DK0A6G4	79,44	76,75	+0,09	+22,63
Zielfds 2035-2039	€	DE000DK0EFD7	60,72	58,67	+0,14	+26,89
Zielfds 2040-2044	€	DE000DK0EFE5	59,91	57,88	+0,14	+26,45
Zielfds 2045-2049	€	DE000DK0EFF2	59,63	57,61	+0,14	+25,80
Zielfds 2050-2054	€	DE000DK091C9	58,71	56,72	+0,14	+26,39
Zukunftsplan I	€	DE000DK1CJ20	276,60	268,54	+0,23	+24,99
Zukunftsplan II	€	DE000DK1CJ38	221,89	215,43	+0,16	+21,04
Zukunftsplan IV	€	DE000DK1CJ53	130,72	126,91	-0,01	+1,08
Zukunftsplan III	€	DE000DK1CJ46	215,04	208,78	±0,00	+10,51

Deka International (Lux)

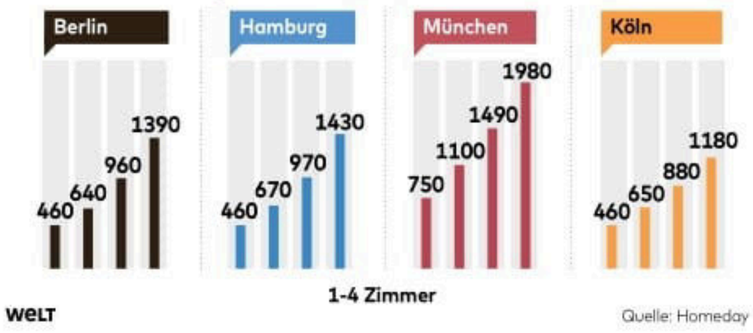
BasisStr Renten CF	€	LU0107368096	104,41	103,38	+0,04	-1,07
BasisStr Renten TF	€	LU0041778739	1331	1331	+0,04	-1,83
BasisStrat Re TF A	€	LU1084635462	96,67	96,67	+0,04	-1,59
Berol Ca Chance	€	LU0096429435	56,37	54,73	+0,09	+11,87
Berol Ca Premium	€	LU0096429609	67,68	65,39	+0,17	+23,90
Berol Ca Sicherh.	€	LU0096428973	43,87	42,80	±0,00	+3,69
Berol Ca Wachst.	€	LU0096429351	41,96	40,84	+0,05	+4,01
Commodities I (A)	€	LU0263139023	59,78	57,62	-0,47	+31,30
Commodities I (T)	€	LU0263139296	64,21	61,89	-0,47	+31,29
Commodities TF (A)	€	LU0263138561	50,69	50,69	-0,45	+26,42
Corp Bd. Euro CF	€	LU0112241566	58,00	56,31	+0,09	+8,08
Corp Bd. Euro TF	€	LU0112250559	55,48	55,48	+0,09	+6,54
Corp Bd HY Euro CF	€	LU0139115926	41,53	40,32	+0,07	+13,23
Deka-Commod CF(A)	€	LU0263138306	56,67	54,62	-0,47	+29,19
Deka-Conv Akt CF	€	LU0133666676	170,44	164,28	-0,51	+34,68
Deka-Conv Akt. TF	€	LU0133666759	152,40	152,40	-0,50	+32,54
Deka-Conv Rent CF	€	LU0133666163	44,54	42,93	+0,21	-6,94
Deka-Conv Rent. TF	€	LU0133666247	42,46	42,46	+0,19	-8,92
DekaDeNebenwerte AV	€	LU1508334992	126,10	126,10	+0,47	-
DekaDeNebenwerte CF	€	LU0923076640	200,47	193,22	+0,47	+31,23
DEKA-E.AKT.SPEZ.CF	€	LU1227289516	119,86	115,53	+0,20	+18,14
Deka-EM Bond AV	€	LU1508394241	102,18	102,18	+0,10	-
Deka-EM Bond CF	€	LU0350136957	98,22	94,67	+0,11	+8,02
Deka-EM Bond TF	€	LU0350138573	93,48	93,48	+0,11	+5,71
Deka-Eu Stocks CF	€	LU0097655574	41,90	40,39	+0,10	+23,99
Deka-Eu Stocks TF	€	LU0097654924	37,06	37,06	+0,14	+21,46
DekaEuAktSpezAV	€	LU1508335152	117,52	117,52	+0,20	-
DekaEuAktSpezCF(A)	€	LU0835598458	171,78	165,57	+0,21	+18,31
Deka-Europa Neb AV	€	LU1496720951	122,15	122,15	+0,16	-
Deka-Europa Neb CF	€	LU1496713741	126,75	122,17	+0,17	-
Deka-Europa Neb TF	€	LU0075131606	77,87	77,87	+0,17	+18,62
Deka-EuropaVal CF	€	LU0100187060	51,29	49,44	+0,12	+20,60
Deka-EuropaVal TF	€	LU0100186849	48,35	48,35	+0,12	+17,94
Deka-FlexZins CF	€	LU0249486092	977,87	973,00	+0,01	+0,56
Deka-FlexZins TF	€	LU0268059614	974,74	974,74	+0,01	+0,55
Deka-Gl Conv Re TF	€	LU0245302137	37,71	37,71	±0,00	+3,79
Deka-GlbConRent CF	€	LU0245287742	39,80	38,36	±0,00	+6,09
Deka-GlbSel CF	€	LU0350093026	201,70	194,41	+0,15	+31,31
Deka-GlbSel TF	€	LU0350094933	187,17	187,17	+0,14	+28,49
DekaGlobAktLRCF(A)	€	LU0851806900	187,47	180,69	+0,16	+23,75
Deka-Indust 4.0 CF	€	LU1508359509	146,91	141,62	-0,11	-
Deka-Indust 4.0 TF	€	LU1508360002	139,38	139,38	-0,10	-
Deka-InGarKzptCF(A)	€	LU2232219030	4694	4671	±0,00	±0,00
Deka-InGarKzptCF(T)	€	LU2250598322	5799	5770	±0,00	±0,00
Deka-InGarKzptE(A)	€	LU1830988308	992,25	987,31	±0,00	±0,00
Deka-InGarKzptTF(A)	€	LU2274420214	4649	4649	±0,00	±0,00
Deka-InGarKzptTF-E	€	LU1897277587	989,07	989,07	±0,00	±0,00
Deka-InLiqSarTF(T)	€	LU2274422343	5617	5617	±0,00	±0,00
Deka-Inst Zielk CF	€	LU1440686027	995,94	993,46	±0,00	-
Deka-Inst Zielk TF	€	LU1440686290	993,32	993,32	±0,00	-
DekaLux-BioTech CF	€	LU0348461467	440,36	424,44	-0,37	+14,05
DekaLux-BioTech TF	€	LU0348461897	394,27	394,27	-0,37	+11,62
DekaLux-Bond ELR	€	LU0011194601	70,99	68,92	-0,01	+0,68
DekaLux-Deut.TF	€	LU0062624902	120,96	120,96	+0,58	+15,93
DekaLux-Europa TF	€	LU0062625115	60,24	60,24	+0,08	+13,08
DekaLux-Geldm USD	$	LU0065060971	95,75	95,75	+0,04	+4,31
DekaLux-Japan CF	€	LU0048313653	710,52	675,01	+0,14	+16,87
DekaLux-T-Akt Asien	€	LU0052859252	795,23	755,49	+0,23	+51,98
DekaLux-T-EmMkts	€	LU0350482435	147,59	140,21	+0,07	+48,78
DekaLux-USA AV	€	LU1508421580	124,85	124,85	+0,02	-
DekaLux-USA TF	€	LU0064405334	123,81	123,81	+0,01	+38,67
Deka-MF EM Corp I	€	LU1685587914	97,61	96,17	+0,02	-
Deka-MF Gl Crp HY I	€	LU1685587591	99,17	97,70	+0,01	-
Deka-MF Gl Crp I	€	LU1685588219	98,18	96,73	+0,08	-
Deka-MF Gl Gov Bd I	€	LU1685588649	99,86	98,38	+0,06	-
Deka-Mul Asset Ert	€	LU1508354294	99,33	98,35	+0,02	-
Deka-Mult. St. PB	€	LU1451274754	98,41	95,54	+0,06	-
Deka-NachhAkt CF	€	LU0703710904	180,95	174,41	+0,17	+25,24
Deka-NachhAnl CF	€	LU0703711118	115,38	112,02	+0,06	+2,84
Deka-NachhRent CF	€	LU0703711035	133,17	129,92	+0,11	+13,11
Deka-PB Werterh.2y	€	LU3333672870	115,75	112,93	±0,00	-3,08
Deka-Rent 3-7 CF A	€	LU0041228874	1582	1536	-0,03	+2,23
Deka-Rent 3-7 CF B	€	LU0116762864	63,68	61,83	-0,02	+2,23
Deka-RentEu1-3CF A	€	LU0044138906	1111	1084	±0,00	+1,04
Deka-UnterStrat Eu	€	LU1876154029	109,45	105,49	+0,30	-
Deka-USA Akt. S I	€	LU1138302986	175,73	171,44	+0,06	+41,66
Deka-USA Akt.S AV	€	LU1508400584	126,45	126,45	+0,05	-
Deka-USA Akt.S CF	€	LU1138302630	177,24	170,83	+0,05	+42,31
Disc Strategie 5y	€	LU0323234723	112,26	108,20	+0,16	+12,63
GlbOpportPlus CF A	€	LU0236907720	57,79	55,70	-0,04	+3,32
GConvAfrica TF	€	LU0271177593	113,65	113,65	+0,27	+24,91
GConvAktien CF	€	LU0271177163	120,24	115,89	+0,28	+27,86
GlobalOpp Pl PB(A)	€	LU0236908371	58,03	56,61	-0,04	+4,64
GlobalResources CF	€	LU0349172485	82,40	79,42	-0,35	+41,72
GlobalResources TF	€	LU0349172725	77,63	77,63	-0,35	+38,68
Wandelanleihen CF	€	LU0158528447	77,52	75,26	+0,12	+20,46
Wandelanleihen TF	€	LU0158529254	71,56	71,56	+0,13	+18,74

Deka Immobilien Investment

Deka Immob Europa	€	DE0009809566	48,89	46,

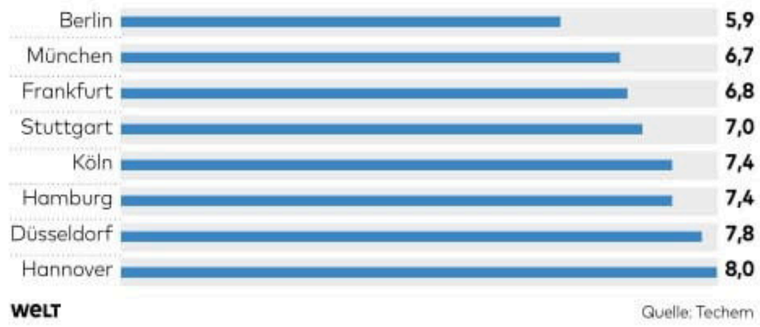
Kaltmiete in ausgewählten Städten

Durchschnittliche Angebotsmiete in Euro



In Berlin wird kaum noch umgezogen

Umzugsquote in Prozent



Was ein Zimmer mehr kostet

Wohnungen in Großstädten sind oft überbelegt, aber Umzüge in größere Einheiten kaum bezahlbar

In manchen deutschen Großstädten taucht neuerdings ein Phänomen auf, das es seit der Nachkriegszeit kaum mehr gegeben hat: die Überbelegung von Wohnungen. Bezahlbare Bleiben sind in Ballungszentren so selten geworden, dass es vor allem für wachsende Familien schwer bis unmöglich geworden ist, im angestammten Kiez eine Alternative zu finden.

VON MICHAEL FABRICIUS

Viele Mieter klammern sich an ihre jetzige Wohnung, weil sie die Mieten, die viele private Vermieter für die nächstgrößere Wohnung verlangen würden, nicht zahlen können. Kommunale oder genossenschaftliche Quartiere mögen günstiger sein, sind dafür aber auch nur im Glücksfall zu haben. Zwar hat es Überbelegung immer wieder einmal gegeben, etwa nach außergewöhnlichen Migrationsphasen aus dem Ausland oder systembedingtem Wohnraummangel wie in der früheren DDR. Doch meistens war sie vorübergehend oder lokal begrenzt.

Jetzt bleiben vor allem ältere Mieter und Familien, wo sie sind. Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang auch von einem „Lock-in-Effekt" auf dem Wohnungsmarkt. Eine aktuelle Datenauswertung des Maklerunternehmens Homeday zeigt einen der Gründe für diesen Effekt. Homeday wertete rund 400.000 Vermietungs- und Verkaufsinserate für die sieben größten Städte der Bundesrepublik aus – und betrachtete dabei besonders den Preisabstand zwischen aktuellen Angebotsmieten für Wohnungen verschiedener Größen.

Im Durchschnitt steigt demnach die Miete mit jedem weiteren Zimmer um jeweils 34 Prozent, wie aus den Daten hervorgeht, die WELT vorliegen. „Noch deutlicher fallen die Unterschiede bei Eigentumswohnungen aus", stellt das Start-up Homeday mit Sitz in Berlin fest. „Hier erhöhen sich die Verkaufssummen mit jedem zusätzlichen Raum sogar um 43 Prozent." Wie zu erwarten sind die Aufschläge in Bayerns Landeshauptstadt München besonders groß. Die mittlere monatliche Kaltmiete dort steigt um 350 Euro auf 1100 Euro, wenn man von einer Ein-Zimmer- in eine Zwei-Zimmer-Wohnung wechseln will – ein Zuwachs um 46 Prozent.

Bei Kaufpreisen sind die Abstände sogar noch größer. „Werden hier bereits für den Kauf von einem Zimmer mit Küche und Bad fast eine Viertelmillion Euro benötigt, so steigt der Verkaufspreis für einen zweiten Wohnraum um weitere 170.000 Euro", stellt Homeday fest. Ähnlich hochpreisig präsentiere sich auch Frankfurt am Main mit einem Zuwachs von 260 Euro auf 810 Euro bei den monatlichen Mietkosten und einer Differenz von mehr als 120.000 Euro bei den Eigentumswohnungen.

Richtig teuer werde es unter anderem auch für junge Familien, die sich von drei auf vier Zimmer vergrößern wollen. In Berlin etwa würden Vermieter für einen zusätzlichen Raum im Schnitt 430 Euro mehr in Rechnung stellen. Die monatliche Mietbelastung steige damit für vier Zimmer von 960 Euro auf 1390 Euro.

Wer sich jetzt in Berlin über diese Zahl wundert: Auch Randlagen sind bei der Auswertung berücksichtigt. Und weil zentrale Lagen immer weniger auf öffentlich zugänglichen Plattformen angeboten werden, beziehungsweise überhaupt zentral gelegene Bleiben seltener frei werden, verzerrt dieser Randlageneffekt ein wenig die Statistik. Jeder Hauptstadtbewohner weiß, dass es eine Vier-Zimmer-Wohnung unter 1400 Euro innerhalb des S-Bahn-Rings kaum noch gibt.

Ebenfalls zu berücksichtigen: Weil es keinen zuverlässigen aktuellen Preisspiegel für Mieten in laufenden Mietverträgen gibt, greifen Anbieter wie Homeday stets auf Angebotsmieten zurück, also Neuvertragsmieten. Das bedeutet aber, dass der Preissprung von einer bestehenden Miete zur nächsten Miete sogar noch höher wird, als in dieser Statistik aufgezeigt werden kann.

„Für Mieter mit günstigen Bestandsverträgen fällt der Aufschlag beim Umzug in eine Vier-Zimmer-Wohnung oft noch einmal deutlich höher aus", erläutert Steffen Wicker, Gründer und Geschäftsführer von Homeday. „Nicht selten geht der Wunsch nach einer solchen Vergrößerung mit einer Verdoppelung der bisherigen Miete einher."

Wenn man diese denn bezahlen kann. Vielen Bewohnern bleibt deshalb nur der Weg an den äußeren Stadtrand. Oder der „Lock-in-Effekt". Wie sehr sich dieser niederschlägt, zeigen regelmäßig aktuelle Umzugsstatistiken. Auch diese werden in der Bundesrepublik Deutschland zwar nicht offiziell und regelmäßig erfasst. Aber Techem, der Ablese-Dienstleister, kennt das Anmelde- und Abmeldeverhalten seiner Kunden und kann daraus Rückschlüsse ziehen.

Diese zeigen seit Jahren einen eindeutigen Trend: In den größeren Städten sind die Menschen immer weniger mobil. Wer vor etwa zwanzig Jahren bereits in Berlin gelebt hat, wird sich an die vielen Umzugswagen erinnern, die an Samstagen die Hauptstadtstraßen verstopften. Heute sind sie verschwunden. Im Jahr 2016 wechselten noch 6,7 Prozent der Mieterhaushalte ihren Wohnsitz, wie Techem ermittelte. Ein Jahr später waren es noch 5,9 Prozent. Es gab Zeiten, in denen die Quote über zehn Prozent lag.

Allerdings hängt das Umzugsverhalten nicht nur vom Geldbeutel ab, sondern auch von der Altersstruktur. Das zeigt ein Blick nach Münster, wo Wohnraum ebenfalls knapp ist, jedoch die Studenten einen vergleichsweise hohen Anteil an der Bevölkerung stellen. Dort lag die Umzugsquote im Jahr 2017 bei 10,6 Prozent. Daten für das Jahr 2018 liegen noch nicht vor.

Ein Blick auf die Entwicklung der Leerstandsquoten zeigt, dass der „Lock-in-Effekt" noch zunehmen dürfte. Innerhalb weniger Jahre sank der Anteil der leer stehenden qualifizierten Wohnungen – also jener Bleiben, die technisch überhaupt für eine Vermietung in Frage kommen, von drei auf unter einen Prozent. Ähnlich sind die Quoten in München, Frankfurt und Köln. Unterhalb von einem Prozent spricht man offiziell von Wohnungsnot.

KOMPAKT

GRUNDBESITZ

Weniger Eigentümer von Immobilien

Trotz staatlicher Eigenheimförderung bleiben Besitzer der eigenen vier Wände in Deutschland in der Minderheit. Ihr Anteil hat sich binnen zehn Jahren sogar leicht verringert, wie aus Daten des Statistischen Bundesamtes hervorgeht. Während Anfang 2018 nur 47,5 Prozent der Haushalte über Haus- oder Grundbesitz verfügten, waren es zehn Jahre zuvor noch 48,0 Prozent. Deutschland hinkt anderen großen europäischen Ländern bei der Eigenheimquote deutlich hinterher: In Italien und Spanien lag sie 2014 bei rund 70 beziehungsweise 80 Prozent.

GRUNDSTEUERREFORM

Haus & Grund warnt vor Steuererhöhungen

Der Eigentümerverband Haus & Grund hat vor Steuererhöhungen im Zuge der Reform der Grundsteuer gewarnt. „Mieter, die bei privaten Eigentümern und Menschen, die in den eigenen vier Wänden wohnen, werden durch die Vorschläge massiv benachteiligt", sagte Verbandspräsident Kai Warnecke. Das Finanzministerium wies die Kritik zurück. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) hatte einen Entwurf für eine Reform der Grundsteuer vorgelegt, der allerdings in der Union auf Skepsis stößt. Anhand dieses Entwurfs hat Haus & Grund nun Fallbeispiele erstellt. Demnach kann es laut Verband in einigen Fällen zu einer drastischen Erhöhung der Grundsteuer kommen. Sie kann über die Nebenkosten auf Mieter umgelegt werden. Der Vorschlag von Scholz sei viel zu kompliziert und belaste die Steuerpflichtigen und die Finanzverwaltung übermäßig, sagte Warnecke.

ANZEIGE

Kapilendo.de

Test Crowdinvesting
Untern.-Finanzierung
Platz 1
Euro DKI
Ausgabe 04/2019, 11 Plattformen im Test

Alle reden über die Zukunft.
Wir finanzieren sie.

Kapilendo
Die Zukunft der Unternehmensfinanzierung

KOMPAKT

FUSSBALL

Ascacibar sechs Wochen gesperrt

Nach seiner Spuck-Attacke gegen Kai Havertz ist Mittelfeldspieler Santiago Ascacibar vom VfB Stuttgart für den Rest der Bundesliga-Saison gesperrt worden. Insgesamt darf er laut Sportgericht des DFB bis einschließlich 25. Mai kein Pflichtspiel absolvieren – erst in einem möglichen Relegations-Rückspiel wäre Ascacibar wieder spielberechtigt. „Ich habe mich für mein Verhalten beim Verein und der Mannschaft entschuldigt", sagte der 22-Jährige und ergänzte: „Natürlich gilt meine Entschuldigung auch meinem Gegenspieler Kai Havertz. Auch wenn ich zuvor provoziert wurde, darf mir so etwas nicht passieren". Ascacibar war beim VfB in dieser Saison unbestrittener Stammspieler.

Geldstrafe für Pyro im Hamburg-Derby

Der FC St. Pauli muss nach dem Fehlverhalten von Teilen seiner Fans und einem nicht ausreichenden Ordnungsdienst eine hohe Geldstrafe zahlen: Nach den Vorkommnissen im Stadtderby gegen den Hamburger SV hat das DFB-Sportgericht ein Bußgeld von 100.000 Euro verhängt. „Wir akzeptieren die Strafe und übernehmen die Verantwortung, da wir als Klub dafür verantwortlich sind, dass die Unversehrtheit der Besucherinnen und Besucher gewährleistet wird", sagte Vereinspräsident Oke Göttlich. Vor und während der Partie am Millerntor am 10. März wurde im Fanblock des FC St. Pauli wiederholt Pyrotechnik abgebrannt. Das Spiel musste aufgrund der Vorfälle mehrmals unterbrochen werden.

TENNIS

Deutschland droht Ausfall von Kerber

Im Fed-Cup-Relegationsspiel gegen Lettland muss Deutschland am Karfreitag womöglich auf Wimbledonsiegerin Angelique Kerber verzichten. „Aufgrund einer Erkrankung" trat die 31-Jährige die Reise nach Riga nicht an und hat von ihren Ärzten ein vorläufiges „Flugverbot" erhalten. Eine endgültige Entscheidung über einen Einsatz soll am Mittwoch gefällt werden.

OLYMPIA 2020

Marathon ab sechs Uhr morgens

Die Leichtathletik-Wettbewerbe im Marathon und im Gehen werden bei den Olympischen Sommerspielen 2020 in Tokio wegen der erwartet hohen Temperaturen bereits in den frühen Morgenstunden ausgetragen. Die Geher müssen ihre 50-Kilometer-Distanz am 8. August 2020 schon ab 05.30 Uhr Ortszeit (22.30 MESZ) in Angriff nehmen. Die Marathon-Konkurrenzen werden jeweils um 06.00 Uhr gestartet. Vergangenen Sommer litt Tokio unter einer Hitzewelle mit Temperaturen bis zu 40 Grad.

AMERICAN FOOTBALL

Rekordvertrag für Quarterback Wilson

Die Seattle Seahawks machen ihren Quarterback Russell Wilson wohl zum bestbezahlten Spieler in der Geschichte der NFL. Laut US-Medien erhält der Superstar für einen neuen Vierjahresvertrag 140 Millionen Dollar (124 Millionen Euro) von der Franchise, die er 2014 zum bislang einzigen Super-Bowl-Gewinn geführt hatte. Der bislang bestbezahlte NFL-Profi war Quarterback Aaron Rodgers von den Green Bay Packers (134 Millionen Dollar im Jahr).

„Klopp hat bei uns einen fast MYTHISCHEN Status"

Julian Barnes zählt zu den erfolgreichsten englischen Schriftstellern. Er ist Fußball-Fan. Ein Gespräch über Heavy-Metal-Trainer, Liverpools Strahlkraft und die Frage, was die Politik in Brexit-Zeiten von der Premier League lernen könnte

GETTY IMAGES/JAN KRÜGER

Jürgen Klopp während einer Trainingssession auf dem Gelände des Melwood Training Ground. Der Schwabe übernahm im Oktober 2015 das Team auf Platz zehn, nun ist es Tabellenführer

VON MARTIN SCHOLZ

Jürgen Klopp und Julian Barnes haben zwei Dinge gemeinsam – sie sind gegen den Brexit und lieben den Fußball. Nur, dass ihre Liebe unterschiedlichen Vereinen gilt. Wir trafen Barnes vor seiner Lesung in Köln, wo der 73-jährige Engländer kürzlich seinen neuen Roman „Die einzige Geschichte" (Kiepenheuer & Witsch) vorgestellt hatte, der von einer unmöglichen Liebe zwischen einem 19-Jährigen und einer 30 Jahre älteren Frau handelt. Barnes geht nicht oft auf Lesereisen, noch seltener gibt er Interviews. Das Gespräch mit WELT ging sogar in die Verlängerung. Endlich, lachte er am Ende, hätte er mal nicht nur über Literatur, sondern auch über seine andere große Leidenschaft reden können.

WELT: Mr. Barnes, Sie haben kürzlich geschwärmt, Jürgen Klopp habe die deutsch-britischen Beziehungen gerade in Zeiten der Brexit-Wirren enorm verbessert ...

JULIAN BARNES: Ja, genau so ist es.

Dabei hat Klopp mehrfach den Brexit kritisiert und den geplanten Austritt Großbritanniens aus der EU zuletzt in einem BBC-Interview abermals als großen Fehler bezeichnet. Wie kommt das in Ihrer zunehmend gespaltenen Heimat bei den Brexiteers an?

Den meisten Briten fällt es, glaube ich, nicht schwer, so was anzunehmen, wenn es von Klopp kommt. Gut möglich, dass selbst jene Liverpudlians, die für den Brexit sind, nach solchen Aussagen denken: „Na gut, wenn Jürgen so denkt, dann sollte ich mir das vielleicht auch noch mal überlegen." Klopp hat bei uns inzwischen einen fast mythischen Status. Ich möchte es mal so ausdrücken: Von jemandem wie Ihrem früheren Finanzminister Wolfgang Schäuble, der ja sehr streng war, hätten wir Briten uns in dieser Situation nicht gerne belehren lassen.

Aber Jürgen Klopp darf so was?

Absolut. Ja. Sehen Sie, wir hatten Klopp schon früher, als er noch Trainer von Borussia Dortmund war, aufmerksam verfolgt. Einfach weil er dieser lustige Heavy-Metal-Trainer war – also ziemlich anders als alle anderen Trainer. Zudem spricht er sehr gutes Englisch. Und wir Briten lieben es, dass er immer wieder mal diese verrückten Sachen macht, wenn er beispielsweise Menschen vor Freude so heftig umarmt, dass dabei seine Brille zu Bruch geht. Wenn das einem französischen Trainer in England passiert wäre, hätten wir womöglich gesagt: „Was für ein hoffnungsloser Fall." (*lacht*) Bei Klopp finden wir das alle irgendwie lustig. Wobei, nichts gegen die Franzosen. Der französische Trainer Arsène Wenger war bei uns auch lange Zeit hoch angesehen. Als er in den 90ern bei Arsenal anfing, hatte der Verein noch sehr viele hartgesottene Anhänger aus der Londoner Arbeiterklasse. Es war eine Working-Class-Mannschaft, die vor allem aus weißen Spielern bestand. Damals gab es vielleicht ein oder zwei farbige Spieler in deren Reihen. Wenger baute das Team dann um, ergänzte die sehr robusten, englischen Verteidiger mit kreativen französischen Flügelspielern. Er schaffte es, aus diesen unterschiedlichen Typen eine Einheit zu formen.

2018 war Wenger nach 22 Jahren bei Arsenal zum Rücktritt gedrängt worden.

Nun gut, in den letzten Jahren war die Kritik an ihm gewachsen. Aber grundsätzlich schlug Wenger viel Bewunderung entgegen. Er hat jedenfalls über eine sehr lange Zeit hinweg sehr viel für die englisch-französische Verständigung getan. Der Klopp-Effekt hat eine ähnliche bilaterale Wirkung – das ist überall spürbar.

Woran machen Sie das fest?

Ein Freund von mir, der aus Liverpool stammt, sagte mir erst neulich: „Jürgen Klopp ist nicht der größte Fußball-Trainer der Welt, er ist er großartigste Mensch der Welt."

Ist das jetzt nicht ein kleines bisschen übertrieben?

Also: Ich würde meinem Freund in der Hinsicht nicht widersprechen. Wissen Sie, unsere Politiker hätten sich bei der Brexit-Frage mehr an den Gepflogenheiten der Fußballbranche orientieren sollen.

Wie meinen Sie das?

Wir hätten den französischen Politiker Michel Barnier abwerben sollen.

Den ehemaligen Außenminister Frankreichs, der seit 2016 Beauftragter der EU-Kommission für den Brexit ist.

Ja, ich glaube, dass uns jemand wie Barnier in diesem Schlamassel sehr geholfen hätte. Oder auch seine Stellvertreterin Sabine Weyand. Sie ist oft im britischen Fernsehen zu sehen. Sie ist ebenfalls sehr beeindruckend, weil sie nicht in dieser Bürokratensprache spricht. Sie spricht Klartext und zwar in einer Sprache, die die Menschen verstehen. Und sie verbreitet keinen Unsinn, wie beispielsweise jene Lüge, wonach Großbritannien angeblich jede Woche 350-Millionen Pfund an Brüssel überwiesen hätte. Das war ja eine von vielen Fake News, die mit dazu beigetragen haben, dass die Sehnsucht nach einem Brexit ins Surreale wuchs. Und was ein Brexit für die globalisierte Premier League bedeuten würde, ist, wie eigentlich alles andere im Moment, völlig unklar.

Aus dem Overkill an Nonsens und Fake-News hat vor allem der ehemalige Trump-Berater Steve Bannon eine Strategie geformt, die neben politischen Entscheidungsprozessen auch die Medien enorm beschädigt hat. In einem Kloster in Italien will Bannon derzeit eine rechtsgerichtete internationale Bewegung zusammenschweißen. Macht Ihnen das Angst im Hinblick auf die bevorstehenden EU-Wahlen?

Ja. Ich würde ein Gesetz verabschieden, das es Steve Bannon verbietet, nach Europa einzureisen. Er ist eine Kraft, die nur das Übel will. Er ist abscheulich und bösartig. Auf der einen Seite verbieten wir Hassprediger und religiöse Fundamentalisten. Aber jemand wie Bannon kann frei wirken. Miss May könnte verbieten, dass jemand wie Bannon ins Land kommt.

Sie haben gerade beschrieben, warum der Austausch mit Europa dem englischen Fußball gutgetan hat. Ungeachtet der gelegentlichen Debatten in England, ob es nicht doch zu viele internationale Einflüsse gebe, sind die meisten Ihrer Landsleute ziemlich stolz darauf, dass die Premier League, nicht zuletzt auch dank ihrer kosmopolitischen Strahlkraft, als beste und erfolgreichste Liga der Welt gilt. Wie kommt es, dass diese Sichtweise in der Politik so ganz und gar nicht mehr verfängt?

Schwer zu sagen. Wir Engländer leben und atmen Fußball. Ich glaube allerdings nicht, dass wir derzeit noch die beste Liga der Welt haben. Das wird erst dann wieder der Fall sein, wenn wir wieder mal die Champions League gewinnen.

Und welches englische Team sollte das umsetzen?

Da sind wir wieder bei Jürgen Klopp. Ich hoffe doch sehr, dass er mit Liverpool die Champions League gewinnt. Vor allem, nachdem sie im CL-Finale im vergangenen Jahr gegen Real Madrid gescheitert sind. Es war furchtbar, das mit anzusehen. Durch die Art, wie diese Niederlage herbeigeführt wurde, ist ein Typ wie Sergio Ramos für uns zur Hassfigur geworden. Erst hatte er Mohamed Salah verletzt und danach noch den Liverpool-Torwart mit dem Ellbogen so ausgeknockt, dass er eine Gehirnerschütterung davontrug.

Das regt Sie noch heute auf?

Ramos ist zutiefst verhasst. Umso mehr hat es uns gefreut, dass Real Madrid in der diesjährigen Champions-League-Saison von Amsterdam rausgeworfen wurde. Es wäre wirklich wundervoll, wenn Liverpool in diesem Jahr gewänne. Wie ist denn eigentlich der Blick der Deutschen auf Klopp, seit er in England arbeitet?

Die Zahl der Liverpool-Fans in Deutschland ist sprunghaft gestiegen, seit Klopp in England trainiert.

Sehr schön. Ich sehe es als Glücksfall, dass er nach Liverpool ging und nicht zu Manchester United. Seine Strahlkraft wird durch diese Stadt noch verstärkt, sie bewundern ihn dort. Diese Euphorie hat auch mit Liverpool selbst zu tun. Es ist eine lustige, quirlige Stadt, man hat dort einen Sinn für Ironie. Diese Stadt passt wie angegossen zu diesem Trainer. Der Portugiese Marco Silva, der Trainer der anderen Liverpooler Mannschaft, dem FC Everton, wirkt dagegen viel zugeknöpfter, er kommt meistens mit Anzug und Krawatte zu den Spielen. Aber Liverpool ist nun mal eine sehr emotionale Stadt, die richtige Stadt für einen wie Klopp. Also, als Anhänger des englischen Fußballs, würde ich es zwar lieben, wenn Liverpool die Champions League gewänne. Ich halte es allerdings für wahrscheinlicher, dass Liverpool nur die Premier League gewinnt.

Dass der Verein beide Titel holt, wäre dann doch zu viel des Guten?

Auch das könnte natürlich klappen. Ich glaube es aber nicht. Ich denke, Liverpool wird die Premier League gewinnen, weil da das Restprogramm etwas leichter ist als in der Champions League. Aber wissen Sie, wenn ich jetzt die ganze Zeit von Liverpool schwärme, mache ich das als Liebhaber des englischen Fußballs in seiner Ganzheit. (*lacht*) Im Grunde meines Herzens bin ich Fan eines anderen Klubs.

Welcher ist das?

Leicester City. So lange ich lebe, werde ich Anhänger von Leicester City sein. Weil ich in der Stadt nun mal geboren bin.

Liverpool mit Polster, City mit Hypothek

Die Ausgangslage ist optimal. 2:0 siegte der FC Liverpool im Viertelfinal-Hinspiel der Champions League gegen den **FC Porto.** Dennoch warnte Klopp vor dem Rückspiel (21 Uhr, im Live-Sportticker der WELT): „Es ist noch nicht entschieden. Wir müssen kämpfen. Porto wird alles geben, um noch mal zurückzukommen." Ob Porto dies gelingen kann, ist fraglich. Liverpool hat seine Schwächephase zu Jahresbeginn hinter sich gelassen, wettbewerbsübergreifend ist das Team seit 16 Spielen ungeschlagen. Manchester Citys Trainer Pep Guardiola geht hingegen mit einer **0:1-Hypothek** ins Viertelfinal-Rückspiel gegen Tottenham Hotspur (21 Uhr, Sky). Dies, da sind sich die Experten auf der Insel einig, sei Guardiolas Schuld. „Er denkt zu viel nach", lautete das Urteil nach dem Hinspiel, befeuert von der Kritik von Ilkay Gündogan. „Wir versuchen, das Besondere zu machen, dabei ist weniger manchmal mehr", hatte er geschimpft. Spiele wie jenes in London seien Citys „Schicksal" – und das Schicksal des vor allem in der Königsklasse bisweilen zu verkopften Guardiola. „Er bekommt langsam den Ruf, bei seiner Champions-League-Strategie zu viel zu grübeln", schrieb die BBC über dessen **seltsame Aufstellung** ohne Kevin De Bruyne und Leroy Sané. Der „Telegraph" urteilte: „Es scheint, als suche Guardiola noch nach seiner Europaformel." An diesem Mittwoch bietet sich dem Coach die Chance, die Kritiker eines Besseren zu belehren.

GETTY IMAGES/STUART C. WILSON

Julian Barnes ist Fan von Klopp, aber nicht vom FC Liverpool

Aus dem Leben eines Autodidakten

Altersmilde feiert Uli Hoeneß Dienstjubiläum als Funktionär beim FC Bayern – und verrät, was er in den nächsten Jahren noch vorhat

Vierzig Jahre lang ist er nun schon Funktionär. Erst Manager, dann Präsident und Aufsichtsratsvorsitzender des FC Bayern München. Unter Uli Hoeneß, den gleichermaßen anerkannten wie umstrittenen Vordenker des Rekordmeisters, hat sich der Klub zu einer Weltmarke entwickelt. „Ich war ganz unternehmungslustig und sehr motiviert, als ich in einem grauen Sakko ankam, einen Notizblock hatte ich unter den Arm geklemmt", erinnert sich Hoeneß an seinen ersten Arbeitstag am 1. Mai 1979. „Damals habe ich das alte Büro von Robert Schwan übernommen. Da stand ein Schreibtisch drin und ein Sideboard mit einem Telefon drauf – das war's. Eine Sekretärin hatte ich nicht. Ich habe zwei Stunden rumtelefoniert, dann bin ich wieder nach Hause gegangen."

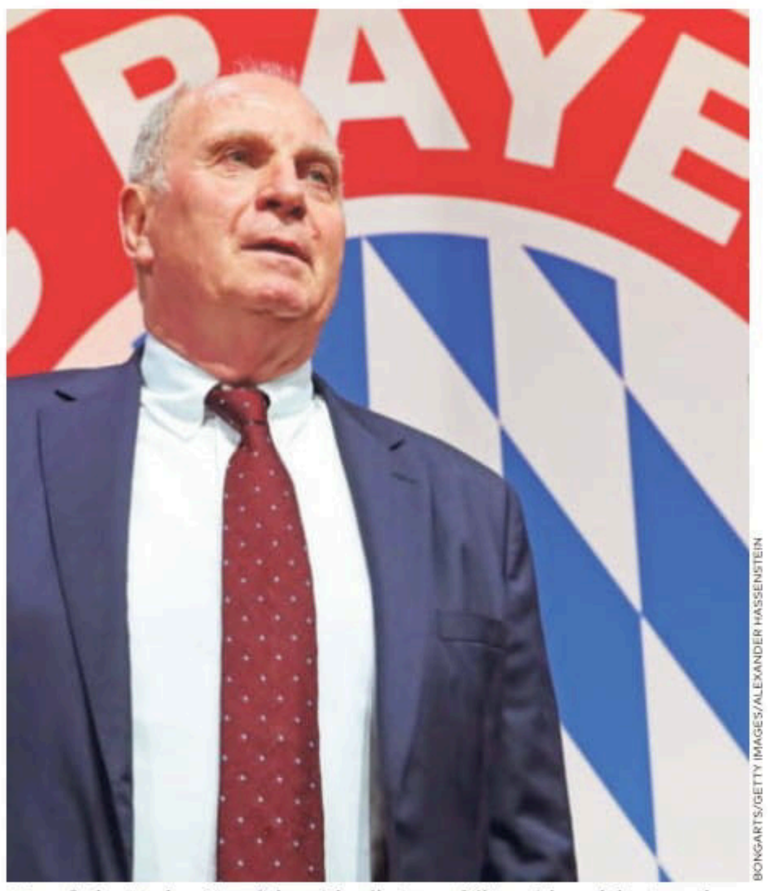
Zuvor hatte der Außenstürmer seine Karriere nach einer hartnäckigen Knieverletzung beenden müssen und war mit nur 27 Jahren jüngster Manager in der Geschichte der Bundesliga geworden. „Damals haben wir zwölf Millionen Mark Umsatz im Jahr gemacht. Wir hatten 20 Mitarbeiter, heute sind es 1000", erzählt Hoeneß in einem großen dpa-Interview anlässlich seines bevorstehenden Dienstjubiläums. „Merchandising gab es nicht. Wir hatten eine Poststelle. Da lag ein Schal aus, dazu ein paar Postkarten. Das war unsere Abteilung für Fanartikel."

Unter Hoeneß' Ägide wuchsen die Münchener rasch. Heute weist der Verein einen Umsatz von rund 624 Millionen Euro auf und hat sich von der nationalen Konkurrenz derart weit entfernt, dass selbst ein chronischer Provokant wie Hoeneß handzahm geworden ist. Wo er einst öffentlichkeitswirksam seine Scharmützel mit Willi Lemke oder Christoph Daum austrug, ist nun etwas Altersmilde eingekehrt. „Ich bin heute viel milder in der Auseinandersetzung. Ich wollte mit dem FC Bayern nach oben kommen. Meine Auseinandersetzungen mit Gladbachs Helmut Grashoff, Bremens Willi Lemke oder anderen Managern waren legendär. Da habe ich viel mehr mit den Ellbogen gekämpft. Wenn man oben angekommen ist, kann man verteilen. Aber bis du ganz oben bist, musst du fighten." Durch die Polarisierung habe man den FC Bayern viel interessanter gemacht als die meisten anderen Vereine. „Es gab viele Klubs in großen Städten, die Möglichkeiten hatten wie der FC Bayern: Ich denke an Hamburg, Köln, Stuttgart, Frankfurt, Berlin. Oder an 1860! In den 60er-Jahren war Sechzig in München der große Verein."

Zum Branchenführer gebracht haben es aber nur die Bayern. Weil sie einen wie Hoeneß hatten, der seinen Ehrgeiz vom Feld mit auf den Managerstuhl nahm. „Ich bin in der Anfangszeit viel rumgeflogen. Dahin, wo das große Business war, nach England und in die USA. Ich war in San Francisco bei den 49ers, einer Mannschaft im American Football, und bei den San Francisco Giants, damals World-Series-Sieger im Baseball", erzählt der inzwischen 67-Jährige. „Auch Manchester United, die im Fußball mit weitem Abstand im Merchandising die Nummer eins waren, habe ich besucht. Die hatten schon einen Fanshop und eine eigene Versandabteilung. Durch Learning by Doing habe ich das aufgearbeitet."

Denn eigentlich war er ja ein Fachfremder gewesen. Zwar bestand Hoeneß am Ulmer Schubart-Gymnasium das Abitur mit der Abschlussnote 2,4. Doch zum angestrebten Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München reichte es nicht. Als Nicht-Bayer erhielt der damalige Juniorennationalspieler einen Malus von einer Gesamtnote und verfehlte so die Zulassungsnote von 3,0. Er studierte stattdessen Englisch und Geschichte auf Lehramt, brach aber nach zwei Semestern ab.

Dass er durchaus kaufmännisches Geschick besaß, bewies Hoeneß später nicht nur beim FC Bayern, sondern auch bei der Nürnberger HoWe Wurstwaren KG. Das Unternehmen führte er gemeinsam mit Mitbegründer Werner Weiß zu einem großen Akteur auf dem Markt. Hoeneß, der Macher. So gefiel er sich selbst. Und so gefällt er sich auch heute noch.



BONGARTS/GETTY IMAGES/ALEXANDER HASSENSTEIN

Hoeneß, der Macher. So gefiel er sich selbst, so gefällt er sich auch heute noch

Der Jubilar wäre nicht er selbst, wenn er im Interview nicht auch die Heilsbringerrolle seiner Bayern herausstellen würde. Denn für ihn ist sein Herzensklub maßgebend beim Neuaufbau einer titelfähigen Nationalelf. „Beim DFB in Frankfurt sollten sie einige Kerzen aufstellen, dass der FC Bayern für neue Erfolge genug Spieler parat hat", meint der Vereinspräsident. Als Beleg für die Bedeutung des deutschen Rekordmeisters für die DFB-Auswahl führt der Weltmeister von 1974 neben früheren WM-Teams den jüngst geglückten Start in die Qualifikation für die EM 2020 an. „Beim tollen 3:2 im Länderspiel in den Niederlanden standen fünf Bayern-Spieler in der Startelf, darunter nur der ältere Manuel Neuer sowie vier Junge: Joshua Kimmich, Niklas Süle, Leon Goretzka und Serge Gnabry, alle Jahrgang 1995. Kein anderer Verein stellte mehr als einen Spieler."

Ausgerechnet der Verein, dem vorgeworfen worden sei, den personellen Umbruch nicht geschafft zu haben, erfreue nach dem WM-Desaster 2018 in Russland am meisten beim Neuaufbau der Nationalmannschaft, hält der Funktionär fest. „Die Nationalmannschaft hat immer dann ihre erfolgreichsten Phasen, wenn der FC Bayern genügend Spieler liefert", sagt Hoeneß: „Ich denke an die WM-Titel 1974 und 2014, auch 1990 hatte der Kern eine prägende Vergangenheit bei uns. Wir sind gerade dabei, wieder zu liefern."

Und was wird sein, wenn er, der nun seit Januar das Rentenalter erreicht hat, mal aufhört? „Irgendwann müssen Karl-Heinz (*Rummenigge, d. Red.*) und ich hier die Plätze frei machen. Man darf sich nicht einbilden, dass man unersetzlich ist", so Hoeneß. Und dann steht Oliver Kahn parat. Der Ex-Bayern-Kapitän ist Hoeneß' Wunschlösung für die Nachfolge von Rummenigge. „Wir sind aber nicht unter Zeitdruck, weil Karl-Heinz seinen Vertrag als Vorstandsvorsitzender bis Ende 2021 verlängert hat", erklärt Hoeneß. Rummenigge will nach dann knapp 20 Jahren an der Spitze des Vorstandes aufhören. Kahn soll zuvor erprobt und von Amtsinhaber Rummenigge eingearbeitet werden. jb/dpa

Nun sucht auch Hertha einen neuen Trainer

Pál Dárdai ab Sommer nicht mehr Chefcoach in Berlin

Die Zahl der Bundesliga-Klubs, die für die kommende Saison einen neuen Trainer brauchen, steigt weiter an. Neben dem VfL Wolfsburg und Schalke 04 ist nun auch Hertha BSC auf der Suche. Der Tabellen-11. teilte am Dienstag mit, dass Pál Dárdai im Sommer nach viereinhalb Jahren nicht mehr als Chefcoach fungieren wird.

Man sei „gemeinsam zu dem Entschluss gekommen, dass ein neuer Impuls im Sommer der richtige Schritt für Hertha BSC ist", hieß es in einer Mitteilung des Klubs, der zuletzt fünf Spiele in Folge verloren hatte. Es ist geplant, dass Dárdai im Sommer 2020 wieder im Nachwuchsbereich bei Hertha arbeitet. Dort besitzt der 43-Jährige einen unbefristeten Arbeitsvertrag.

Das Aus von Dárdai, der im Februar 2015 Cheftrainer wurde und nach dem Freiburger Christian Streich (seit 2011) der dienstälteste Trainer der Bundesliga ist, hatte sich zuletzt abgezeichnet. Zum vierten Mal verspielt Hertha unter Dárdai in einer schwachen Rückrunde eine noch bessere Platzierung. Zudem soll es zwischen dem Trainer und Manager Preetz immer häufiger zu inhaltlichen Dissonanzen gekommen sein.

In den vergangenen Wochen hatte Dárdai, so schien es, immer mehr Misstrauen gespürt. Wenn man einen anderen für besser halte, hatte er kürzlich gesagt, „soll ein anderer kommen, das ist auch nicht schlimm". Der Ungar bat immer wieder um mehr Geduld für das junge Team, das er mit Spielern des 1999er-Jahrgangs, dem sein Sohn Palko angehört, aufbaute. „Irgendwann werden wir auch eine große Mannschaft haben", hatte Dárdai prophezeit. Sollte es so kommen, wird er die Früchte nicht mehr ernten können. sid/LaGa

ANZEIGE

EINE MINUTE PHYSIK

Kohlekraftwerk als Speicher

NORBERT LOSSAU

Seit der Energiewende hat sich hierzulande die installierte Kraftwerksleistung für elektrische Energie nahezu verdoppelt. Auch wenn die Sonne nicht scheint und kein Wind weht, gibt es noch immer genügend Reserven. Doch wirtschaftlich ist es nicht, einen derart überdimensionierten Kraftwerkspark vorzuhalten, nur weil man sich auf Solar- und Windenergie niemals ganz verlassen kann. Will man langfristig Strom nur noch aus erneuerbaren Energiequellen gewinnen, wird dies nur gelingen, wenn sich große Energiemengen zwischenspeichern lassen.

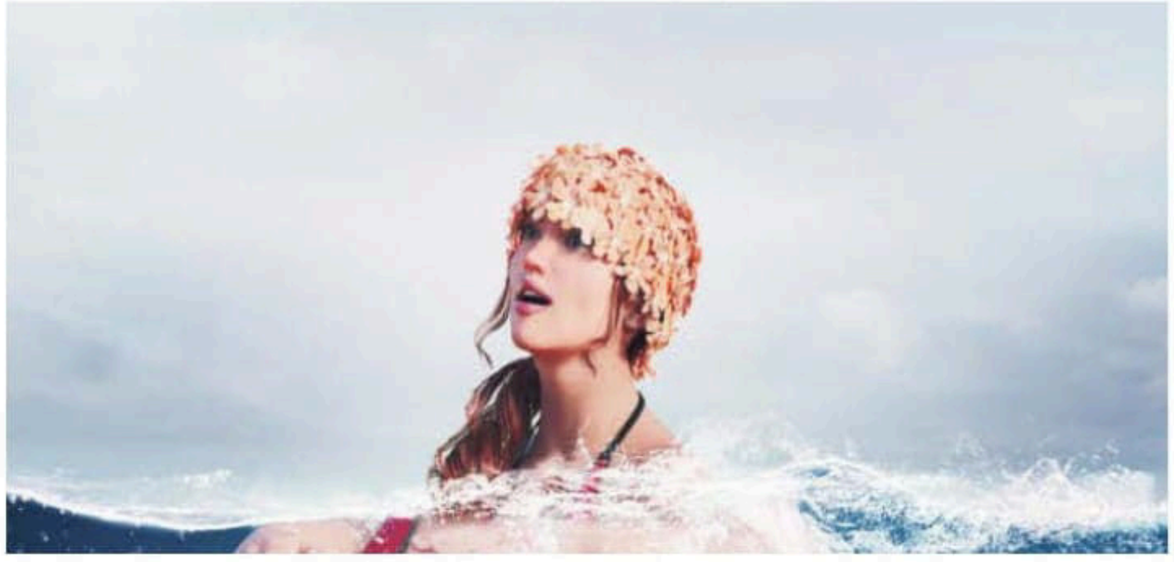
Der Klassiker dafür sind Pumpspeicherkraftwerke. Bei ihnen kommen elektrische Pumpen zum Einsatz, um Wasser in einen höher gelegenen Stausee zu pumpen. Später kann dieses Wasser, wenn man es wieder ins Tal herunterfließen lässt, Turbinen antreiben und dabei Strom erzeugen. Diese Kraftwerke setzen allerdings eine spezielle Topografie voraus. Es gibt in Deutschland kaum noch Stellen, die sich zum Bau solcher Anlagen eignen.

Eine andere Möglichkeit zum „Zwischenlagern" von elektrischer Energie haben Wissenschaftler des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) vorgestellt. Sie wollen Kohlekraftwerke zu Wärmespeicherkraftwerken umbauen und sie so zu einem zentralen Element einer CO_2-freien Energieversorgung machen. Immer dann, wenn überschüssiger Strom verfügbar ist, also die Sonne intensiv scheint oder der Wind stark weht, soll dieser dazu verwendet werden, in Ex-Kohlekraftwerken flüssiges Salz auf über 400 Grad Celsius zu erhitzen. Bei Bedarf kann das heiße Flüssigsalz zum Erzeugen von Dampf genutzt und so die Kraftwerksturbinen zum Erzeugen von Strom angetrieben werden. Ein Teil der vorhandenen Infrastruktur eines Kohlekraftwerks könnte also von dem Speicherkraftwerk weiterhin genutzt werden.

Dass diese Technik grundsätzlich funktioniert, haben die DLR-Forscher an einer großen Solaranlage in der spanischen Region Almaria unter Beweis gestellt. Dort wird Sonnenenergie mit langen parabolförmigen Rinnen auf ein Rohr in der Linie der Brennpunkte fokussiert. In diesen Rohren zirkuliert Öl, das die Wärme der Sonne aufnimmt und einer Turbine zuführt. Überschüssige Energie wird in einen Flüssigsalzspeicher geleitet. Diese Wärme kann in der Nacht zum Antreiben der Turbinen genutzt werden – wenn die Sonne längst nicht mehr scheint.

Flüssigsalz hat sich als Speichermedium bewährt. Es lässt sich zwischen 170 und 560 Grad Celsius flexibel einsetzen. Den Einsatz in früheren Kohlekraftwerken testen Forscher bereits in einer Versuchsanlage am Kölner DLR-Institut für Technische Thermodynamik. André Thess, Direktor des Instituts, ist davon überzeugt, mithilfe solcher Wärmespeicherkraftwerke die zwangsläufigen Schwankungen bei der Verfügbarkeit von erneuerbaren Energiequellen zu kompensieren und Strom nach Bedarf zu liefern. „Wir veredeln somit die variable Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen", sagt er. Der Bau einer Pilotanlage ist bereits geplant.

Ein Problem der Flüssigsalzenergiespeicher ist ihr bislang noch bescheidener Wirkungsgrad von nur 30 bis 40 Prozent. Dieser ließe sich jedoch verbessern, wenn man die Energie bei höheren Salztemperaturen speichern könnte. Dafür fehlen aber bislang noch geeignete Wärmepumpen. DLR-Forscher entwickeln neuartige Wärmepumpen, die sich auch bei über 500 Grad Celsius einsetzen lassen. Mit ihnen sollte sich der Wirkungsgrad der Salzspeicher auf über 50 Prozent erhöhen lassen.



Was tun gegen das LIPÖDEM?

Bis zu drei Millionen Frauen in Deutschland leiden an krankhaft dicken Beinen. Eine Diät hilft nur bedingt

GETTY IMAGES/ TETRA IMAGES RF/ DONALD IAIN SMITH

Geht es nach Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), soll die Fettabsaugung beim Lipödem künftig von den Krankenkassen bezahlt werden. Das ist für die vielen betroffenen Frauen in Deutschland, der Minister schätzt ihre Anzahl auf bis zu drei Millionen, sicherlich eine frohe Botschaft. Experten warnen jedoch: Gerade für diejenigen, die sich am meisten vom Absaugen erhoffen, ist es vermutlich gar keine gute Methode.

VON JÖRG ZITTLAU

Wer über das Lipödem spricht, fühlt sich schnell an die Venus von Willendorf erinnert, eine elf Zentimeter große Kalksteinfigur, die über 30.000 Jahre alt ist. Sie ist bekannt wegen ihrer üppigen Formen, zu denen auch die dicken Oberschenkel gehören. In der Steinzeit mögen dicke Beine ein Ideal gewesen sein. Heute aber sind sie ein Problem. Denn nicht nur, dass sie nicht mehr als schön gelten. Oft sind sie das Symptom einer weitverbreiteten Krankheit: eben des Lipödems.

„Schon der Begriff des Lipödems ist irreführend", sagt Gabriele Faerber von der Deutschen Gesellschaft für Phlebologie. Denn Ödem würde bedeuten, dass aus dem Gefäßsystem große Flüssigkeitsmengen herausgedrückt werden und sich im Körpergewebe stauen. „Beim Lipödem handelt es sich aber um eine Fettgewebserkrankung." An den Extremitäten, vor allem aber an den Beinen, sammle sich massiv Fettgewebe an, sodass sich in schweren Fällen die Körperproportionen stark verschieben können. „Ich hatte noch vor Kurzem eine Patientin, die im Oberkörper Konfektionsgröße 36 und im Beinbereich Größe 44 hatte", berichtet Faerber. Das entspreche natürlich nicht den gängigen Schönheitsidealen und sei dadurch für die Patientin psychisch extrem belastend.

Ein weiteres typisches Symptom ist auch der Schmerz. „Ohne ihn gibt es keine Lipödem-Diagnose", sagt Erich Brenner von der Medizinischen Universität Innsbruck. Die Schmerzen würden von den Patientinnen sehr unterschiedlich empfunden, meistens jedoch als drückend und dumpf beschrieben. Manchmal kommen sie spontan, doch weitaus häufiger durch Berührung. Über ihre Ursachen kursieren diverse Vermutungen wie etwa, dass die Fettmassen entzündet seien oder auf die umliegenden Nervenfasern drückten. Doch all diese Hypothesen seien, wie Brenner betont, „äußerst vage". Wirklich belegt ist davon nichts.

Und so sind auch die Ursachen des Lipödems ungeklärt. So leiden zwar ungefähr zwei Drittel der Patientinnen auch an Übergewicht, doch das ist damit noch kein Risikofaktor für die Erkrankung. Viele Mädchen sind beim Ausbruch des Lipödems sogar schlank. Offenbar spielen die Gene als Ursache eine weitaus größere Rolle als der Body-Mass-Index. Einen weiteren Hinweis, wodurch das Lipödem ausgelöst werden könnte, liefert der Blick auf die Betroffenen: Es leiden fast nur Frauen an der Krankheit. Da die Erkrankung bei ihnen zudem meistens in der Pubertät auftritt, könnten Sexualhormone eine wichtige Rolle spielen. Gefährlich wird es, wenn betroffene Mädchen wegen ihrer dicker werdenden Beine dann eine Diät nach der anderen ausprobieren. „Am Ende stellt sich dadurch eher eine Essstörung ein, als dass die Beine dünner würden", warnt Gefäßspezialistin und Ernährungsmedizinerin Faerber. Denn wer weniger Kalorien verzehrt, ändert ja damit nichts an der Fettverteilung im Körper. Die Ursachen der Erkrankung sind also unklar – und verhindern lässt sie sich offenbar auch nicht. Umso wichtiger ist die Frage nach der richtigen Therapie.

Traditionell wird eine Lymphdrainage beim Physiotherapeuten verordnet. Dadurch soll der Lymphfluss und damit der Flüssigkeitsabtransport aus dem Ödem verbessert werden. Die Erfolgsaussichten dieser Behandlung sind allerdings gering – weil es sich beim Lipödem im eigentlichen Sinne nicht um ein Ödem handelt. „Bei dieser Erkrankung arbeitet das Lymphsystem sogar oft auf Hochtouren", sagt Faerber. Viele Patientinnen fühlten sich zwar nach der Lymphdrainage besser, doch in der Regel verpuffe dieser Effekt binnen einiger Stunden. Einen nachhaltigeren Effekt bringen Kompressionsstrümpfe. Bei ihnen gilt allerdings zu beachten, dass sie auf die ungleichmäßigen Fettansammlungen des Lipödems angepasst sind. Weichen deren Umfänge nicht zu stark vom Normalmaß ab, reicht noch eine rund gestrickte Kompressionsware. „Bei schwergradigen Lipödemen bedarf es jedoch einer flach gestrickten Naht", betont Faerber.

Mindestens genauso wichtig ist nach Ansicht der Ernährungsmedizinerin aber auch, dass sich die Patientinnen regelmäßig bewegen und ihre Ernährung mit weniger einfachen Kohlenhydraten, also weniger Weißbrot, Softdrinks, Süßwaren und anderen Zuckerbomben gestalten. Das hilft zudem, das bei Lipödem-Patientinnen oft zusätzlich auftretende Übergewicht und typische Beschwerden der Erkrankung selbst einzudämmen. Eine Ernährungsumstellung hilft dem Stoffwechsel, der bei Übergewicht und Lipödem aus dem Ruder läuft: Der Insulinspiegel normalisiert sich – und das wiederum führt zu einer Senkung von Entzündungswerten und der Konzentration des Sexualhormons Östradiol. Viele Lipödem-Patientinnen berichten nach dem Umstellen ihrer Ernährung von einem deutlichen Rückgang der Schmerzen.

Die radikalste Therapie besteht in der Liposuktion, also im Absaugen des Fettgewebes. Gesundheitsminister Spahn will diese Methode daher, ohne Zustimmung des Bundesrates, in den Leistungskatalog der Krankenkassen aufnehmen lassen. Dadurch würden Milliardenkosten auf das Gesundheitssystem zukommen, warnen Kritiker. Josef Hecken, der unparteiische Vorsitzende des Gemeinsamen Bundesausschusses, schlägt daher vor, das Fettabsaugen erst einmal nur für besonders schwere Lipödem-Fälle der Stufe drei als verordnungsfähig einzustufen.

Das klingt zwar nach einem vernünftigen Kompromiss – ist es aber nicht. Denn die Einteilung der Lipödem-Stufen erfolgt nach rein morphologischen Maßstäben, wie etwa dem Umfang und der Beschaffenheit des Fettgewebes an den Beinen. Der Leidensdruck kann jedoch auch schon bei Lipödem-Stufe eins so hoch sein, dass eine Liposuktion sinnvoll sein könnte, während sie umgekehrt bei einer Stufe-drei-Patientin nicht mehr angezeigt sein kann. „Denn in diesem Stadium sind die Patientinnen in der Regel bereits 120 oder gar 140 Kilogramm schwer, sodass es nicht mehr ausreicht, bloß das Fett an den Beinen abzusaugen", warnt Stoffwechselexpertin Faerber. Da gelte es dann erst einmal, dass Übergewicht deutlich abzubauen.

Zudem sei die jeweilige Methode der Liposuktion entscheidend für einen Erfolg. Wenn etwa ein wenig Unterhautfettgewebe übrig bleibt, ist das besser, weil Muskeln und Haut in einem physiologischen Abstand voneinander bleiben. Das Unterhautfettgewebe erhöht aber das Risiko für ein Wiederaufflammen des Lipödems. Wird das Fett komplett entfernt, Befürworter dieser Technik sprechen von einer „Fettamputation", reduziert sich zwar das Rückfallrisiko für ein Lipödem. Physiologisch und kosmetisch aber ist diese Methode fragwürdig.

Wie die Pest in Europa besiegt wurde

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts ist der Kontinent frei von der Seuche. Norwegische Forscher haben jetzt die Gründe dafür herausgefunden

Die Pest galt lange Zeit als Geißel der Menschheit – und viele Weltregionen werden bis heute regelmäßig heimgesucht. Europa ist seit dem Ende der Dritten Pandemie Mitte des 20. Jahrhunderts pestfrei. Die Gründe dafür und den Verlauf der damaligen Seuche beschreiben Forscher um Barbara Bramanti von der Universität Oslo in den „Proceedings B" der britischen Royal Society.

VON WALTER WILLEMS

Vor allem zwei heftige Epidemien rafften im Mittelalter große Teile der europäischen Bevölkerung dahin: An der Justinianischen Pest starben ab dem sechsten Jahrhundert Millionen Menschen, dem Schwarzen Tod fielen im 14. Jahrhundert Studien zufolge bis zu 50 Prozent der Europäer zum Opfer. Die sogenannte Dritte Pandemie begann im späten 19. Jahrhundert in China. Sie verbreitete sich zwar weltweit, konnte aber in Europa über Jahrzehnte trotz vieler Ausbrüche nicht dauerhaft Fuß fassen. Anhand zeitgenössischer medizinischer Berichte rekonstruieren die Forscher den Verlauf – samt der Gründe, warum sie auf dem Kontinent relativ glimpflich verlief. Demnach wurden von 1899 bis 1947 knapp 1700 Erkrankungen und 457 Todesfälle registriert. Die meisten Opfer starben in den ersten Jahrzehnten, betroffen waren vor allem Städte mit See- oder Binnenhäfen. Der letzte Ausbruch entfiel 1945 auf die süditalienische Stadt Tarent, wo 30 Menschen erkrankten und 15 starben.

Den Autoren zufolge begann die Pandemie im späten 19. Jahrhundert in der südwestchinesischen Provinz Yunnan. 1894 erreichte sie die Metropole Guangzhou und dann Hongkong. Dort identifizierte der schweizerisch-französische Arzt Alexandre Yersin erstmals das Bakterium, das nach ihm Yersinia pestis benannt wurde. Yersin entdeckte auch die Verbindung der Krankheit zu Ratten, wenig später wurden Flöhe als Hauptüberträger des Erregers ermittelt. Von China aus erreichte die Pest weite Teile Südasiens, Australien, Nord- und Südamerika, Afrika und auch Europa. Doch dort waren die Gesundheitsbehörden durch frühere Ausbrüche anderer Infektionskrankheiten wie Cholera, Pocken und Tuberkulose gewarnt.

Als 1896 zwei Seeleute auf einem aus Indien kommenden Schiff in London an der Pest starben, beriefen die Behörden im Februar 1897 eine internationale Gesundheitskonferenz in Venedig ein. 1911 folgte eine weitere internationale Pest-Konferenz in der chinesischen Hafenstadt Shenyang, an der Experten aus elf Ländern teilnahmen. Zur Vorbeugung wurden in Europa eintreffende Schiffe auf Pest-Hinweise geprüft – Inspektoren achteten auf Verdachtsfälle bei Menschen, aber auch auf tote Ratten, die hygienischen Bedingungen und den Zustand der Fracht. „Trotz der Regulierungen erlebte Europa während der Dritten Pandemie mehrere Pestausbrüche, aber die meisten davon waren klein", schreiben die Forscher.

Besonders achteten die Behörden auf Ratten. Wie sehr die Nager zu der Seuche beitrugen, ist indes unklar. Zwar wurden immer wieder infizierte Ratten entdeckt, ihr Anteil an der Gesamtpopulation der Tiere schien jedoch überschaubar. Als etwa in der ostenglischen Grafschaft East Suffolk zwischen 1906 und 1918 regelmäßig Menschen an der Pest erkrankten, wurden binnen drei Jahren mehr als 266.000 Ratten gefangen – nur 60 davon seien wohl infiziert gewesen, schreibt das Team.

„Insgesamt ist die Verbindung zwischen städtischen Nagetieren und der Pest bei Menschen während der Dritten Pandemie in Europa weniger klar als bei den Ausbrüchen in Indien und China", heißt es. „Die niedrigen Zahlen Pest-infizierter Ratten während der europäischen Ausbrüche deuten darauf hin, dass sie bei der Übertragung der Pest eine relativ kleine Rolle spielten." Dies könne auch ein Grund dafür gewesen sein, dass die Pest in Europa vergleichsweise wenige Opfer forderte.

Klar war auch, dass Menschen sich auch über Zwischenwirte wie etwa Flöhe oder direkt aneinander anstecken können. Insofern achteten die europäischen Behörden darauf, Patienten und ihre Kontaktpersonen zu isolieren, größere Versammlungen von Menschen zu verhindern und Hygienemaßnahmen zu empfehlen. Diese Maßnahmen wie Wasserversorgung, Kanalisation und den Einbau von Badezimmern in Wohnungen sehen die Forscher als einen Hauptgrund dafür, dass sich die Pest in Europa nicht festsetzte. In vielen anderen Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika besteht die Pest jedoch bis heute fort - auch weil der Erreger Reservoire in der Tierwelt hat. „Heute führt das Überspringen der Pest aus diesen Reservoiren jedes Jahrzehnt zu Berichten über Tausende Pestfälle", schreiben Bramanti und Kollegen. „Der Mangel an Nagetier-Reservoiren in Europa ist der fundamentale Grund dafür, warum die Pest heute keine Gesundheitsbedrohung auf dem Kontinent mehr ist." dpa

„Der Fall Collini"
Elyas M'Barek rettet unsere Ehre Seite 22

PICTURE ALLIANCE / JON PURCELL/ROBERTHARDING

Transzendentale Obdachlosigkeit: Ein dämonischer Wasserspeier auf Notre-Dame überblickt Paris

Die **AUFSTAPELUNG** der Jahrhunderte

Lebten wir noch im Mittelalter und verstünden uns auf die Zeichen am Himmel und auf der Erde, wir wären aufs Höchste alarmiert: Der Brand dieser Kathedrale, eines Symbols allerersten Ranges für unsere Kultur und Zivilisation, ist selbst von höchster Symbolik. Notre-Dame de Paris ist die Mutterkirche der Gotik, das wichtigste Gotteshaus Frankreichs, der ältesten Tochter der Kirche. Weinen und Klagen und Beten erscheinen als der angemessene Umgang mit dieser Katastrophe. Und einige weinen und klagen und beten auch hier und jetzt, seit die Welt am Montagabend die schrecklichen Bilder aus Paris in sich aufzunehmen begann.

VON TILMAN KRAUSE

Roman aus Stein: Ohne Notre-Dame de Paris ist die Geschichte unserer Kultur undenkbar

Wie wird es nicht zuletzt im Lande selbst den Präsidenten der Republik ergreifen, diesen Mann, der sich wie kein anderer Politiker unserer Wertegemeinschaft seit seiner Machtübernahme für Europa einsetzt. Es wird ihm einfallen, dass er durch seinen Namen aufs Engste mit dem Gotteshaus verbunden ist. Denn die älteste der fünf Glocken von Notre-Dame, diejenige im Südturm, das Schmuckstück, das als einziges den Vandalismus der Französischen Revolution überstand, sie trägt seit Menschengedenken den Namen Emmanuel. Wir müssen jetzt auch um sie zittern.

Notre-Dame mit den sage und schreibe 37 Darstellungen der Muttergottes in ihrem Inneren erscheint uns Deutschen vor allem als Wahrzeichen von Paris. Gelegen auf der Seineinsel Île de la Cité, der Keimzelle des alten Paris. Und es ist tatsächlich noch immer, noch vor dem Eiffelturm, noch vor dem Louvre oder gar der Basilika von Sacré-Cœur, die meistbesuchte Sehenswürdigkeit von ganz Frankreich. Dabei behauptet sie sich ohne Weiteres nach wie vor als spirituelles Zentrum. Unbeeindruckt von den Massen, die das Gebäude von morgens bis abends durchziehen, werden hier täglich vier Messen abgehalten.

Mag der vor allem kunst- und architekturhistorisch interessierte Betrachter sich in erster Linie an den herrlichen Glasfenstern ergötzen, den ersten ihrer Art in diesem Ausmaß, auch wenn das Bildwerk nicht mehr das originale ist. Mag er die Dreifaltigkeit der Rosetten von Querschiff und Fassade bestaunen, die schiere Wucht des monumentalen Baus bewundern, so sollte er doch über der ästhetischen Begeisterung nicht vergessen, dass hier der Ort ist, an den der Dichter der deutschen Romantik, Novalis dachte, als er in seinem bahnbrechenden Essay von 1801 „Die Christenheit oder Europa" postulierte, dass vor allem in den architektonischen Zeugnissen des Mittelalters eben dieses zusammenfällt: christliches Fundament unserer Zivilisation und europäischer Gedanke.

Notre-Dame de Paris ist also unser aller Ort, und die Dankbarkeit des Herzens, als die der katholische Theologe Romano Guardini einmal das menschliche Erinnerungsvermögen definierte, sollte es mit sich bringen, dass auch die Repräsentanten unseres Staates sich von dieser Katastrophe mitbetroffen fühlen und ihrem Schmerz entsprechend Ausdruck geben – und Menschen, weit über den Kreis von Repräsentanten hinaus.

Aber in erster Linie trifft es natürlich doch die in den letzten Jahren so unendlich geplagten, heimgesuchten Franzosen. An dieser Stelle kann und muss Victor Hugo zitiert werden, jener noch immer populärste Dichter Frankreichs, mit dessen Namen wie mit keinem anderen der europäischen Geistesgeschichte sich gerade der Symbolwert dieses Gedächtnisortes so intensiv verbindet. Sein epochaler Roman „Notre-Dame de Paris", der auf Deutsch ein wenig einschränkend „Der Glöckner von Notre-Dame" heißt, erschien ein knappes Jahr nach der Julirevolution, im März 1831. Er war es, der den Franzosen ein für alle Mal zu Bewusstsein brachte, dass hier ihre Seele Stein geworden war.

„Jede Fläche, jeder Stein dieses ehrwürdigen Baudenkmals ist ein Blatt nicht nur der Landesgeschichte", schrieb er in der Vorrede zu seinem Roman, „sondern auch der Geschichte der Wissenschaft und der Kunst." In Notre-Dame erblickte er, um es mit einer seiner ingeniösen Wortprägungen zu sagen, „die Aufstapelung der Jahrhunderte". Es genügt, nur einige Beispiele zu nennen, um diese Aufstapelung zu veranschaulichen. Als im Jahr 1163 der damalige Bischof von Paris, Maurice de Sully, den Baubeginn anordnete, konnte er selbst wohl kaum ahnen, dass er hiermit den Charakter der Wehrhaftigkeit, der bis dahin in Europa die Gotteshäuser prägte, aufgab zugunsten eines spirituellen Stils, der Gotik eben, die sich mehr am himmlischen Jerusalem orientierte als an den weltlichen Burgen und Pfalzen.

Ein wenig von dieser transzendenten Dimension lebt noch fort in dem Akt Ludwigs XIII., dem eines der wertvollsten Skulpturendenkmäler der Kathedrale gewidmet ist, wenn der Bourbone in diesem Gotteshaus sein Königreich der Muttergottes zum Geschenk machte. Doch auch durchaus Weltliches vollzog sich an diesem Ort, auch wenn es immer von höchster Symbolkraft war. Hier krönte sich, ein noch nie da gewesener Akt der Blasphemie, Napoleon zum Kaiser der Franzosen, was sein Hofmaler David in einem berühmten Monumentalgemälde festgehalten hat. Geistesgeschichtlich bedeutsamer war die Bekehrung des Dichters Paul Claudel, der hier beim Anblick einer Marienstatue spontan zum Glauben zurückfand. Womit er jene Strömung des „renouveau catholique", der katholischen Erneuerung also, auslöste, die für die französische Literatur um 1900 so wichtig werden sollte.

Das Glockenkonzert, mit dem die Franzosen die Befreiung von der deutschen Zwangsherrschaft im Zweiten Weltkrieg feierten, nahm von dieser Kirche seinen Ausgang. Und in unseren Tagen wählte der Schriftsteller Dominique Venner, Vertreter jenes anderen Frankreichs, das heute in so vielfältiger Form einen „renouveau national" anstrebt, diesen Ort, um, achtundsiebzigjährig, seinen spektakulären Selbstmord ins Werk zu setzen, der das Land dazu bewegen sollte, „die Herabsetzung des Eigenen zugunsten des Fremden" zu beenden. Insofern steht Notre-Dame noch immer im Zentrum erregt geführter aktueller Debatten.

Aber die weitreichendste Verankerung im kollektiven Gedächtnis der Franzosen gelang eben doch Victor Hugo mit seinem Roman, dem er in der Erstausgabe noch eine konkrete Zeitangabe hinzufügte, „1482". Dieses an sich unspektakuläre Jahr, allerdings das vorletzte in der Herrschaft König Ludwigs XI., diente Hugo für ein Geschichtspanorama von so rauschhafter, suggestiver Lebendigkeit, dass der aus England stammende Historienroman mit seinen schematischen Konflikten, wie sie Walter Scott in Serie produzierte, auf einmal emporstieg zu einem nationalen Verständigungsmedium der ersten Kategorie.

Denn Hugo, beim Abfassen seines bekanntesten Werks noch ganz im Bann der revolutionären Ereignisse von 1830, lässt gleich im ersten Kapitel das Volk in seiner ganzen Buntheit und Vielfalt in den Pariser Justizpalast und damit auch in seinen Roman einfallen. Einen „Narrenpapst" wollen sie da wählen. Es beginnt also das große Epos über einen Sakralbau mit antiklerikaler Kritik. Und es beginnt mit „Notre-Dame de Paris" die narrative Geschichtsschreibung eines Volkes, das in der Folge Figuren wie Jules Michelet als nationales Spezifikum hervorbringen wird, Autoren also, die auch als Historiker Erzähler sind, was dann in Deutschland Theodor Mommsen aufgreifen kann, unser erster Literaturnobelpreisträger, der für sein Werk über die römische Geschichte ausgezeichnet wurde.

Vor allem aber geht von Hugos „Notre-Dame de Paris" eine bis in die feinsten Seitenarme der kulturellen Strömungen eindringende Aufwertung des Mittelalters aus, des „Herbsts des Mittelalters" vor allem, um Johan Huizingas Klassiker zu bemühen, mit seinem zivilisatorischen Fortschritt, seinem neuen Daseinskomfort und einem Lebensgefühl, das endlich auch die irdischen Genüsse wertschätzt, um nicht zu sagen zelebriert. Alle Reformbewegungen, die das spätere 19. Jahrhundert so stark kennzeichnen werden, zum Beispiel die Rückkehr zu einer hochwertigen Produktion der „arts et métiers", also des Kunsthandwerks, nehmen hier ihren Ursprung. Die Engländer integrieren das in ihre „Arts and Crafts"-Bewegung. Die Deutschen greifen mit Jugendstil und Deutschem Werkbund darauf zurück.

Und weiter lassen sich die Fäden ausziehen: Alles, was wir heute Neogotik nennen, also der Epochenstil schlechthin des Historismus, der vor allem im deutschsprachigen Raum, aber auch in England, bis zum Ersten Weltkrieg das äußere Erscheinungsbild unserer Städte bestimmen wird, lässt sich ohne Weiteres auf den ästhetischen Paradigmenwechsel zurückführen, den Hugo mit seinem Notre-Dame-Buch eingeläutet hat.

Für die Franzosen verbindet sich diese Stilrichtung in erster Linie mit dem Architekten Eugène Viollet-le-Duc. Er war es, der im großen Stil die „Rückbauten" der großen Kathedralen in Angriff nahm, allen voran die von Notre-Dame selbst, aber natürlich auch die der „Tochterkathedralen" von Saint-Denis, von Reims, Amiens und Chartres. Mit dem sagenhaften (und unvollendet gebliebenen) Projekt einer riesenhaften Burg „im Stil des Mittealters" setzte er in Pierrefonds bei Compiègne nördlich von Paris einen höchst eigenwilligen Akzent, den wiederum Ludwig II. von Bayern aufnahm, indem er gewissermaßen mit Neuschwanstein le Ducs Vermächtnis umsetzte. Denn auch diesseits des Rheins verbinden sich mit der Neogotik große Bauprojekte, etwa die Vollendung des Kölner Doms und des Ulmer Münsters, aber eben auch ganz eigenständige Kreationen wie das Wiener Rathaus an der Ringstraße des gebürtigen Schwaben Friedrich von Schmidt, der wie Viollet-le-Duc als Restaurator begonnen hatte (etwa von Burg Runkelstein in Südtirol).

Notre-Dame von Paris: Das Schatzhaus Frankreichs hat europäische Geschichte geschrieben, in religiöser wie architektonischer, in literarischer wie lebensweltlicher Hinsicht. Nun muss der Kontinent alle Anstrengungen unternehmen, die ihm möglich sind, um dieses spirituelle, kulturelle Kraftwerk wieder instand zu setzen und als solches erneut funktionstüchtig zu machen.

Ein ganz normaler Unterhaltungsabend

In ARD und ZDF gab es keine Sondersendungen, als Notre-Dame brannte: Wie das deutsche Fernsehen ein Symbol Europas ignorierte

Wenn es Monumente Europas gibt, also Bauwerke, in denen sich die Völker dieses Kontinents wiedererkennen, dann zählen die großen Dome und Kathedralen vor allen anderen dazu.

VON DANKWART GURATZSCH

In keinem anderen Bautyp, in keiner geschichtlich so tief verankerten gemeinsamen Erfahrung und Kunstauffassung, in keinem die Ideale, die Ambitionen, das Weltbild des ganzen Kontinents so wirkungsmächtig zum Ausdruck bringenden Bauwerk ist Europa so greifbar wie in dieser eigenen, Grenzen, Meere und Kontinente überstrahlenden, spirituellen Erscheinung. In den beiden Hauptsendern des deutschen Fernsehens hat man am Schicksalstag von Notre-Dame nichts davon gemerkt.

Es grenzte schon an eine Veranstaltung von unfreiwilliger Komik, wie da der Moderator Plasberg in aller Gemütsruhe seine auf Krawall gebürstete Sendung abspulte, wie da das ZDF sein Kriminalstück „So weit das Meer" heruntererzählte, als sei das ein ganz normaler Unterhaltungsabend. In Paris stand eines der Symbolbauwerke des Abendlandes in Flammen – den öffentlichen Sendern war es keine Sondersendung wert. Sie handelten es in ihren Nachrichten wie den Brand in einem Reifenlager oder einer Textilfabrik ab. Das also ist die Europa-Idee, die in diesen Anstalten transportiert wird.

Wie oft hat man gerade hier gehört, dass Europa mehr sei als eine Wirtschafts-, Währungs- und Zollunion. Wie viel Bedeutungsschwere misst man hier der bevorstehenden Europawahl zu und lässt keine Gelegenheit aus, den Deutschen die Teilnahme nahezulegen. Vor dem Hintergrund der Pariser Brandnacht hat all das etwas Floskelhaftes. Vom Faszinosum Europa ist auf dieser Plattform der Nation in dem Augenblick, in dem es darauf ankommt, jedenfalls nichts zu spüren.

Für dieses Faszinosum steht jenseits von allem Gezänk, allen juristischen, politischen und wirtschaftlichen Differenzen einzig und einsam die Kultur. Reichskrone und Zepter sind in die Glasvitrinen der Museen gewandert. Die wirtschaftliche Stabilität und der technische Fortschritt sind unzuverlässige Bündnispartner, wenn es um die ersehnte Einigung Europas geht. Allein in seiner Kultur und Geschichte, in seinen überzeitlichen idealen Werten, ist der Kontinent bis heute unerreichbar einzigartig und sich selber treu. Ein Ereignis wie das von Notre-Dame erschüttert dieses Gefüge wie kein anderes. Aber in den Senderprogrammen, die auf Quote gestriegelt sind und von der ästhetischen Erziehung des Menschengeschlechts nichts mehr wissen, hat es einen marginalen Stellenwert.

Leider gilt das auch für ganze Bereiche der Politik. Wäre es nicht wünschenswert, ja, geboten gewesen, dass die deutschen Politiker, ihren Kollegen anderer Länder voran, den Franzosen sofort ihre Teilnahme bekundet hätten? Stattdessen ließen sie einem Donald Trump und dem Oberbürgermeister von London den Vortritt – eine kaum nachvollziehbare Versündigung gegen die alte Weisheit, dass sich wahre Freundschaft in der Not bewährt. Was bleibt von Freundschaft, wenn sie sich als Lippenbekenntnis offenbart?

Als Karl Friedrich Schinkel 1826 nach Paris reiste, prägte diese Stadt seine nationale Identitätssuche mehr als jede andere Fremdheitserfahrung. Andere herausragende Geister haben im Jahrhundert des Nationalismus ähnliche Eindrücke gewonnen. Heute geht es um das Gegenteil. Zwischen Amerika, Russland und China muss sich der Europäer, welcher Nationalität auch immer, als Europäer erkennen. Als der Kölner Dom vollendet wurde, spendete ganz Deutschland für das Riesenwerk. Heute ist es die Sache von ganz Europa, für den Wiederaufbau von Notre-Dame Hilfe anzubieten. Nicht weil Frankreich besonders bedürftig wäre, sondern weil dieser Brand ein europäisches Menetekel ist, die Beschädigung einer Kulturgemeinschaft, die wir lernen müssen, endgültig als Schicksalsgemeinschaft zu begreifen. Nicht irgendwann. Heute.

© 2019 CONSTANTIN FILM VERLEIH GMBH / EDITH HELD

Wie man einen Mörder verteidigt, der nicht verteidigt werden will: Elyas M'Barek und Franco Nero (r.) in „Der Fall Collini"

Eine Frage der Ehre dieses Landes

Am 24. Mai 1968 verabschiedete der Deutsche Bundestag ohne großes Aufsehen, ohne große Debatte, ohne großes Nachdenken das „Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (EGOWiG)". Primär ging es darum, Bagatellstrafbestände zu entkriminalisieren. Damals hätte wohl keiner daran gedacht, dass dieser Vorgang 50 Jahre danach zu einem der interessantesten und professionellsten deutschen Kinofilme seit langer Zeit werden würde: zum „Fall Collini".

VON HANNS-GEORG RODEK

Man kann Marco Kreuzpaintners Thriller einfach als weiteren Karriereschritt des größten deutschen Filmstars betrachten: Elyas M'Barek, inzwischen Mitte 30, musste dringlich seinen Abschied aus der Goethe-Gesamtschule nehmen. Der Sportwagenfahrer Lenny, der sich in „Dieses bescheuerte Herz" um den schwer kranken Jungen kümmerte, war eine Etappe auf dem Weg ins Erwachsensein; auf jeden Fall eine glaubwürdigere als der erste Versuch mit „Who am I – Kein System ist sicher", wo man M'Barek den gerissenen Computernerd nicht so recht abnahm.

Nun also Caspar Leinen, und der ist für den Star maßgeschneidert: ein junger Anwalt, der gerade erst seine Zulassung erhalten hat, naiv, gutgläubig und idealistisch, noch im glücklichen Zustand der beruflichen Unschuld. Die er aber rapide verlieren wird – was genau der Prozess ist, den auch der Star Elyas M'Barek durchlaufen muss, wenn er von einem Komödienleichtgewicht in eine ernsthafte Gewichtsklasse aufrücken möchte.

Und so muss der Anwaltsneuling Casper Leinen im Eiltempo lernen, dass hinter der Pflichtverteidigung, die ihm in den Schoss fällt, viel mehr steckt als ein einfacher Mord. Im Grunde steht die gesamte Staatsräson der jungen Bundesrepublik vor Gericht, das kollektive Bündnis für das Vergessen von Tätern, Mitläufern und Überlebenden.

Das ist für Caspar Leinen nicht im Geringsten abzusehen, als er den Fall Fabrizio Collini übernimmt. Der längst pensionierte Gastarbeiter ist am hellen Tag in die Hotelsuite von Hans Meyer spaziert – einer der großen, alten Wirtschaftswundermänner, beliebt, geachtet, verehrt – und hat ein halbes Dutzend Kugeln in ihn hineingejagt. Dann hat er sich, blutverschmiert, ins Hotelfoyer gesetzt, sich widerstandslos festnehmen lassen und die Tat nicht bestritten. Genauer gesagt, er hat jede Aussage verweigert, auch zu seinem Motiv.

Das ist die klassische Gerichtsdramanuss, die der Filmanwalt nun zu knacken hat, gegen alle Interessen, denn niemand scheint an etwas anderem interessiert zu sein als an einer schnellen Verurteilung: die Anklage nicht, die Nebenklage nicht, selbst der Beschuldigte nicht. Und das Gericht scheint den Neuling auch nicht richtig ernst zu nehmen.

Eine typische Kinosituation, und „Der Fall Collini" verschärft sie noch, indem sie ihren Helden in ein persönliches Dilemma wirft: Der Ermordete war nämlich eine Art Ziehvater für den Sohn einer auseinandergegangenen deutsch-türkischen Ehe. Man kann Zweifel anmelden, ob diese familiäre Komplikation notwendig ist, aber sie war Teil der ziemlich holzschnittartigen Konstruktion in Ferdinand von Schirachs zugrunde liegendem gleichnamigem Roman.

> Der Justizthriller „Der Fall Collini" scheint auf vertrauten Pfaden der deutschen Kriegsvergangenheit zu wandeln. Dann nimmt er eine völlig unerwartete Wendung

Die Drehbuchautoren haben darin sachte aufgeräumt, eine Zeitdimension gestrichen und die Herkunft von Caspar Leinen verändert, der ursprünglich aus elitären Kreisen stammt, hier aber türkisch-immigrantische Wurzeln bekommt – was dem Film eine weitere geschichtsträchtige Dimension hinzufügt.

Und die flapsige Bemerkung einer Nebenfigur herausfordert, warum er denn Anwalt geworden sei und nicht Döner verkaufe. Aus Angst vor Shitstürmen wäre der Witz beinahe der Schere des Cutters zum Opfer gefallen, zum Glück verblieb sie im Film, denn sie sagt auch viel über die deutsche Gesellschaft des Jahres 2001, in dem der Film spielt.

Als Caspar Leinen endlich beginnt, in Fabrizio Collinis Vergangenheit umherzuforschen, landen wir schnell im Jahre 1944. Der Film scheint also den Weg vieler Vergangenheitsbewältigungstraktate zu gehen, hie ein schreckliches Kriegsereignis, da dessen Sühne viele Jahre später. Alles scheint klar, und all das wäre inzwischen schon ziemlich 08/15.

Wären da nicht der 24. Mai 1968 und das EGOWiG. Damals wurde in Artikel 1, Ziffer 6 des neuen Gesetzes auch folgende Bestimmung aufgenommen, von der so gut wie keiner der Abgeordneten wirklich Notiz nahm: „Fehlen besondere persönliche Eigenschaften, Verhältnisse oder Umstände (besondere persönliche Merkmale), welche die Strafbarkeit des Täters begründen, beim Teilnehmer, so ist dessen Strafe nach den Vorschriften über die Bestrafung des Versuchs zu mildern." Oder, kurz gesagt: Wer bei einem Verbrechen nur anwesend war, sollte wesentlich milder bestraft werden als der Haupttäter. Bis zu dieser Reform hatte es geheißen: mitgefangen, mitgehangen, gleiche Strafe.

Und so verlagert sich nach einer Stunde das Interesse von „Der Fall Collini" plötzlich auf eine ganz andere Ebene, in eine ganz andere Zeit, vom Zweiten Weltkrieg in die friedliche, vergessenssüchtige Bundesrepublik. Das Großartige an Marco Kreuzpaintners Film ist das doppelte Staunen, das Verschwinden der Blauäugigkeit aus unseren Blicken: Der frischgebackene Jurist Casper Leinen hat von diesem 24. Mai 1968 so wenig Ahnung wie die Zuschauer, und beiden geht allmählich auf, um welch einen entscheidenden Wendepunkt der deutschen Geschichte es sich bei diesem unbeachteten Datum handelte.

Um die Halbzeitmarke herum beginnt die etwas mühsame Kinokonstruktion auch Früchte zu tragen. Bei Elyas M'Barek weicht Leinens Arglosigkeit Stück für Stück beträchtlicher Chuzpe und erwachendem Durchsetzungswillen. Das sture Schweigen von Franco Nero (der Ex-Django ist wunderbar als Collini) wird immer beredter und verzweifelter.

Und Heiner Lauterbach, lange nur überheblich als Vertreter der Nebenklage, gewinnt eine persönliche Dimension, die sich als entscheidend für den gesamten Fall herausstellen wird; der Unterschied zwischen Recht und Gerechtigkeit, das Paradox einer Nachkriegsjustiz, die über Fälle urteilen soll, in die sie während des Krieges selbst verwickelt war – seit Wolfgang Staudtes „Rosen für den Staatsanwalt" hat es keinen deutschen Film mehr gegeben, der diese Kontinuitäten so klar benannt, derart zum Thema gemacht hätte.

„Der Fall Collini" verweist auch auf das Genre des Hollywood-Justizthrillers. In Aaron Sorkins „Eine Frage der Ehre" – einem Musterexemplar von Gerichtsdrama – läuft die Strategie des Junganwalts Tom Cruise darauf hinaus, den Stützpunktkommandanten Jack Nicholson so lange zu provozieren, bis dieser vor Gericht zugibt, den verhängnisvollen Befehl gegeben zu haben.

Ähnlich geht Elyas M'Barek in dem Duell mit Heiner Lauterbach vor. Doch bei diesem Verhör geht es um höhere Einsätze als die Ehre eines Offiziers. Es geht sozusagen um die Ehre eines Staates, der seine internationale Reputation zum nicht geringen Teil auf seinem Willen zu Reue und Wiedergutmachung aufgebaut hat.

„Der Fall Collini" ist der Glücksfall eines Films, der mit den Mitteln eines Thrillers Geschichtserklärung betreibt und sich nicht scheut, in einer atemberaubenden Parallelmontage der Jahrzehnte und Ereignisse ganz cineastisch seinen Höhepunkt zu konstruieren. Chapeau!

„Ich trete da nicht mehr auf! Dort vergeude ich nicht meine Zeit"

Wie mittelmäßig ist die Akustik des Vorzeigebaus? Nach Jonas Kaufmann will jetzt auch der Stardirigent Riccardo Muti die Elbphilharmonie boykottieren

Interessante Klangentscheidung: Für das geplante neue Konzerthaus in München soll Tateo Nakajima mit seinem Büro Arup aus London und Berlin die Akustik für die drei Säle gestalten. Das wurde eben publik. Damit ist der andere Hörguru, Yasuhisa Toyota, aus dem Rennen. Obwohl der doch von Mariss Jansons, dem Chefdirigenten des Symphonieorchesters des Bayerischen Rundfunk, präferiert wird. Jansons und das BRSO werden später im Werksviertel-Konzertsaal am Ostbahnhof das Erstbuchungsrecht haben.

VON MANUEL BRUG

Jansons ist aber ein guter Verlierer: „Es ist bekannt, dass ich mich für einen anderen Kandidaten ausgesprochen habe. Ich bin mir aber sicher, dass nun eine ausgezeichnete Entscheidung getroffen wurde", lässt er sich zitieren.

Etwas dünnhäutiger freilich ist man nach wie vor in der hörgebeutelten Elbphilharmonie. Dort gab es jüngst einen Eklat um den angeblich in Teilen des Saals nicht zu vernehmenden Tenor Jonas Kaufmann, was wütende Zuschauerproteste und patzige Künstlerantworten zu Folge hatte. Die ebenfalls um den guten Klang Hamburgs fürchtenden Lokalmedien riefen zur wütenden Verteidigung ihrer Stadtkrone auf. Weil die überregionalen mal wieder geätzt und zum Teil als Kronzeugen die unterlegenen Akustikbüros zitiert hatten.

Worauf an der Elbe vom Philharmonie-Pressesprecher bis zum dort für die Akustik verantwortlichen Yasuhisa Toyota, der sich allerdings mit einer beschränkten Grundfläche und einer ihm aufgezwungenen Mindestzuhörerzahl herumschlagen musste, sich die Armada auch nicht viel fairer formierte.

Jonas Kaufmann jedenfalls wird seinen nächsten Hamburger Auftritt auf eigenen Wunsch in die alte Laeiszhalle verlegen. Und am 29. April wird Christoph Lieben-Seutter, Generalintendant von Elbphilharmonie & Laeiszhalle, „die dramaturgischen Linien und Höhepunkte" seiner dritten Komplettsaison 2019/20 vorstellen. Mal sehen, mit was für Argumenten dann wieder für die zumindest problematische Akustik gekämpft und diese schöngeredet wird. Ob Toyata, der auch ein Valery-Gergiev-Favorit ist und in München zumindest das Interimsquartier der Münchner Philharmoniker und auch die Sanierung ihres ungeliebten Gasteig betreuen wird, den anderen Münchenjob aufgrund der Hamburger Vorkommnisse verloren hat? Wir wissen es nicht.

Wir wissen aber, was Riccardo Muti WELT gesagt hat. Nämlich, dass er, der als erster Promi mit einem Gastorchester, seinem Chicago Symphony, am Eröffnungswochenende im Januar 2017 für einen sehr guten Klangeindruck gesorgt hatte, sagt, er fände den Saal „mittelmäßig".

Das war – passt halt nichts ins millionenteure PR-Konzept – sofort bezweifelt worden. Auch und natürlich von Toyota. Wie sagte er in seinem Verteidigungsinterview über Muti: „Nach diesen Konzerten hier hatte ich ihn getroffen, und er war sehr glücklich. Mir hat er so etwas damals nicht gesagt. Ich habe mich umgehört und auch Christoph Lieben-Seutter gefragt, ob er jemanden kennt, der diese Aussage Mutis bestätigen könnte. Auch er hat niemanden gefunden. Ich bin mir also nicht sicher, ob dieses Zitat stimmt."

PICTURE ALLIANCE / DPA/CR/TM_RH DBO LOF

Sieht gut aus, klingt aber nicht immer und überall gut: Innenaufnahme der Elbphilharmonie in Hamburg

So, so. WELT hat jüngst Riccardo Muti im Rahmen des Tokyo-Spring-Festivals getroffen, wo er nochmals von der dortigen Halle, dem Bunka Kaikan, schwärmte, wo er 1975 mit den Wiener Philharmonikern sein Japandebüt gegeben hat.

Der Italiener hat noch nie ein Blatt vor den Mund genommen. Und er hatte eine hübsche Geschichte zu erzählen: „Nachdem Sie das geschrieben hatten, klingelte dieser Elbphilharmonie-Mann bei mir Sturm. Ich möge das widerrufen, aber wie könnte ich! Dieser Intendant will sogar nach Ravenna kommen, sich mit mir austauschen, mich umstimmen. Niente. Ich sage es hier und jetzt noch einmal – die Elbphilharmonie ist ein mittelmäßiger Saal! Und mehr noch: Ich trete da nicht mehr auf! Gerade habe ich ihn für geplante Tourneen mit den Wiener Philharmonikern wie mit dem Chicago Symphony Orchestra aus der Reiseliste streichen lassen! Dort vergeude ich nicht meine Zeit."

Schluss. Aus. Basta – und danach Pasta. Aber bitte Penne Arrabbiata, die sind nämlich bekanntlich ganz besonders scharf!

Amazon und das **PROBLEM** mit der Nazi-Literatur

Seit Jahren verkauft der Internetriese antisemitische Bücher und Produkte, die auf die rechtsextreme Szene anspielen. Nicht nur dem Zentralrat der Juden bereitet das Sorge

VON THOMAS SCHMOLL

Als der türkischstämmige Autor Akif Pirinçci im Herbst 2015 mit der Äußerung „Die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb" provozierte, stoppten die großen Händler den Verkauf seiner Bücher. Auch Amazon beteiligte sich an dem Boykott. Kritiker warfen dem Internetriesen damals jedoch Verlogenheit vor: Schließlich böten Händler über seine Plattform Marketplace – auf dem Portal können Drittanbieter ihre Produkte verkaufen – rechtsextremistische Literatur und Devotionalien an. Und dagegen gehe der US-Konzern nicht oder nur zögernd vor.

Inzwischen kann man Pirinçcis Bücher wieder bei Amazon bestellen. Und auch Produkte, die insbesondere auf die Neonazi-Szene anspielen. Dem Zentralrat der Juden in Deutschland bereitet das seit vielen Jahren Sorge. Sein Präsident Josef Schuster spricht von einem „unerträglichen und schon viel zu lange anhaltenden Zustand".

Schuster sagte WELT, bei einem Konzern dieser Größe komme es darauf an, der gesellschaftlichen Verantwortung nachzukommen. Gegebenenfalls müsse Amazon rechtsextreme Schriften „aus dem Verkehr ziehen und gegen die Urheber mit aller Konsequenz vorgehen und Strafanzeige stellen". Polizei und Justiz stünden in der Pflicht, entsprechende Hinweise zu prüfen und Straftäter zu belangen.

Amazon machte auf Anfrage keine Angaben dazu, ob und wie oft das Unternehmen bisher von sich aus Strafanzeige gestellt hat. Der Konzern teilte lediglich seine generelle Position mit, wonach er Gesetzesverstöße „sehr ernst" nehme. Verkäufer seien verpflichtet, geltende Gesetze einzuhalten. Verlage und Autoren müssten sicherstellen, dass ihre Inhalte nationales und internationales Recht beachteten.

Ein Amazon-Sprecher verwies auf Verkaufsbeschränkungen für Artikel, die „zu Gewalttätigkeit, Verbrechen oder Rassenhass anreizen", Krieg glorifizierten und den Nationalsozialismus sowie verfassungswidrige Organisationen „verherrlichen, unterstützen, gutheißen oder verharmlosen" und den Massenmord an den Juden leugneten.

Den Kritikern genügt das aber nicht. Vor allem vermissen sie eine eindeutigere Positionierung. Konstantin von Notz, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag, sagte, das Unternehmen habe aus der Diskussion der vergangenen Jahre nichts gelernt. „Noch immer versucht der Konzern, die Verantwortung auf andere abzuwälzen, statt klare rechtliche Vorgaben einzuhalten." Amazon müsse stärker mit den Strafverfolgungsbehörden kooperieren.

Das Bundesjustizministerium allerdings hält sich an der Stelle zurück und erklärt, es führe „hierüber keine Gespräche mit Amazon oder anderen Unternehmen". Selbstverständlich müsse jeder Diensteanbieter bei Hinweisen auf Rechtsverletzungen unmittelbar reagieren, sagte ein Sprecher. Er betonte, dass sich das Ministerium grundsätzlich nicht „zu einzelnen Vorgängen" äußere, „die Gegenstand eines Strafverfahrens waren, sind oder sein können". Für Ermittlungen, Anklagen und Verurteilungen seien die Länder zuständig.

Was eine mögliche Strafverfolgung schwierig macht, ist sowohl die komplizierte Rechtslage als auch, dass jemand Kenntnis von den Angeboten erlangen und Strafanzeige stellen muss, damit die Behörden tätig werden. „Es gibt keine polizeiliche oder staatsanwaltschaftliche Institution, die Tag für Tag prüft, was Amazon verkauft. Wir sind kein Kontrollstaat und wollen auch keiner sein", sagte Cornelius Prittwitz, Professur für Strafrecht an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Die Erfahrung zeige: Wenn ein Einzelner Strafanzeige stelle, sei offen, ob jemals etwas passiere. Eine Institution wie der Zentralrat der Juden könne da „mehr Druck" aufbauen.

„Wenn wir Kenntnis erlangen über entsprechende Ware, stellen wir stets Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen den Verkäufer und den verantwortlichen Herausgeber des Buches", heißt es bei der Dachorganisation deutscher Juden. Auch der Staatsschutz werde informiert. „Schreiben von uns an Amazon wurden von dem Unternehmen aber in der Regel ausweichend beantwortet."

Prittwitz zufolge darf Amazon „nichts vorrätig halten, was verboten ist". Da sich das Unternehmen aber als Handelsplatz für externe Anbieter verstehe, müsse es nicht von sich aus alles prüfen, was auf der Marketplace-Plattform verkauft werde. „Dadurch sind sie ein wenig aus dem Schneider, zumal ihnen eine Gesetzeslücke hilft." Artikel 86a Strafgesetzbuch, der das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verbietet, umfasst Prittwitz zufolge das Herstellen, Einführen, Ausführen und das Vorrätig-Halten, aber nicht „das Anbieten" solcher Ware.

Angesichts der historischen Verantwortung Deutschlands für die NS-Verbrechen dürfe „der Staat nicht tatenlos zusehen, wie durch solche Praktiken die Geschichte verharmlost und die Würde der Opfer mit Füßen getreten wird", sagte der FDP-Sprecher für Innenpolitik, Konstantin Kuhle. Amazon müsse helfen, den Vertrieb problematischer Gegenstände generell zu unterbinden.

Kuhle verweist darauf, dass Nazi-Devotionalien oftmals vom Ausland aus über Amazon angeboten würden. „Dort findet grundsätzlich das Strafrecht des jeweils betroffenen Staates Anwendung." Artikel 86a gilt dann also nicht, gegen die Anbieter wird nicht ermittelt.

Die Verkäufer haben sich offenkundig auf die Rechtslage eingestellt. Blechschilder „Volkssturm" enthalten genauso wenig Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen wie der Kalender „Männer der Waffen-SS 2019" und die handbemalte Figur des SS-Hauptsturmführers „Michael Wittmann – stehend", die als „Amazon's Choice" ausgewiesen ist. Solche Objekte könnten auch etwas für Leute sein, die sich für den Zweiten Weltkrieg interessieren, aber keine Neonazis sind.

Nach Meinung von Klaus Schroeder, Politikprofessor an der Freien Universität Berlin, zeigt das Beispiel Amazon, dass die Gesetzeslage vor allem auf Ultrarechte abziele. „Aufgrund der deutschen Geschichte ist man sehr sensibel mit Dingen, die rassistisch, menschenverachtend und verfassungsfeindlich sind", sagte der Extremismusforscher. Das Tragen von unter Linksradikalen beliebten T-Shirts mit Aufschriften wie „We love Volkstod" oder – bezogen auf Arthur Travers Harris, der als Oberbefehlshaber der englischen Luftwaffe die Flächenbombardements deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg anordnete – „Harris, do it again" werde dennoch strafrechtlich geduldet.

Der rechts ausgerichtete Leipziger Schelm-Verlag vertreibt über Amazon unkommentierte Reproduktionen einschlägiger Nazi-Literatur wie „Der Untermensch" und „Der Jude als Weltparasit" oder Pseudowissenschaftliches wie „Adolf Hitler – Der letzte Avatar", das als angebliches „Standardwerk des esoterischen Hitlerismus" bezeichnet wird. Hingegen kann „Der Jahrhundertbetrug – Argumente gegen die angebliche Vernichtung des europäischen Judentums" nicht über Amazon, sondern allein über die Schelm-Webseite bezogen werden.

Rechtsprofessor Prittwitz ist angesichts solcher Beispiele ernüchtert. „So traurig es ist: Man muss davon ausgehen, dass Amazon bei einem gewaltverherrlichenden, pornografischen Buch sofort einschreiten würde, weil es den Ruf aus Sicht des Konzerns eher in Gefahr bringt als der Verkauf von Nazi-Literatur."

Ausgewiesen als „Amazon's Choice": handbemalte Figur des SS-Hauptsturmführers „Michael Wittmann – stehend"
AMAZON

TV-PROGRAMM

ARD

5.00 **Report München** (Wh.) 5.30 **ARD-Morgenmagazin** 9.00 **Tagesschau** 9.05 **Live nach Neun** 9.55 **Sturm der Liebe** 10.45 **Meister des Alltags** Show 11.15 **Wer weiß denn sowas?** 12.00 **Tagesschau** 12.15 **ARD-Buffet** 13.00 **ZDF-MiMa**
14.00 **Tagesschau**
14.10 **Rote Rosen**
15.00 **Tagesschau**
15.10 **Sturm der Liebe**
16.00 **Tagesschau**
16.10 **Verrückt nach Meer**
17.00 **Tagesschau**
17.15 **Brisant** Magazin
18.00 **Wer weiß denn sowas?**
18.50 **Hubert ohne Staller**
19.45 **Wissen vor acht**
19.50 **Wetter vor acht**
19.55 **Börse vor acht**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Tödliches Comeback** Krimikomödie (D 2018) Mit Martin Brambach, Ben Münchow, Elisa Schlott Regie: Hermine Huntgeburth
21.45 **Plusminus** Magazin. Konto wider Willen
22.15 **Tagesthemen**
22.45 **Weltspiegel extra** Das Duell: Wer regiert die Ukraine?
23.00 **Beuys** Porträt
0.45 **Nachtmagazin**
1.05 **Tödliches Comeback** Krimikomödie (D 2018) (Wh.)
2.40 **Beuys** Porträt (Wh.)

ZDF

5.30 **ARD-MoMa** 9.00 **heute Xpress** 9.05 **Volle Kanne** 10.30 **Notruf Hafenkante** 11.15 **SOKO Stuttgart** Tattoo 12.00 **heute** 12.10 **drehscheibe** 13.00 **ZDF-MiMa**
14.00 **heute – in Deutschland**
14.15 **Die Küchenschlacht** Show
15.00 **heute Xpress**
15.05 **Bares für Rares** Magazin
16.00 **heute – in Europa**
16.10 **Die Rosenheim-Cops**
17.00 **heute**
17.10 **hallo deutschland** Magazin
17.45 **Leute heute** Magazin
18.00 **SOKO Wismar** Tödliche Erschöpfung
18.54 **Lotto am Mittwoch**
19.00 **heute**
19.20 **Wetter**
19.25 **Die Spezialisten**
20.15 **Da kommst du nie drauf!** Die große Show der schrägen Fragen. Mit Christoph Maria Herbst, Annette Frier, Max Giermann, Kaya Yanar, Mike Krüger
21.45 **heute-journal**
22.15 **auslandsjournal** Magazin
22.45 **Betrügen leicht gemacht** Doku. Wie EU-Gelder in Osteuropa versickern
23.15 **Markus Lanz** Talkshow
0.30 **heute+**
0.45 **Die sieben größten Gefahren für die EU**
1.30 **Putin und die Deutschen**

SAT.1

5.30 **Sat.1-Frühstücksfernsehen** 10.00 **Im Namen der Gerechtigkeit** Doku-Soap 12.00 **Anwälte im Einsatz**
14.00 **Auf Streife** Eine Kellnerin ist auf dem Revier Köln-Mülheim: Ihr Freund hat sie auf der Arbeit aufgesucht und verprügelt!
15.00 **Auf Streife – Die Spezialisten** Doku-Soap
16.00 **Klinik am Südring** Ein vermisstes Mädchen wird mittels Polizei mit seinen Eltern zusammengeführt. Was ist mit ihr geschehen?
17.00 **Klinik am Südring – Die Familienhelfer** Doku-Soap
18.00 **Endlich Feierabend!**
19.00 **Genial daneben – Das Quiz** Show
19.55 **Sat.1 Nachrichten**
20.15 **111 verrückte Familien!** Show
22.30 **akte 20.19 Spezial** Der Weg zum Wunschkind. Viele Paare in Deutschland haben einen unerfüllten Kinderwunsch. In der Reportage kommen Betroffene zu Wort.
23.30 **SAT.1 Reportage** Tatort Autobahn! Straftaten hinterm Steuer
0.25 **111 verrückte Familien!** Show (Wh.)
2.10 **Auf Streife – Die Spezialisten** Doku-Soap
3.40 **Auf Streife** Doku-Soap

RTL

5.35 **Explosiv** (Wh.) 6.00 **Guten Morgen Deutschland** 8.30 **GZSZ** 9.00 **Unter uns** 9.30 **Alles was zählt** (Wh.) 10.00 **Der Blaulicht-Report** 11.00 **Der Blaulicht-Report** 12.00 **Punkt 12**
14.00 **Die Superhändler** Show. Romy Schneider Bilder / Dr. Oetker / Tisch / Vase
15.00 **Die Superhändler** Show
16.00 **Meine Geschichte – Mein Leben** Doku-Soap
17.00 **Freundinnen – Jetzt erst recht** (Wh.)
17.30 **Unter uns** Soap
18.00 **Explosiv – Das Magazin**
18.30 **Exclusiv – Das Star-Mag.**
18.45 **RTL aktuell**
19.05 **Alles was zählt** Soap
19.40 **Gute Zeiten, schlechte Zeiten** Soap
20.15 **Mario Barth räumt auf!** Gäste: Alexander Herrmann, Ella Endlich, Reiner Calmund Mit: Ralph Knispel, Peter Lassek, Dr. med. Yael Adler
22.15 **stern TV** U.a.: Steuerverschwendung in Deutschland / Vielfahrer-Frust statt Reiselust / stern TV im größten Tierheim Deutschlands / Eine Familie auf Weltreise
0.00 **RTL Nachtjournal**
0.30 **CSI: Den Tätern auf der Spur** Krimi-Serie
4.40 **Meine Geschichte – Mein Leben** (Wh.)

3SAT

12.00 **Papst Franziskus und der Machtkampf im Vatikan** Dokumentation 12.30 **Reporter** 13.00 **ZIB** 13.15 **Land zwischen Belt und Bodden** Reportagereihe. Von den Förden bis zur Trave / Von der Trave bis Hiddensee / Von Kap Arkona bis Heringsdorf
17.45 **mareTV** Reportagereihe. Ostfriesland Die Ostfriesen gelten als kühl und verschlossen, dabei sind sie nur selbstbewusst und stolz auf ihre Eigenarten.
18.30 **nano** Die Welt von morgen
19.00 **heute**
19.20 **Kulturzeit** Magazin
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Die geheimnisvolle Welt der Babys** Doku
21.05 **Wie wirklich ist die Wirklichkeit?** Dokumentation
22.00 **ZIB 2**
22.25 **Aurora Borealis – Nordlicht** Drama (H 2017)
0.05 **Eldorado in Griechenland** Reportage Die Schätze in Chalkidiki
0.35 **10vor10**
1.05 **ECO** Magazin
1.35 **Slowenien-Magazin**

ARTE

12.15 **Re:** 12.50 **Arte Journal** 13.00 **Stadt Land Kunst** Magazin
14.00 **C'est la vie – So sind wir, so ist das Leben** Drama (F 2008) Mit Jacques Gamblin
15.50 **Äquator – Die Linie des Lebens** Dokumentationsreihe
16.45 **X:enius** Magazin
17.10 **Die Bienenflüsterer**
17.40 **Klöster Europas – Zeugen des Unsichtbaren**
18.35 **Ein Jahr in Kanadas Wildnis** Dokumentationsreihe
19.20 **Arte Journal**
19.40 **Re:** Schokolade ohne Reue – Ist fairer Genuss möglich?
20.10 **Anderswo in Europa** Magazin
20.15 **Magical Mystery oder die Rückkehr des Karl Schmidt** Komödie (D 2017) Mit Charly Hübner. Regie: Arne Feldhusen
21.55 **Eselshaut** Märchenfilm (F 1970) Mit Catherine Deneuve. Regie: Jacques Demy
23.25 **Nouvelle Vague & Feminismus** Delphine Seyrig und Carole Roussopoulos. Dokufilm (F '17)
0.35 **Arte Journal** (Wh.)
1.00 **Unser Geheimnis** Drama (F 2018) Mit Astrid Whettnall

PRO SIEBEN

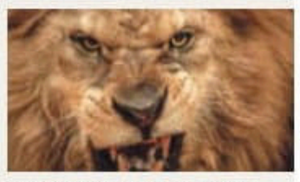
5.10 **2 Broke Girls** 5.30 **Mike & Molly** 5.50 **Mom** 6.10 **Two and a Half Men** 7.20 **The Big Bang Theory** 8.55 **The Middle** 9.40 **Fresh off the Boat** 10.35 **Mike & Molly** 11.00 **How I Met Your Mother** 11.55 **2 Broke Girls** 12.45 **Mom** Verspielt und verloren 13.05 **Two and a Half Men**
14.25 **The Middle** Sitcom
15.15 **The Big Bang Theory** Sitcom. Freiflug nach Genf / Sheldon pro se / Die Herren des Rings / Die dunkle Seite des Mondes
17.00 **taff** Magazin. Taynara in Rio
18.00 **Newstime**
18.10 **Die Simpsons** Die Sünden der Väter / Rinderwahn
19.05 **Galileo** Das Geschäft mit dem Klima-Ausgleich
20.15 **Grey's Anatomy – Die jungen Ärzte** Krankenhaus-Serie. Engel des Alltags. Mit Ellen Pompeo
21.15 **Seattle Firefighters – Die jungen Helden** Action-Serie. Verlorenes Vertrauen. Mit Jaina Lee Ortiz
22.15 **Lucifer** Krimi-Serie Perspektivenwechsel / Lucinda. Mit Tom Ellis
0.05 **Two and a Half Men** Sitcom. Baseball. Busen. Busen. Baseball. / Tot, tot, Koma, Florida
1.00 **Two and a Half Men** (Wh.)

KABEL 1

5.10 **Blue Bloods – Crime Scene New York** 5.45 **Watch Me** 6.05 **Without a Trace – Spurlos verschwunden** 6.50 **The Mentalist** 7.45 **Blue Bloods – Crime Scene New York** 9.30 **Navy CIS: L.A.** 10.25 **Navy CIS** 11.15 **Without a Trace – Spurlos verschwunden** 12.15 **Numb3rs – Die Logik des Verbrechens** 13.05 **Castle**
14.00 **The Mentalist** Krimi-Serie
14.55 **Navy CIS: L.A.** Krimi-Serie
15.50 **News**
16.00 **Navy CIS**
16.55 **Abenteuer Leben täglich** Magazin. U.a.: Frag den Henze – Spargel Moderation: Seraphina Kalze
17.55 **Mein Lokal, Dein Lokal – Der Profi kommt**
18.55 **Achtung Kontrolle!**
20.15 **Richie Rich** Familienfilm (USA 1994) Mit Macaulay Culkin. Regie: Donald Petrie. Der reichste Junge der Welt benötigt die Hilfe seiner neuen Freunde, um seine verschollenen Eltern zu retten.
22.20 **Dennis** Komödie (USA 1993) Mit Walter Matthau, Mason Gamble, Christopher Lloyd. Regie: Nick Castle
0.10 **Superman** Sci-Fi-Film (USA/GB 1978) Mit Christopher Reeve, Gene Hackman, Marlon Brando. Regie: Richard Donner
2.30 **Late News**

WELT

6.00 **Nachrichten**
12.45 **Börse am Mittag**
13.00 **Nachrichten** auch um 14, 15, 18, 19 und 20 Uhr
13.05 **Die Foodtruckerin**
14.05 **Project Impossible**
15.20 **WELT Drive**
16.10 **Albany County Jail – New Yorks härtester Knast** Dokumentation
18.15 **Börse am Abend**
18.25 **Auf Leben und Tod**
19.10 **Welt der Wunder**
20.05 **Die Waffen der Tiere** Dokumentationsreihe
21.05 **Die Dracheninsel – Königreich der Echsen**
22.05 **Top Five** Herrscher der Urzeit / Urzeit-Monster der Tiefe
0.05 **Countdown zum Weltuntergang** Dokureihe
1.35 **Gefährliches Universum** Dokumentationsreihe
3.05 **Geheimnisvoller Planet** Dokumentationsreihe
3.40 **Lost Places** Dokumentationsreihe



20.05 Ob Wolf, Krokodil oder der König der Tiere: Sie alle sind mit ihrem Killerinstinkt dafür prädestiniert, im Kampf um Territorium und Nahrung das Fortbestehen ihrer Art zu sichern.

PHOENIX

15.30 **Arm trotz Arbeit** 16.15 **DokThema** (Wh.) 17.00 **Die Pfandjäger** 17.30 **phoenix der tag** 18.00 **planet e.** Dokumentationsreihe (Wh.) 18.30 **Weltbewegend – Die Entstehung der Kontinente** (Wh.) 19.15 **Weltbewegend – Die Entstehung der Kontinente** (Wh.) 20.00 **Tagesschau** 20.15 **1918 Aufstand der Matrosen** Dokumentarfilm (D 2017) 21.45 **heute-journal** 22.15 **Kaisersturz: Deutschland im Herbst 1918** Dokudrama (D 2018) 23.45 **Wir in den wilden Zwanzigern** 0.30 **Wir in den wilden Zwanzigern**

N-TV

13.30 **News Spezial** 14.10 **Telebörse** 14.30 **News Spezial** 15.20 **Ratgeber – Steuern & Recht** 15.40 **Telebörse** 16.30 **News Spezial** 17.15 **Telebörse** 17.30 **Klamroths Konter** 18.20 **Telebörse** 18.35 **Ratgeber: Geld** 19.10 **PS – Das Automagazin** 20.15 **Schwimmender Luxus – Das Super-Schiff** 21.10 **Schwimmender Luxus – Das Super-Schiff** 22.05 **Telebörse** 22.10 **Mega Yachten – Wettkampf der Milliardäre** 23.10 **Wolkenkratzer XXL – Dem Himmel so nah** 0.10 **Wolkenkratzer XXL – Dem Himmel so nah**

MDR

15.15 **Gefragt – Gejagt** 16.00 **MDR um vier** 16.30 **MDR um vier** 17.00 **MDR um vier** 17.45 **MDR aktuell** 18.05 **Wetter für 3** 18.10 **Brisant** 18.54 **Unser Sandmännchen** 19.00 **MDR Regional** 19.30 **MDR aktuell** 19.50 **Tierisch, tierisch** 20.15 **Exakt** 20.45 **Exakt – Die Story** Reportagereihe 21.15 **Die Spur der Täter** 21.45 **MDR aktuell** 22.05 **Polizeiruf 110: Abwärts** TV-Krimi (D 2014) 23.35 **Nuhr im Ersten** 0.20 **Sträters Männerhaushalt**

RBB

14.45 **Tim Mälzer kocht! – auf Mallorca** 15.15 **Der Geist Europas** 16.00 **rbb24** 16.15 **Gefragt – Gejagt** 17.00 **rbb24** 17.05 **Nashorn, Zebra & Co.** 17.55 **Unser Sandmännchen** 18.00 **rbb UM6 – Das Ländermagazin** 18.30 **zibb** 19.30 **Abendschau** 20.00 **Tagesschau** 20.15 **rbb Praxis** 21.15 **Die rbb-Reporter** 21.45 **rbb24** 22.00 **Kragenbären im Tigerwald** 22.45 **Jäger der Anden – Der Puma** 23.30 **Talk aus Berlin** Magazin 0.00 **Endlich Gardasee!** Komödie (D 2018)

EUROSPORT 1 / SPORT 1

Eurosport: 17.45 **Radsport: Türkei-Rundfahrt** (Wh.) 19.00 **News** 19.05 **WATTS Top 10** 19.30 **Radsport: Pfeil von Brabant** (Wh.) 20.30 **Radsport: Türkei-Rundfahrt** (Wh.) 22.00 **Snooker: WM** (Wh.) 23.25 **News** 23.35 **Radsport: Türkei-Rundfahrt** (Wh.) 0.30 **Golf: US Masters**
Sport1: 15.30 **Storage Hunters** (Wh.) 16.30 **Find It, Fix It, Flog It** 17.25 **Eishockey: Euro Hockey Challenge** 19.45 **Bundesliga aktuell** Moderation: Laura Papendick 20.15 **Fantalk** 23.15 **Bundesliga aktuell** 0.00 **Sport-Clips** (Wh.)

NDR

13.10 **In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte** 14.00 **NDR//aktuell** 14.15 **die nordstory** 15.15 **Gefragt – Gejagt** 16.00 **NDR//aktuell** 16.20 **Mein Nachmittag** 17.10 **Seehund, Puma & Co.** 18.00 **Ländermagazine** 18.15 **Wie geht das?** 18.45 **DAS!** 19.30 **Ländermagazine** 20.00 **Tagesschau** 20.15 **Expeditionen ins Tierreich** 21.45 **NDR//aktuell** 22.00 **Großstadtrevier** 22.50 **extra 3 Spezial** 23.20 **Zapp** 23.50 **7 Tage ...** 0.20 **Hafenpolizei** 0.45 **Visite**

WDR

15.45 **WDR aktuell** 16.05 **Hier und heute** 18.00 **WDR aktuell / Lokalzeit** 18.15 **Servicezeit** 18.45 **Aktuelle Stunde** 19.30 **Lokalzeit** 20.00 **Tagesschau** 20.15 **Markt** Magazin 21.00 **Der Haushalts-Check mit Yvonne Willicks** 21.45 **WDR aktuell** 22.10 **Die Story** 22.55 **sport inside** 23.25 **Schlagerland** Dokumentarfilm (D 2016) 0.55 **Der König von Mallorca – Das Phänomen Jürgen Drews** 1.40 **Unterwegs im Westen** 2.10 **Erlebnisreisen**

HR

14.20 **Leopard, Seebär & Co.** 15.10 **Giraffe, Erdmännchen & Co.** 16.00 **hallo hessen** 16.45 **hessenschau kompakt** 17.00 **hallo hessen** 17.50 **hessenschau kompakt** 18.00 **Maintower** 18.25 **Brisant** 18.45 **Die Ratgeber** 19.15 **alle wetter** 19.30 **hessenschau** 20.00 **Tagesschau** 20.15 **Mex** 21.00 **Die Wahrheit über ...** 21.45 **Engel fragt** 22.15 **hessenschau kompakt** 22.30 **Morden im Norden** 23.20 **Ein Fall für Annika Bengtzon: Der rote Wolf** TV-Krimi (S 2012) 0.45 **Morden im Norden** (Wh.)

BR

14.20 **Anna und die Haustiere** 14.40 **Gefragt – Gejagt** 15.30 **Schnittgut. Alles aus dem Garten** 16.00 **Rundschau** 16.15 **Wir in Bayern** 17.30 **Regional** 18.00 **Abendschau** 18.30 **Rundschau** 19.00 **Stationen** 19.30 **Dahoam is Dahoam** 20.00 **Tagesschau** 20.15 **Münchner Runde** Diskussion 21.00 **Kontrovers** Magazin 21.45 **Rundschau Mag.** 22.00 **Geheimnis Gletscher: Krieg im Eis** 22.45 **Das Versprechen** Dokumentarfilm (D/GB/DK/S/NL 2015) 0.25 **kinokino**

SWR

16.05 **Kaffee oder Tee** 17.00 **SWR Aktuell Baden-Württemberg** 17.05 **Kaffee oder Tee** 18.00 **SWR Aktuell Baden-Württemberg** 18.15 **made in Südwest** 18.45 **Landesschau BW** 19.30 **SWR Aktuell Baden-Württemberg** 20.00 **Tagesschau** 20.15 **betrifft** Reportagereihe 21.00 **Die Knochen-Docs** 21.45 **SWR Aktuell Baden-Württemberg** 22.00 **„mal ehrlich..."** 23.00 **Rentnercops** 23.45 **Alles Klara** Letzte Ruhe Lotussitz 0.35 **Butler Parker** 1.00 **Okay S.I.R.**

VOX

5.10 **CSI: NY** 6.50 **CSI: Den Tätern auf der Spur** 7.45 **Verklag mich doch!** Experten: Karsten Dusse, Matthias Klagge, Funda Bicakoglu 10.50 **vox nachrichten** 10.55 **Mein Kind, dein Kind** 11.55 **Shopping Queen** 13.00 **Zwischen Tüll und Tränen**
14.00 **Mein Kind, dein Kind**
15.00 **Shopping Queen**
16.00 **4 Hochzeiten und eine Traumreise** Doku-Soap
17.00 **Zwischen Tüll und Tränen** U.a.: Hagen, „Lavie"
18.00 **First Dates – Ein Tisch für zwei** Doku-Soap
19.00 **Das perfekte Dinner** Doku-Soap. U.a.: Tag 3: Camilla, Kiel / Vorspeise: Skagenröra mit Löjrom auf selbstgebackenem Brot
20.00 **Prominent!** Magazin
20.15 **Magnum P.I.** Krimi-Serie. Alte Bekannte / Fang des Tages
22.00 **Law & Order: Special Victims Unit** Krimi-Serie Fehlentscheidung / Glasgow-Man. Mit Mariska Hargitay
23.50 **vox nachrichten**
0.10 **Medical Detectives** Dokureihe

RTL 2

6.00 **Der Trödeltrupp – Das Geld liegt im Keller** 7.00 **Die Kochprofis – Einsatz am Herd** Doku-Soap 8.00 **Frauentausch** 12.00 **Die Geissens – Eine schrecklich glamouröse Familie!**
14.00 **Die Wollnys – Eine schrecklich große Familie!** Eine Überraschungsparty sorgt für Streit. Silvia plant eine Überraschungsparty für Estefania und Loredana. Davon ist Lavinia alles andere als begeistert.
15.00 **Hilf mir! Jung, pleite, verzweifelt ...** Doku-Soap
17.00 **RTL II News**
17.05 **RTL II Wetter** Magazin
17.10 **Krass Schule – Die jungen Lehrer** Doku-Soap
18.05 **Köln 50667** Doku-Soap
19.05 **Berlin – Tag & Nacht**
20.15 **Teenie-Mütter – Wenn Kinder Kinder kriegen** Sandra (19) und ihr Freund Florian (22) ziehen endlich in ihre erste gemeinsame Wohnung.
21.15 **Hurra** Dokumentation
22.15 **Lecker Schmecker Wollny**
23.15 **Autopsie** Dokumentationsreihe
1.55 **Autopsie Spezial: Die letzten Stunden von ...** Dokureihe

KOMPAKT

THAILAND

Bohrinsel-Arbeiter adoptieren Hund

Ein erschöpfter Hund, der weit vor der Küste Thailands aus dem Meer gerettet wurde, darf sich auf ein neues Zuhause freuen: Der Bohrinselarbeiter Vitisak Payalaw, der zusammen mit Kollegen den braunen Mischling aus dem Wasser gezogen hatte, sagte, dass er das Boonrod getaufte Tier adoptieren werde. Die Arbeiter einer Ölplattform rund 220 Kilometer vor der Küste Thailands hatten den Kopf des Hundes am Freitag zwischen den Wellen auftauchen sehen und das Tier aus dem Wasser gefischt. Es gab keinerlei Hinweise darauf, wie der Hund dorthin gelangt war und wie lange er bereits im Meer schwamm.

NIEDERLANDE

Sylvie Meis ist wieder Single

Noch vor wenigen Wochen zeigten Entertainerin Sylvie Meis (41) und ihr neuer Freund Bart Willemsen (29) öffentlich ihre Liebe – nun haben sich die beiden getrennt. Dem Magazin „Bunte" sagte die Fernsehmoderatorin und Modedesignerin: „Es war eine wunderbare Zeit gemeinsam, die vor ein paar Wochen geendet hat." Meis und der niederländische Filmproduzent waren seit November 2018 ein Paar gewesen. Kennengelernt hatten sie sich bei den Dreharbeiten zu ihrem ersten deutschen Kinofilm „Misfit" in Amsterdam. Bei der Premiere in Köln am 9. März traten die beiden noch als Paar auf. Bis 2013 war Meis mit Ex-Fußball-Profi Rafael van der Vaart verheiratet. Die beiden haben einen gemeinsamen Sohn.

ZU GUTER LETZT

Eine 14-Jährige hat vom Beifahrersitz aus das Auto ihrer bewusstlosen Mutter von der Autobahn heruntergesteuert. Die 41-jährige Mutter war laut Polizei plötzlich zusammengesackt. Auf der A3 nahe Würzburg habe das Mädchen „bei wohl rund 100 km/h" die Lenkung übernommen. Die Fahrt endete im Graben eines Parkplatzes. Die Jugendliche alarmierte den Rettungsdienst. Die Helfer brachten die Mutter in eine Klinik, wo sie versorgt wurde.

DPA/TILO WALLROIDT/

Einsatzfahrzeuge der Polizei stehen in Zinnowitz vor einem Wohnhaus, in dem Maria tot aufgefunden wurde

Bekannte sollen Maria getötet haben

Das 18-jährige Mädchen wurde Mitte März in Zinnowitz auf der Ostseeinsel Usedom erstochen – jetzt wurden zwei junge Männer verhaftet

Knapp einen Monat nach dem gewaltsamen Tod der 18-jährigen Maria auf der Ostseeinsel Usedom hat die Polizei zwei Tatverdächtige festgenommen. Das teilten die Ermittler am Dienstag mit. Den 19 und 21 Jahre alten Verdächtigen wird vorgeworfen, die junge Frau in Zinnowitz getötet zu haben. Das Verbrechen soll in der Nacht vom 18. zum 19. März geschehen sein. Die beiden Deutschen waren laut Polizeiangaben Bekannte des Opfers.

Gegen den 21-Jährigen sei bereits am Montag Haftbefehl erlassen worden, der am Dienstagmorgen vollstreckt worden sei. Neue Informationen führten die Ermittler laut Polizei zu dem 19-Jährigen, der im Laufe des Dienstags dem Haftrichter vorgeführt werden sollte. Zum Tatmotiv gab es zunächst keine Angaben.

Die junge Frau war am Abend des 19. März tot in ihrer Wohnung in Zinnowitz von einer Bekannten entdeckt worden, die einen Wohnungsschlüssel besaß. Die Zeugin hatte sich Sorgen gemacht, weil sie die junge Frau nicht hatte erreichen können. Die 18-jährige Maria stammte aus Stralsund und lebte allein in der Zinnowitzer Wohnung. Die Tote wies Stichverletzungen auf. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft waren in der Wohnung Spuren wie Fingerabdrücke, Haare und Hautpartikel gefunden worden, die nicht vom Opfer stammten.

POLIZEIPRÄSIDIUM NEUBRANDENBURG

Die 18-jährige Maria wurde vermutlich erstochen

Die Ermittlungen der Sonderkommission in dem Ostseebad stellten sich anfangs als schwierig heraus. So fehlte unter anderem von der Tatwaffe jede Spur. Auch suchten die Ermittler Zeugen, die die junge Frau zuletzt lebend gesehen oder am Tattag in der Nähe ihrer Wohnung in der Innenstadt verdächtige Personen beobachtet hatten. Doch im Zuge der Ermittlungen wurde immer deutlicher, dass Einheimische die 18-Jährige kaum kannten.

Der Zinnowitzer Bürgermeister Peter Usemann zeigte sich damals bestürzt über die Gewalttat. „Man liest von solchen schlimmen Vorfällen ja immer wieder und denkt, dass es ja weit weg ist. Jetzt ist es in unserem beschaulichen 4000-Seelen-Ort passiert. Ich bin schockiert. Mein Mitgefühl ist bei den Angehörigen der jungen Frau." Die Menschen in Zinnowitz seien erschüttert. Sonst sei das Leben auf der Ostseeinsel eher ruhig. „Wenn mal eine leichte Körperverletzung passiert, sorgt das schon für Aufsehen." Der Badeort hat 4200 Einwohner, aber Tausende Gäste – jährlich 1,3 Millionen Übernachtungen. Außerdem kennen die Einwohner nicht mehr alle Leute, weil viele neu hergezogen sind. Wie auch die 18-jährige Maria.

Das Opfer soll bei Facebook und Instagram sehr aktiv gewesen sein, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Martin Cloppenburg. Sie hatte mehrere Accounts bei verschiedenen Plattformen, auf denen sie Selfies, aber auch ein paar Videos veröffentlichte, in denen sie Songs nachsang oder lustige Szenen nachspielte. In diesem Fall zeige sich, dass manche Menschen heute mehr Bekannte über soziale Medien haben als an dem Ort, an dem sie wohnen, so Cloppenburg.

Maria war vor gut vier Jahren mit ihrer alleinstehenden Mutter und jüngeren Geschwistern von Stralsund nach Zinnowitz gezogen. Die 18-Jährige habe beim Krippenspiel der Kirchengemeinde mitgespielt und sei mit Gleichaltrigen bei kirchlichen Aktivitäten unterwegs gewesen.

Die Zahl der Jugendlichen ist in Zinnowitz nicht groß. „Wir haben zwar leichten Einwohnerzuwachs von zehn Prozent in fünf Jahren, aber die meisten Neuen sind ältere Leute", sagt Bürgermeister Usemann. Dadurch und durch Investitionen von Geschäftsleuten in Häuser, in denen oft Ferienwohnungen entstehen, steigen die Mieten. Es sei schwierig, einen ganzjährigen Job mit entsprechendem Lohn zu finden – vor allem im Tourismus. Die meisten jungen Leute gehen deshalb weg. dpa/jr

Reiche Rentner werden älter als ärmere

Lebenserwartung wächst in allen Schichten hierzulande

Wohlhabende Senioren leben einer neuen Analyse zufolge im Mittel deutlich länger als Männer mit geringer Rente. Im Jahr 2016 die durchschnittliche Lebenserwartung bei 65-Jährigen mit hohen Renten noch bei etwas mehr als 20 Lebensjahren, bei Senioren mit niedrigen Bezügen dagegen nur bei knapp 16, wie aus der Untersuchung des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock hervorgeht.

Obwohl die Lebenserwartung in den vergangenen Jahren in allen Einkommensschichten wuchs, öffnete sich demnach die Schere zwischen Arm und Reich: In hohen Einkommensschichten habe sie fast doppelt so schnell zugenommen wie in der Gruppe mit den niedrigsten Einkommen. 1997 habe die Lücke noch bei etwa drei Jahren gelegen. „Vor allem für Menschen am unteren Ende der sozialen und wirtschaftlichen Hierarchie stieg die Lebenserwartung im Alter 65 zuletzt deutlich langsamer – im Westen sogar seit etwa 2007 fast gar nicht mehr", sagte der Hauptautor der Studie, Georg Wenau. Er und seine Kollegen hatten Daten der Deutschen Rentenversicherung (DRV) von 1997 bis 2016 ausgewertet. Die Analyse zeigt, wie sich die Zahl der Menschen in den verschiedenen Einkommensgruppen mit der Zeit veränderte. So stieg der Anteil der Rentner im Osten mit den niedrigsten Einkommen von 20 Prozent im Jahr 2005 bis 2016 auf 36 Prozent, während die Verteilung im Westen praktisch gleich blieb. „In Ostdeutschland konnten viele Neurentner nur noch wenige Rentenpunkte ansammeln, da sie langzeitarbeitslos oder insbesondere in den letzten Erwerbsjahren geringfügig beschäftigt waren", so die Autoren. Auch wenn sich die sozioökonomische Situation erst spät im Leben verschlechtere, könne dies erheblichen Einfluss auf die Lebenserwartung haben, schließen sie daraus.

Weshalb niedrige Löhne und damit auch Renten mit einem im Mittel kürzeren Leben verbunden sind, analysierten die Forscher nicht. Wer wenig verdiene, habe oft ungünstigere Lebensumstände, erklärte Hajo Zeeb vom Bremer Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie. „Niedriges Einkommen führt dazu, dass man in Regionen wohnt, die gesundheitlich benachteiligt sind, etwa durch Lärm oder Schmutz." Auch Faktoren wie ein niedrigerer Bildungsstand oder ungesunde Arbeiten hätten Auswirkungen. DPA

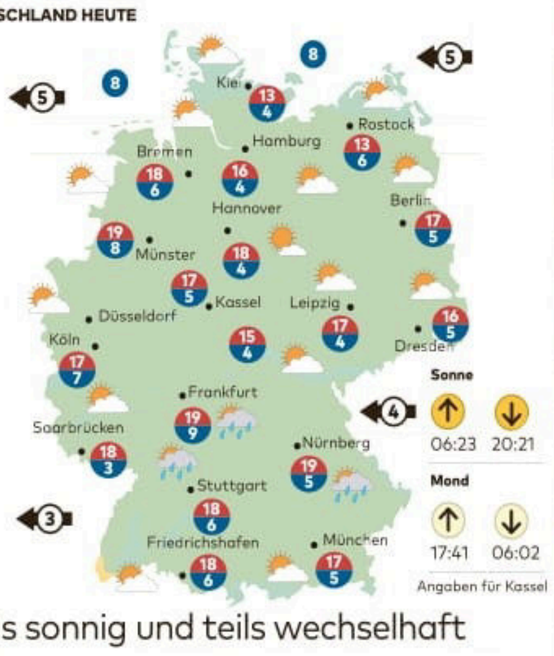
ANZEIGE

ANZEIGE

Buchen Sie jetzt in Ihrem Reisebüro, im AIDA Kundencenter unter +49 (0) 381/20 27 07 07 oder auf www.aida.de

AIDA

DEUTSCHLAND HEUTE



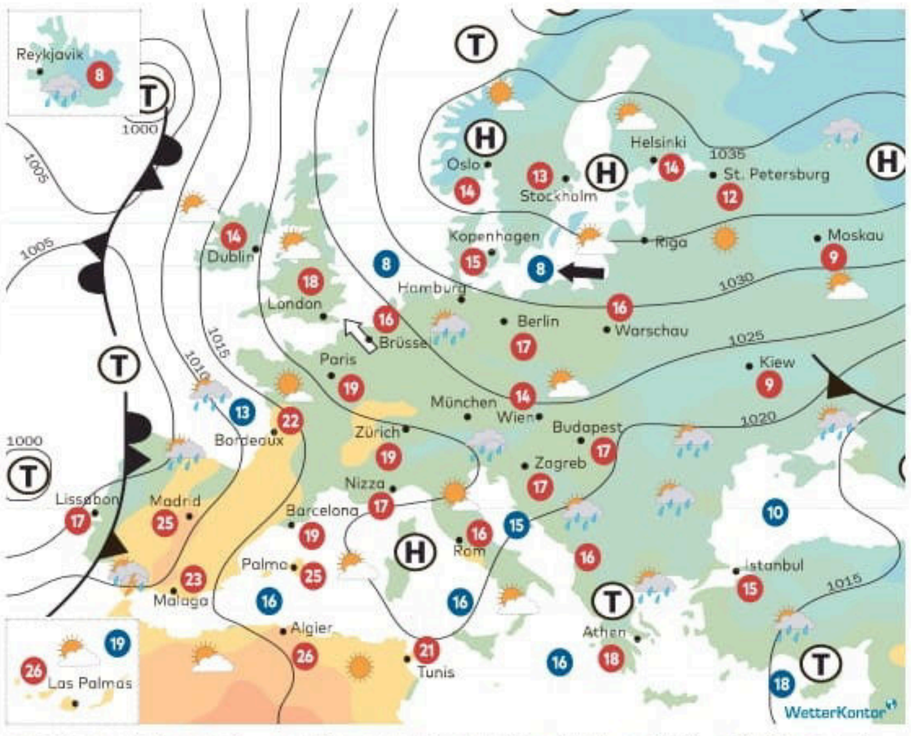
Teils sonnig und teils wechselhaft

Heute: Über den Westen und Südwesten ziehen zeitweise dichte Wolken. In manchen Regionen fällt dabei ein wenig Regen oder Sprühregen, und örtlich können sich Gewitter entladen. Im Norden, im Osten und im Südosten ist es meist trocken und oft noch heiter bis sonnig. Die Temperaturen erreichen 11 bis 20 Grad. Nur an der Küste bleibt es kühler. Es weht ein schwacher bis mäßiger Wind.

Biowetter: Die Wetterlage beschert uns einen guten und erholsamen Schlaf. Dadurch wacht man ausgeschlafen auf und ist voller Energie und Tatendrang. Wetterbedingte Beschwerden sind nicht zu erwarten, die Einflüsse auf den Organismus sind eher positiv zu bewerten.

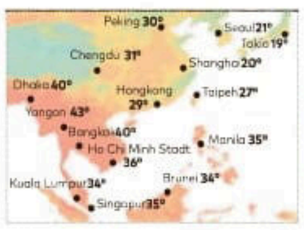
VORHERSAGE

	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
Norden	8 19	8 21	8 22	9 21
Mitte	7 20	8 21	8 22	7 22
Süden	5 19	7 20	7 21	6 21



WELTWETTER HEUTE

Antalya	18°	Schauer	**Innsbruck**	17°	Regen	**Manila**	35°	wolkig
Bali	30°	Schauer	**Jerusalem**	14°	wolkig	**Mombasa**	35°	heiter
Buenos Aires	26°	wolkig	**Kairo**	24°	wolkig	**Neu Delhi**	29°	Gewitter
Djerba	23°	wolkig	**Kapstadt**	20°	heiter	**Rio de Janeiro**	33°	Gewitter
Honolulu	28°	Schauer	**Mailand**	19°	heiter	**Sydney**	26°	sonnig



TEMPERATURREKORDE

Hamburg Maximum 25,1° (1964), Minimum -2,8° (1960) **Berlin** Maximum 23,6° (1948), Minimum -1,8° (1981) **Frankfurt** Maximum 27,4° (1949), Minimum -4,4° (1978) **München** Maximum 22,8° (2007), Minimum -5,3° (2014)